

Publikation Nr. 44

Lobby der Älteren



Bundesarbeitsgemeinschaft der
Senioren-Organisationen e.V.

Dokumentation

„Gemeinsam in die Zukunft!“



11. Deutscher Seniorentag

mit Messe **SenNova**  · 2. bis 4. Juli 2015 in Frankfurt am Main

DEUTSCHER SENIORENTAG 2015
Bundesarbeitsgemeinschaft der
Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO)

Bonngasse 10 · 53111 Bonn
Tel.: 02 28 / 24 99 93 - 0
Fax: 02 28 / 24 99 93 - 20
E-Mail: dst@bagso.de
www.deutscher-seniorentag.de
www.bagso.de

Messe SenNova
BAGSO Service Gesellschaft
Hans-Böckler-Str. 3 · 53225 Bonn
Tel.: 02 28 / 55 52 55 - 50
Fax: 02 28 / 55 52 55 - 66
E-Mail: kontakt@bagso-service.de
www.sennova.de
www.bagso-service.de

„Gemeinsam in die Zukunft!“

DOKUMENTATION

11. DEUTSCHER SENIORENTAG
MIT MESSE SenNova

2. bis 4. Juli 2015 in Frankfurt am Main



Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V.

Der Deutsche Seniorentag 2015 wurde durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration sowie der Stadt Frankfurt am Main gefördert.

Herausgeber:

Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO)

Bonnegasse 10

53111 Bonn

Tel.: 02 28 / 24 99 93 0

Fax: 02 28 / 24 99 93 20

E-Mail: kontakt@bagso.de

www.bagso.de

Redaktionelle Bearbeitung:

Agnes Boeßner Heike Felscher, Ursula Lenz, Harald Raabe, Margit von Kuhlmann

Korrektorat: Helga Vieth

Layout: Nadine Valeska Schwarz, www.nadine-schwarz.de

Druck: Köllen Druck, Bonn

Auflage: 3.000

Umschlagfotos: BAGSO/Hemmerich

Vervielfältigung erlaubt, Belegexemplar erwünscht.

© 2015, BAGSO, Bonn.

Soweit in dieser Publikation nur die männliche Schreibweise verwendet wird, ist bei Entsprechung auch die weibliche Form eingeschlossen.

INHALT

VORWORT

1. FRANKFURTER ERKLÄRUNG „Gemeinsam in die Zukunft!“	15
<hr/>	
2. ZENTRALE VERANSTALTUNGEN	27
2.1. Eröffnung der Messe SenNova	27
2.2. Festveranstaltung	32
2.2.1 Begrüßung <i>Prof. Dr. Ursula Lehr, BAGSO-Vorsitzende</i>	32
2.2.2 Rede von <i>Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel</i> zur Eröffnung des 11. Deutschen Seniorentages	37
2.2.3 Grußwort <i>Peter Feldmann, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main</i>	48
2.2.4 Grußwort <i>Stefan Grüttner, Hessischer Minister für Soziales und Integration</i>	50
2.3. Ökumenischer Gottesdienst „wohin gehst du mensch?“	53
2.4. Podiumsgespräch „Alt und Jung – zwei Welten?“	55
2.5. TALK in Frankfurt: „Gemeinsam in die Zukunft!“	69
2.6. Die „Ü-100-Party“	83
2.7. Gut leben in Deutschland	85
2.8. Eröffnung der Aktionswochen Älterwerden in Frankfurt Podiumsdiskussion „Wir gestalten unsere Stadt“	87

3.	THEMATISCHE VERANSTALTUNGEN	89
3.1	ENGAGEMENT	90
3.1.1	Veranstaltungsreihe: „wohin gehst du mensch?“	90
3.1.2	Zukunft braucht Erfahrung: Der Senior Experten Service (SES) gibt weltweit Hilfe zu Selbsthilfe	99
3.1.3	Ruhestand... und dann? Konsequenzen eines zeitgemäßen Altersbildes	101
3.1.4	Glücksfall 2. Halbzeit. Wie wir den Übergang vom Beruf in den Ruhestand gestalten können	103
3.1.5	Zukunft braucht Erfahrung – <i>seniorTrainerinnen</i> im Bürgerschaftlichen Engagement	105
3.1.6	Ehrenamt – keine Frage des Alters. Facetten bürgerschaftlichen Engagements in KWA Wohnstiften.	108
3.1.7	Kompetenzen in der 2. Lebenshälfte einbringen – gute Rahmenbedingungen in Vereinsvorständen schaffen	110
3.1.8	Von der Verantwortung der „Jungen Alten“ für die Gesellschaft	112
<hr/>		
3.2	BILDUNG	113
3.2.1	Veranstaltungsreihe: „Wohin gehen Engagement und Bildung?“	113
3.2.2	Lebensbegleitendes Lernen.	122
3.2.3	Gemeinsamkeiten entdecken – Seniorenbildung und europäische Zusammenarbeit	124

3.3	PARTIZIPATION	126
3.3.1	Potenziale des Aktiven Alterns sichtbar machen – Der Active Ageing Index.....	126
3.3.2	Die Diskriminierung alter Menschen beenden – Brauchen wir eine Menschenrechtskonvention für Seniorinnen und Senioren?	128
3.3.3	Unser Wahlrecht – inklusiv genug für eine älter werdende Gesellschaft?	130
3.3.4	Bewährt und erfolgreich: So stärkt die Netzwerkarbeit die Lebensqualität Älterer in Nordrhein-Westfalen	132
3.3.5	„Heimat, Deine Sterne“ – Leben im ländlichen Raum	135
3.3.6	„Yes, you can!“ – Kulturelle Teilhabe und kulturelle Bildung fördern ...	137
3.3.7	„einzigARTig stark!“ – Zur Lebenssituation allein lebender Frauen: Anblicke – Einblicke – Ausblicke	139
3.3.8	Soziale Inklusion durch religionsadäquate Verpflegung	142
<hr/>		
3.4	GENERATIONENDIALOG	145
3.4.1	GenerationenInsel – Information, Austausch und Vernetzung	145
3.4.2	Sicherheit für die Alten, Perspektiven für die Jungen – Generationendialog ist notwendig und möglich	151
3.4.3	Eine gemeinsame Zukunft für Großeltern und Enkelkinder	154
3.4.4	Starke Großeltern – Starke Kinder® – Starkes Miteinander	156

3.5	SOZIALE SICHERHEIT UND ARBEITSWELT	158
3.5.1	Veranstaltungsreihe: „Reformbaustelle Rente“	158
3.5.2	Erwerbstätigkeit und Rente!? Arbeiten im Alter – eine Chance oder eine Last?	166
3.5.3	Armutrisiko von Frauen im Alter. Der „Gender Pension Gap“ als Folge mehrdimensionaler Diskriminierung	169
<hr/>		
3.6	WOHNEN UND WOHNUMFELD	171
3.6.1	Veranstaltungsreihe: „Wohnen mit Zukunft: selbstbestimmt und sozial integriert in allen Lebenslagen“	171
3.6.2	Sorge und Mitverantwortung in der Kommune. Der Siebte Altenbericht der Bundesregierung	180
3.6.3	Miteinander leben im Quartier – Erfahrungen aus der inklusiven und integrativen Seniorenarbeit	183
3.6.4	Vielfalt willkommen – gute Sozialräume mit älteren Migrant/innen gestalten	185
3.6.5	Innovation für altersfreundliche Umgebungen	187
3.6.6	Kommunen nachhaltig demenzfreundlich gestalten	190
3.6.7	Altersgerechtes Wohnen	192
3.6.8	Alltagsunterstützende Technologien (AAL) für ein selbstbestimmtes Leben im Alter.	193
3.6.9	Wohnungseinbrüche auf Rekordniveau – Wie sicher fühlen sich ältere Menschen in ihrer häuslichen Umgebung?	195
3.6.10	Heute schon an morgen denken – die eigenen vier Wände zukunfts-fähig gestalten.	197
3.6.11	Wohnen wie gewohnt – Neues und Bewährtes zum altersgerechten Wohnen	199

3.7	GESUNDHEIT UND PRÄVENTION	201
3.7.1	Veranstaltungsreihe: „Fit und bewegt in die Zukunft!“	201
3.7.2	Veranstaltungsreihe: „Sehen im Alter – Lebensqualität für ältere Menschen auch mit Seheinschränkung“	209
3.7.3	Älter werden in Balance	216
3.7.4	Länger gesund im Alter – aber wie? Potenziale in Kommunen aktivieren	218
3.7.5	Schlaganfall: Vorsorge – Aufklärung – Versorgung gemeinsam verbessern	220
3.7.6	Psychomotorische Aktivierung von Hochaltrigen	224
3.7.7	Schwerhörigkeit ist nicht nur eine Frage des Alters	226
3.7.8	Reisen bildet nicht nur, sondern dient auch der Gesundheitsvorsorge	230
3.7.9	Darf ich bitten? Effekte des Tanzens auf die geistige Fitness	231
3.7.10	Wenn die Seele krank ist – Psychotherapie im höheren Lebensalter und die besonderen Belastungen pflegender Angehöriger	234
3.7.11	Älter werden mit Biss – Tipps und Tricks zur Zahn- und Mundhygiene sowie zum Umgang mit Zahnprothesen und Co.	235
3.7.12	Mitmach-Angebote des organisierten Sports	237
3.7.13	Frische Farben für die grauen Zellen	239
3.7.14	Gesundheitswandern	240
3.7.15	Fitness fürs Gehirn – wer rastet, der rostet Mentales AktivierungsTraining (MAT) [®]	241
3.7.16	Der Treffpunkt Gesundheit	243

3.8	PFLEGE UND DEMENZ	245
3.8.1	Veranstaltungsreihe: „Demenz hat viele Gesichter“	245
3.8.2	Veranstaltungsreihe: „Gestürzt – OP – Pflegeheim? Eine unausweichliche Gesetzmäßigkeit?“	252
3.8.3	Veranstaltungsreihe: „Wohnen plus: Die Ambulantisierung als Chance für die Weiterentwicklung von Altenpflegeheimen“	259
3.8.4	Gefährliche Pflege	265
3.8.5	Rehabilitation vor Pflege – ein Grundsatz im Pflegegesetz	267
3.8.6	Gemeinsam die Bedingungen für pflegende Angehörige verbessern – es geht um unser aller Zukunft	270
3.8.7	Wege zur Pflege – Strukturen der Pflegeberatung im Vergleich	273
3.8.8	Essen und Trinken – was und wie ich es will, Eigenständigkeit im Alltag erhalten	275
<hr/>		
3.9	VERBRAUCHERTHEMEN	278
3.9.1	Veranstaltungsreihe: „Digitale Welt und Technik als Chance“	278
3.9.2.	Keine Angst vor der rechtlichen Betreuung	284
3.9.3	Rechtzeitig vorsorgen: Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung, Betreuungsverfügung	286
3.9.4	Sicher leben im Alter	288
3.9.5	Dürfen Oma und Opa noch Auto fahren? Oder: Mobilität für alle! ..	290
3.9.6	„Mobil sein – fit bleiben – Klima schonen“ – Gute Beispiele, praxisnahe Tipps	293
3.9.7	Frankfurter Forschung mit Anwendungsbezug – Was die Altersforschung dem Menschen bringen kann	295
3.9.8	Der Treffpunkt Internet & Technik	297

4.	BESONDERE ANGEBOTE	299
4.1	Matinee – Wort und Musik zum Thema „Aus der Mitte leben“	299
4.2	Film ab – in der Kino-Lounge des Europäischen Filmfestivals der Generationen	300
4.3	Großes Tanzevent und Aktive Mittagspause	302
5.	WETTBEWERBE	305
5.1	Karikaturenwettbewerb „Schluss mit lustig?“ – Gelungene Karikaturen zum Thema „Alter“	305
5.2	Fotowettbewerb zum Motto „Gemeinsam in die Zukunft!“	307
6.	MESSE SenNova	309
6.1	Informationen und Beratung auf der Messe SenNova	309
6.2	Ausstellerliste	313
7.	Barrierefreiheit	321

VORWORT



Foto: BAGSO/Santen

Franz Müntefering



Foto: BAGSO/Hemmerich

Prof. Dr. Ursula Lehr

Der 11. Deutsche Seniorentag ist erfolgreich zu Ende gegangen. Gern denken wir an die drei ereignisreichen Tage in Frankfurt am Main zurück, die von den BAGSO-Verbänden, und unter Mitwirkung von Bund, Land und Stadt und vielen weiteren gestaltet wurden.

Ein Höhepunkt war die Eröffnungsrede der Bundeskanzlerin, die auch die Schirmherrschaft über den 11. Deutschen Seniorentag übernommen hatte. Dass sie trotz derzeit anstehender politischer Verhandlungen, einer Nachsitzung im Bundeskanzleramt und morgendlicher Telefonverhandlungen mit Frankreichs Staatschef direkt zu den Seniorinnen und Senioren nach Frankfurt kam, wissen wir zu schätzen.

Die begleitende Messe SenNova wurde von Bundesministerin Manuela Schwesig eröffnet, die auch die Preisverleihung für den Karikaturenwettbewerb „Schluss mit lustig?“ vornahm und damit gleich für beste Stimmung sorgte. Die SenNova mit ihren 260 Ausstellern bot ein vielseitiges Bild aktiver Senioren, sie regte an, forderte zum Mitmachen auf. Sie ergänzte das Vortragsprogramm durch interessante Diskussionsrunden, die durchweg gut besucht waren.

Das Motto des 11. Deutschen Seniorentages „Gemeinsam in die Zukunft!“ wurde in den mehr als 100 Veranstaltungen von verschiedenen Seiten beleuchtet. Die Frankfurter Erklärung bringt es auf den Punkt: „Wie wollen wir morgen leben und was können wir dafür tun?“

Wir alle, Jung und Alt, Einheimische und Zugereiste, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Menschen mit und ohne Behinderung, Menschen aller Religionsgemeinschaften, Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen, wir alle brauchen Offenheit dem Neuen gegenüber, Flexibilität, gegenseitiges Verständnis und Toleranz. Nur so können wir gemeinsam die Herausforderungen der Zukunft in unserer Zeit des rapiden gesellschaftlichen und sozialen Wandels meistern!

Danken möchten wir allen, die den 11. Deutschen Seniorentag durch ihre Unterstützung ermöglicht haben: allen voran dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration, der Stadt Frankfurt am Main, den beiden Hauptsponsoren Pfizer Deutschland und ING-DiBa, den Medienpartnern und ganz besonders allen Verbänden und Organisationen, die Veranstaltungen durchgeführt haben und an der SenNova beteiligt waren, und auch den vielen, die ehrenamtlich und ohne Honorar mitgewirkt haben. Last but not least: allen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr außergewöhnliches Engagement.



Franz Müntefering
BAGSO-Vorsitzender



Prof. Dr. Ursula Lehr
Stellv. BAGSO-Vorsitzende

1. FRANKFURTER ERKLÄRUNG „GEMEINSAM IN DIE ZUKUNFT!“

Erklärung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) und ihrer 112 Mitgliedsorganisationen zum 11. Deutschen Seniorentag 2015

Frankfurter Erklärung

Wie wollen wir morgen leben und was können wir dafür tun? Diese Fragen beschäftigen nicht nur junge Menschen, sondern auch die älteren. Sie sehen sich in der Mitverantwortung für künftige Generationen und spielen eine aktive Rolle bei der Gestaltung der Gesellschaft. Das Motto des Deutschen Seniorentages „Gemeinsam in die Zukunft!“ steht für den Willen von Seniorinnen und Senioren sowie ihrer Vertretungen, hierbei mit anderen Generationen und gesellschaftlichen Gruppen an einem Strang zu ziehen.

Frauen und Männer, die heute im Seniorenalter sind, haben mit ihrer Lebensleistung wesentlich zum Gelingen einer demokratischen Gesellschaft beigetragen, in der Werte wie Mitverantwortung und Solidarität gelebt werden. Mit dem demografischen Wandel, bedingt durch Geburtenrückgang und steigende Lebenserwartung, kommen neue Herausforderungen, aber auch Chancen auf uns zu. Im Durchschnitt sind ältere Menschen so gesund wie nie zuvor. Viele halten sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten körperlich und geistig fit, achten auf gesunde Ernährung, bilden sich weiter, nutzen die neuen Medien und engagieren sich auf vielfältige Weise in Familie, Nachbarschaft, Vereinen und Initiativen.

Gleichzeitig bewirkt der soziale und gesellschaftliche Wandel eine Differenzierung sozial-kultureller Milieus und eine größere ethnische, kulturelle und



religiöse Vielfalt. Infolgedessen müssen die Menschen mit ihren individuellen Fähigkeiten, Bedürfnissen, Erfahrungen und Beeinträchtigungen wahrgenommen und ihre Eigen- und Mitverantwortung gefördert werden. Werte wie Toleranz und Respekt, Solidarität und Gemeinsinn müssen eine höhere Bedeutung erfahren.

Gemeinsam – für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit!

Soziale Sicherheit für alle Generationen ist eine Errungenschaft, die es zu bewahren gilt. Die sozialen Sicherungssysteme haben gerade in Krisenzeiten ihre Leistungsfähigkeit bewiesen. Dazu haben die heute Älteren einen großen Beitrag geleistet und es ist ihnen ein vordringliches Anliegen, dass auch die nachfolgenden Generationen auf diese Sicherheit vertrauen können.

Verschiedene Maßnahmen sind notwendig, um eine solide und nachhaltige Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung zu sichern. Dazu gehören der weitere Abbau von Arbeitslosigkeit, eine wirksame Bekämpfung prekärer Beschäftigung¹ und die Verbesserung der Beschäftigungschancen Älterer.

Mehr Menschen als bisher müssen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung das gesetzliche Rentenalter erreichen können.² Zugleich müssen die Möglichkeiten eines gleitenden Übergangs in die Rente bzw. Pension sowohl vor als auch nach Erreichen des Regeleintrittsalters verbessert werden. Die bestehenden Möglichkeiten über das Regeleintrittsalter hinaus erwerbstätig zu sein, sollten auf tarifvertraglicher und betrieblicher Ebene stärker als bisher genutzt werden. Umgekehrt müssen diejenigen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht bis zum gesetzlichen Rentenalter arbeiten können, besser abgesichert werden. Das Rentenniveau darf nicht weiter abgesenkt werden. Nach

1 Unter den Begriff „prekäre Beschäftigung“ fallen Arbeitsverhältnisse mit niedrigen Löhnen, die häufig nicht auf Dauer und Kontinuität angelegt sind, keine Absicherung durch die Sozialversicherung und nur geringe arbeitsrechtliche Schutzrechte aufweisen.

2 Derzeit erfolgt nur etwa jeder vierte Zugang in die Altersrente aus einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.



Foto: BAGSO/Hemmerich

Die Frankfurter Sozialdezernentin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld und die BAGSO-Vorsitzende Prof. Dr. Ursula Lehr bei der Präsentation der Frankfurter Erklärung.

einem längeren Erwerbsleben muss die Rente deutlich über dem Niveau der Grundsicherung liegen.

Eigenverantwortung und Unterstützung in schwierigen Lebenslagen müssen in einer vernünftigen Balance stehen. Die Kosten von Lebensrisiken wie Krankheit oder Pflegebedürftigkeit dürfen nicht immer weiter auf den Einzelnen verlagert werden, da dies soziale Ungleichheiten verstärkt. Die Lücken in der öffentlichen Daseinsvorsorge – marode Schulen, Abbau des öffentlichen Nahverkehrs, Schließung von Sport- und Kultureinrichtungen sowie Begegnungsstätten und Mängel bei der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung – müssen geschlossen werden. Obwohl Deutschland eines der reichsten Länder der Welt ist, leben rund 15 % der Bevölkerung, also etwa 12 Millionen Menschen, in relativer Armut.³

³ Hierzu zählen Menschen, die mit weniger als 60 % des mittleren Nettoeinkommens auskommen müssen. Die sogenannte Armutsrisikogrenze liegt für einen Einpersonenhaushalt bei knapp 1.000 € und für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen bei knapp 1.500 € (vgl. 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2013, S. 461).

Betroffen sind vor allem Alleinerziehende, Familien mit mehreren Kindern, Menschen mit Migrationshintergrund und ältere Frauen. Niedrige Löhne, Arbeitslosigkeit, Ausfallzeiten durch Erziehung bzw. Pflege im Lebenslauf vieler Menschen sowie Behinderungen steigern das Risiko, im Alter zu verarmen. Wir wollen diese Entwicklung, die den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gefährdet, nicht hinnehmen und fordern deshalb ein Programm zur wirksamen und nachhaltigen Bekämpfung von Armut. Dazu gehört auch, dass kein Jugendlicher ohne Abschluss die Schule verlässt und alle eine Chance auf eine qualifizierte Berufsausbildung erhalten.

Soziale Sicherheit muss auch im internationalen Rahmen erreicht werden. Die Mehrheit der Älteren in Entwicklungsländern muss um ihr tägliches Überleben kämpfen. Gemeinsam in die Zukunft heißt auch Solidarität über Ländergrenzen hinweg.



Foto: BAGSO/Hemmerich

Gemeinsam – mit allen Generationen – wurde über die Zukunft diskutiert.

Gemeinsam – mit allen Generationen!

Die Gestaltung der Zukunft obliegt allen Generationen. Grundlage dafür sind Solidarität, gegenseitiges Verständnis, Toleranz sowie die Bereitschaft, miteinander und füreinander Verantwortung zu übernehmen. Vielfach ist das gelebte Realität, vor allem in Familien und auch im freiwilligen Engagement. So sind in Kommunen vielfältige Beispiele für generationenübergreifende Aktivitäten entstanden – von Lern- oder Ausbildungspatenschaften über Zeitzeugenprojekte bis hin zu „Wunschgroßeltern“. Sie sind ein wichtiger Beitrag zum Verständnis zwischen Jüngeren und Älteren.

Wir plädieren dafür, Tätigkeiten wie das Sich-Kümmern um Kinder und Enkel oder ältere Angehörige, die Arbeit im Haushalt, das Engagement in der Nachbarschaft und in der Zivilgesellschaft stärker anzuerkennen und besser zwischen den Generationen und Geschlechtern zu verteilen.

Für die allermeisten erwachsenen Kinder ist es selbstverständlich, sich um ihre Eltern zu kümmern, wenn diese einmal Hilfe oder Pflege benötigen. Viele ältere Menschen sagen, sie wollen ihren Angehörigen nicht zur Last fallen. Aber beides, helfen und sich helfen lassen, gehört zum Leben dazu. Wir ermutigen alle Beteiligten, sich damit auseinanderzusetzen, wie eine gute Versorgung gelingen kann, die die Bedürfnisse und Grenzen aller Beteiligten berücksichtigt. Politik und Unternehmen fordern wir auf, die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und bürgerschaftlichem Engagement stärker zu fördern. Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehört auch das Schaffen betrieblich organisierter Entlastungsangebote für pflegende Angehörige.

Der Dialog der Generationen findet auch auf gesellschaftlicher Ebene statt. Jugendliche und ihre Vertretungen ermutigen wir, gemeinsam mit Seniorenorganisationen und anderen Verbänden zusammenzuarbeiten, um die vielen Gemeinsamkeiten in den eigenen Positionen und Forderungen herauszustellen und allen Versuchen entgegenzutreten, Konflikte zwischen den Generationen herbeizureden.

In der jüngeren Generation ist die Nutzung moderner Technologie in allen Lebensbereichen selbstverständlich. Auch älteren Menschen eröffnen die neuen Medien Gestaltungspotenziale bis ins hohe Lebensalter. Die Unterstützung für ältere, technikerunfähige oder sozial benachteiligte Menschen beim Umgang mit modernen Medien muss deshalb weiter ausgebaut werden. Zugleich dürfen diejenigen, die keinen Zugang zum Internet haben, nicht von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen werden.

Bildungsangebote müssen der Vielfalt der Generationen und Erfahrungen gerecht werden. Dabei darf Bildung nicht nur auf ihre Verwertbarkeit ausgerichtet sein, sondern muss auch der individuellen Entwicklung und sozialen Teilhabe dienen. Intergenerativen Bildungsangeboten kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu, sie sollten entsprechend gefördert werden.



BAGSO-Geschäftsführer Dr. Guido Klumpp und die Geschäftsführerin der BAGSO Service Gesellschaft Dr. Barbara Keck bei der Abschlusspressekonferenz.

Gemeinsam – mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen!

Toleranz, gegenseitige Wertschätzung und Solidarität sind Grundlage für ein gelingendes Zusammenleben in einer pluralistischen Gesellschaft. Unsere Gesellschaft ist auch gekennzeichnet durch einen Wandel der Lebensformen. Alleinstehende, Kinderlose, Patchwork-Familien, Alleinerziehende und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften gehören heute ebenso dazu wie traditionelle Familienkonstellationen. Wir fordern alle Menschen auf, offen gegenüber anderen Lebenserfahrungen und Lebensentwürfen zu sein.

Auch unter den älteren Menschen wächst der Anteil von Migrantinnen und Migranten. Wir ermutigen alle Beteiligten, die spezifischen Potenziale und Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund stärker zu berücksichtigen. Dies umfasst neben der interkulturellen Öffnung der Altenhilfe eine verstärkte Kooperation und Vernetzung mit den Organisationen der älteren Migrantinnen und Migranten und die Anerkennung ihres vielfältigen Engagements in Familien und Wohnvierteln, Vereinen und Initiativen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen Zuflucht in Deutschland suchen, in ihrer schwierigen Lebenssituation unterstützt und gegen Anfeindungen und Übergriffe geschützt werden.

Die heute noch lebenden Opfer der nationalsozialistischen Diktatur haben einen Anspruch darauf, gerade von staatlicher und institutioneller Seite mit größtmöglicher Sensibilität behandelt zu werden. Das Gleiche gilt für die durch Kriegs- und Nachkriegserlebnisse traumatisierten Menschen. Unter ihnen gibt es viele, für die die eigene Erfahrung, z. B. von Ausbombung, Flucht und Vertreibung, ein Ansporn ist, um Flüchtlinge, die derzeit aus Kriegs- und Krisenregionen nach Deutschland kommen, in lokalen Initiativen zu unterstützen.

Gemeinsam – auch mit Beeinträchtigungen!

Alle Menschen – gleich in welcher Lebenssituation – müssen die Möglichkeit haben, ihr Leben selbstständig und selbstverantwortlich zu gestalten und

gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Menschen mit körperlichen Behinderungen bzw. Beeinträchtigungen der Sinnesorgane, die häufig erst im Laufe des Lebens entstehen, aber auch Menschen mit psychischen und geistigen Beeinträchtigungen sowie ihre Angehörigen stoßen jedoch oft auf Hindernisse und soziale Ausgrenzung.

Wir setzen uns dafür ein, dass Ladenlokale, Arztpraxen, Ämter, Beratungsstellen, Kirchen sowie Kultur-, Sport- und Bildungsangebote auch für Menschen mit Handicaps gut auffindbar und leicht zugänglich sind. Öffentliche Verkehrsmittel müssen einfach und barrierefrei nutzbar und das Wohnumfeld muss frei von Stolperfallen sein. Barrierefreiheit kommt ebenso wie eine nutzergerechte Gestaltung von Alltagsprodukten nicht nur Menschen mit Beeinträchtigungen wie Mobilitätseinbußen oder Seh- und Hörbehinderungen, sondern allen zugute.

Wir halten es für notwendig durch eine stärkere zielgruppenspezifische Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation, Pflegebedürftigkeit soweit wie möglich zu vermeiden oder hinauszuzögern. Dazu muss die bestehende Lücke zwischen Akutversorgung z. B. im Krankenhaus und pflegerischer Versorgung zu Hause geschlossen werden, damit ein vorübergehender Hilfebedarf angemessen abgedeckt werden kann. Durch haushalts- und personenbezogene Unterstützungsangebote sollte, sofern gewünscht, ein Verbleiben zu Hause gesichert werden.

Wir fordern die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs, der sich an den individuellen Möglichkeiten einer selbstständigen Lebensführung und dem Unterstützungsbedarf von hilfe- und pflegebedürftigen Menschen orientiert und kognitive und psychische Beeinträchtigungen stärker berücksichtigt. Übergangsregelungen müssen dafür sorgen, dass die Umstellung nicht zu einer Verschlechterung der Situation von bereits Pflegebedürftigen führt. Dringend erforderlich ist eine Aufwertung der Pflegeberufe.

Mehr als zwei Drittel aller Pflegebedürftigen werden zum Teil bis an ihr Lebensende zu Hause versorgt. Die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen

tragen den Großteil der finanziellen und persönlichen Belastungen. Ihre Interessenvertretungen sind daher stärker als bisher an allen wichtigen Entscheidungen im Pflege- und Versorgungssystem zu beteiligen.

Die Zahl der an Demenz erkrankten Menschen nimmt weiter zu. Die Krankheit stellt Betroffene, Angehörige und die Gesellschaft vor besondere Herausforderungen. Wissen über den richtigen Umgang mit Menschen, die an einer Demenz leiden, muss auch im Krankenhaus, in Behörden, bei Feuerwehr und Polizei, beim Einzelhandel und in Banken sowie in der Bevölkerung allgemein verbreitet werden. Neben der Möglichkeit, sich mit anderen Erkrankten in speziellen Einrichtungen zu treffen, sollten Menschen mit Demenz so lange wie möglich auch an allgemein zugänglichen Angeboten wie in Sportvereinen teilhaben können.

Nicht zuletzt fordern wir den flächendeckenden Ausbau von Palliativmedizin und Palliativpflege sowie die verstärkte Förderung einer im Kern ehrenamtlich ausgeübten Hospizarbeit, und zwar dort, wo die Menschen ihre letzten Lebensstage verbringen und wo sie zumeist sterben: in Krankenhäusern und Pflegeheimen, aber in Zukunft verstärkt auch in stationären Hospizen und in ihrem vertrauten Zuhause.

Gemeinsam – engagiert zusammen leben!

Wir alle verbessern unsere Zukunftsperspektive, wenn wir uns mit dem eigenen Bild vom Alter(n) und den Wünschen nach einem sinnerfüllten Leben auseinandersetzen. Der Wunsch, Teil der Gesellschaft zu sein, gebraucht zu werden, für andere sorgen zu können, ist – in jedem Lebensalter – ein existenzielles menschliches Bedürfnis.

Die Gemeinde, das Wohnviertel, die Nachbarschaft sind die Orte, an denen jede und jeder Einzelne als Teil einer Gemeinschaft Verantwortung für eine inklusive, solidarische Gesellschaft wahrnehmen kann. Gegenseitige Hilfe und bürgerschaftliches Engagement sind für das Zusammenleben unverzichtbar. Ein solches Engagement muss jedoch freiwillig sein. Frauen und Männer, die

sich für andere einsetzen, brauchen Unterstützung und Wertschätzung, Qualifizierung und Begleitung. Die Kommunen sind für die Schaffung und den Erhalt einer engagementfördernden Infrastruktur verantwortlich. Sie müssen aber auch in die Lage versetzt werden, die freiwillig Tätigen verlässlich und dauerhaft zu unterstützen.

„Sorgende Gemeinschaften“⁴ und die Förderung aktiver Nachbarschaften werden in Zeiten veränderter Familien- und Haushaltsstrukturen immer wichtiger, gerade für Menschen ohne eigene Kinder und für Menschen, die – u. a. aufgrund großer Wohnentfernungen – nur eingeschränkt auf die Unterstützung ihrer Kinder zählen können. Hier spielen auch die Kirchengemeinden bzw. Religionsgemeinschaften eine wichtige Rolle. Wir fordern verstärkte Anstrengungen, um Konzepte für einen Profi-Laien-Mix im Wohnumfeld zu entwickeln, bestehend aus familiärer Betreuung, Sozialleistungen und bezahlbaren haushaltsbezogenen Dienstleistungen und unterstützt von freiwilligem Engagement. Dies kommt dem Wunsch der allermeisten älteren Menschen entgegen, so lange wie möglich in der eigenen Wohnung zu leben und noch eine Aufgabe zu übernehmen.

Das „Zu-Hause-sein“ gewinnt im Alter an Bedeutung. Wir fordern verstärkte Anstrengungen bei der Schaffung altersgerechten Wohnraums, auch im Bestand. Förderungen für Neubauten sollten an die Bedingung geknüpft sein, dass barrierefrei gebaut wird. Damit bei Bedarf auch technische Assistenzsysteme genutzt werden können, die zur Erhaltung eines selbstständigen Lebens und einer guten medizinisch-pflegerischen Versorgung beitragen, muss die dafür erforderliche Infrastruktur geschaffen und die Finanzierbarkeit für alle sozialen Gruppen gesichert werden. Daneben muss es mehr Informationen zu gemeinschaftlichen Wohnformen, insbesondere auch solchen mit Pflegeangeboten, geben.

4 Die Siebte Altenberichtscommission der Bundesregierung soll herausarbeiten, welchen Beitrag die kommunale Politik und örtliche Gemeinschaften leisten können, um die Teilhabe und eine möglichst lange selbstständige Lebensführung älterer Menschen sowie ein aktives Altern in Selbst- und Mitverantwortung sicherzustellen. In diesem Zusammenhang ist immer wieder die Rede von den sog. sorgenden Gemeinschaften („caring communities“).

In Städten und Ballungsgebieten ist eine wirksame Begrenzung der Wohnkosten dringend erforderlich.

In ländlichen Räumen müssen mobile bzw. gut erreichbare Angebote zur Alltagsversorgung ausgebaut und gesichert werden. Dafür gibt es bereits viele gute Beispiele, deren nachhaltige Förderung auch über Modellprojekte hinaus notwendig ist.

„Gemeinsam in die Zukunft!“ heißt für die in der BAGSO zusammengeschlossenen Verbände: mehr Gemeinschaft und Miteinander – zwischen Menschen verschiedener Generationen, unterschiedlicher Herkunft oder Religion, zwischen Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen sowie zwischen Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen.

Wir rufen die Verantwortlichen in Politik, Kirche und Gesellschaft, aber auch alle Bürgerinnen und Bürger – gleich welchen Alters – dazu auf, an einer toleranten, inklusiv denkenden und handelnden Gesellschaft mitzuwirken und die gegenseitige Wertschätzung aller Menschen zu fördern. Unser Lebensumfeld müssen wir so gestalten, dass alle Bürgerinnen und Bürger selbstständig, selbstbestimmt und gleichberechtigt ihren Alltag gestalten und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Die demografischen Veränderungen und der soziokulturelle Wandel treffen alle Generationen, alle Städte und Dörfer, jetzt und in den kommenden Jahrzehnten. Dies bringt auch Chancen mit sich für jeden Einzelnen und für die Gesellschaft.

Es kommt darauf an, dass wir alle, Staat und Gesellschaft, rechtzeitig und zum Nutzen aller Generationen handeln. Die Seniorinnen und Senioren werden dabei aktiv mitwirken.

Frankfurt, 3. Juli 2015

2. ZENTRALE VERANSTALTUNGEN

2.1 ERÖFFNUNG DER MESSE SENNOVA

- *Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*

Liebe Frau Professorin Lehr, ich freue mich sehr, dass wir gemeinsam mit der Eröffnung der SenNova den Startschuss für den Seniorentag geben. Danke an die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen, die BAGSO, die alle drei Jahre diese beeindruckende Veranstaltung organisiert! Danke an alle Anbieter und alle, die mitmachen!



Foto: BAGSO/Deck

Bundesministerin
Manuela Schwesig

Hier bei der SenNova haben wir die vielen Facetten, die das Älterwerden heute ausmachen und spannend machen: Angebote, sich einzubringen – Stichwort: aktives Alter. Gesundheitsvorsorge und technische Möglichkeiten – Stichwort: Hilfe und Unterstützung im Alter. Und Projekte, die Generationen verbinden – Stichwort: Zusammenleben und Zusammenhalt.

Sie haben hier die Chance, ganz konkret zu erleben, welche Möglichkeiten es im Alter gibt. Denn letztlich wird jede und jeder anders alt, und es hängt auch ein bisschen von uns selbst ab, wie wir alt werden und unsere Zukunft gestalten.

Älterwerden heißt im Grunde nichts anderes als dass Zeit vergeht. Zeit vergeht aber nicht einfach so; sie macht etwas mit uns. Zukunft ist genau das gleiche. Zeit vergeht, und dadurch verändert sich etwas. Mal gefällt uns, was sich ändert, mal nicht. Mit Zukunft verbinden wir eher Hoffnung und Verbesserung und Fortschritt – den Blick nach vorn.

Während Alter traditionell eher für den Blick zurück steht, für Krankheit und Verlust. Aber gerade das verändert sich seit einigen Jahrzehnten, weil sich die Wirklichkeit des Älterwerdens ändert. Wenn ich hier in die Gesichter schaue, würde ich sagen: Sie wissen das mindestens so gut wie ich. Das Altwerden ändert sich, und damit müssen sich auch die Bilder ändern, die wir uns vom Altwerden machen.

Hier beim Deutschen Seniorentag sind neben den Fachleuten und ganz vielen älteren Menschen auch Schülerinnen und Schüler des Lessing-Gymnasiums in Frankfurt, die die Besucherinnen und Besucher über ihr Jugendbild befragen wollen. Sie können ja mal zurückfragen: Wie sieht eigentlich euer Bild vom Alter aus? Ich bin fest davon überzeugt: Das beste Mittel gegen Vorurteile über das Alter oder über die Jugend ist, miteinander zu reden.

Das Schöne am Thema Älterwerden ist, dass alle mitreden können. Die Jugendlichen, die darauf warten, dass sie endlich 18 werden. Die 40-Jährige, die



Foto: BAGSO/Hemmerich

Die amtierende Bundesministerin Manuela Schwesig mit der ehemaligen Bundesministerin Prof. Dr. Ursula Lehr nach der Eröffnung der SenNova.

zum runden Geburtstag eine große Party macht und vorher kritisch in den Spiegel schaut, ob das schöne Kleid noch passt. Und natürlich die, um die es hier in Frankfurt vor allem geht: die Seniorinnen und Senioren. Nutzen Sie die Chance, ins Gespräch zu kommen!

„Gemeinsam in die Zukunft!“ heißt das Motto des 11. Deutschen Seniorentags. Ich habe es gesagt: Älterwerden und Zukunft haben etwas ganz Fundamentales gemeinsam. Zu erleben wie Zeit vergeht und etwas damit anzustellen, ist Grundprinzip menschlichen Lebens. Wir leben in die Zukunft und denken in die Zukunft hinein und werden älter dabei. Wir sollten das selbstbewusst und optimistisch tun, egal, wie alt wir sind. So wie der französische Maler Renoir, der kurz vor seinem Tod, längst anerkannt und berühmt, als er im Rollstuhl saß, den Pinsel kaum noch halten konnte, aber trotzdem immer weiter malte, gesagt hat: „Ich glaube, jetzt beginne ich allmählich, etwas von Malerei zu verstehen.“

Liebe Gäste der SenNova, soviel zur Philosophie des Älterwerdens. Auf die Kunst komme ich gleich noch einmal zurück. Als Seniorenministerin, die auch Jugend- und Familienministerin ist, gefällt mir das Motto „Gemeinsam in die Zukunft!“ gut. Mir sind nämlich drei Dinge wichtig, wenn es um das Altwerden und die Zukunft unseres Landes geht.

1. Es geht nur gemeinsam. Das sagt sich leicht. Aber wir müssen dafür auch ganz konkret die Gelegenheiten schaffen. Zum Beispiel in den Mehrgenerationenhäusern, deren nachhaltige Sicherung wir gerade mit einer Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern ein Stück vorangetrieben haben. Es gibt jede Menge weiterer Möglichkeiten des Austauschs zwischen den Generationen, viele auf lokaler Ebene, manche im Internet: Achten Sie auf der SenNova darauf!
2. Wir müssen die Familien unterstützen. Ganz viele Ältere, die Unterstützung und Pflege brauchen, können sich auf ihre Familie verlassen: auf den Ehemann, die Tochter, die Schwiegertochter oder andere Angehörige. Viele pflegende Angehörige aber sind berufstätig. Deshalb wird die Vereinbarkeit

von Familie und Beruf für immer mehr Menschen zur Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Wir haben dazu ein Gesetz gemacht mit einer Lohnersatzleistung für zehn Tage und besseren Möglichkeiten für eine Familienpflegezeit, damit Familien mehr Zeit haben.

3. Wir brauchen gute Bedingungen für professionelle Pflege. Mit dem Pflegestärkungsgesetz sind die Leistungen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen spürbar ausgeweitet worden. Außerdem wurde die Zahl der zusätzlichen Betreuungskräfte in stationären Pflegeeinrichtungen erhöht. Wir sind jetzt dabei, mit einem Pflegeberufegesetz die Altenpflege attraktiver zu machen.

Sehr geehrte Damen und Herren, in der „Brigitte“ gab es kürzlich einen Artikel mit Bildern eines französischen Fotografen. Die Überschrift war „Schluss mit lustig“ und es ging ums Älterwerden. Genau gesagt: um den 30. Geburtstag. Ein harter Einschnitt, meint die Brigitte, und für viele eine ziemliche Katastrophe. Ich habe das nicht so schlimm in Erinnerung. Wir haben insofern mal ein



Foto: BAGSO/Hemmerich

Großes Publikums- und Medieninteresse bei der Eröffnung der SenNova.

Fragezeichen hinter „Schluss mit lustig“ gemacht. Und haben dazu aufgerufen, Karikaturen über das Älterwerden einzureichen. Weil wir glauben, dass es gut tut, darüber zu lachen.

Humor ist nämlich, wenn man trotzdem lacht. 381 Künstlerinnen und Künstler fanden das auch. Und so haben wir fast 1.000 Beiträge bekommen, keinen über die Schrecken des 30. Geburtstags, aber viele gute Karikaturen zu ganz vielen Themen. Mehr will ich dazu gar nicht sagen, weil die beste Karikatur unwitzig wird, wenn man sie erzählt. Sie müssen sich das selbst anschauen. Aber ich möchte allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern danken und der Jury, die die schwere Entscheidung treffen musste.

Allen Gästen, Ihnen, meine Damen und Herren, wünsche ich einen schönen Seniorentag. Machen Sie mit, informieren Sie sich, diskutieren Sie mit. Schauen Sie optimistisch, selbstbewusst und mit Humor in die Zukunft. Sie können, Sie dürfen, Sie sollen über das Älterwerden lachen!



Die Messe SenNova ist eröffnet: Dr. Barbara Keck (BAGSO Service Gesellschaft), Katharina Herrmann (Vorstandsmitglied ING-DiBa), Bundesministerin Manuela Schwesig, BAGSO-Vorsitzende Prof. Dr. Ursula Lehr und Peter Albiez (Vorsitzender Geschäftsführung Pfizer Deutschland).

Foto: BAGSO/Deck

2.2 FESTVERANSTALTUNG

Musikalisch begleitet wurde die Festveranstaltung zur Eröffnung des 11. Deutschen Seniorentages vom Chor des Frankfurter Lessing-Gymnasiums unter Leitung von Sabine Mittenhuber. 1.800 Besucherinnen und Besucher verfolgten die Veranstaltung im Saal Panorama des Frankfurter Congress Centers.

2.2.1 Begrüßung

► *Prof. Dr. Ursula Lehr, BAGSO-Vorsitzende*

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrte Frau Bundesministerin Schwesig, sehr geehrter Herr Staatsminister Grüttner, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Feldmann, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,



Foto: BAGSO/Bock

Prof. Dr. Ursula Lehr

im Namen der BAGSO, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen, begrüße ich Sie ganz herzlich zum 11. Deutschen Seniorentag, den wir – worüber ich mich besonders freue – in meiner Geburtsstadt Frankfurt am Main ausrichten. Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

Mein besonderer Gruß und Dank gebührt Ihnen, Frau Bundeskanzlerin. Liebe Frau Dr. Merkel! Wir freuen uns sehr, dass Sie nicht nur die Schirmherrschaft für diesen 11. Deutschen Seniorentag übernommen haben, sondern diesen auch persönlich mit einer Ansprache eröffnen – trotz der politisch gesehen nicht ganz einfachen Zeiten, die auch für Sie eine große Herausforderung bedeuten. Wir wünschen Ihnen – wie bisher – eine glückliche Hand! Wir sehen in Ihrem Hiersein eine besondere Wertschätzung älterer Menschen und der vielen Beiträge, die diese für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft leisten.

Als die Vertreter unserer Verbände vor etwa zwei Jahren sich für das Motto „Gemeinsam in die Zukunft!“ entschieden, wusste keiner, welche Aktualität

es gewinnen würde. Denn „gemeinsam“ hieß und heißt für uns nicht nur gemeinsam mit allen Altersgruppen, mit Menschen aller Generationen, mit Gesunden und Kranken, mit Menschen mit und ohne Behinderungen, sondern auch gemeinsam mit Menschen unterschiedlicher Religionszugehörigkeiten, gemeinsam mit Zugewanderten, gemeinsam mit Flüchtlingen.

In unserer Zeit des rapiden gesellschaftlichen Wandels, der zwar stark vom demografischen Wandel und der zunehmenden Langlebigkeit beeinflusst wird, aber über diesen weit hinausgeht – denken Sie an den Wandel der Familienstrukturen, den kulturellen und technischen Wandel in einer digitalisierten Welt –, brauchen wir Zusammenhalt und Gemeinsamkeit, um diese Herausforderungen zu meistern.

Unsere Zeit verlangt Flexibilität, ein Sich-Umstellen-Können, Offenheit gegenüber Neuem, Toleranz und Solidarität von uns allen. Festhalten am Vergangenen, das man vielleicht noch in verklärtem Licht sieht, bringt uns nicht



Foto: BAGSO/Hemmerich

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel besuchte zum 3. Mal den Deutschen Seniorentag.

weiter! Dabei wollen und sollen wir alte Werte nicht aufgeben: „Auf Tradition aufbauend – in die Zukunft schauen und diese gestalten!“ Üben wir Senioren, aber auch wir alle gemeinsam uns in einer Offenheit Neuem gegenüber und in gegenseitigem Verständnis!

Welcher Ort wäre für eine solche Thematik besser geeignet als Frankfurt am Main, diese weltoffene, tolerante Stadt, in der die Bundesversammlung des Deutschen Bundes und 1848/49 das erste frei gewählte deutsche Parlament ihren Sitz hatten. Frankfurt, die Stadt Johann Wolfgang von Goethes, der feststellte:

„Ei, bin ich denn 80 Jahre alt geworden, dass ich immer dasselbe denken soll? Ich strebe vielmehr, täglich etwas Anderes, Neues zu denken, um nicht langweilig zu werden. Man muss sich immerfort verändern, erneuern, verjüngen, um nicht zu vertrocknen!“ – ein guter Rat an alle Älterwerdenden!



Foto: BAGSO/Santen

Möge der 11. Deutsche Seniorentag viele Denkanstöße geben und zur Offenheit neuen Entwicklungen gegenüber beitragen!

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Schwesig, sehr geehrter Herr Staatsminister, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ich danke Ihnen für Ihr Kommen, ganz besonders aber auch für die Unterstützung, die Bund, Land und Stadt bereitgestellt haben, um diese Veranstaltung realisieren zu können. Sie sehen an der Resonanz hier im Saal: Es hat sich gelohnt!

Weiter danke ich den Sponsoren, vor allem den beiden Hauptsponsoren ING-DiBa und Pfizer Deutschland, für ihren wichtigen Beitrag zu dieser Großveranstaltung. Ihre Anwesenheit, liebe Frau Herrmann und lieber Herr Albiez, zeigt, dass auch die Wirtschaft die Chancen des demografischen Wandels erkennt.

Ich danke auch den Medienpartnern und besonders Ihnen, Herr D'Inka, dass Sie sich bereit erklärt haben, uns heute durch das Programm zu führen.

Der Deutsche Seniorentag ist eine Gemeinschaftsleistung vieler. Die meisten unserer 111 Mitgliedsverbände waren an der Programmgestaltung aktiv beteiligt. Ohne Sie alle wäre eine Veranstaltung dieser Größe nicht zu realisieren! Sehr herzlich begrüßen möchte ich noch

- die anwesenden Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie des hessischen und des rheinland-pfälzischen Landtags,
- Herrn Bundesminister a.D. Franz Müntefering,
- Frau Oberbürgermeisterin a.D. Petra Roth,
- den Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung, Dr. Stephan Siegler,
- Frau Stadträtin Prof. Dr. Birkenfeld, mit der ich am Samstag die Aktionswoche Älterwerden in Frankfurt eröffnen werde,

- viele weitere Vertreter der Stadt Frankfurt, darunter zahlreiche Stadträte und -rätinnen sowie Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung,
- Vertreter anderer Städte und Landkreise,
- Herrn Domkapitular Wolfgang Rösch, der heute Abend zusammen mit Pfarrerin Scherf den ökumenischen Gottesdienst gestalten wird,
- unsere Partner aus der Wirtschaft,
- die Vertreter von Verbänden und Vereinen aus Hessen und aus Frankfurt – stellvertretend nenne ich den Vorsitzenden der Landessenorenvertretung und die Vorsitzende des Seniorenbeirats der Stadt,
- viele weitere Ehrengäste, darunter auch die Mitglieder des BAGSO-Vorstandes und viele Präsidenten und Vorsitzende unserer Mitgliedsverbände oder von Institutionen, mit denen die BAGSO eng zusammenarbeitet.

Begrüßen möchte ich schließlich die Schülerinnen und Schüler des Chors des Frankfurter Lessing-Gymnasiums unter der Leitung von Frau Mittenhuber. Ich begrüße aber auch Euren Direktor, Herrn Frankerl, ganz herzlich – prima, dass Sie den Schülern freigegeben haben!

Meine Damen und Herren, „Gemeinsam in die Zukunft!“ – so lautet das Motto des 11. Deutschen Seniorentages. Ich freue mich auf drei spannende Tage!

2.2.2 Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zur Eröffnung des 11. Deutschen Seniorentages

► *Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin*

Sehr geehrte Frau Professorin Lehr,
liebe Kollegin Frau Schwesig,
sehr geehrter Herr Minister Grüttner,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Feldmann,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Parlamenten
im Bund und Land,

vor allem: liebe Seniorinnen und Senioren und
liebe Kinder, die ihr uns hier nicht nur einen „happy day“
vorgesungen, sondern ihn auch damit zu einem „happy
day“ gemacht habt – wahrscheinlich habt ihr das nicht nur gesungen, weil ihr
schulfrei habt, sondern auch, weil ihr den anderen eine Freude machen wolltet –,
liebe Frau Professorin Lehr, ich war bereits in Leipzig und Hamburg auf dem
Seniorentag. Beide Besuche sind mir noch sehr gut in Erinnerung. Ich bin mir
nach dem, was ich hier heute schon von Frankfurt gehört habe, Herr Oberbür-
germeister, sicher, dass auch dieser Seniorentag seine Spuren hinterlassen wird.



Foto: BAGSO/Deck

Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Städte und Gemeinden in Deutschland wollen sich ja seniorenfreundlich prä-
sentieren. Das zeigt, dass unsere Gemeinden die Zeichen der Zeit erkannt
haben und dass ältere und alte Menschen immer mehr Gehör finden und an
Bedeutung und Gewicht gewinnen, wenn es um Entscheidungen für unsere
Städte und Gemeinden geht.

Ich freue mich natürlich über die rege Resonanz, die dieser nunmehr 11. Deut-
sche Seniorentag erfährt. Es wird einem um die Zukunft nicht bange, wenn
man sieht, wie viele sich für das Gemeinwohl stark machen. Deshalb möchte
ich auch ein herzliches Dankeschön an die BAGSO richten. Sie gibt den Senio-
rinnen und Senioren in unserer Gesellschaft eine Stimme; und das ist unglaub-
lich wichtig für alle Generationen.

Seien wir ehrlich: Seniorinnen und Senioren werden gebraucht – in politischen Fragen, als Ansprechpartner für seniorenspezifische Belange und natürlich auch im Alltagsleben. Viele sind heute fitter und aktiver als frühere Generationen. Ihr Wissen und Erfahrungsschatz sind einfach Gold wert – nicht nur für sie, für ihr eigenes Leben und ihre Generation, sondern auch für unsere gesamte Gesellschaft: für Kirchen, Vereine und Initiativen, in die sie sich ehrenamtlich einbringen; für Unternehmen, die sich erfahrene Fachkräfte sichern; und natürlich auch und vor allem für die eigene Familie.

Viele Eltern von kleinen Kindern sind froh, wenn die Großeltern einspringen können, wenn Not am Mann oder an der Frau ist. Ich denke – ich hoffe, die Kinder nicken –, dass sie gerne auch einmal mit Oma und Opa zusammen sind, weil es dann vielleicht nicht ganz so streng zugeht wie zu Hause; jedenfalls war es bei mir so. Wenn beruflich kurzfristig etwas dazwischenkommt – das ist heute ja oft so – oder wenn, wie Herr Feldmann schon sagte, ein Streik in den Kitas ansteht, ist es natürlich besonders schön, wenn man Großeltern hat.



Foto: BAGSO/Hemmerich

Der Chor des Frankfurter Lessing Gymnasiums sang Spirituals und Stücke von Karl Jenkins.

Umgekehrt können in der Familie auch Großeltern Hilfe und Unterstützung von ihren Kindern und Enkeln erfahren; auch das ist ja eine schöne Erfahrung.

Wer nicht das große Glück hat, in einer Familie auf eine Verantwortungsgemeinschaft bauen zu können, hat heute in unserer Gesellschaft viele andere Möglichkeiten, mit anderen Generationen in Kontakt zu treten. Ich glaube, gerade auch das Projekt der Mehrgenerationenhäuser hat sich hierbei sehr bewährt. Sogenannte Leih-Omas oder Leih-Opas helfen bei vielen Dingen im täglichen Leben mit – bei der Kinderbetreuung oder bei den Hausaufgaben, viele jetzt auch bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Sie lesen vor oder stärken Jugendlichen den Rücken beim Übergang von der Schule ins Berufsleben. Es geht aber auch immer wieder darum, Anlaufstellen zu finden, um sich in unsere Gesellschaft einbringen zu können. Dabei ist die BAGSO eine gute Adresse.

Ich will hier ausdrücklich sagen: Dieser Einsatz kann gar nicht hoch genug geschätzt werden. Was mich immer sehr berührt, ist, dass gerade auch von jungen Menschen mit ausländischen Wurzeln oft zu hören ist, dass ältere Deutsche ihnen die deutsche Sprache nahegebracht und ihnen auf vielfache Weise geholfen haben, ins Leben zu finden. Diejenigen, die früher noch „Gastarbeiter“ genannt wurden und jung in unser Land gekommen sind, sind heute selber Seniorinnen und Senioren. Sie haben unglaublich viel für unser Land geleistet und haben hier eine neue Heimat gefunden. Wir werden uns beim nächsten Integrationsgipfel auf Vorschlag von Staatsministerin Özoğuz der spezifischen Anliegen und Probleme von Seniorinnen und Senioren mit, wie man sagt, Migrationshintergrund annehmen.

Ob mit oder ohne Migrationsgeschichte – auf jeden Fall ist das ehrenamtliche Engagement unglaublich wichtig für unsere Gesellschaft. Es ist so, dass sich nach dem Renteneintritt heute mindestens so gute oder so viele Chancen ergeben, ein Ehrenamt zu übernehmen wie während des Berufslebens. Ein Ehrenamt kommt dann gerade deshalb in Frage, weil man aus Pflichten herausgekommen ist, die das Berufsleben mit sich brachte, und sich frei entscheiden kann. Es ist eine schöne Entwicklung unserer Gesellschaft, dass diese Entscheidungsfreiheit häufig genutzt wird.

Seniorinnen und Senioren nutzen ihre Chancen, weil sie merken, dass es wichtig ist, andere an ihren Erfahrungen teilhaben zu lassen; weil sie finden, dass wir ein gutes Miteinander in unserer Gesellschaft brauchen. Dafür stehen auch die 111 BAGSO-Verbände; jeder einzelne auf seine Art und Weise. Dafür möchte ich einfach danke sagen, weil es alles andere als selbstverständlich ist, und Sie bitten, weiterzusagen, dass wir uns über jeden freuen, der älter ist und sich trotzdem oder gerade deshalb in unsere Gesellschaft einbringt.

Es gibt natürlich auch Veränderungen im Berufsleben. Es ist erfreulich, dass sich zum Beispiel seit dem Jahr 2000 der Eintritt in das Rentenalter um zwei Jahre nach hinten verlagert hat. Ich glaube, davon haben viele etwas. Das sind als erstes die Älteren, die Freude an ihrem Beruf haben und die entweder weniger Abschläge wegen vorgezogener Rente haben oder Zuschläge erhalten, weil sie sich freiwillig für ein längeres Arbeiten entscheiden und über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus erwerbstätig sind. Es profitieren auch die Unternehmen, wenn sie auf erfahrene Fachkräfte bauen können. Die jüngere Generation hat natürlich auch etwas davon, denn unser Rentensystem ist entsprechend stabiler.

Ich will auch jenseits der mathematischen Dinge nochmals sagen: Wir haben in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Zeiten gehabt, in denen in unverantwortlicher Weise das beiseitegelegt wurde, was so wichtig ist, nämlich die Erfahrung der Älteren. Man hat nur in Schnelligkeit gedacht, hat gesagt, dass die Jüngeren schneller sind, hat aber vergessen, dass die Älteren die Abkürzungen kennen und dadurch manchmal schneller sind. Der knappe Schwung der Routine ist durch nichts zu ersetzen. Natürlich sind der demografische Wandel und die Frage nach der Fachkräftesicherung Elemente, die für ein längeres Erwerbsleben sprechen.

Wir haben in den letzten Jahren vieles vorangebracht, damit man Beruf und Familie besser verbinden kann. Ich will einige Dinge nennen, die auf den Weg gebracht wurden: Elterngeld, ElterngeldPlus, der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz und Familienpflegezeit. Wir haben immer versucht, eine Balance zu finden, indem wir Familie als etwas begriffen haben, das aus mehreren Ge-



Foto: BAGSO/Hemmerich

Im Saal Panorama konnten die Besucherinnen und Besucher zu angenehmen Temperaturen der Festveranstaltung folgen.

nerationen besteht: aus Kindern, Eltern und Großeltern. Deshalb haben wir manches angepackt und umgesetzt, was zum Beispiel Eltern anbelangt, die wegen ihrer Kinder flexible Arbeitsbedingungen brauchen. Das haben wir in ähnlicher Weise in den Bereich der Pflege übertragen.

Wir wollen konkret auf Ältere zugehen, damit sie sich länger in die Arbeitswelt einbringen können. Das erfordert auch ein Umdenken bei den Unternehmen. Man kann sehr viel in Sachen Arbeitsplatzausstattung, Arbeitszeitgestaltung oder auch bei Weiterbildungsangeboten für diejenigen machen, die älter als 50 oder 55 Jahre sind. Lebenslanges Lernen muss sozusagen praktiziert werden und ist wichtig. Wir erleben ja, wie neugierig viele Ältere auf die Zukunft sind.

Viele wünschen sich auch flexible Übergänge in die Rente. Daran arbeiten wir in der Koalition noch; das ist aber nicht ganz einfach. Wir wollten das eigentlich vor der Sommerpause abschließen, aber Sie müssen noch ein bisschen warten, bis wir da zu Potte kommen. Ich hoffe aber, dass es gelingt.

Wir haben zu Beginn der Großen Koalition bereits einige Rentenprojekte angedacht. Es ist unstrittig, dass es dringend erforderlich war, die Erwerbsminderungsrente zu verbessern. Eher umstritten waren die Mütterrente und die abschlagsfreie Rente ab 63 für langjährig Versicherte; also für diejenigen, die 45 Jahre in die Versicherung eingezahlt haben. Ich glaube aber, dass von den Älteren beide Dinge geschätzt werden. Insofern ist das auch eine gute Entscheidung gewesen.

Ich muss nur einmal zögerlich zu Herrn Müntefering gucken, der, glaube ich, nicht ganz so beeindruckt ist. Herr Müntefering, wir haben für alle, die weniger als 45 Jahre eingezahlt haben, den Weg zur Rente mit 67, der stufenweise angelegt ist, nicht abgeschafft. Auch das ist richtig und wichtig. Franz Müntefering hat damals eine sehr strittige Entscheidung gefällt. Ich glaube aber, dass sie im Sinne der Generationengerechtigkeit absolut richtig, wichtig und notwendig war.

Jeder wünscht sich natürlich mehr Lebensjahre und mehr Lebensqualität. Damit komme ich zu einem zentralen Thema, nämlich zum Thema Gesundheit. Wir haben als Bundesregierung viel auf den Weg gebracht, was Gesundheitsförderung in allen Lebenswelten voranbringt. Wir wollen vor allen Dingen der Prävention ein höheres Augenmerk widmen und haben deshalb ein Präventionsgesetz vorgelegt, das in Kürze in Kraft treten wird.

Denn auch wenn wir über erfreulich höhere Lebenserwartungen, über längeres Arbeiten und über das vielfältige Wirken der sogenannten jungen Alten reden, dürfen und wollen wir auch nicht über die Härten des Alters hinwegsehen. Als ich darüber ganz kurz mit Frau Professorin Lehr gesprochen habe, hat sie gesagt: Das ist richtig. Kein Mensch sollte darüber hinwegsehen; wir sollten darüber sprechen.

Etwas, das ganz, ganz wichtig ist, auch wenn manches vielleicht nicht mehr ganz so leicht geht, wie es einmal ging: Ziehen Sie sich nicht zurück! Diejenigen in unserer Gesellschaft, die noch nicht so alt sind, muss man auffordern: Gehen Sie auf Menschen zu, die vielleicht etwas langsamer sind, vielleicht et-

was schlechter hören, vielleicht etwas weniger oder nicht ganz so gut sehen! Es kann bereichernd sein und kann einen selber auf einen Lebensabschnitt vorbereiten, den man noch vor sich hat. Unsere Gesellschaft ist nur menschlich, wenn sie wirklich alle Generationen ernst nimmt.

Zu den Härten des Alters gehört sicherlich, dass Menschen auf Pflege angewiesen sind – ambulante Pflege oder Pflege in den Pflegeeinrichtungen. Wir haben mit dem ersten Pflegestärkungsgesetz unter anderem die Leistungen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen ausgeweitet. In einem zweiten Schritt geht es darum, vor allen Dingen einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff zu entwickeln. Das ist ein Projekt, an dem wir schon sehr, sehr lange sitzen. Ich war immer eine Bremserin: Wir sollten das sozusagen nicht zu früh in die Praxis einführen, ohne uns alles ganz genau überlegt zu haben. Jetzt sind wir soweit und können diesen Schritt langsam gehen.

Es ist richtig, dass wir angesichts verschiedener Demenzerkrankungen künftig sehr viel bessere Möglichkeiten haben werden, Pflegebedürftigkeit anzuerkennen. Das bisherige System der drei Pflegestufen und der Leistungen für Demenzerkrankte wird durch fünf Pflegegrade ersetzt. Auch die Qualitätssicherung und Qualitätsbewertung von Pflegeeinrichtungen werden neu geordnet. Ich glaube, dass wir aus Erfahrungen gelernt haben und die Dinge nun besser organisieren werden.

Es geht bei dem neuen Gesetz um Verbesserungen, um notwendige Anpassungen an die Realität. Aber ich sage auch: Wir dürfen nie so tun, als könnte man die gesetzliche Pflegeversicherung so organisieren, dass allen Wünschen umfassend Rechnung getragen werden kann. Wir versuchen es so weit wie möglich; und wir versuchen auch zu lernen. Trotzdem werden aber immer Wünsche offen bleiben.

Wir müssen auch hierbei eine Balance der Generationen finden. Die einen zahlen ein – wir werden die Beiträge erhöhen –, und die anderen haben ein Anrecht auf Pflege, weil sie sich in diese Gesellschaft eingebracht haben. Ähnlich wie im Bereich der Rente ist es die Aufgabe, eine vernünftige Balance zu

finden. Deshalb sind wir einen Schritt nach vorne gegangen und haben gesagt: Im Grundsatz wollen wir versuchen, die Kosten der Sozialversicherungssysteme konstant zu halten, aber im Bereich der Pflege kann man nicht besser werden, ohne dass man nicht auch den Preis dafür benennt. Ich glaube, das ist eine von allen Generationen anerkannte Entscheidung.

Meine Damen und Herren, so, wie wir uns über ein Leben und Altern in Würde Gedanken machen, so müssen wir auch an ein Sterben in Würde denken. Das Sterben gehört zum Leben dazu. Heute ist ein besonderer Tag. Parallel zu Ihrem Seniorentag findet im Deutschen Bundestag eine Debatte über die Frage der Sterbehilfe statt. Hierzu gibt es verschiedene Gesetzentwürfe. Es ist immer so, dass es, wenn wir Themen besprechen, die sehr mit ethischen Überzeugungen jedes Abgeordneten verbunden sind, keinen Fraktionszwang gibt, sondern dann sammeln sich Abgeordnete mit unterschiedlichen Meinungen, um jeweils eigene Gesetzentwürfe einzubringen. Heute findet dazu die erste Debatte statt. Es ist wichtig, dass wir diese Debatte in die Öffentlichkeit hineintragen.



Foto: BAGSO/Hemmerich

Jeder hat sie zu Hause und trotzdem läuft unser öffentliches Leben oft so ab, als gäbe es das nicht. Es ist nicht richtig, wenn eine Gesellschaft all die Themen, die man zu Hause bespricht, nicht auf die Tagesordnung setzt. Deshalb halte ich diese Debatte für sehr, sehr wichtig.

Aber diese Debatte allein reicht natürlich nicht. Es ist mir und der ganzen Bundesregierung ein Herzensanliegen, dass wir in der Palliativversorgung und der Hospizarbeit besser werden. Beides geschieht jetzt. Damit kommt das Thema viel stärker in die öffentliche Diskussion. Es ist ja auch wichtig, dass man sich schon dann, wenn man noch nicht zu den Älteren gehört, über das eigene Lebensende immer wieder Gedanken macht.

Dennoch warne ich davor – das ist jetzt meine persönliche Überzeugung –, glauben zu können, dass wir alles durch rechtliche Schritte regeln können. Ich zum Beispiel tue mich sehr, sehr schwer damit, Verfügungen sozusagen schon heute für einen Zeitpunkt auszufüllen, von dem ich mir keine richtigen Vorstellungen machen kann. Ich glaube, im Zusammenhang mit Geburt und Tod müssen wir bei aller Verrechtlichung unseres Lebens akzeptieren, dass es auch Spielräume gibt, die wir offen lassen müssen und nicht total schließen können. Auch das gehört zum Leben dazu.

Dass wir uns in Deutschland über eine im Durchschnitt wachsende Lebenserwartung freuen können, zählt zu den wirklich schönen Seiten des demografischen Wandels. Das sind oft gewonnene Jahre, wenn man sie mit den Lebenszeiten der eigenen Eltern und Großeltern vergleicht. Es sind viele gewonnene Jahre, ein richtiger Lebensabschnitt. Die meisten Seniorinnen und Senioren wissen die geschenkte Zeit auch gut zu nutzen. Es gibt keine Vorgaben. Auf der anderen Seite will ich aber an dieser Stelle nicht verschweigen, dass es auch Menschen gibt, die sich alleine fühlen, die sich einsam fühlen, die nicht nach draußen gehen. Wir sollten alle gemeinsam versuchen, möglichst viele dazu zu ermuntern.

Ich freue mich natürlich auch darüber, dass Sie mit dabei sind, wenn wir unseren Bürgerdialog durchführen, und zwar unter der Fragestellung: Was ver-

steht man unter gutem Leben? Gerade auch Ihre Meinung dazu in Erfahrung zu bringen, wird hierbei sehr wichtig sein. Ich habe gelernt, dass es auf dem Messegelände das „World Café“ gibt, wo Sie an dieser Diskussion teilnehmen können. Es werden auch professionelle Moderatoren mit dabei sein. Ich möchte mich bei der BAGSO ganz herzlich dafür bedanken, dass sie sich an dem von der Bundesregierung durchgeführten Bürgerdialog beteiligt. Da Sie ja im digitalen Bereich fit sind, können Sie das auch online machen. Wenn Sie im digitalen Bereich noch nicht fit sind, können Sie sozusagen als Übungsstunde Ihre Meinung darüber, was gutes Leben in Deutschland ausmacht, per E-Mail mitteilen und so mit uns kommunizieren.

Wer sich beizeiten digitale Fähigkeiten erwirbt, hat es im Alter einfacher. Man kann heute schon so vieles machen, zum Beispiel Einkäufe per Internet erledigen. Man muss nicht immer zur Apotheke gehen oder selber einkaufen gehen. Aber ohne aktive Nutzung der digitalen Medien ist das schwieriger. Die Nutzung digitaler Medien ist nun wirklich nicht alles, kann aber ein gutes Mittel zum einfacheren Leben im Alter sein.

Meine Damen und Herren, der Oberbürgermeister von Frankreich hat – „von Frankreich“ sage ich schon; von Frankfurt natürlich. Sehen Sie, ich habe heute früh schon wieder mit dem französischen Präsidenten telefoniert; das kommt davon. Der Oberbürgermeister von Frankfurt also hat darauf hingewiesen, wie viele zusätzliche Einwohner Frankfurt jährlich hat.

Als Freundin der ländlichen Region ist mir gleich bange geworden, ob in Hessen alle vom Lande wegziehen. Ich glaube aber, dass Hessen auch etwas für die ländlichen Regionen tut. Aber gerade für Ältere in ländlichen Regionen sind ganz große Herausforderungen – darum will ich nicht herumreden – die Versorgung mit Fachärzten und die weiten Wege zu spezialisierten Krankenhäusern. Das sind Probleme, über die man nicht hinwegreden kann. Auch schwierige Einkaufsmöglichkeiten und vieles andere sind zu erwähnen. Insofern müssen wir sehr bewusst darauf achten, dass die Lebensqualitäten zwischen Stadt und Land gerade für Ältere nicht zu weit auseinanderfallen. Dabei ist wiederum die Versorgung der ländlichen Regionen mit einem ordentlichen

Breitband eine zentrale Aufgabe mit Blick sowohl auf die Jungen, die natürlich nicht nur in Frankfurt ins Internet kommen wollen, als auch auf die Älteren.

Meine Damen und Herren, alles, was es an neuen Trends gibt, ist hier auf der Messe „SenNova“ zu sehen, die heute schon von Frau Schwesig eröffnet wurde. Die Messe ist eine tolle Sache, die immer wieder parallel zum Seniorentag stattfindet. Sie ist auch gut für die Unternehmen – man hat den Sponsoren gedankt; das finde ich auch in Ordnung –, aber die Älteren sind ja auch ein Marktfaktor. Ich habe mich viele Jahre lang gewundert – ich glaube, das ist jetzt ein bisschen anders –, dass man sozusagen das Kernwerbepublikum viel zu eng gefasst hat. Doch gerade Großeltern schenken gerne, gerade Großeltern kaufen gerne. Insofern sollte man Älteren durchaus zutrauen, dass sie selber an bestimmten Produkten interessiert sind, diese auch gerne weiterschicken und insofern eine tolle Truppe sind, die sich gerne auch neue Dinge anschaut.

Meine Damen und Herren, „Gemeinsam in die Zukunft!“ – das Motto bringt es auf den Punkt: Sie wollen weder rasten noch rosten, Sie wollen sich nicht abschotten, Sie wollen mittendrin sein und mitmischen – also auch gemeinsam mit den Jüngeren Zukunft gestalten. Das ist eine Botschaft, die an die ganze Gesellschaft gerichtet ist. Sie zeigen, dass sich auch älteren Semestern viel Lebensfreude und große Chancen bieten, die Sie nutzen wollen.

Liebe Frau Professorin Lehr, Sie leben das beispielhaft vor. Die Interessenvertretung älterer Menschen liegt bei Ihnen stellvertretend für viele andere in guten Händen. Deshalb möchte ich einfach einmal danke für Ihr unermüdliches Engagement sagen, das Sie wirklich zu einem Vorbild macht. Ich danke auch Ihnen allen, die Sie sich zum Seniorentag versammelt haben. Lassen Sie sich von der Hitze nicht schlapp machen – sie ist vielleicht ein eher erschwerender Faktor – und trinken Sie viel! Ich glaube, in Frankfurt steht genug Wasser zur Verfügung. Alles Gute und herzlichen Dank.

2.2.3 Grußwort

► *Peter Feldmann,*
Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main

Frankfurt ist eine gute Wahl, die richtige Wahl für einen Seniorentag. Frankfurt ist eine Großstadt mit hoher Lebensqualität. Frankfurt wächst. Nicht nur junge Menschen und Familien ziehen nach Frankfurt, auch Ältere entdecken die Stadt wieder für sich.



Foto: BAGSO/Santien

Oberbürgermeister
Peter Feldmann

Sie ziehen im Ruhestand nicht mehr aus der Stadt raus. Einige ziehen sogar wieder in die Stadt rein. Frankfurt verfügt über eine gute Infrastruktur, kurze Wege, ein breites Kulturangebot, viel Grün und gute Fachärzte. Das alles sind Faktoren, um sich in Frankfurt wohl zu fühlen.

Frankfurt hat mit dem bundesweit ersten städtischen Altenplan bereits in den 1960er Jahren den Grundstein für eine moderne Seniorenpolitik gelegt. Deshalb freue ich mich, Sie zum 11. Deutschen Seniorentag im Namen der Stadt Frankfurt am Main herzlich zu begrüßen.

Das Alter ist so bunt und vielfältig wie alle anderen Lebensphasen auch. In Frankfurt gibt es deshalb Senioreneinrichtungen, die beispielsweise auf die Bedürfnisse von Migrantinnen und Migranten oder Lesben und Schwulen im Alter besonders eingehen.

Ich werde diese wegweisenden Projekte im Rahmen des Seniorentags mit Gästen besuchen. Das Motto des Seniorentages „Gemeinsam in die Zukunft!“ ist klug gewählt. Demografischer Wandel ist keine Bedrohung. Eine Gesellschaft des längeren Lebens ist eine Chance, die es zu nutzen gilt!

Die ältere Generation ist eine tragende Stütze unserer Gesellschaft, wenn man den Einsatz innerhalb der Familien und für das Ehrenamt betrachtet.



Auch die Schülerinnen und Schüler verfolgten interessiert dem Ablauf der Festveranstaltung.

Man muss sich vor Augen halten: 80 Prozent der 80-Jährigen sind nicht pflegebedürftig, sie bewältigen ihren Alltag allein.

Ziel der Seniorenpolitik ist es aus meiner Sicht, nicht über ältere Menschen zu entscheiden, sondern mit ihnen zu diskutieren, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Kurz gesagt: Wir müssen Politik nicht für Senioren, sondern mit Senioren machen! Seniorenpolitik ist immer auch generationenübergreifend. Vor zehn Jahren hat jemand zu mir gesagt: „Was wir heute in der Seniorenpolitik erkämpfen, davon wird deine Generation profitieren!“

Ich bin optimistisch, weil: Seniorinnen und Senioren von heute sind selbstbewusst. Sie sind in den bewegten Zeiten der 68er-Bewegung groß geworden. Sie wissen, dass sie bestehende Strukturen in Frage stellen, verändern und überwinden müssen, damit sich etwas bewegt.

Meine Damen und Herren, in einer alternden Gesellschaft ist Seniorenpolitik kein Nischenthema, sondern eine aktuelle Zukunftsaufgabe. Ich danke Ihnen für Ihr Engagement von heute und für morgen! Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

2.2.4 Grußwort

► *Stefan Grüttner,*
Hessischer Minister für Soziales und Integration

Es ist uns allen eine Ehre, dass der diesjährige Deutsche Seniorentag in Hessen stattfindet. Und es ist zugleich eine Freude, dass nicht nur Hessinnen und Hessen die Gelegenheit zur Information, Begegnung und auch Unterhaltung nutzen, sondern dass wir eine große Zahl von Gästen aus allen Bundesländern begrüßen dürfen.



Foto: BAGSO/Hemmerich

Sozialminister
Stefan Grüttner

„Gemeinsam in die Zukunft!“ – das Motto des Seniorentages 2015 meint ganz unterschiedliche Menschen und Gruppen:

- Menschen verschiedener Generationen, also Jung und Alt,
- ältere Menschen, unabhängig davon, ob sie gerade 65 Jahre alt geworden oder bereits hochbetagt sind, unabhängig davon, ob sie fit und mobil oder vielleicht körperlich oder geistig eingeschränkt sind,
- Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen und unterschiedlicher Herkunft oder
- Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten.

Wir alle tragen Verantwortung, unser Leben so zu gestalten, dass es für uns selbst, ganz individuell, gut und erfüllend ist. Wir tragen auch Verantwortung dafür, dass zugleich das Leben unserer Enkel und Urenkel zukunftsfest möglich ist. Und dass wir die Gesellschaft als Gemeinschaft verstehen, in der wir alle würdig und verantwortlich miteinander leben können und in der wir unsere unterschiedlichen Fähigkeiten einsetzen können.

Dies verlangt Engagement und Teilhabe – und das generationenübergreifend. Es verlangt zum Teil einen neuen Blick und eine neue Bewertung von „Altbe-

währtem“. Dies verlangt von uns allen auch, veränderungsbereit zu sein und Neues hinzuzulernen. Es erfordert gegenseitigen Respekt und Wertschätzung ebenso wie Kompromissfähigkeit.

Jedem von uns und auch älteren Menschen ist die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben wichtig. Ältere Menschen haben viel Lebenszeit hinter sich, viele Erfahrungen gesammelt und da ist es doch nachvollziehbar, dass sie selbstbestimmt leben und entscheiden möchten. Und sie wollen zugleich für andere nützlich sein, gebraucht werden und ihren Beitrag zum Gemeinwohl anerkannt wissen.

Wir alle benötigen auch diese Erfahrungen, das implizite Wissen und die Kompetenzen von älteren Menschen.

Unsere Gesellschaft hat sich verändert und wird sich weiter verändern: Die Zahl älterer Menschen wird weiter steigen, die der Jungen weiter abnehmen und Familienstrukturen verändern sich voraussichtlich weiterhin. Immer mehr Menschen gewinnen Lebensjahre hinzu. Ausgehend von der Herausforderung, die Lebensqualität in jeder Lebenssituation und jeder Altersstufe bestmöglich zu erhalten, hat die Hessische Landesregierung auch ihre Seniorenpolitik definiert.

Politik für ältere Menschen muss bei dem ansetzen, was ältere Menschen selbst wollen. Zeitgemäße Seniorenpolitik kann sich daher nicht allein an hilfebedürftige Personen richten, sondern sie muss vor allem dem Gedanken Rechnung tragen, dass Menschen so weit wie möglich selbstbestimmt leben und aktiv mitbestimmen wollen.

Hier will die Seniorenpolitik im Lande Hessen ansetzen und unterstützen. Und das ist auch der Grundgedanke der Seniorenpolitischen Initiative in Hessen, die wir 2012 unter dem Motto „Alter neu denken – Zukunft gewinnen“ gestartet haben. Wir wollen hier in Hessen gemeinsam mit den relevanten Akteuren Impulse für neue Konzepte und Maßnahmen geben und Bestehendes gegebenenfalls neu justieren.

Der Deutsche Seniorentag trägt dazu bei, all diese wichtigen Themen von Altersmedizin und Demenz bis zum Thema Mobilität und Wohnen weiter in das öffentliche Bewusstsein zu tragen und ganz konkret Hilfestellung zu geben.

Erlauben Sie mir zum Schluss, als Hesse auf einen Hessen zurück zu kommen. Jakob Grimm, Jurist, Germanist, Philologe und Mitautor der Grimm'schen Märchen, leugnete nicht die körperlichen Einschränkungen, die das Alter mit sich bringt. Statt darüber zu klagen, hebt er die positiven Seiten hervor: Nachlassendes Augenlicht führt nach Jakob Grimm zu mehr „Fingerspitzengefühl“ oder nachlassendes Gehör führt dazu, das sich Geschmacks- und Geruchsinn besser ausbilden.

So wollen auch wir die vielen positiven Seiten sehen, die Menschen als Mensch wertschätzen und ihren Wert – schätzen.

Denn auch das macht unser Land reich – und das nachhaltig „Gemeinsam in der Zukunft.“

2.3 ÖKUMENISCHER GOTTESDIENST „WOHIN GEHST DU MENSCH?“

Über 300 Besucherinnen und Besucher des Deutschen Seniorentages folgten am Abend des 3. Juli 2015 der Einladung des Bundesforums Katholische Seniorenarbeit und der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Altersfragen in der EKD zur Feier eines ökumenischen Gottesdienstes im Dom St. Bartholomäus.

Unter dem Motto: „wohin gehst du – mensch?“ stellten sich die Gottesdienstteilnehmerinnen und -teilnehmer den verschiedenen Lebensfragen. Im Vordergrund stand ein Wort des Propheten Joel: „Danach wird es geschehen, dass ich meine Geistkraft auf alles Fleisch ausgieße. Eure Söhne und Töchter werden prophetisch reden, eure Alten werden Träume träumen und eure jungen Leute Visionen haben.“

Mit einem szenischen Impuls „Luftpost“ wurden zu Beginn in Briefen formulierte Hoffnungen und Wünsche Älterer als Luftpost an die Gottesdienstteil-



Foto: BAGSO/Hemerich

Geleitet wurde der Gottesdienst von Domkapitular Wolfgang Rösch und Pfarrerin Ulrike Scherf.

nehmer verschickt. Begleitet von meditativer Orgelmusik glitten sie in Form von Papierfliegern durch den Kirchenraum, wurden aufgenommen, an andere weitergeleitet und diskutiert.

Der Gottesdienst wurde geleitet von **Domkapitular Wolfgang Rösch**, dem Ständigen Vertreter des Apostolischen Administrators im Bistum Limburg, und von **Pfarrerin Ulrike Scherf**, der Stellvertretenden Kirchenpräsidentin der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau.

Die Kollekte zugunsten eines ökumenischen Projektes zur Betreuung von Abschiebehaft bedrohter Menschen am Frankfurter Flughafen erbrachte fast 1.000 €.

Zur Erinnerung erhielten alle Gottesdienstbesucher eine Karte.

Protokollführung: **Felix Rathofer** und **Jens-Peter Kruse**



Foto: BAGSO/Hemmerich

Die Papierflieger landeten als Luftpost bei den Teilnehmenden des Gottesdienstes.

2.4 PODIUMSGESPRÄCH „ALT UND JUNG – ZWEI WELTEN?“

- ▶ *Moderation: Claudia Röttger, Chefredakteurin Senioren Ratgeber*

Podiumsgäste:

- ▶ *Franz Müntefering, Bundesminister a.D.*
- ▶ *Dr. h.c. Petra Roth, Oberbürgermeisterin a.D.*
- ▶ *Constantin, Schüler des Lessing-Gymnasiums Frankfurt, AG Politik und Gesellschaft*
- ▶ *Lara, Schülerin des Lessing-Gymnasiums Frankfurt, AG Politik und Gesellschaft*

Zusammenfassung

In der Veranstaltung wurde über das Verhältnis von Jung und Alt diskutiert: Welche Vorstellungen haben Jugendliche vom Alter, wie denken sie über ältere Menschen? Und welche Bilder von der heutigen Jugend haben die Älteren? Was ist alten und jungen Menschen wichtig im Leben? Und welche Wünsche und Sorgen verbinden sie mit der Zukunft?

Blick der Jugend auf das Alter – Blick der Älteren auf die Jugend

Grundlage des Gesprächs war eine Projektarbeit von 14- bis 16-jährigen Schülerinnen und Schülern des Lessing-Gymnasiums Frankfurt. Sie hatten einen Fragebogen entwickelt, mit dem sie Jugendliche und ältere Menschen zu ihrer Einstellung gegenüber der jeweils anderen Altersgruppe im Vorfeld des Deutschen Seniorentages befragten. Eine Gruppe hatte Besucherinnen und Besucher des Deutschen Seniorentages dazu interviewt, was sie über Jugendliche denken und was ihrer Meinung nach zu einem gelingenden Leben gehört.

Lara und **Constantin** berichteten, dass die Älteren bereitwillig und freundlich auf die Fragen reagiert hätten. Das liege vielleicht am Publikum des Deutschen Seniorentages, das aufgeschlossen und aktiv sei. Die Frage, ob man Kontakt zu Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 20 habe, hätten drei Viertel der Älteren bejaht. Diese hätten dann auch das Verhältnis zur Jugend allgemein als positiv bewertet.

Vergleicht man die Aussagen aller befragten Seniorinnen und Senioren, ergibt sich jedoch ein anderes Bild. Junge Menschen, zu denen man einen persönlichen Bezug habe, also z. B. Enkelkinder, würden als sehr leistungsbereit und fleißig angesehen. Die gesamte Jugend dagegen sei eher mit negativen Attributen behaftet: Nur 30% der Befragten hielten die gesamte Jugend für leistungsbereit und ehrgeizig.

Bereits vor dem Deutschen Seniorentag hatte eine Gruppe die Schülerinnen und Schüler des Lessing-Gymnasiums befragt, wie sie über ältere Menschen und das Älterwerden denken. Die jungen Menschen unterschieden stark zwi-



Foto: BAGSO/Santen

Constantin und Lara, Oberstufenschüler des Frankfurter Lessing Gymnasiums hatten zur Vorbereitung Interviews mit jungen und älteren Menschen durchgeführt.

schen den aufgeschlossenen aktiven Seniorinnen und Senioren, die sich engagieren, und den eher zurückgezogenen, die weniger Kontakte haben und oft als intolerant empfunden werden.

Trotzdem, so **Constantin**, seien beide Studien interessant, weil sie die ursprüngliche Annahme, es herrsche eine pessimistische Stimmung, klar widerlegten. Im Verhältnis der Jugend zu den Alten sei zwar eine leichte Tendenz zum Angepannt-Sein festzustellen. Dennoch werde sowohl von Jugendlichen als auch von Älteren über ein sehr angenehmes Klima zwischen den Generationen berichtet. Dieser Eindruck sei überraschend deutlich positiver ausgefallen als angenommen.

Lara ergänzte, sie habe nicht erwartet, dass das Vertrauen in staatliche Institutionen wie Polizei und die Bundesregierung bei der Jugend und den Älteren gleichermaßen stark sei. Ebenso überraschend sei die Antwort auf die Frage, welche Note man seinem eigenen Leben geben würde. Die Jugendlichen bewerteten es mit der Durchschnittsnote 1,8. Dies zeige, dass die meisten jungen Menschen sehr positiv und fröhlich in die Zukunft blickten.

Die ehemalige Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt, **Petra Roth**, berichtete, dass sie außer zu ihren beiden drei und sechs Jahre alten Enkelkindern keinen Bezug zu Kindern oder Jugendlichen habe. Ihre Söhne seien inzwischen erwachsen. Weil es die Großfamilie nicht mehr gebe, wüssten viele junge Menschen gar nicht, wie sie mit alten Menschen umgehen sollten.

Sie sehe es als Nachteil an, dass das Altwerden nicht mehr im täglichen Leben präsent sei. Im Alltag vieler Jugendlicher tauche eventuell noch der gesunde Lehrer oder der leistungsfähige Sportler auf, jedoch nicht die Mehrzahl der über 70-Jährigen, denen Kraft fehle und die ihr Leben nicht mit 1,8 benoten könnten, sondern die Unterstützung bräuchten.

Gleichzeitig sprach sich Petra Roth dafür aus, die Freiheit zu respektieren, ob Menschen Kontakt zur jeweils anderen Generation knüpfen wollen oder nicht. Manche Ältere seien dankbar, wenn sie sich nach langer Berufstätigkeit zur Ruhe setzen könnten.

Ihrer Erfahrung nach seien jüngere Menschen unsicher, wie sie sich gegenüber Älteren verhalten sollten. Sie erlebe es häufig, dass diese Unsicherheit auch jüngere Erwachsene davon abhalte, sich politisch einzumischen, weil sie nicht wüssten, wie sie einen Brief an Politiker der älteren Generation formulieren sollten.

„Wir müssen wieder mehr miteinander machen“, forderte die Frankfurter Oberbürgermeisterin a.D. als Konsequenz gemäß dem Motto des Deutschen Seniorentages „Gemeinsam in die Zukunft!“. Jüngere Menschen könnten viel lernen durch die Begegnung mit Menschen, die sich mit dem Alter und ihren nachlassenden Kräften auseinandersetzen müssten, „und wir Alten müssen lernen, Toleranz zu üben und die Spontanität, die der Jugend innewohnt, zu akzeptieren.“

Franz Müntefering äußerte sich skeptisch gegenüber dem Versuch, die Alterskohorten gegeneinander zu definieren. Jede Generation sei von ihrer Zeit geprägt und habe andere Erfahrungen als die nachfolgenden Generationen. Diesen Unterschied habe es schon immer gegeben.

Seiner Meinung nach gebe es in allen Generationen „Vernünftige“ und „Beklopte“ „und die Vernünftigen müssen schauen, dass die Beklopten nicht das Sagen kriegen.“ Das Alter sage wenig darüber aus, wie vernünftig, erfahren oder kompetent jemand sei. Wichtig sei, sich auf Augenhöhe zu begegnen, die Meinung des jeweils anderen zu verstehen und gegebenenfalls zu akzeptieren. Die Diskussion über Generationengerechtigkeit halte er für mißverständlich.

Der Bundesminister a.D. plädierte dafür, sich stattdessen miteinander über wesentliche Fragen auseinanderzusetzen: „Wie wollen wir eigentlich leben? Wohin soll sich die Gesellschaft entwickeln und was können wir dafür tun, dass wir diesen Weg gehen können? Was macht Ihr Alten, was macht Ihr Jungen, was wisst Ihr besser, was könnt Ihr besser machen?“ So könne man gute Koalitionen schmieden – quer durch die Altersgruppen.

Constantin bestätigte, dass auch in der Umfrage am Lessing-Gymnasium häufig geäußert wurde: „Solange mich die älteren Menschen respektieren, re-

spektiere ich sie auch. Und wenn es eine Begegnung auf Augenhöhe ist, dann komme ich sehr gut mit älteren Menschen zurecht.“

Das Engagement jüngerer und älterer Menschen sei extrem hoch, so die Ergebnisse der Befragung. Sowohl die Seniorinnen und Senioren als auch die Jugendlichen seien bereit, sich sozial zu engagieren. Sogar beim Thema Internet und Technologie sei trotz unterschiedlicher Voraussetzungen eine Begegnung auf Augenhöhe möglich, weil der Senior das Wissen habe und der Jugendliche ihm zeigen könne, wie er dazu den Computer nutzen könne. In einer solchen Zusammenarbeit liegen Constantins Meinung nach viele Ressourcen, die genutzt werden könnten.

Franz Müntefering entgegnete, die Unterschiede zwischen den Generationen seien weniger bedeutsam als unterschiedliche Lebensumstände. Weder sein Vater noch seine Mutter hätten das Autofahren gelernt. Franz Müntefering erzählte von einem Mann aus der Nachbarschaft, der öfter nach Köln gefahren sei und den die Kinder daraufhin nach seinen Eindrücken befragten. „Sagen



Foto: BAGSO/Santen

Der ehemalige Bundesminister Franz Müntefering plädierte dafür, dass sich die Generationen über wesentliche Fragen auseinandersetzen.

Sie heute einmal zu einem 10-Jährigen, er solle zum Nachbarn gehen und sich erklären lassen, wie es in Köln ist“, schmunzelte er.

Constantin stellte fest, dass die Definition von „alt“ schwierig geworden sei in einer Zeit, in der die Lebenserwartung immer weiter steige. Es gebe 80-Jährige, die sich wie 50-Jährige fühlten, sie wirkten auch so und seien der Jugend gegenüber sehr aufgeschlossen. Aus seiner jugendlichen Sicht würde er ‚alt sein‘ beschreiben als „eine gewisse Ausscheidung aus dem Leben, eine Art Beiseitegehen, zur Ruhe kommen.“ Es lasse sich seiner Meinung nach nicht mit einer klaren Zahl beziffern.

Das Adjektiv alt sei umgangssprachlich häufig negativ besetzt, bedauerte **Petra Roth**. Allerdings könne alter Käse wie Gouda etwas Teures und Gutes sein; in Nordhessen gelte „ahle Wurscht“ als Delikatesse. Sie persönlich sei dankbar für das Leben und die Erfahrungen und empfinde das Altwerden als große Gnade. Ihr falle es heute leichter als früher, Zusammenhänge zu verstehen, und sie erlebe die Beschäftigung mit Philosophie oder Sport als positive Herausforderung.

Dennoch werde ihr die Endlichkeit des Lebens bewusst, wenn sie auf einem Metermaß sehe, dass von 70 bis 100 Zentimetern nur noch 30 Zentimeter übrig bleiben. Und nicht jeder werde 100 Jahre alt. Das empfinde sie als bedauerlich, denn sie wünsche sich, noch mehr aufnehmen und auch an junge Menschen weitergeben zu können. Doch wenn die Jungen das eigene Leben mit der Note 1,8 bewerteten, spreche ja vieles dafür, dass sie positiv in die Zukunft schauen, und dann bräuchten sie vielleicht die Erfahrung der Alten gar nicht, so Petra Roth.

Lara äußerte, dass für sie persönlich ihre Großmutter ein Vorbild sei: „Mit ihr habe ich schon viel erlebt, aber sie hat mir trotzdem noch so viel voraus. Sie hat einfach mehr Lebenserfahrung und auch Erfahrungen, die ich wahrscheinlich selbst nicht erleben werde, nicht in dieser Art.“ Ihre Großmutter sei für vieles ihre erste Ansprechpartnerin.

Constantin ergänzte, dass ihn die älteren Menschen, die sich im Sport engagieren, beeindruckten. Sie hätten enormes Wissen und erzählten Geschichten, die er sich gar nicht vorstellen könne. Bei solchen Begegnungen könne er viel lernen und profitiere von den unterschiedlichen Erfahrungen.

Jugend – damals und heute

Geschichten seien verbindend, stellte die **Moderatorin Claudia Röttger** fest. Sie machten die persönlichen Erlebnisse nachvollziehbar und lebendig. Sie bat Petra Roth und Franz Müntefering, von ihrem persönlichen Werdegang zu erzählen.

„Ich bin aus einer ganz anderen Welt“, begann **Franz Müntefering**. Er sei acht Jahre zur Schule gegangen, von 1946 bis 1954. Mit 14 Jahren habe er eine Lehre als Industriekaufmann gemacht und als solcher 20 Jahre gearbeitet, bevor er Bundestagsabgeordneter geworden sei. Die Wochenarbeitszeit sei damals 48 Stunden gewesen, der Monatslohn 50 Mark. Weil seine Eltern ein Haus bauen wollten, habe er davon 45 Mark zu Hause abgeben müssen. Er habe sich ein Fahrrad zusammengebaut, sein erster Wagen sei ein Bollerwagen zum Holzholen gewesen.

„Das war eine andere Zeit und trotzdem waren da Hoffnung und Zuversicht, weil wir das alles überstanden hatten, die Bomben und all das Elend“, berichtete er. Nach dem Krieg seien viele Städte bis auf die Grundmauern zerstört gewesen. Er habe noch Hunger erlebt und sich später mit seinen Kindern gestritten, wenn sie das Schulbrot weggeworfen hätten. Er empfinde es nach wie vor als Skandal, dass 30% des Essens in Deutschland vernichtet werde.

Seinen Vater, der im Krieg und dann in Gefangenschaft gewesen war, habe er erst mit sieben Jahren kennengelernt. Zunächst habe er sich sehr gefreut, doch als er nach vier Wochen immer noch da war, habe er sich ihn wieder gewünscht, denn vorher sei er natürlich der König gewesen. „Aber wir haben uns dann ganz gut vertragen“, versicherte Franz Müntefering.

Petra Roth betonte, dass die Erlebnisse sehr schichtenspezifisch seien und ihre Biografie ganz anders verlaufen sei. Als Bremer Kaufmannstochter des Jahrgangs 1944 habe auch sie in Ruinen gespielt. Sie habe jedoch schon früh einen luftbereiften Roller und ein Fahrrad gehabt, habe angefangen, zu reiten und Tennis zu spielen. Als Mitglied in einer Art englischen Country Clubs und auf dem Gymnasium sei sie unter Kindern der gleichen sozialen Schicht gewesen und in den Schulferien nach England gereist.

Ihre Studienrätinnen hätten ihr damals nicht zugetraut, das Abitur zu machen, erzählte Petra Roth, und so sei sie nach der zehnten Klasse von der Schule abgegangen. In Freiburg habe sie eine Ausbildung als Arzthelferin und medizinisch-technische Assistentin gemacht. Danach sei sie nach England gegangen: „Ich wollte einmal allein die Welt beziehungsweise eine Großstadt wie London kennenlernen.“ Sie habe dort gearbeitet und als Au-pair auf Kinder aufgepasst. Das sei in den Kreisen, in denen sie aufgewachsen sei, absolut üblich gewesen.



Foto: BAGSO/Bock

Petra Roth sprach sich dafür aus, dass freiwillige Engagement stärker anzuerkennen.

Mit 20 Jahren habe sie geheiratet und sei wegen der besseren Arbeitsplätze und Karrierechancen nach Frankfurt gezogen. Ihr Vater habe der Ehe zustimmen müssen, nur mit Erlaubnis des Ehemannes konnte sie arbeiten gehen. „Und scheiden lassen konnte man sich auch nicht ohne Grund“, erinnerte sich Petra Roth. Als sie sich mit 23 Jahren habe scheiden lassen, sei dies für eine Bremer Kaufmannstochter „nicht so ganz gesellschaftsfähig“ gewesen.

In den 1960er Jahren habe sich dann viel gewandelt, berichtete sie weiter, hin zu mehr Emanzipation, sozialdemokratischer Politik und einer offeneren Gesellschaft. Die gesamte Politik habe sich verändert, die Rentengesetzgebung, die Frauenrechte. Dieses neue Gesellschaftsbild habe auch die Erziehung der Kinder geprägt.

Was sind die wichtigen Werte im Leben?

In solchen politischen Umbruchzeiten gebe es zahlreiche Gründe, um sich zu engagieren, sagte die Moderatorin Claudia Röttger. Die Jugendlichen von heute seien dagegen laut Studien wenig politisch interessiert und würden Werten wie sozialer Gerechtigkeit, Familie und Religion keine große Bedeutung mehr beimessen. Sie fragte, ob die anwesenden Jugendlichen dies auch so sähen.

Lara bestätigte, das politische Interesse in der Jugend sei nicht so offensichtlich. „Wir haben mittlerweile einen demokratischen und sozialen Staat, sodass wir mit einer Sicherheit aufgewachsen sind, in der es vermeintlich weniger zu demonstrieren gibt.“ Dennoch sei die Bereitschaft zum Engagement ihrer Einschätzung nach auch in der Jugend sehr hoch, es fehle aber häufig an Ideen oder Anlässen dafür.

Die Zukunft sei allerdings ein wichtiges Thema für junge Menschen. In der Umfrage sei gefragt worden, welche Werte den Schülerinnen und Schülern im Leben wichtig seien. Dabei stünden Familie und Freunde an erster Stelle, Religion dagegen ziemlich eindeutig an letzter Stelle. Dies decke sich mit den Ergebnissen der Shell-Jugendstudie.

Constantin ergänzte, dass die Antworten der Seniorinnen und Senioren sowie die der Jugendlichen zu dieser Frage erstaunlicherweise übereinstimmend ausgefallen seien. Bis auf die Religion seien die Werte gleich: Zuerst kämen Familie und Freunde, dann der Beruf und die Ausbildung. Die heutige Jugend sei mit dem aufgewachsen, was die ältere Generation sich hart erkämpfen musste, und finde somit ideale Voraussetzungen vor, um das eigene Leben leben zu können.

Petra Roth bemerkte, dass sie sich wie viele gleichaltrige und jüngere Frauen früher für Frauenpolitik eingesetzt habe. Inzwischen hätten viele Errungenschaften Gesetzescharakter. Deshalb sei es heute schwer, junge Frauen für Frauenpolitik zu begeistern. Doch ihrer Meinung nach müssten sich Frauen auch für den gesamtgesellschaftlichen Bereich engagieren.

Franz Müntefering erzählte, zum ersten Mal habe er sich mit 19 Jahren engagiert. Er habe herausgefunden, dass der Besitzer des Kinos in seinem kleinen Dorf im Sauerland jeden Monat 100 Mark von der Stadt bekam, damit er keine unkeuschen Filme spielte. Er, Müntefering, habe das nicht für richtig gehalten und einen Leserbrief an die Zeitung geschrieben. Nachdem der Steuerzahlerbund von der Sache erfahren habe, seien die Zahlungen eingestellt worden und der Kinobesitzer habe fortan alle Filme zeigen dürfen. „So habe ich mich eingemischt. Ich habe mir das einfach nicht gefallen lassen“, bekräftigte er.

Franz Müntefering verband die Episode mit einem Appell an die jungen Menschen im Publikum: „Ihr müsst dafür sorgen, dass die Welt morgen so ist, wie Ihr sie wollt. Wenn die Alten das nicht wollen, dann müsst Ihr es ihnen sagen. Und wenn die das nicht machen, die Alten, dann müsst Ihr ihnen sagen: ‚Passt auf, wir sind die Mehrheit. Wir organisieren das einmal.‘“

Constantin merkte an, einzelne Probleme, die Jugendliche betreffen, würden engagiert und motiviert angegangen. Allerdings habe sich die Form des Engagements verändert. Anstelle großer Demonstrationen würden die Diskussionen überwiegend im Internet geführt. Auf Internetportalen wie YouTube oder Ähnlichem gebe es viele News-Sender, die jungen Menschen Nachrichten

näherbringen. In der Schule und darüber hinaus in freiwilligen Arbeitskreisen wie der AG Politik und Gesellschaft werde viel Wissen vermittelt.

Die Moderatorin sprach Franz Müntefering an, ob er nicht ein paar Tipps oder Ratschläge zum Thema Engagement für die Jugend habe.

Engagement

Er wies darauf hin, dass es neue Probleme gebe wie den Islamischen Staat, den Terrorismus, die Gefährdung der europäischen Idee und den Unfrieden im Osten Europas. Dies sei eine ganz neue Dimension von Fragen und es sei notwendig, miteinander zu überlegen, was getan werden könne. Gerade angesichts der aktuellen Flüchtlingsströme sei es falsch zu glauben: „Wir retten uns, die Welt soll schauen, wie sie klarkommt. Das ist vorbei“, so **Franz Müntefering**.



Foto: BAGSO/Santen

Gemeinsam verfolgten mehrere Generationen das Podiumsgespräch.

Jeder sei ein Teil der Welt. Man könne nicht überall gute Antworten geben, doch man müsse sich bewusst sein: „Wir sind nicht allmächtig. Wir sind aber auch nicht ohnmächtig.“ Jeder könne etwas verändern und dazu beitragen, dass es ein bisschen besser werde, appellierte er an die jüngere Generation. Jeder Mensch sei gefragt, aufmerksam seine Umgebung zu beobachten und zu helfen – vor Ort, aber auch im Land und in der Welt.

Er hoffe, dass die jüngere Generation Zuversicht und Mut habe, sich für die Welt zu engagieren, in der sie leben wolle, und Einfluss auf die Dinge zu nehmen. „Und ich sage Ihnen, es wird nie perfekt werden, aber wir werden einiges erreichen.“

Constantin entgegnete, dass die Jugendlichen auch die aktuellen Probleme und das Weltgeschehen wahrnehmen. Vor dem Deutschen Seniorentag habe sich die AG Politik und Gesellschaft mit dem Thema Flüchtlinge beschäftigt und vorgeschlagen, an der Schule dies einen Tag lang zum Thema zu machen, um Informationen über Flüchtlinge an andere Jugendliche und Schüler weiterzugeben.



Foto: BAGSO/Bock

Claudia Röttger, Chefredakteurin des Senioren Ratgebers, hielt die Fäden des Gesprächs in der Hand.

Er stimme Franz Müntefering aber zu, dass der eigene Ansporn bei manchen Jugendlichen noch zu wünschen übrig lasse. Trotzdem gebe es eine gesunde Anzahl mutiger junger Leute, die etwas verändern möchten und die die anderen mitreißen könnten.

Constantin bestätigte, dass die Älteren in puncto Engagement ein Vorbild für die Jugend sein könnten. Er gab jedoch zu bedenken, dass die Jugend in der heutigen Gesellschaft mit sehr viel

Leistungsdruck konfrontiert sei. Es sei deutlich schwieriger, vor allem als Gymnasiast in der Endphase neben der Schule Zeit für ein Engagement zu finden.

Petra Roth sprach sich gegen die Verpflichtung zum freiwilligen Engagement aus, auch gegen ein Pflichtjahr für Seniorinnen und Senioren. Das freiwillige Engagement müsse stärker anerkannt werden, ob im Altenheim, als Leih-Großeltern oder in der Nachbarschaftsbetreuung. Die Gesellschaft müsse stolz darauf sein, wenn Ehrenamtliche sich für die Würde des Menschen einsetzen. Und wenn junge Menschen in Altenheime gehen und mit den Bewohnern sprechen würden, sei das beispielgebend auch für andere.

Franz Müntefering sagte, er sei ebenfalls dagegen, ehrenamtliches Engagement zur Pflicht zu machen. Er betonte jedoch, dass Solidarität und Organisation keine Widersprüche seien. Die Einstellung „Ich helfe, wenn ich Lust habe“ sei erlaubt, helfe aber nicht wirklich. Wer helfen wolle, müsse auch bereit sein, Verantwortung zu übernehmen und mit anderen an einem Strang zu ziehen. Die Organisationen der BAGSO arbeiteten nach diesem Prinzip, nur so könnten sie ein Event wie den Deutschen Seniorentag auf die Beine stellen.

Zum ersten Mal in der Geschichte gebe es eine Gesellschaft, in der so viele alte Menschen leben und sehr alt werden. Sowohl die Alten als auch die Jungen müssten lernen, miteinander klarzukommen. „Und ich finde, wir machen das bisher eigentlich ganz gut, zumindest heute“, meinte der Bundesminister a.D.

Abschließend lud die Moderatorin Claudia Röttger zu einer „kleinen Trümmerrunde“ ein und fragte, was die Beteiligten sich wünschten, um dieses Miteinander künftig noch besser zu gestalten.

Lara sagte, die hohe Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement sowohl in der Jugend als auch in der älteren Generation sei eine gute Grundlage, um gemeinsam viele Projekte zu organisieren. Sie wünsche sich für die Zukunft, dass diese ungenutzten Ressourcen noch viel mehr genutzt würden als bisher.

Constantin bestätigte, dass es viele politische Ziele gebe, für die Jung und Alt gleichermaßen eintreten können. Ein gemeinsames Auftreten habe größeren Signalcharakter.

Petra Roth wies darauf hin, dass manchmal – wie in Frankfurt – Mehrgenerationenprojekte durch Richtlinien im sozialen Wohnungsbau erschwert würden. Hier müssten die Kommunen Vorreiter sein. Eigentum verpflichte, und wer mehr investieren könne als andere, sei auch bei der derzeitigen Flüchtlingsproblematik gefordert, das der Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen.

„Ich wünsche mir, dass die Menschen sich einmischen, auch die Jungen“, ergänzte **Franz Müntefering**. Auch wenn das eine oder andere nicht klappe, werde vieles gelingen. Man könne nur lernen, indem man eine Sache anpasse und nicht abwarte, dass irgendwer es für einen organisiere. Er appellierte: „Mischt Euch ein, lasst es nicht so laufen, wie es gerade läuft, sondern habt den Ehrgeiz, die Dinge zum Guten zu verändern. Das ist das Wichtigste, was man sich vornehmen kann.“



Foto: BAGSO/Ohnemüller

Die Besucherresonanz war so groß, dass das Podiumsgespräch in einen weiteren Raum übertragen werden musste.

2.5 TALK IN FRANKFURT: „GEMEINSAM IN DIE ZUKUNFT!“

▶ *Moderation: Ursula May, Redakteurin Hessischer Rundfunk (hr2)*

Podiumsgäste:

- ▶ *Peter Feldmann, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main*
- ▶ *Elke Ferner, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*
- ▶ *Volker Langguth-Wasem, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe e.V.*
- ▶ *Prof. Dr. Ursula Lehr, Bundesministerin a.D., Vorsitzende der BAGSO*

Die Diskussion „TALK in Frankfurt“ zum Abschluss des 11. Deutschen Seniorentages drehte sich um das Motto „Gemeinsam in die Zukunft!“. Wie kann die Zukunft aussehen, wenn es immer mehr alte und weniger junge Menschen gibt, und welche Chancen bietet das für die Utopie einer Gesellschaft, in der das Miteinander größer geschrieben wird? Diese Frage zog sich durch die gesamte Diskussion.

Zu Beginn wurde ein kurzer Ausschnitt des Films „Sputnik Moment“ gezeigt, der u. a. mit Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellt wurde. Der Film handelt davon, dass Menschen heute im Vergleich zu früheren Generationen rund 30 zusätzliche Lebensjahre erleben und setzt sich damit auseinander, welche Chancen und Herausforderungen dies mit sich bringt.

Der Film zeige deutlich, dass die durchschnittlich 30 Jahre mehr Zeit gestaltet werden müssten, begann **Ursula May** die Moderation. Wichtig sei es, eine Aufgabe zu haben oder zu suchen und Kontakte aufzubauen, gerade wenn Familienstrukturen nicht mehr vorhanden seien. Der Deutsche Seniorentag habe gezeigt, dass sich bereits viel getan habe – nun gehe es darum, was noch getan werden müsse und wie man das miteinander gestalten könne.

Prof. Dr. Ursula Lehr plädierte dafür, den demografischen Wandel als Herausforderung, aber auch als große Chance für jeden Einzelnen zu sehen. Die Umfrage von Schülerinnen und Schülern des Frankfurter Lessing-Gymnasiums während des Deutschen Seniorentages habe gezeigt: Die Älteren sind viel zufriedener, als man allgemein annehme. Dies sei auch beim Treffen der 100-Jährigen am Vortag zu spüren gewesen. „Im Grunde genommen freuen sich die meisten Menschen darüber, länger leben zu dürfen“, sagte die BAGSO-Vorsitzende. Für die Gesellschaft sei es eine Chance, wenn sie sich darauf einstelle. Im Frankfurter Goethehaus gebe es beispielsweise tastbare Gegenstände für Sehbehinderte. „Aber es gibt immer noch viele Kleinigkeiten, die man verbessern könnte.“



Foto: BAGSO/Santien

Prof. Dr. Ursula Lehr



Foto: BAGSO/Santien

Elke Ferner



Foto: BAGSO/Santien

Peter Feldmann



Foto: BAGSO/Santien

Volker Langguth-Wasem

Teilhabe aller Menschen

Die Barrierefreiheit sei eine große Herausforderung für diese Gesellschaft, sagte **Volker Langguth-Wasem**. Doch auch er blicke sehr optimistisch in die Zukunft, denn der medizinische Fortschritt führe dazu, dass Menschen mit Beeinträchtigungen länger aktiv bleiben und schmerzfrei leben könnten. Er selbst sei mit seinen nun 70 Jahren ein Beispiel dafür.

Barrierefreiheit sei für alle, auch für jüngere Menschen, eine wichtige Voraussetzung dafür, in dieser Gesellschaft aktiv teilhaben zu können, bemerkte er weiter. Als ehemaliger Behindertenbeauftragter der Stadt Frankfurt habe er in Frankfurt Projekte beispielsweise zum gemeinsamen Wohnen von Menschen mit Beeinträchtigung und ganz normalen Familien initiiert.

Elke Ferner sagte voraus, dass der demografische Wandel neue Familienkonstellationen und Familienbilder mit sich bringen werde. Selbst gewählte soziale Netze oder „Wahlverwandtschaften“ könnten die Versorgung möglicherweise besser leisten als die eigenen, weit entfernt wohnenden Angehörigen, zumal in der „Babyboomer-Generation“ viele Menschen als Singles alt werden würden.

Aufgabe der Kommunen sei es, durch Infrastruktur, Gemeinwesenarbeit, Mehrgenerationenhäuser und vieles mehr die Unterstützung und Versorgung in sorgenden Gemeinschaften möglich zu machen. Die Parlamentarische Staatssekretärin vertrat die Ansicht, dass sich darüber hinaus gesetzliche Rahmenbedingungen ändern müssten. Beim Familienpflegezeitgesetz und beim Pflegezeitgesetz sei der Angehörigenbegriff bereits ausgeweitet worden, künftig müsse man noch weitergehen.

Elke Ferner wies außerdem auf die unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen und Männern im Alter hin. Frauen hätten im Durchschnitt eine höhere Lebenserwartung als Männer und pflegten ihre Partner in der Regel. Wenn sie dann selbst Unterstützung bräuchten, sei niemand mehr da. Frauen verfügten im Alter jedoch über geringere eigenständige Alterseinkünfte. Daher seien sie kaum in der Lage, sich professionelle Unterstützung zu holen.

Sie betonte jedoch, dass beim Thema demografischer Wandel nicht nur über Probleme, sondern auch über die Chancen gesprochen werden sollte. Die Chancen, aktiv älter zu werden und Zeit zu haben, die man im Berufsleben nicht hatte, sich selbst noch einmal einzubringen, der Gesellschaft etwas zurückzugeben, „das sind doch spannende Aussichten, auf die wir uns auch freuen können“, so **Elke Ferner**.

Der demografische Wandel sei für Frankfurt kein Schreckgespenst, versicherte **Peter Feldmann**. Für jeden Einzelnen – wie für seine eigene Mutter – sei es jedoch manchmal schwer zu akzeptieren, dass die Kräfte nachlassen. Er wünsche sich, in einer Welt, einer Stadt wie Frankfurt zu leben, wo das nicht so relevant sei und wo man nicht darüber nachdenken müsse: „Jetzt bin ich alt.“

Obwohl er Oberbürgermeister in Frankfurt sei, dieser „Taktzahl-Stadt“, wo alles „schneller und moderner und wilder und aufregender und farbiger und



Foto: BAGSO/Hemmerich

Die Diskussionsrunde zum Abschluss des Deutschen Seniorentages, v.l.: BAGSO-Vorsitzende Prof. Dr. Ursula Lehr, Oberbürgermeister Peter Feldmann, Moderatorin Ursula May, Parlamentarische Staatssekretärin Elke Ferner und der Vorsitzende der BAG Selbsthilfe Volker Langguth-Wasem.

explosiver“ sein müsse, sei er eher ein traditioneller Typ. Er schaue gern Heimatfilme an und sei fasziniert von dörflichen Strukturen, wo es noch „ein bisschen wie früher“ sei. Der Zusammenhalt sei für ihn das Wichtigste.

Der Oberbürgermeister berichtete von Szenen in manchen Frankfurter Einkaufszentren oder Ladencafés, wo sich ganze Gruppen von Senioren treffen, gemeinsam frühstücken und sich mit Vornamen kennen. So etwas „möchte ich in Frankfurt öfter haben“, schwärmte er. Es repräsentiere für ihn ein Lebensgefühl des Dazugehörens und erinnere ihn an Marktplätze in Südfrankreich, wo die Alten unter einem Baum sitzen und alles beobachten. „Und natürlich sitzt auch der ältere demenzerkrankte Herr dazwischen, mit dem Kopf leicht kreisend. Ist doch nicht schlimm“, beschrieb **Peter Feldmann**. In Frankfurt denke man darüber nach, im Rahmen eines Projektes solche Treffpunkte zu fördern, um Einkaufszentren wieder zu solchen Marktplätzen zu machen.

Auch größere Umkleidekabinen oder Einpackhilfen im Supermarkt könnten den Alltag erleichtern, und zwar nicht nur für Seniorinnen und Senioren: „Jede Mutter mit zwei, vielleicht auch drei Kindern wäre sehr dankbar, so etwas zu haben.“ Speisekarten in großen Buchstaben würden auch sehbehinderten Menschen helfen. **Peter Feldmann** warb dafür, die Schranke zwischen Senioren und Behinderten in der Diskussion um Barrierefreiheit aufzuheben. Ziel sei, dass alle dazugehören könnten. „Und wenn das passt, sparen wir nicht nur viel Geld, sondern wir gewinnen sehr viel an Lebensqualität.“

Vielfältigkeit des Alters – Vielfalt des Wohnens und Lebens

Wenn man das Umfeld gestalten wolle, sei das Wohnen ein zentrales Element, bestätigte die Moderatorin und kündigte einen Filmclip¹ über ein Wohnprojekt auf dem hessischen Vogelsberg an, in dem fünf ältere Damen in einer Seniorinnen-Wohngemeinschaft leben.

1 Filmausschnitt aus dem Film „Senioren-WG“ des Sozialverbandes VdK

Das Beispiel sei nicht schlecht, fand **Prof. Ursula Lehr**, aber das Altenheim habe auch nicht ausgedient. Die Menschen seien verschieden und hätten im Alter unterschiedliche Wohnwünsche. Viele Seniorinnen und Senioren seien skeptisch gegenüber Modellen wie den Wohngemeinschaften oder dem Mehrgenerationen-Wohnen. Sie selbst habe vor 25 Jahren dafür gekämpft, dass ambulant vor stationär im Pflegegesetz verankert werde. Das sei nach wie vor ein wichtiger Grundsatz. Doch es gebe Situationen, in denen ein Umzug ins Altenheim sinnvoll sei, beispielsweise für Menschen, die sonst völlig vereinsamen würden.

Viele Menschen wollten zu Hause wohnen bleiben, in der Nachbarschaft, in der sie seit 10, 20 oder 30 und mehr Jahren leben. Sie bräuchten Unterstützung, um rechtzeitig die Wohnung, das Haus oder wenigstens die Umgebung so zu gestalten, damit sie auch dort bleiben können. Seniorengerechter Wohnraum sei wichtig.

Eine Möglichkeit sei das Zusammenleben in einer Wohngemeinschaft, wie es durch den ehemaligen Bremer Oberbürgermeister Henning Scherf bekannt geworden sei. In relativ jungen Jahren habe er sich mit befreundeten Gruppen und Paaren zu einer Hausgemeinschaft zusammengeschlossen, die gut funktioniere. Das sei aber nicht immer übertragbar. „Was wir alle brauchen, ist möglichst weitgehende Selbstbestimmung“, so die BAGSO-Vorsitzende.

Die Lebenswirklichkeit der Älteren von heute sei sehr vielfältig, bestätigte **Peter Feldmann**. Als ehemaliger Leiter eines Altenheims wisse er, dass viele Träger lange an traditionellen Formen festgehalten und erst spät die Vielfältigkeit als Chance begriffen hätten. Sein Vater habe zu Beginn seiner Tätigkeit als Leiter eines Altenzentrums erst einmal die gemeinsame Morgentoilette im großen Saal abschaffen müssen. Demgegenüber sei die Entwicklung schon weit gediehen und müsse künftig noch weiter gehen.

Viele Träger hätten sich bereits auf die Bedürfnisse der Älteren eingestellt, wie bei Besichtigungsfahrten zu Frankfurter Einrichtungen im Rahmen des Deutschen Seniorentages deutlich geworden sei. Die Älteren seien so verschieden und bunt wie alle anderen Generationen und sie hätten auch ein Recht darauf.

Ein ausgezeichnetes Beispiel sei ein Haus, in dem viele schwule und lesbische Ältere wohnen, dies sei voll belegt. Beliebt sei auch ein Heim mit hohem Migrantenanteil, einer eigenen Moschee direkt neben der Kirche und südländischer Küche, was auch deutsche Bewohnerinnen und Bewohner mit Urlaubsgenossen verbinden würden. Umgekehrt habe sich herausgestellt, dass türkische Migrantinnen und Migranten nicht immer von türkischen Pflegekräften betreut werden wollten. Ein Träger wolle speziell etwas für Männer bieten und einen Eisenbahnmodellbau-Club einrichten. Dorthin kämen manchmal sogar Jungen aus dem benachbarten Kindergarten. Die Einrichtung Lebenshaus habe gleich einen kompletten Kindergarten in das Heim gebaut.

Volker Langguth-Wasem schloss sich dem an: Auch Menschen mit Beeinträchtigungen seien so vielfältig wie die gesamte Gesellschaft. Seine Familie habe seine Kleinwüchsigkeit angenommen und er sei als Kind in die einzige Schule im Dorf gegangen. Sonderschulen habe es damals noch nicht gegeben.



Foto: BAGSO/Hemmerich

Ursula May fragte die Podiumsteilnehmenden, wie sie das Miteinander der Generationen einschätzen.

Seine Wünsche für ein altengerechtes Wohnen seien schon recht konkret. Er lebe mit seiner Frau in einem alten Bauernhaus in einem Dorf in Rheinland-Pfalz und wolle „natürlich“ in seinem eigenen Haus alt werden. Es habe zwar schon überall Geländer, müsse aber noch komplett barrierefrei umgerüstet werden. „In fünf Jahren reichen uns wahrscheinlich zwei oder drei Zimmer und den Rest werden wir anderen zur Verfügung stellen. Das muss man langfristig planen mit anderen“, so der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe.

In Frankfurt gebe es schon seit vielen Jahren das sogenannte Arbeitgebermodell, mithilfe dessen Menschen mit Beeinträchtigungen ihre Versorgung und Pflege selbst organisieren. Allerdings sei es immer noch schwierig, eine Finanzierung zu bekommen. **Volker Langguth-Wasem** wies darauf hin, dass die meisten Menschen selbstbestimmt ihr Leben organisieren wollen. Für diejenigen, die dies nicht gelernt hätten, müsse es aber nach wie vor Einrichtungen geben. Es gebe kein Schema, das für alle passe.

Er selbst habe schon in einer Wohngemeinschaft gelebt und könne sich vorstellen, im Alter mit anderen zusammenzuleben. Doch auch Menschen ohne diese Erfahrung seien offen für diese Wohnform. Er treffe sich regelmäßig mit einigen Seniorinnen und Senioren aus dem Dorf, die trotz körperlicher Beeinträchtigungen unterwegs seien zu gemeinsamen Unternehmungen, zum Frühstück oder zum Kaffeetrinken.

In den dörflichen Regionen habe sich die Alltagsstruktur völlig verändert. Es gebe kein Lädchen mehr, wo man einkaufen und sich selbst versorgen könne. Die Menschen müssten lernen, mit dem PC umzugehen. Selbstorganisierte Alltagshilfen könnten zwar kein Pflegeheim und keine Einrichtung für behinderte Menschen nach der Eingliederungshilfe ersetzen, seien aber in ländlichen Strukturen hilfreich – nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern auch in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg oder anderen Gegenden.

„Wir haben in der ganzen Republik die unterschiedlichsten Projekte in einer unglaublichen Vielfalt“, betonte **Elke Ferner**. Die vom BMFSFJ geförderten

Mehrgenerationenhäuser mit ehrenamtlichen und professionellen Strukturen förderten das Miteinander von Jung und Alt und hätten darüber hinaus in den letzten Monaten Angebote für Flüchtlinge gemacht.

In vielen Städten wie in ihrer Heimatstadt Saarbrücken gebe es schon seit Jahrzehnten eine gute Tradition von Gemeinwesenarbeit. In den Stadtteilen arbeiteten die unterschiedlichsten Akteure zusammen, es gebe Stadtteilmanager und Stadtteiltreffs, um den Menschen – jung oder alt, mit oder ohne Beeinträchtigung – die Unterstützung zu geben, die sie brauchen.

Bei Baumaßnahmen von städtischen Wohnungsbaugesellschaften sei es bereits üblich, schon bei Beginn an die Barrierefreiheit zu denken. Ihrer Ansicht nach sei es sinnvoll, alle Erdgeschosswohnungen zumindest in den Ballungsräumen barrierefrei zu gestalten, um Älteren einen Umzug innerhalb des vertrauten Viertels zu erleichtern.

Sie ärgere sich zutiefst, wenn Ältere aufgrund unklarer Zuständigkeiten zwischen Krankenversicherung, Altenhilfe und Sozialversicherungsträgern Hilfen wie Rehabilitationskuren nicht bekommen. „Die Menschen werden wie eine heiße Kartoffel hin- und hergereicht“, kritisierte die Parlamentarische Staatssekretärin. Nicht nur für die Einzelnen, sondern auch deshalb, um gesellschaftliche Folgekosten zu vermeiden, müsse man über Ressortgrenzen hinaus denken. Eine Möglichkeit seien Stadtteilbudgets, die den akuten Bedarf abdecken und erst im Nachhinein mit den einzelnen Ebenen oder Kostenträgern abgerechnet werden.

Ehrenamt – Möglichkeiten und Grenzen

Elke Ferner forderte ein vernünftiges Miteinander zwischen professioneller Daseinsvorsorge und Ehrenamt, das die Daseinsvorsorge nie ersetzen, sondern immer nur ergänzen könne. Diejenigen, die sich ehrenamtlich engagieren, müssten unterstützt und von organisatorischen Aufgaben entlastet werden.

Volker Langguth-Wasem ergänzte, dass der Auslagenersatz für Ehrenamtliche eine wichtige Voraussetzung für das Engagement sei. Ehrenamtliche müssen allzu oft darum kämpfen – ob im Seniorenbereich oder im Bereich behinderter Menschen, dass sie diesen Auslagenersatz auch bekommen.

Die Moderatorin fragte nach den Grenzen des Ehrenamtes. Werde irgendwann auch die Körperpflege ehrenamtlich geleistet werden müssen, weil es aus demografischen Gründen immer weniger Menschen gebe, die das übernehmen könnten?

Prof. Dr. Ursula Lehr rief dazu auf, die Möglichkeiten der AAL-Systeme zu nutzen. Altersgerechte Assistenzsysteme für ein selbstbestimmtes Leben könnten dazu beitragen, dass Menschen länger in ihrer Wohnung leben können. Ein Beispiel seien die sogenannten Dusch-WCs, die in der Ausstellung SenNova zu sehen seien und die in Japan und Singapur seit 20 Jahren und mittlerweile auch in Deutschland auf dem Markt seien. Sie prophezeie, dass der Einbau von Dusch-WCs in Zukunft so selbstverständlich sein werde wie aktuell die Nutzung von Handys.



Foto: BAGSO/Santen

Auch Vertreterinnen des BAGSO-Vorstands verfolgten den Abschlusstalk.

Es gebe noch eine ganze Reihe anderer technischer Hilfen, mit denen man beispielsweise vom Sofa aus die Rollläden herunterlassen, den Herd ausschalten oder die Lichter kontrollieren könne. Dies berge zwar die Gefahr, dass man sich nicht mehr bewege, obwohl man noch mobil sei. Für Menschen, die nicht mehr aufstehen könnten, seien diese Hilfen aber ein großer Gewinn, so die BAGSO-Vorsitzende.

Trotz technischer Assistenz werde es nicht ohne Ehrenamtliche gehen, meinte die Moderatorin und fragte nach, wie man Menschen überzeugen könne, dass sich ein Engagement lohne.

Man müsse sich auch als junger Mensch bewusst machen, dass man alt werde, meinte **Peter Feldmann**. Wer sich für Verbesserungen für Ältere einsetze, helfe damit auch den nachfolgenden Generationen. Die heute 70- bis 80-Jährigen, die früheren 68er, sehe er als Speerspitze gesellschaftlicher Veränderung. Er sei sehr gespannt, welche Innovationen diese Generation noch anstoßen werde. „Das ist nicht nur die Stones-Musik im Altenzentrum, sondern das ist viel, viel mehr“, sagte er voraus.

Viele Dinge seien generationenübergreifend wichtig. Hierfür sei ein Bündnis der Generationen notwendig: Die einen könnten beschreiben, wie sie selbst besser leben wollten, und die anderen können jetzt schon Dinge entwickeln, die noch den Enkeln nützen würden. „Wenn Sie der nächsten Generation helfen wollen, dann seien Sie die härtesten Kämpfer für diese Assistenzsysteme, für die menschenwürdige Pflege, für einen Abbau von Barrieren“, appellierte der Frankfurter Oberbürgermeister.

Alt und Jung – Generationen miteinander

Elke Ferner wies darauf hin, dass die mittlere Generation einen Großteil der Belastungen trage. Sie finanziere die Ausbildung ihrer Kinder und Sorge gleichzeitig für die Rentnerinnen und Rentner. Doch einen Generationenkrieg heraufzubeschwören, sei absurd. „Jede Generation tut das, was sie tun muss, und

die ältere Generation hat dieses Land aufgebaut“, erinnerte sie. Ihr Vater habe sechs Tage die Woche gearbeitet, die Eltern hätten auf Bildungschancen, Geld und Einkommen verzichtet. Die nachfolgende Generation habe die Früchte ernten können, so z. B. die 5-Tage-Woche oder die Möglichkeit einer besseren Ausbildung für die eigenen Kinder.

Die vielen Älteren seien darüber hinaus Konsumenten, die das Geld wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückgäben. Die ältere Generation unterstütze ihre Kinder und Enkelkinder. Sie passe auf die Enkel auf, helfe den Familien finanziell und entlaste sie bei Problemen. Die Parlamentarische Staatssekretärin begrüßte den DGB-Vorschlag, die Rentenbeiträge früher als notwendig anzuheben und das Geld für die Rente der kommenden Rentengeneration zurückzulegen, damit die Beiträge später nicht so hoch steigen müssten.

Die Generation der „Babyboomer“ werde viel mehr professionelle Unterstützung brauchen als die Generation unserer Eltern und schaffe damit Arbeitsplätze. Diese professionelle Unterstützungsarbeit müsse jedoch auch sozial abgesichert sein und gleichzeitig so gestaltet werden, dass sie sich auch Menschen mit geringerer Rente leisten könnten. „Es geht darum, dass alle teilhaben können, egal ob sie oder er Beeinträchtigungen hat, alt oder jung, reich oder arm ist. Solange jeder seinen Teil beiträgt, ist es doch okay“, schloss **Elke Ferner**.

Prof. Dr. Ursula Lehr unterstrich, dass derzeit sogar noch mehr finanzielle und sonstige Unterstützung von den Älteren zu den Jüngeren gehe als umgekehrt. Das werde sich vielleicht mit sinkenden Renten ändern. Dann würden die Flexibilität der Arbeitszeit und das allmähliche Ausgliedern aus dem Beruf noch wichtiger als bisher. Sie sehe es als großen Gewinn an, dass möglichst viele Menschen bis zur Regelaltersgrenze gesund weiterarbeiten könnten, wenn Gesundheitsvorsorge und Weiterbildung es ermöglichten. „Und diejenigen, die weiterarbeiten wollen und können, warum sollen die nicht länger arbeiten, damit diejenigen, die es eben nicht mehr können, früher aufhören können und dennoch hinreichend Geld zum Leben haben“, so die BAGSO-Vorsitzende.

Volker Langguth-Wasem brachte den Aspekt ein, dass die jetzige ältere Generation viel von den Jungen fordere. Er könne sich aber auch vorstellen, dass Ältere sich gegenseitig unterstützten. „Der eine kann noch Auto fahren und der andere nicht, der eine kann noch einkaufen, der andere nicht.“ Auch solche Modelle entwickelten sich derzeit.

Die Moderatorin kündigte einen weiteren Filmbeitrag² an, in dem das Projekt einer „verkehrten Schule“ am Fanny-Leicht-Gymnasium in Stuttgart gezeigt werde. Darin übernehmen Schülerinnen und Schüler nachmittags die Rolle der Lehrer und unterrichten ältere Menschen in Schulfächern wie Englisch oder Computertechnik.

Zum Abschluss der Talkrunde bat die Moderatorin die Anwesenden um ein kurzes abschließendes Statement.

„Gemeinsam in die Zukunft!“

Die BAGSO-Vorsitzende **Prof. Dr. Ursula Lehr** zog das Fazit: „Es gibt eine große Übereinstimmung darin, dass wir zusammen in die Zukunft gehen müssen, die wir mit durchaus positiven Aspekten sehen. Wir sehen die Probleme, aber wir sehen auch die Wege, sie zu überwinden.“

Peter Feldmann blickte erfreut auf den 11. Deutschen Seniorentag zurück: „Ich würde mir gern öfters eine fünfstellige Zahl solch aktiver Seniorinnen und Senioren in unserer Stadt wünschen.“ Er hoffe, dass dieses Ereignis die Diskussion in Frankfurt weiter voranbringe.

„Wenn man die aktiven Seniorinnen und Senioren hier sieht, dann hat man überhaupt keine Angst, älter zu werden“, bekannte die Parlamentarische Staatssekretärin **Elke Ferner**. Sie freue sich über die Übereinstimmung in den Dis-

2 Filmausschnitt „Sozialer Arbeitskreis“ aus dem Wettbewerb „Video der Generationen“

kussionen beim Deutschen Seniorentag und der Vorhaben des Ministeriums, um die Situation älterer Menschen zu verbessern.

Volker Langguth-Wasem begrüßte die Zusammenarbeit der BAGSO mit Behindertenverbänden und sah im gemeinsamen Eintreten für die Anliegen von Senioren und Menschen mit Beeinträchtigungen eine Zukunftsperspektive: „Wir werden gemeinsam alt werden und gemeinsam in die Zukunft marschieren“, sagte er.

„Gut, marschieren wir gemeinsam!“, bekräftigte **Prof. Dr. Ursula Lehr** und bedankte sich zum Abschluss des 11. Deutschen Seniorentages bei der Stadt Frankfurt am Main sowie den BAGSO-Verbänden, dem Bund, dem Land Hessen und dem Team der BAGSO-Geschäftsstelle für das gute Gelingen des 11. Deutschen Seniorentages.

2.6 DIE „Ü-100-PARTY“



Foto: BAGSO/Hemmerich

Die Gäste der „Ü-100-Party“, v.l.: Liesel Verleger, Stefanie Kahl, Ruth Remus

Zu den Gästen des 11. Deutschen Seniorentages zählten auch drei 100-jährige Frankfurterinnen. Trotz Temperaturen von etwa 38°C waren sie der persönlichen Einladung der BAGSO-Vorsitzenden Prof. Dr. Ursula Lehr und der Frankfurter Sozialdezernentin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld gefolgt.

Nach einem gemeinsamen Kaffeetrinken, bei dem 300 Jahre gelebte Geschichte ausgetauscht wurden, stellten sich **Stefanie Kahl, Ruth Remus** und **Liesel Verleger** den Fragen von Journalisten, die unter anderem wissen wollten, mit welchem Lebensmotto die Damen so alt geworden sind. Die drei Damen verrieten **Jörg Ortman**, dem Redakteur der BILD, ihr Rezept für ein glückliches Leben.

Das Motto von Liesel Verleger für ein glückliches Leben: „Leb´ unvoreingenommen in den Tag hinein.“ Die Lebens-Devise von Stefanie Kahl lautete:

„Mach‘ was Du willst, mach‘ Dir nichts vor! Tu‘ was Du willst, aber tu‘ Dir nicht leid.“ Und das Rezept von Ruth Remus hieß: „Hilf‘ Dir selbst, sonst hilft Dir keiner.“

Zum Abschluss gab es noch einen Rundgang über die Messe SenNova.

Wir danken Prof. Dr. Birgit Stappen und den mitwirkenden Studierenden der Katholischen Hochschule Mainz für die ehrenamtliche Unterstützung bei der Begleitung der Gäste.



Foto: BAGSO/Hemmerich



Foto: BAGSO/Hemmerich

An der Kaffeetafel fand der persönliche Austausch statt.

2.7 GUT LEBEN IN DEUTSCHLAND

Im Rahmen des 11. Deutschen Seniorentages richtete die BAGSO einen von über 100 Bürgerdialogen „Gut leben in Deutschland“ aus, mit denen die Bundesregierung Maßstäbe für Lebensqualität in all ihren Facetten erkennen möchte, um sich künftig noch konkreter an dem zu orientieren, was den Menschen in Deutschland wichtig ist.

An runden Tischen wurde lebhaft über die Frage diskutiert, was gutes Leben in Deutschland ausmacht. Es kamen Seniorinnen und Senioren, Multiplikatoren aus der Seniorenarbeit, aber auch eine Studentin und eine Schülerin zu Wort und tauschten sich über ihre persönlichen Vorstellungen aus. Wichtig sind für viele Familie, Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit, ein gutes Gesundheitssystem, Frieden sowie Presse- und Meinungsfreiheit. Diskutiert wurde auch über weitere Handlungsbedarfe. Dazu zählen z. B. ein gleichberechtigter Zugang zu Bildung, zum Arbeitsmarkt und zur gesundheitlichen Versorgung, eine stärkere interkulturelle Öffnung der Gesellschaft, mehr Gerechtigkeit,



Foto: BAGSO/Kaiser

Die Ergebnisse der Bürgerdialoge sollen in einen Aktionsplan für mehr Lebensqualität in Deutschland münden.

Teilhabechancen und Mitbestimmungsmöglichkeiten und eine nachhaltige Finanzierung der Rente.

Moderiert wurde der Bürgerdialog von **Dr. Hans-Peter Meister**, IFOK GmbH. Zudem waren als Berichterstatter eine Vertreterin aus dem Bundespresse- und Informationsamt und ein Vertreter des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend anwesend.

Die Ergebnisse der Bürgerdialoge werden nun bundesweit gesammelt und mit Unterstützung unabhängiger Wissenschaftler ausgewertet. Sie sollen in einen Bericht, ein Indikatoren-System und einen Aktionsplan für mehr Lebensqualität in Deutschland münden.



Foto: BAGSO/Hemmerich

Jung und Alt brachten gemeinsam ihre Ideen beim Bürgerdialog ein.

2.8 ERÖFFNUNG DER AKTIONSWOCHEN ÄLTERWERDEN IN FRANKFURT PODIUMSDISKUSSION „WIR GESTALTEN UNSERE STADT“

► *Moderation: Jascha Habek, Hessischer Rundfunk*

Podiumsgäste:

► *Michael Baral, Schauspieler*

► *Prof. Dr. Daniela Birkenfeld, Sozialdezernentin und Stadträtin*

► *Suzanne Cadiou, Stadtteilbotschafterin*

► *Prof. Dr. Ursula Lehr, Bundesministerin a.D., Vorsitzende der BAGSO*

► *Olga Orange, Travestiekünstler*

► *Verantwortlich: Leitstelle Älterwerden, Jugend- und Sozialamt, Stadt Frankfurt a.M.*



Foto: BAGSO/Hemmerich

Die Podiumsgäste, v.l.n.r.: Suzanne Cadiou, Michael Baral, Prof. Dr. Ursula Lehr, Olga Orange, Prof. Dr. Daniela Birkenfeld und der Moderator Jascha Habek.

Unter dem Motto der diesjährigen Aktionswochen „Wir gestalten unsere Stadt“ trafen sich am Samstagnachmittag hochkarätige Gäste, um unter der Leitung von **Jascha Habeck** „Gemeinsam in die Zukunft“ zu blicken.

„Insgesamt befindet sich Frankfurt auf einem guten Weg“, erklärte **Prof. Dr. Daniela Birkenfeld**. Auch **Prof. Dr. Ursula Lehr** lobte die Stadt für ihre Offenheit und das Miteinander der Altersgruppen und Kulturen. Jung und Alt könnten viel voneinander lernen und voneinander profitieren, befand die BAGSO-Vorsitzende. Toleranz und ein gutes Miteinander sind für ein gutes Zusammenleben in einer Stadt wie Frankfurt unerlässlich, darüber waren sich alle Talkgäste einig.

Markt der Möglichkeiten

Im Anschluss bot der Markt der Möglichkeiten einen Einblick in die Arbeit von mehr als 20 Initiativen und Gruppen. Es wurde eine Vielzahl interessanter Projekte präsentiert. Die Angebote reichten von Sport und Naturschutz über Wohnen, Kunst und Kultur bis zu Betreuungsangeboten für ältere und jüngere Menschen. Jeder Besucher war herzlich eingeladen, sich zu informieren und ehrenamtlich aktiv in den Projekten zu engagieren.



Foto: BAGSO/Hemmerich

Beim „Markt der Möglichkeiten“ stellten sich Frankfurter Organisationen dem bundesweiten Publikum vor.

3. THEMATISCHE VERANSTALTUNGEN



Foto: BAGSO/Hemmerich



Foto: BAGSO/Hemmerich



Foto: BAGSO/Hemmerich



Foto: BAGSO/Poblete

3.1 ENGAGEMENT

3.1.1 Veranstaltungsreihe: „wohin gehst du mensch?“

Themenblock I: wohin gehst du mensch? – gemeinsam mit anderen

Moderation: Jens-Peter Kruse,

Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit in der EKD (EAfA)

Mitwirkende:

- **Prof. Dr. Thomas Klie**, Evangelische Hochschule Freiburg
**Einführungsreferat: „Sorgekultur und Mitverantwortung –
Aufbau und Sicherung zukünftiger Sozialräume“**
- **Vertreter Hessischer Projekte:**
 - Wohn- und Quartierzentrum (WoQuaZ) – Weiterstadt
 - Preungesheimer Ameisen – Frankfurt am Main
 - Bildung Bürgerschaftlichen Engagements Regional (BiBer) – Alsfeld

Themenblock II: wohin gehst du mensch? – in der Einen Welt

Moderation: Dr. Hartmut Heidenreich, Mechthild Hartmann-Schäfers,
KEB Deutschland

Mitwirkende:

- **Klug kaufen – kritischer Konsum:**
Mechthild Hartmann-Schäfers, Stiftung „Zukunft der Arbeit und der sozialen
Sicherung“ (ZASS) der KAB
- **Unser täglich Gold, seine ethischen Kosten und Alternativen:**
Dr. Hartmut Heidenreich, KEB Deutschland
- **Bildung – Transfer-Ansätze – Voneinander Lernen:**
Elimar Brandt, Evangelisches Seniorenwerk (ESW)
- **Afrikanische Großmütter in der AIDS-Problematik:**
Prof. Dr. Dr. Alexander Lohner, MISEREOR/etwa 3

Themenblock III: wohin gehst du mensch? – in Deinem Leben

Moderation: Felix Rathofer, BfKS; Irmtraut Pütter, DEF; Gabriele Trull, eKH; Anneliese Wohn, Bischöfliches Ordinariat, Referat 3./4. Lebensalter, Limburg

Zeitzeugen:

- Maria Adler, Clownin im Altenheim Nierstein
- Gisela und Heinz-Peter Benetreu, Heinsberg
- Schwester Rosemarie Koch, Frankfurt am Main
- Regina Neumann-Busies, Soziale Dienste Henkel AG, Düsseldorf

Verantwortlich: Bundesforum für Katholische Seniorenarbeit (BfKS), Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit in der EKD (EaFA), Katholische Erwachsenenbildung Deutschland – Bundesarbeitsgemeinschaft e.V. (KEB Deutschland)

Mitwirkende Verbände: Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e.V. (KAB), Eine-Welt-Arbeit im Dritten Lebensalter (EWA3), Evangelisches Seniorenwerk (ESW), Evangelische Kranken- und Alten-Hilfe e.V. (eKH) – Grüne Damen und Herren, Deutscher Evangelischer Frauenbund e.V. (DEF)

Themenblock I: wohin gehst du mensch? – gemeinsam mit anderen

Im Mittelpunkt des ersten Blocks der Themenreihe „wohin gehst du Mensch?“ standen Fragen nach der Zukunfts- und Tragfähigkeit örtlicher Gemeinschaften. Damit wurden die zentralen Themen und Thesen des künftigen Siebten Altenberichts zur Diskussion gestellt: Der demografische Wandel und der damit verbundene wachsende Hilfebedarf bei gleichzeitiger Abnahme des Pflegepotenzials wird unser Gemeinwesen verändern und eine Neubestimmung der Rolle und Aufgabe von Staat und Bürgergesellschaft zur Folge haben. Dem versorgenden Staat, so die Annahme, wächst mehr und mehr die Rolle des Aktivierens und Ermöglichens zu. Er werde künftig darauf angewiesen sein, dass sich die Bürgerinnen und Bürger stärker im Gemeinwesen engagieren und ihre Angelegenheiten wieder vermehrt selbst „in die Hand nehmen“.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-dialog

Soz. Sicherheit/Arbeitswelt

Wohnen/Wohnumfeld

Gesundheit/Prävention

Pflege/Demenz

Verbraucher-themen

Prof. Dr. Thomas Klie wies in seinem einführenden Beitrag auf die wachsende Bedeutung der Kommunen im Zeitalter der Globalisierung hin. Dies werde dazu führen, dass sich der Blick der Sozialpolitik „verörtlicht“. Schon heute sei ein Trend in Richtung Gemeinwesen- und Sozialraumorientierung in den Konzepten zur Dorf- und Stadtentwicklung erkennbar. Notwendig werde eine neue Justierung des Verhältnisses von Staat, Kommune, Wohlfahrtsverbänden, Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern auf lokaler Ebene. Um den Ausbau der örtlichen Sorgestrukturen voranzubringen, bedürfe es einer Förderung von Familienarbeit und Nachbarschaftshilfe, von Wahlverwandtschaften und Selbsthilfegruppen. Aufgabe der Kommune sei es, die dazu notwendigen Infrastrukturen zu schaffen sowie die Eigenverantwortlichkeit der Bürgerinnen und Bürger im Sinne des Subsidiaritätsprinzips zu fördern. Es sei ihr Amt, Menschen zu ermutigen, ihre Kompetenzen und Fähigkeiten dem Gemeinwohl zur Verfügung zu stellen und insbesondere ältere Menschen zu befähigen, eigenverantwortlich, selbstbestimmt und eingebunden in die soziale Gemeinschaft leben zu können. Dazu bedürfe es einer aktiven Kommune und eines vertrauensvollen Miteinanders der Menschen im Quartier.



Foto: BAGSO/Santen

Prof. Dr. Thomas Klie bei seinem Vortrag zum Thema „Sorgekultur und Mitverantwortung“

Im zweiten Teil der Veranstaltung wurden mithilfe von zwei Interviews und einer Powerpoint-Präsentation drei Modellprojekte vorgestellt: zwei Projekte des gemeinschaftlichen Wohnens und die **Bildungsinitiative BiBER**.

Der Name BiBER steht für „Bildung bürgerschaftlichen Engagements Regional“, ein Projekt des evangelischen Dekanats Alsfeld, das von der Evangelischen Erwachsenenbildung verantwortet wird. Es befähigt Dorfbewohner, eigene Ideen vor Ort umzusetzen oder Dorf-

projekte Dritter zu begleiten. Sein Ziel ist es, die Lebensqualität der Menschen in den Dörfern zu erhöhen und der Abwanderung entgegenzuwirken. Das mit dem Hessischen Demografie-Preis ausgezeichnete Modellvorhaben hat rund ein Dutzend Initiativen angestoßen und begleitet. Ihre Bandbreite reicht von der Initiierung von Nachbarschaftshilfe über die Kulturarbeit im Dorf bis hin zu Nutzungskonzepten für Bürgerhäuser und den Umbau leerstehender Gebäude zu Seniorenwohnungen mit Dorfladen und Treffpunkt.

Mit dem **Wohn- und Quartierszentrum Weiterstadt** bei Darmstadt und dem **Frankfurter Wohnprojekt „Preungesheimer Ameisen“** wurden zwei Projekte gemeinschaftlichen Wohnens vorgestellt. Beide Einrichtungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich für die Bewohnerinnen und Bewohner des umliegenden Wohnquartiers öffnen und neben dem gemeinschaftlichen Miteinander im Haus auch die Sorge für andere einen zentralen Stellenwert hat. Während das vor einem Jahr gestartete und von der Diakonie begleitete Wohnprojekt Weiterstadt eng mit der Quartiersentwicklung des Ortes verbunden ist, sind die seit rund zehn Jahren zusammenlebenden Preungesheimer Ameisen stark im Kiez verwurzelt. Beide Präsentationen machten deutlich, welche positiven Anstöße vom gemeinschaftlichen Wohnen für die Quartiersentwicklung ausgehen können. Ob sie allerdings einen Beitrag zur pflegerischen Versorgung im Alter leisten werden, blieb offen. Bis heute ist der „Ernstfall Pflege“ noch nicht eingetreten.

Protokollführung: **Jens-Peter Kruse**, Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit (EAfA)

Themenblock II: wohin gehst du mensch? – in der Einen Welt

Dieser Block richtete den Blick auf globale Zusammenhänge und unsere Verantwortung dabei. Dazu stellte ein Film das Projekt „ÜberLebensKunst“ von dreien der Veranstalter vor (www.projekt-ueberlebenskunst.de), aus dem sich auch der Titel der Veranstaltungsreihe ableitete. Ein Kurzfilm führte ins zweite Thema ein, in die Rohstoff- und Bergbauproblematik (Extraktivismus). Die

vier Unterthemen wurden dann als Wandelplenum angeboten, wobei je ein Viertel des Plenums von Ecke zu Ecke im Rotationsverfahren wanderte. Dort wurde ihnen anhand von Pinnwänden das jeweilige Thema vorgestellt.

So führte unter dem Titel „Klug kaufen – kritischer Konsum“ **Mechthild Hartmann-Schäfers** von der Stiftung „Zukunft der Arbeit und der sozialen Sicherung“ (ZASS) der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung in die Möglichkeiten eines anderen, fairen Konsums ein. Neben der individuellen Wissenserweiterung über die Zusammenhänge von Kaufverhalten und weltweiten Produktionsbedingungen wurden praktische Ansätze eines verantwortungsvollen Konsums diskutiert.

Viele Verbraucherinnen und Verbraucher sind verunsichert, denn noch immer ist wegen mangelnder Kennzeichnung den meisten Produkten nicht anzusehen, unter welchen Bedingungen sie hergestellt wurden. In einem ersten Schritt hilft oftmals die eigene kritische Einschätzung: So ist es (eigentlich) klar, dass Jeans zu einem Preis von 10 € nicht unter fairen Bedingungen produziert wurden und das Hähnchen für 1,99 € nicht unter ökologisch und gesundheitlich vertretbaren Bedingungen aufgewachsen sein kann. Regional und saisonal einkaufen, weniger kaufen oder öfter ausleihen, führen nicht zu einem Verlust an Lebensqualität – so das Fazit der Teilnehmenden –, sondern sind wichtige Schritte zu einem besseren, nachhaltigen Lebensstil.

„Unser täglich Gold, seine ethischen Kosten und Alternativen“ war Thema von **Dr. Hartmut Heidenreich**, Katholische Erwachsenenbildung Deutschland – KEB, zugleich Koordinator der (nationalen) Kampagne „Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt“.

Er zeigte auf, dass wir mehr mit Gold zu tun haben als wir glauben: Gold im Zahn, um den Hals, im Handy und PC... Dass ein Ehering für mehr als zehn Tonnen Giftmüll beim Abbau stehe und wir die ökologischen und menschenrechtlichen Kosten nach Peru, China, Ghana usw. 'delegierten', dass Gold nur zu 10 % in der Technik verwendet werde, ansonsten für Schmuck (60 %) und Investment. Durch Recycling werde bereits jetzt mehr als die halbe Menge des

geförderten Goldes aufgebracht. 170.000 Tonnen Gold gebe es schon an der Erdoberfläche, in Tresoren usw. Goldabbau, so Heidenreichs Schlussfolgerung, wäre eigentlich ab sofort „überflüssig“.

Beim dritten Aspekt, „Bildung – Transfer-Ansätze – Voneinander Lernen“, führte **Elimar Brandt**, Evangelisches Seniorenwerk (ESW), drei Beispiele gelingender Partnerschaft an. Alle Projekte sind davon geprägt, „intellektuelle und emotionale“ Bildung und praktische Hilfe gerade denen zuteilwerden zu lassen, die in ihren Gesellschaften ohne Intervention von außen chancenlos blieben.

In Kamerun sind mithilfe europäischer „Kirchengelder“ vom Staat akkreditierte Schulen und Ausbildungsbetriebe in ländlichen Regionen entstanden. Kinder erfahren Schulausbildung und Jugendliche eine nützliche und anwendbare Berufsausbildung. In Argentinien und Brasilien sind Familiendörfer aufgebaut worden, in denen Waisen ein Zuhause finden. Ebenso werden Familien unterstützt, die zu ihren eigenen Kindern andere Kinder mit in den Familien-



Foto: Hanne Werhan

Das Motiv „wohin gehst du mensch?“ von Hanne Werhan gab der Veranstaltungsreihe den Namen.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

verbund aufnehmen, um Heranwachsenden ein selbstverantwortetes Leben zu ermöglichen. Beim Aufbau eines ambulanten Pflegenetzwerkes – zusammen mit Frauen aus Georgien – in den entvölkerten, ländlichen Regionen Georgiens haben Diakonissen aus Deutschland strukturell und direkt mit Pflegeleistungen geholfen. Alle, die in den beschriebenen Projekten mitgearbeitet und gelebt haben, bringen ihre Erfahrungen als Schätze zurück nach Europa.

Über „Afrikanische Großmütter in der AIDS-Problematik“ berichtete **Prof. Dr. Alexander Lohner** von MISEREOR/ Eine-Welt-Arbeit im dritten Lebensalter (ewa 3).

Großmütter seien zu den wichtigsten Akteuren bei der Bewältigung der Aidskrise im südlichen Afrika geworden. Vor allem ältere Frauen trügen die Hauptlast dieser verheerenden Epidemie. Sie seien die „stillen Heldinnen“, die ihre todkranken Kinder pflegten und ihre verwaisten Enkel versorgten und großzögen. Weiter erklärte Lohner: In Afrika südlich der Sahara leben 25 Millionen Menschen mit HIV, das sind mehr als zwei Drittel aller weltweit Infizierten. An Aids erkranken besonders die mittleren Altersgruppen zwischen

18 und 35 Jahren. Rund 17 Millionen Kinder haben weltweit einen Elternteil oder beide Eltern durch Aids verloren, davon 15 Millionen in Afrika. Rund die Hälfte dieser afrikanischen Kinder hat bei ihren Großmüttern ein neues Zuhause gefunden. Vier Aspekte, die deutlich machen wollen: Wir leben auf keiner Insel. Wie wir leben, hat durchaus Folgen für Menschen in anderen Gegenden der Erde.

Protokollführung:

Dr. Hartmut Heidenreich, KEB
Deutschland



Foto: BAGSO/Santien

Elimar Brandt präsentierte Projekte gelingender Partnerschaften.

Themenblock III: wohin gehst du mensch? – in Deinem Leben

In seiner Begrüßung lädt **Felix Rathofer** vom Bundesforum Katholische Seniorenarbeit die rund 70 Teilnehmenden ein, nach einem Tag voller Eindrücke und Informationen zur Ruhe zu kommen, sich Zeit für sich selbst zu nehmen und der Frage nachzugehen: „wohin gehst du mensch? – in Deinem Leben“

Irmtraut Pütter, Mitglied des Bundesvorstandes des Deutschen Evangelischen Frauenbundes e.V., stimmte mit einem sehr eindrucksvollen Gedicht von Hilde Domin „Es gibt dich“ ein.

Fünf Zeitzeugen auf dem Podium erzählten in einem von **Anneliese Wohn**, Referentin des Bistums Limburg, moderierten Gespräch aus ihrem Leben: „Was hat mich geprägt? Worauf lebe ich hin? Wohin gehe ich?“

Eine pensionierte Lehrerin schilderte ihr anfängliches Leben im Ruhestand: Sie schreibt Gedichte, veröffentlicht ein Buch, lässt sich zur Gedächtnisstrainerin in einem Altenheim ausbilden und wird Clownin. Außerdem lernt sie Akkordeonspielen. Entgegen ihrer Neigung wurde sie, um ihrem Vater einen Gefallen zu tun, Lehrerin.

Aktiv gefordert ist die Abteilungsleiterin „Soziale Dienste“ eines Weltunternehmens. Zu ihren Angeboten für die Mitarbeiter zählt ein dreitägiges Seminar zur Vorbereitung auf den Ruhestand, zu dem auch die Ehepartner eingeladen werden. Was nimmt sie selbst aus diesen Seminaren und ihrer Arbeit für sich mit? „Jeden Tag bewusst zu leben und mit dem Ehemann verbindlich Zeit einzuplanen.“

Ein Ehepaar geht seit 50 Jahren gemeinsam durchs Leben. Viele Höhen und Tiefen haben sie miteinander gemeistert. Sie haben jung geheiratet und bekamen einen Sohn. Als Mehrgenerationenfamilie lebten sie im Elternhaus. Drei Jahre pflegte die Frau ihre Mutter und sechs Jahre ihren Vater. Trotzdem fand sie Zeit für ehrenamtliches Engagement in der Pfarrgemeinde. Nach vielen Jahren im Dienst als Gewerkschaftssekretär für Arbeitsrecht und internationale Bildungspolitik im Vorstand des DGB sowie vielen Ehrenämtern hatte der

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

Ehemann ein schweres Burnout. Nachdem er auf Anraten seines Hausarztes die Zahl seiner Ehrenämter reduziert hatte, ging es ihm besser. Heute ist er noch immer ehrenamtlich in seinem Bistum engagiert.

Nach dem Motto: „Gott schickt nicht in Rente“ arbeitet eine knapp 90-jährige Diakonisse immer noch an fünf Tagen in der Woche. Nach dem Krieg lernte sie mit 18 Jahren die Diakonissen in Frankfurt kennen. Dort erkannte man ihre Begabung und bildete sie zur Kindergärtnerin aus. Seitdem gehört sie den Diakonissen an. Eine wichtige Erfahrung führte sie zu dieser Entscheidung: Als das Mutterhaus für die Besatzungstruppen geräumt werden musste und die Diakonissen obdachlos auf dem Marktplatz standen, hörte sie den Pfarrer sagen: „Schwestern, ihr braucht euch nicht zu sorgen: Gott wird euch ein Dach über dem Kopf geben.“ Noch am gleichen Tag erhielten sie eine Unterkunft. Auch später erfuhr sie immer wieder Gottes Hilfe.

Gabriele Trull, Ehrenvorsitzende der Evangelischen Kranken- und Altenhilfe, lud anschließend die Teilnehmenden dazu ein, sich mit ihren persönlichen Vorstellungen vom Leben einzubringen. Zur Einstimmung trug sie einige Texte aus dem Ökumenischen Gottesdienst, der am Vorabend stattgefunden hatte, vor. Dazu gehörte auch das Statement von Raja, zehn Jahre: „Ich möchte später gern viel mit meinen Enkeln unternehmen und Fahrrad fahren. Ich möchte gern Eis essen gehen und fit bleiben. Socken stricken möchte ich und ganz alt werden und nicht ins Altersheim.“

Danach lud Gabriele Trull dazu ein, sich miteinander über die Fragen: „Wo sehe ich meine Zukunft? Worauf lebe ich hin?“ auszutauschen und die Antworten auf kleinen Wolken und Zetteln zu notieren. Dadurch erhielten die Teilnehmer die Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen und sich über ihren persönlichen Lebensweg und Fragen, die sie beschäftigen, auszutauschen. Die Ergebnisse wurden schließlich auf die Segel eines (Lebens-)Bootes geklebt und vorgestellt.

Mit dem nochmaligen Vortragen des Gedichts von Hilde Domin „Es gibt dich“ wurden die Teilnehmenden verabschiedet.

Protokollführung: **Irmtraut Pütter**, Deutscher Evangelischer Frauenbund (DEF);
Felix Rathofer, Bundesforum Katholische Seniorenarbeit (BfKS)

3.1.2 Zukunft braucht Erfahrung: Der Senior Experten Service (SES) gibt weltweit Hilfe zu Selbsthilfe

Verantwortlich: Senior Experten Service, Stiftung der Deutschen Wirtschaft für internationale Zusammenarbeit

Moderation: Bernd Tuchen, SES Bonn

Mitwirkende:

- **Irma Fechter**
- **Uwe Kleinebrahm**
- **Karl-Heinz Bretzger**, Experten des SES

In der Gesprächsrunde schilderten zwei Senior Experten und eine Expertin ihre Einsätze und ihr Engagement für den SES im In- und Ausland:

Irma Fechters Spezialgebiet ist alles, was mit Arbeitsabläufen und Organisation in Druckereien zu tun hat. Sie berichtete über ihre letzten Einsätze für den SES: In Laos ging es um die Administration einer Druckerei, die auf die Produktion von Schulbüchern spezialisiert war. Daneben setzte Irma Fechter Prozessverbesserungen im Produktionsablauf um und erläuterte schließlich Grundbegriffe des Marketings. Ihr zweiter Einsatz fand in einer Druckerei in Honduras statt. Hier standen die Installation einer Software sowie das Erstellen von Musterkalkulationen für die Druckaufträge auf der Tagesordnung.

Karl-Heinz Bretzger war für den SES in der Mongolei. Bei seinem Einsatz ging es um die Gründung einer Frachtflug-Gesellschaft. Das stellte sich als ein schwieriges Unterfangen heraus, weil die Entscheidungsträger vor Ort höchst unterschiedliche Meinungen vertraten. Das Projekt konnte deshalb während dieses Einsatzes nicht abgeschlossen werden. Karl-Heinz Bretzger wartet nun gespannt auf einen zweiten Anlauf in der Mongolei.

Uwe Kleinebrahm war beruflich lange im Ausland, doch sein Einsatz für den SES führte ihn nicht weit weg von seinem Wohnort im Rhein-Main-Gebiet – und war trotzdem eine große Herausforderung. Seine Aufgabe bestand darin,

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

den einzigen – bis dahin geschlossenen – Lebensmittelladen in einem kleinen Ort wieder zum Leben zu erwecken. Dafür brachte er eine Lebensmittelkette mit einer Behindertenorganisation zusammen und leitete die Gründung eines integrierten Unternehmens in die Wege. Inzwischen wird das Angebot von der Bevölkerung gut angenommen und der neue Laden ist in die Ortsgemeinschaft integriert.

Protokollführung: **Bernd Tuchen**, Senior Experten Service (SES)



Foto: BAGSO/Bock

Die Senior Experten berichteten von ihren Auslandseinsätzen.

3.1.3 Ruhestand... und dann? Konsequenzen eines zeitgemäßen Altersbildes

Verantwortlich: Generali Zukunftsfonds und BAGSO Service Gesellschaft

Moderation: Nicola Röhricht, BAGSO Service Gesellschaft

Mitwirkende:

- **Christian Adams**, Geschäftsführer Zwischen Arbeit und Ruhestand (ZWAR e.V. NRW)
- **Prof. Dr. Andreas Heinecke**, Geschäftsführer Dialogue Social Enterprise GmbH
- **Waltraud Möhrlein**, Vorstand Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BaS e.V.)
- **Dr. Susanne Nonnen**, Geschäftsführerin des Senior Experten Service (SES)
- **Christoph Zeckra**, Gesamtverantwortlicher Generali Zukunftsfonds

Die nachberufliche Zeit bietet viele neue Freiheiten und Chancen. Die Bereitschaft, sich zu engagieren, ist hoch. Wie Noch-Berufstätige oder Ruheständler das richtige Engagement für sich finden, wie Unternehmen hierbei unterstützen und davon profitieren, wo Engagement besonders gefragt ist und welche interessanten neuen Formen es gibt – hierzu informierten praxisnah Verbände, Unternehmen und Engagierte.

Christoph Zeckra eröffnete das Podiumsgespräch und wies auf das Engagement des Generali Zukunftsfonds hin. Die regelmäßig erscheinende Altersstudie und die gezielte Förderung von Projekten, die sich an ältere Menschen vor und in der nachberuflichen Zeit wenden, sind ein Beitrag zur Unterstützung des Engagements Älterer und zum Aufbrechen althergebrachter Altersbilder. Zudem bietet der Konzern seinen Mitarbeitenden ab 45 Jahren einen „Horizonte-Workshop“ an, um sich aktiv mit den verbleibenden Berufsjahren und der Zeit danach zu beschäftigen. Auch gibt es viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Rentenalter als Honorarkräfte mit individueller Zeiteinteilung arbeiten.

Eine wichtige Säule des freiwilligen Engagements Älterer stellen laut **Waltraud Möhrlein** die über 350 Seniorenbüros in Deutschland dar, die oft kommunal

geführt sind. Hier organisieren Ältere vor Ort genau wie bei den über 170 Netzwerken von ZWAR e.V. ihre individuell zugeschnittenen Projekte und Tätigkeitsfelder – ein Garant für den Erfolg dieser BAGSO-Mitgliedsverbände.

Der SES nutzt das Erfahrungswissen der Älteren: Nachberuflich ehrenamtlich tätige Senior-Experten fördern die Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften im In- und Ausland, so **Dr. Susanne Nonnen**. Ein Vorgehen, von dem alle Beteiligten profitieren und in das die Älteren ihre im Beruf erworbene Fachkompetenz und ihre Lebenserfahrung einbringen können.

Christian Adams machte deutlich, dass ein aktiv vollzogener Abschied und Neuanfang das Risiko einer Lebenskrise beim Übergang von der Berufstätigkeit ins Rentnerdasein abwenden kann.

Prof. Dr. Andreas Heinecke hat mit der Erlebnisausstellung ‚Dialog mit der Zeit‘ in Frankfurt und Berlin neuen Altersbildern Raum gegeben. Auch hier engagieren sich Ältere mit einem Mindestalter von 70 Jahren als Guides. „Zu Recht gegen Honorar“, findet Heinecke.

Dem Übergang in die nachberufliche Lebenssituation sollte mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit entgegengebracht werden, damit diese schwierige Phase für den Einzelnen besser zu handhaben ist. Dem beruflich und privat erworbenen Erfahrungswissen Älterer sollte ein hoher gesellschaftlicher Stellenwert eingeräumt werden. **Nicola Röhrich** fasste zusammen, dass eine Wertschätzung und Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit der Älteren wichtig und notwendig ist.

Im Diskussionsverlauf, mit Beteiligung des Publikums, wurde deutlich, dass staatliche Institutionen den Rahmen für freiwilliges Engagement schaffen müssen und ein Abwälzen von Pflichtaufgaben in das unbezahlte Ehrenamt nicht akzeptabel ist.

Protokollführung: **Nicola Röhrich**, BAGSO Service Gesellschaft

3.1.4 Glücksfall 2. Halbzeit. Wie wir den Übergang vom Beruf in den Ruhestand gestalten können

Verantwortlich: Katholische Erwachsenenbildung (KEB)
(KEB Frankfurt in Kooperation mit KEB Deutschland)

Moderation: Dr. Hans Prömper, KEB Frankfurt

Mitwirkende:

- **Stefan Becker**, berufundfamilie gGmbH, Familienbund der Katholiken
- **Barbara Jakob**, Bürgerinstitut Frankfurt, Freiwilligenagentur
- **Dr. Henning von Vieregge**, Publizist, Autor von „Der Ruhestand kommt später“
- **Christoph Zeckra**, Gesamtverantwortlicher des Generali Zukunftsfonds

Der Trend zur Langlebigkeit, der mit den jetzt in den Ruhestand eintretenden geburtenstarken Jahrgängen einhergeht, wird unsere Vorstellungen vom Altern verändern. Welche Chancen hat diese lange zweite Halbzeit des Lebens für Unternehmen und Zivilgesellschaft? Namhafte Akteure berichteten von ihrem Engagement und den erhofften Chancen.

Stefan Becker stellte den Handlungsplan „Arbeit und Alter“ der berufundfamilie gGmbH vor. Er will Unternehmen sensibilisieren und unterstützen, ihren Mitarbeitenden in vielfältiger Weise jeweils individuell passende Übergänge vom Beruf in den Ruhestand zu ermöglichen. Es sollte die Einsicht leiten, dass es den Übergang nicht gibt. Entsprechend sollten Arbeitgeber ihren Mitarbeitern vielfältige Angebote für flexible Übergänge anbieten – möglichst auch, um schon in der Berufsarbeit und im Alter neben der Erwerbstätigkeit ehrenamtlich tätig zu werden.

Diesen Impuls konnte **Christoph Zeckra** gut aufgreifen. Der Generali Zukunftsfonds erprobt in verschiedenen Städten gemeinsame Projekte von Unternehmen, Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, die z. B. unter dem Titel „Zeit für Neues“ Veranstaltungen, Fachgespräche und Netzwerke anbieten sowie Begegnungs- und Übergangsräume zwischen den gesellschaft-

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen



Foto: BAGSO/Santien

Die Diskussionsrunde war sich einig: Unternehmen und Gesellschaft sollten die Ressourcen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nutzen.

lichen Sektoren ermöglichen. Gerade in dieser Vernetzung vielfach sehr unterschiedlicher Kulturen des Arbeitens und Lebens sieht er ein großes Potenzial gesellschaftlicher Entwicklung.

Aus Sicht des Bürgerinstituts Frankfurt e.V. schilderte **Barbara Jakob** verschiedene Initiativen und Projekte, in deren Rahmen Ehrenamtliche sich neue Aktivitätsfelder erschließen, z. B. in der Demenz- und Angehörigenberatung, in der Hospizarbeit, der Beratung in Sicherheits-, Vorsorge- oder Betreuungsfragen. Hier können Menschen in der Nachberufsphase ihre beruflich und lebensweltlich erworbenen Fähigkeiten einbringen. Wobei sie allerdings vielfach ihre „eigenen“ Vorstellungen und Ideen haben, die berücksichtigt werden wollen.

Genau diesen Optimismus wollte **Dr. Henning von Vieregge** nicht teilen. Immer wieder musste er erleben, dass die Motivation und das Engagement von Ehrenamtlichen institutionell ausgebremst bzw. nur unzureichend gewürdigt und unterstützt wurden. Die Institutionen seien herausgefordert, sich den vielfältigen Bedürfnissen und Kompetenzen Ehrenamtlicher tatsächlich zu öffnen und diese auch wirklich zu wollen.

Gemeinsame Punkte der Diskussion waren: Unternehmen und Gesellschaft sollten die Ressourcen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sehen und nutzen. Dieses Übergangsmanagement sollte möglichst frühzeitig, optimal schon mit 50 bis 55 Jahren, angedacht werden. Der Übergang sollte nicht zufällig geschehen, sondern er sollte vorbereitet und begleitet werden. Aus dem Publikum wurde hier der Einwand eingebracht, dass der Sinn des Alterns doch nicht allein im Ehrenamt bestehen könne. Dem mochte niemand widersprechen, wenn auch die Debatte um den Sinn des nachberuflichen, nicht arbeitszentrierten Lebens sicherlich erst am Anfang steht.

Protokollführung: **Dr. Hans Prömper**, Katholische Erwachsenenbildung Frankfurt

3.1.5 Zukunft braucht Erfahrung – *seniorTrainerinnen* im Bürgerschaftlichen Engagement

Verantwortlich: **Bundesarbeitsgemeinschaft *seniorTrainerin***

Moderation: **Birgit Hoernchen**, Marketing Media Service, Koblenz

Mitwirkende:

- **Elisabeth Portz-Schmitt**, Diakonie Pfalz
- **Uschi Rustler**, Seniorenbüro „Die Brücke“, Bad Ems
- **Karsten Gebhardt**, *seniorTrainer*, Bielefeld
- **Hans-Peter Pesch**, *seniorTrainer*, Wittlich
- **Evamarie Peters**, *seniorTrainerin*, Hamburg

Nachdem die Moderatorin die Mitwirkenden kurz vorgestellt hatte, erläuterte **Evamarie Peters** den Begriff „*seniorTrainerin*“ und stellte die Entwicklung seit Beendigung des Bundesmodellprogramms 2006 vor, aus dem die *seniorTrainerinnen* hervorgegangen sind.

Elisabeth Portz-Schmitt erklärte beispielhaft, wie man *seniorTrainerin* wird. Sie führte weiter aus, was die Gesellschaft vom Engagement der *seniorTrainer-*

innen hat. Außerdem nannte sie beispielhaft einige Projekte, die von *senior*-Trainerinnen geplant und durchgeführt werden.

Danach stellte **Uschi Rustler** „Die Brücke“ in Bad Ems als Ort der Qualifizierung vor.

Karsten Gebhardt aus Bielefeld berichtete über die Situation in NRW und ging auf die regionalen Unterschiede ein. Beispielhaft nannte er das private Sponsoring beim Trägerverein Bielefeld, mit dem Qualifizierung und regelmäßige Treffen der ausgebildeten *senior*Trainerinnen finanziert werden. Auch er stellte eine Reihe von Projekten vor, z. B. Flüchtlingsbetreuung, Begleitung auf Schulwegen, naturwissenschaftliche Experimente für Kindergartenkinder sowie einen „Zeit-Tausch-Ring“.

Hans-Peter Pesch stellte ausführlich das Projekt „Rückenwind – Hilfe für Angehörigen von Inhaftierten“ in Wittlich vor.

Evamarie Peters berichtete über die Förderung des ehrenamtlichen Engagements in Hamburg, die *senior*Trainerinnen sind dort Teil des Netzwerks. Besonders hob sie das Projekt „Neue Wege in den Ruhestand“ hervor, bei dem die *senior*Trainerinnen mit mehr als 200 großen Unternehmen und Behörden in Hamburg Kontakt aufgenommen haben, um ausscheidenden Mitarbeitenden neue Perspektiven aufzuzeigen, wie nach dem Eintritt in den Ruhestand der Tag durch ehrenamtliches Engagement sinnvoll gefüllt werden kann.

Elisabeth Portz-Schmitt betonte nochmals, wie wichtig es sei, die künftigen Ehrenamtlichen gut auf die vielfältigen Tätigkeiten vorzubereiten, damit jede Person für sich die richtigen Einsatzfelder bzw. Projekte finden kann.

Danach kamen aus dem Publikum (etwa 30 Personen) eine Reihe von Fragen, die sich teilweise auf regionale Besonderheiten (z. B. Hessen → „Engagementlotsen“) und die einzelnen Qualifizierungsmodule (Orientierungsphase/Überblick, Gruppensoziologie/Konfliktmanagement, eigene Ideen entwickeln)



Foto: BAGSO/Bock

Die Projektvorstellungen zeigten, wie vielfältig das Engagement als *seniorTrainerin* sein kann.

bezogen. Auch wurden Details zu einigen der vorgestellten Projekte nachgefragt.

Zum Abschluss betonte Evamarie Peters die große zeitliche Flexibilität, die jeder *seniorTrainerin* oder jedem *seniorTrainer* gegeben ist, um Grad und Umfang des eigenen Engagements zu bestimmen.

Insgesamt wurde die Veranstaltung vom Publikum sehr interessiert, wohlwollend und positiv aufgenommen.

Weitere Informationen: www.seniortrainer.org

Protokollführung: Rolf Steinl, Bundesarbeitsgemeinschaft *seniortrainerin*

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

3.1.6 Ehrenamt – keine Frage des Alters. Facetten bürgerschaftlichen Engagements in KWA Wohnstiften

Verantwortlich: KWA Kuratorium Wohnen im Alter gemeinnützige AG

Moderation: Dr. Stefan Arend, Vorstand KWA

Mitwirkende:

- **Petra Sachs**, Ehrenamtsbeauftragte KWA
- **Karin Ihringer**, Leitung Kundenbetreuung KWA
- **Erika Guter**, Bewohnerin im KWA Georg-Brauchle-Haus
- **Ludwina Kaindl**, bei KWA ehrenamtlich engagierte Bürgerin
- **Horst Dietzer**, Bewohner im KWA Kurstift Bad Dürkheim
- **Anna-Lena Walter**, ehemalige Schülerin des Edith-Stein-Gymnasiums München
- **Natascha Berger**, Schülerin des Edith-Stein-Gymnasiums München
- **Uta Haller**, Sozialkunde- und Deutschlehrerin am Edith-Stein-Gymnasium München

KWA Kuratorium Wohnen im Alter ist ein gemeinnütziges Unternehmen, das 1966 aus bürgerschaftlichem Engagement heraus als Verein gegründet wurde. Die Idee war, für alte Menschen passende Lebensformen zu gestalten – das Wohnstiftskonzept war geboren. So hat soziales Engagement bei KWA eine lange Tradition. **Dr. Stefan Arend** stellte einleitend fest, dass Bewohnerinnen und Bewohner von Alten- und Pflegeheimen landläufig als Empfänger guter Taten betrachtet werden. Die Ergebnisse einer Befragung bei KWA ergaben jedoch, dass das Engagement keine Frage des Alters ist. Dr. Arend stellte die Bewohnerin **Erika Guter**, Jahrgang 1927, vor: „Ich bin seit 35 Jahren aktives Mitglied in einem Tierschutzverein, speziell für Katzen. Das ist sehr umfangreich. Buchhaltung gibt's, wir haben Flohmärkte, die sehr viel Geld bringen.“

Bürgerschaftliches Engagement hat auch in den Wohnstiften von KWA Kuratorium Wohnen im Alter unterschiedliche Gesichter. KWA zeigte anhand von Beispielen die Vielfalt der Möglichkeiten. Diese reichen vom Engagement innerhalb der Wohnstifte (Nachbarschaftshilfe, Vorlesen für Bewohner, Arbeit

im Stiftsbeirat) bis zum Engagement außerhalb: Bewohnerinnen und Bewohner sind im Umfeld aktiv für das Gemeinwohl. Hier spielt auch der generationenübergreifende Austausch eine bedeutende Rolle.

Am Beispiel der Zusammenarbeit mit dem Edith-Stein-Gymnasium in München wurde deutlich, wie aus einer Projektarbeit ein dauerhafter Austausch und gegenseitige Unterstützung zwischen Schülern und Bewohnern entstehen kann. Die Schülerinnen organisieren im Rahmen eines sozialen Praktikums Ausflüge, Hip-Hop-Tanznachmittage und gegenseitige Besuche mit Bewohnerinnen und Bewohnern des KWA Georg-Brauchle-Hauses. Die Beschäftigung erfüllt, denn Ehrenamt ist keine Einbahnstraße. Über die positive Wirkung des Austauschs berichtete **Anna-Lena Walter**: „Es macht einfach glücklich, wenn man andere glücklich macht.“ Es gäbe lustige Momente, aber auch tiefgründige Gespräche, in denen es um ernste Themen gehe, um die Vergangenheit, aber auch um die Zukunft. Denn die älteren und die jungen Menschen seien aufeinander angewiesen.

In der anschließenden Publikumsdiskussion griff KWA Ehrenamtsbeauftragte **Petra Sachs** den kritischen Einwand auf, dass Ehrenamt reguläre Arbeitsplätze verdrängen könnte: „Kein Ehrenamt funktioniert ohne Hauptamt, ohne Ressourcen, ohne Unterstützung. Ganz im Gegenteil. Wir werden immer der Verpflichtung nachkommen, die Bewohner in unseren Einrichtungen bestmöglich zu versorgen. Das heißt, alle ehrenamtlichen Angebote sind rein zusätzlich gedacht.“ Abschließend berichtete **Karin Ihringer** von ihrer Beobachtung, dass sich seit einigen Jahren ein Kulturwandel in den Wohnstiften vollzieht. Sie öffnen sich zunehmend: Angehörige, Nachbarn und Bürger der Gemeinde kommen ins Haus und bringen sich ein.

Protokollführung: **Anna Kamieth**, Kuratorium Wohnen im Alter

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

3.1.7 Kompetenzen in der 2. Lebenshälfte einbringen – gute Rahmenbedingungen in Vereinsvorständen schaffen

Verantwortlich: Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB),
Robert Bosch Stiftung

Moderation: Florian Kaiser, DOSB; Dr. Ferdinand Mirbach, Robert Bosch Stiftung

Mitwirkende:

- Agnes Boeßner, Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros
- Christiane Ebrecht, „Attraktives Ehrenamt im Sport“ – Projektpartner TSV Taunusstein
- Waltraud Möhrlein, „Attraktives Ehrenamt im Sport“ – Projektpartner Seniorenbüro Taunusstein
- Ralf Baumgarth, Paritätischer Wohlfahrtsverband Heidelberg

Dr. Ferdinand Mirbach eröffnete die Veranstaltung mit einem kleinen Quiz zum Ehrenamt in Deutschland. Nicht alle Teilnehmenden waren bereits Expertinnen bzw. Experten auf diesem Gebiet, wussten aber anschließend, dass sich 23 Mio. Menschen in Deutschland engagieren, dass es im Saarland auf 1.000 Personen gerechnet die meisten Vereine gibt und sich in Deutschland ca. 25 % aller Vereine dem Sport widmen.

Nach dieser Einführung erläuterte Projektleiter **Florian Kaiser** die Rahmendaten des DOSB-Projekts „Attraktives Ehrenamt im Sport“. Das größte Problem für Sportvereine stelle die Gewinnung Ehrenamtlicher für die Vorstandsarbeit dar, weshalb innerhalb des Projektes u. a. auch vereinsexterne Engagierte gewonnen werden sollen. Die Gewinnung Freiwilliger für die Vorstandsarbeit solle dabei stets in Zusammenarbeit zwischen Vereinen und Freiwilligenagenturen oder Seniorenbüros stattfinden. Insgesamt gebe es deutschlandweit elf Standorte, an denen in sogenannten Tandems zusammengearbeitet werde. Wie eine solche Zusammenarbeit aus Sicht eines Vereins und auch aus Sicht eines Seniorenbüros aussehen kann, davon berichteten zwei Vertreterinnen aus dem hessischen Taunusstein.

Christiane Ebrecht konnte durch das Projekt als neue Kassenwartin des TSV Taunusstein gewonnen werden. Sie betont, dass vor allem das Loslösen der strikten Ämtervergabe einen großen Vorteil bringe. Indem kleinere Aufgabenpakete geschaffen und diese je nach Begabung verteilt würden, könne die einzelne Person bzw. der Vorstand entlastet werden. Als Vertreterin des Tandempartners ergänzte **Waltraud Möhrlein** vom Seniorenbüro Taunusstein, dass es zudem wichtig sei, die Projektpartner auf den gleichen Wissensstand zu bringen und dass bei beiden die Bereitschaft für Veränderungen vorhanden sein müsse.



Foto: BACSO/Bock

Waltraud Möhrlein vom Seniorenbüro Taunusstein

Dr. Ferdinand Mirbach ging nachfolgend auf das Projekt „Engagement braucht Leadership“ der Robert Bosch Stiftung ein. Dies unterstützt verschiedene Vereine – nicht nur aus dem Sport – darin, Ehrenamtliche für die Vorstandsarbeit zu gewinnen. Ein weiteres Ziel des Projektes sei eine angemessene Qualifizierung. Als Projektpartner zeigte **Ralf Baumgarth** auf, wie zukünftig in Heidelberg neue Menschen für Vorstandsaufgaben gewonnen werden sollen. Insgesamt sechs Vereine würden über die zweijährige Projektlaufzeit unterstützt und könnten neben den halbjährlichen Vereinsforen auch an „Vereinswerkstätten“ teilnehmen. Aktuell können sich hierfür noch Vereine bewerben.

Die Expertinnen und Experten zeigten auf, dass es keine allgemeingültige Musterlösung gibt, Ehrenamtliche für die Vereins- und Vorstandsarbeit zu gewinnen. Jeder Verein muss individuell analysieren, welcher Bedarf besteht und welche Maßnahmen im konkreten Fall zum Ziel führen. Dabei sollten sie offen für neue Ideen sein und auch die Arbeit mit neuen Partnern gewinnbringend nutzen.

Weitere Informationen zu den Projekten finden Sie unter www.ehrenamt-im-sport.de und unter www.bosch-stiftung.de

Protokollführung: Daniela Volkmuth, Deutscher Olympischer Sportbund

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

3.1.8 Von der Verantwortung der „Jungen Alten“ für die Gesellschaft

Verantwortlich: Die GRÜNEN ALTEN

Mitwirkende:

- **Bernd Gosau M.A.**, Bundesvorsitzender der GRÜNEN ALTEN

Von den drei Altersgruppen der Älteren (65–75; 75–85 und 85 bis zum Lebensende), hat die Gruppe der jungen Alten den größten Einfluss auf die Zukunft der Gesellschaft. Zwar sind auch sie gegenüber jüngeren Generationen mitverantwortlich für zahlreiche ungelöste Probleme wie den Atommüll, die Klimakatastrophe und die immense Schuldenlast.

Sie sind aber auch diejenigen, die bei der Lösung der Probleme sowohl für die Jungen als auch für die älteren Alten tatkräftig mit anpacken wollen und es auch tun. Sie sind dazu auch in der Lage, weil sie noch relativ gesund sind, die meisten noch über genügend Geld verfügen und viele verspüren, dass sie der Gesellschaft etwas schuldig sind. Aber sie machen es nur freiwillig. Sie sind autonom und sie erproben gemeinsam mit anderen neue Formen des Eingreifens in die Gesellschaft, z. B. innerhalb der Occupy-Bewegung, die bestimmte öffentliche Plätze besetzt, um auf die Missstände in der Finanzwelt hinzuweisen oder innerhalb einer Gruppe, die sich als „Komplizenverband“ organisiert, um bestimmte begrenzte Ziele zu erreichen, und die sich dann wieder auflöst, um ein neues Ziel mit anderen zu verfolgen. Es sind vorerst nur Einzelkämpfer und wenige kleine Gruppen, aber es werden immer mehr.

Protokollführung: **Bernd Gosau**, Die GRÜNEN ALTEN

3.2. BILDUNG

3.2.1 Veranstaltungsreihe: „Wohin gehen Engagement und Bildung?“

Themenblock I: Engagement im Alter – So vielfältig wie das Alter selbst

Moderation: **Gabriella Hinn**, Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V. (BaS); **Alexander Gürtler**, Volkssolidarität Bundesverband e.V.

Mitwirkende:

- **Prof. Dr. Susanne Kümpers**, Hochschule Fulda, Mitglied der Siebten Altenberichts-kommission: Einführungsbeitrag zur Vielfalt des Alters
- **Christian Adams**, ZWAR: Aktive Gestaltung von Übergängen
- **Christoph Zeckra**, Generali Zukunftsfonds: Teilhabe im hohen Alter – Die Generali Hochaltrigenstudie

Themenblock II: Lernen – aber wie?

Moderation: **Dr. Erika Neubauer**, Evangelisches Seniorenwerk e.V.

Mitwirkende:

- **Prof. Dr. Elisabeth Bubolz-Lutz**, Forschungsinstitut Geragogik e.V. Lernarrangements für Engagement
- **Evamarie Peters**, BAG *senior*Trainerin, **Dr. Wolfgang Stodieck**, EFI Bayern e.V. Neue Facetten der Weiterbildung zu *senior*Trainerinnen
- **Roswitha Masuch**, Gesellschaft für Gehirntraining (GfG); **Dr. Erika Neubauer**, Evangelisches Seniorenwerk e.V. Kaleidoskop von Bildungsgängen für aktive Senioren

Themenblock III: Lernen im Engagement – Thema für die Bildungspolitik?

Moderation: **Prof. Dr. Elisabeth Bubolz-Lutz**, Forschungsinstitut Geragogik e.V.

Podiumsgespräch:

- **Jörg Miller**, Projektkoordinator Potenzialförderung Service Learning, Universität Duisburg-Essen
- **Gudrun Schwind-Gick**, Ressortleiterin Bildung und Olympische Erziehung im DOSB
- **Dr. Reinhild Hugeroth**, Sprecherin der Arbeitsgruppe „Bildung und Qualifizierung“ im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
- **Dr. Cornelia Kunkat**, Evangelische Kranken- und Alten-Hilfe e.V. – Grüne Damen und Herren
- **Prof. Dr.-Ing. Henner Schmidt-Traub**, Seniorpartner in School – Bundesverband e.V.

Verantwortlich: **BAGSO-Fachkommission „Freiwilliges Engagement und Partizipation“**

Mitwirkende Verbände: Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V. (BaS), Bundesarbeitsgemeinschaft *senior*Trainerin (BAG sT), Evangelisches Seniorenwerk e.V. (ESW), Forschungsinstitut Geragogik e.V. (FoGera), Seniorpartner in School – Bundesverband e.V., Volkssolidarität, Bundesverband e.V., Zwischen Arbeit und Ruhestand e.V. (ZWAR)

Themenblock I: Engagement im Alter – So vielfältig wie das Alter selbst

Im Mittelpunkt des Beitrags von **Prof. Dr. Susanne Kümpers** stand die Frage, inwiefern die unterschiedlichen Lebenslagen im Alter Teilhabe ermöglichen und welche Faktoren Teilhabe erschweren.

Im Hinblick auf die Altersbilder in der Gesellschaft gibt es eine Polarität zwischen dem aktiven, produktiven und erfolgreichen Alter und dem passiven, abhängigen und unproduktiven Alter. Prof. Dr. Susanne Kümpers wies darauf hin, dass die „Passivität“ des Alters nicht abgewertet werden dürfe. Ältere Menschen dürften nicht zu freiwilligem Engagement und lebenslangem Lernen verpflichtet werden.

Bei der Frage nach Engagement und gesellschaftlicher Teilhabe müsse der sozioökonomische Status betrachtet werden, da dieser das Zivilengagement beeinflusse. Armut verringere die Zugänge, das Zivilengagement älterer Menschen sei weitgehend mittelschichtorientiert, so Prof. Dr. Susanne Kümpers.

In ihrem Beitrag ging sie darüber hinaus auf die Lebenssituation älterer Frauen, pflegender Angehöriger, älterer Menschen mit Einschränkungen und älterer Menschen mit gleichgeschlechtlicher sexueller Orientierung ein.

Die Stärkung von Teilhabe und die Sicherung von Versorgung und Schutz erfordern u. a., dass dafür kommunale und auf Nachbarschaftsebene nachhaltige Unterstützungsstrukturen gefördert werden.

Christian Adams betonte in seinem Beitrag, dass die Übergangsphase zwischen Arbeit und Ruhestand gesellschaftlich nicht mehr normiert sei. Jeder Mensch müsse für sich seine neue Lebensphase mit Leben füllen. Dabei fühlten sich immer mehr Menschen nicht mehr durch traditionelle Angebote angesprochen. Viele seien auf der Suche nach einer für sie sinnvollen Einbindung in die Gesellschaft. Die Übergangsphase sei durch viele Veränderungen gekennzeichnet: in sozialen Netzwerken, in Bezug auf Gesundheit, Arbeit und Leistung sowie materieller Sicherheit.

In ZWAR, dem Netzwerk der Selbstorganisation in NRW, organisieren sich seit 1979 die Menschen selbstbestimmt. Die ZWAR-Gruppen erleben sich als Brückenbauer zwischen den Generationen und den verschiedenen Bildungsschichten; sie sind also nicht ausschließlich mittelschichtorientiert.

Christoph Zeckra stellte die Ergebnisse der Generali Hochaltrigenstudie vor, die vom Institut für Gerontologie der Universität Heidelberg unter Leitung von Prof. Dr. Andreas Kruse konzipiert und durchgeführt und unter dem Titel „Der Ältesten Rat“ 2014 veröffentlicht wurde. Im Rahmen der Studie wurden rund 400 Menschen zwischen 85 und 99 Jahren sowie Mitarbeitende in Kommunen, Kirchen und Einrichtungen befragt.

Die Ergebnisse zeigen, dass eine mitverantwortliche Lebenseinstellung auch das höchste Alter kennzeichnet. Die Bereitschaft von Menschen über 85, sich aktiv für andere einzubringen und die Gesellschaft mitzugestalten, sei stark ausgeprägt. Das Gefühl der eigenen Verantwortung beziehe sich ausdrücklich auf das Wohl folgender Generationen, so Christoph Zeckra. Daraus ergebe sich die Verpflichtung für Kommunen, Verbände und Institutionen, auch für hochbetagte Menschen zur Mitgestaltungsmöglichkeiten zu schaffen und Kontakt und Begegnung zu ermöglichen. Auch wenn die Verletzlichkeit des Menschen im hohen Alter zunimmt, sind auch in diesem Lebensabschnitt Potenziale erkennbar.

In den drei Beiträgen und bei der abschließenden Diskussion wurde deutlich, dass das Engagement im Alter ebenso vielfältig ist wie das Alter selbst. Diese Vielfalt und Heterogenität sind wichtige Komponenten. Der sozioökonomische Ansatz allein greift zu kurz, da hierbei u. a. das Engagement von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nicht berücksichtigt wird.

Betont wurde auch, dass bessere Rahmenbedingungen für die Teilhabe von Hochaltrigen benötigt werden. Es wurde zudem für den Ausbau und die Weiterentwicklung von Fortbildungen und Qualifizierungen sowie Projekten auf Quartiersebene plädiert. Statt von „Überalterung“ sollte künftig von „Unterjüngung“ gesprochen und der Generationendialog gefördert werden.

Protokollführung: **Christa Stelling**, Deutscher Evangelischer Verband für Altenarbeit und Pflege (DEVAP) e.V.

Themenblock II: Lernen – aber wie?

Zu dem Untertitel „Lernen aber wie?“ zeigte **Prof. Dr. Elisabeth Bubolz-Lutz** vom Forschungsinstitut Geragogik e.V. (FoGera) Lernarrangements für das freiwillige Engagement auf: Lernen im Engagement, für das Engagement und aus dem Engagement. So vielfältig wie die Engagementmöglichkeiten sich dar-



Foto: BACSO/Bock

Dr. Wolfgang Stodieck referierte zu neuen Facetten der Weiterbildung zu *seniorTrainerinnen*.

stellen, so unterschiedlich sind die Lernmodelle. Die heutigen lernwilligen Senioren sind zu finden

- im „alten“ Ehrenamt
- als eigenverantwortlich Tätige (Querdenker)
- als Freiwillige, die die Gesellschaft verändern wollen (Reformer)
- als Freiwillige, für die die Aufwandsentschädigung einen zusätzlichen Erwerb bedeutet.

Querdenker und Reformer möchten partizipativ und vernetzt lernen, das stellte die Referentin am Projekt „Pflegebegleiter“ der FoGera dar: In der neuen Lebensphase sind viele Menschen auf der Suche nach neuen sozialen Kontakten und einer für sie sinnvollen Einbindung in die Gesellschaft, allerdings fühlen sie sich oft nicht mehr durch die traditionellen Angebote z. B. bei kirchlichen oder verbandlichen Einrichtungen angesprochen, sie suchen neue Lernfelder.

Das Lernen vollzieht sich demgemäß auf sehr unterschiedliche Weise; die BAGSO-Verbände spiegeln in ihrer Gesamtheit eine große Bandbreite an Angeboten und Handlungsfeldern wider. Diese richten sich auf die Lernfelder „Vorbereitung auf den Ruhestand und Weiterentwicklung eigener Interessen und Fähigkeiten“, „Begleitung des Alternsprozesses“ sowie „Befähigung für ein Engagement“.

Unter dem Titel „Neue Facetten der Weiterbildung zu *senior*Trainerinnen“ stellten **Evamarie Peters** und **Dr. Wolfgang Stodieck** als Vertreter des EFI-Programms ein Beispiel für die persönliche Weiterentwicklung durch Lernen vor. Die Ausbildung im Programm Erfahrungswissen für Initiativen – von 2002 bis 2006 vom BMFSFJ als Bundesmodell eingeführt – wurde inzwischen unter der Mitwirkung von *senior*Trainerinnen weiterentwickelt, bis hin zur Gründung der *senior*Trainer Akademie Bayern. *senior*Trainerinnen engagieren sich regional für das Gemeinwohl in ganz unterschiedlichen Themenbereichen. Je nach Bedarf und persönlichem Interesse sind sie als Berater, Initiatoren, Vernetzer, Moderatoren oder Organisatoren tätig.

Schließlich stellte **Roswitha Masuch** das mentale Aktivierungstraining vor, das die Gesellschaft für Gehirntaining (GfG) sowohl zum Erhalt und Ausbau der eigenen geistigen Flexibilität als auch zur MAT-Trainer-Ausbildung anbietet.

Zum Abschluss dieses vielfältigen und intensiven Themenblocks präsentierte **Dr. Erika Neubauer** ein breit gefächertes „Kaleidoskop an Bildungsgängen für aktive Senioren“, die das Alter von Bildungszwängen befreien und für jeden Menschen Angebote bereitstellen. In Ergänzung formeller Bildungseinrichtungen wie Volkshochschulen und Universitäten erweitern die BAGSO-Verbände die Lern- und Qualifizierungsmöglichkeiten in folgenden Bereichen:

- Angebote zur Pflege von Interessen sowie zur Selbsthilfe in besonderen Lebenssituationen in informellen Kontexten bzw. an neuen Lernorten
- Qualifizierung für Leitungsaufgaben in der Zivilgesellschaft, die mit einem Zertifikat abgeschlossen werden (formalisiert, zum Teil verbandseigene Akademien, Bildungswerke)

- Selbstorganisiertes Lernen in nachbarschaftlichen Handlungsfeldern wie Quartiersmanagement (informelle Kontexte z. B. in der eigenen Häuslichkeit).

Damit hat jeder die Chance zu lebenslangem Lernen: Die BAGSO-Verbände offerieren ein breites Themenspektrum, das unterschiedlichen Ansprüchen und Lebenslagen entgegenkommt. Festzustellen ist allerdings auch, dass diese Bildungsangebote bislang in nationalen Bildungsberichten nicht zu finden sind.

Protokollführung: **Rheinild Sachtleben**, Bundesverband Liberale Senioren

Themenblock III: Lernen im Engagement – Themen für die Bildungspolitik

Die Diskussionsrunde wurde von Frau **Prof. Dr. Elisabeth Bubolz-Lutz** mit dem Ziel moderiert, die Empfehlungen und Ergebnisse über die BAGSO an die Ministerien weiterzugeben.

Der Bundesverband „Seniorpartner in School“ mit rund 13.000 Mitgliedern will Schülerinnen und Schülern, in herausfordernden Lebenssituationen, Hilfen in Form von Mediation bzw. Umgang mit gewaltfreier Konfliktlösung geben. Dabei betonte **Prof. Dr. Henner Schmidt-Traub**, dass die in non-formalen Schulungen vorbereiteten Senioren nicht die besseren Lehrer seien, aber sie hätten Zeit. Die Jugendlichen lernten zwar, Wissen anzuwenden und zu gestalten, aber sie müssten auch soziale Kompetenzen erwerben. Für alle Einsatzfelder gelte gleichermaßen, dass ein gutes Miteinander von Haupt- und Ehrenamtlichen gegeben ist. Einführungsgespräche, Basisschulungen und systematische Qualifizierungsangebote seien daher von großer Wichtigkeit (z. B. einheitliche Curricula, Qualitätshandbücher).

Seit 45 Jahren engagieren sich, wie **Dr. Cornelia Kunkat** berichtete, 11.000 Frauen (90 %) und seit einiger Zeit auch Männer (10 %) in rund 750 Krankenhäusern und Altenpflegeeinrichtungen. Auch Grüne Damen und Herren hätten die Zeit, sich die Sorgen und Nöte der Patientinnen und Patienten bzw.



Foto: BAGSO/Bock

Dr. Cornelia Kunkat berichtete über die Arbeit der „Grünen Damen und Herren“.

der Bewohnerinnen und Bewohner anzuhören und kleine Dienstleistungen zu erbringen.

Die freiwillig Engagierten sind in Gruppen von 5 bis zu 120 Personen an Kliniken organisiert und werden von einer ebenfalls ehrenamtlichen Einsatzleiterin geleitet. Zur Ausbildung wurde ein Curriculum mit 40-stündiger Schulung entwickelt, das durch „learning by doing“ und regelmäßigen Erfahrungsaustausch ergänzt wird.

Beim Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) hat sich – als Organisation mit einer langen Tradition, in der 90.000 Sportvereine mit ca. 8 Mio. Engagierten arbeiten – seit 50 Jahren ein einheitliches und ausdifferenziertes Bildungcurriculum als non-formales Qualifizierungssystem herausgebildet. Dabei können, wie **Gudrun Schwind-Gick** ausführte, auf unterschiedlichen Ebenen Lizenzen erworben werden, die aufeinander aufbauen. Daneben gibt es auf breiter Ebene auch informelle Bildung.

Beim Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) hat sich – als Organisation mit einer langen Tradition,

Wie können wir uns das Engagement von Studierenden beim Service-Learning der Uni Duisburg-Essen vorstellen? **Jörg Miller** gab einen Einblick zu der Initiative, die es der Hochschule ermöglicht, Eingang in die Gesellschaft zu finden. Studenten, die formalisiertes Lernen geübt sind, entwickeln Projekte und führen z. B. Interviews in Altenheimen durch. Damit wird das Engagement der Studierenden gefördert und sie reflektieren diese praxisbezogene Lernerfahrung.

Dr. Reinhild Hugeroth berichtete, dass beim Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) 250 Verbände als Mitglieder registriert sind. Das

BBE setzt sich seit vielen Jahren, insbesondere seit 2002, in dem Projekt „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ für nachhaltige Förderung ein. Das formale Lernen (Ausbildung und Studium) sowie das non-formale Lernen (Qualifizierung für das freiwillige Engagement, z. B. Übungsleiterschein) stellen dabei einen Schwerpunkt der Förderung im Engagement dar.

Bei der anschließenden Diskussion mit Beteiligung des Plenums wurde die alles entscheidende Frage deutlich: Was erwarten wir von der Bildungspolitik? Wo besteht Handlungsbedarf, damit bisher vernachlässigte Bildungspotenziale in der Bildungspolitik in den Blick genommen werden. Beim formalen Lernen wie in Kitas, Schulen und Hochschulen ist dies gelungen; es wird im nationalen Bildungsbericht dokumentiert.

Lernen in non-formalen oder informellen Kontexten, wie es z. B. in den BAGSO-Verbänden mit nachhaltigem Erfolg praktiziert wird, bleibt dagegen im öffentlichen Bereich weitgehend unbeachtet. Folglich ist Lernen im zivilgesellschaftlichen Bereich bislang kein Thema für die Bildungspolitik; auch die Frage nach der Zuständigkeit eines Ministeriums ist noch ungeklärt. Daher sind auch für diese Bildungsprozesse von Bund und Ländern Strukturen zu entwickeln.

Abschließend wurden von den Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmern Wünsche für die Zukunft formuliert: Das Land brauche eine neue Förderkultur, die auf kommunaler Ebene erarbeitet werden müsse. Ein Projektzeitraum von drei Jahren sei zu kurz. Engagement müsse gelernt werden: 10 % des Bildungsetats sollten dafür bereitgestellt werden. Non-formales Lernen sollte offiziell anerkannt werden. Außerdem müssten Lernen im Engagement und Lebenslanges Lernen kombiniert werden.

Protokollführung: **Christa Stelling**, Deutscher Evangelischer Verband für Altenarbeit und Pflege (DEVAP) e.V.

3.2.2 Lebensbegleitendes Lernen

Verantwortlich: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Moderation: Sarah Kleemann, GEW-Hauptvorstand

Mitwirkende:

- **Barbara Haas**, Leiterin des Fachbereichs Seniorenpolitik GEW Baden-Württemberg
- **Bernd Steinhoff**, Geschäftsführer des generationenübergreifenden Studiums, Pädagogische Hochschule Freiburg,
- **Wilfried Rehfeld**, Geschäftsführer des dialog-Bildungswerkes Greven

„Beim Deutschen Seniorentag lernen Jung und Alt gemeinsam“, das begrüßte **Sarah Kleemann**, Referentin für Seniorinnen- und Seniorenpolitik im GEW-Hauptvorstand. Als Bildungsgewerkschaft greife die GEW darum das Lernen über alle Lebensphasen hinweg auf.

Barbara Haas, Leiterin des Fachbereichs Seniorenpolitik GEW Baden-Württemberg, widmete sich der psychologischen Seite des lebenslangen Lernens: Lernen befördere die Neubildung von Gehirnzellen. „Nicht zuletzt deshalb sollten wir lebenslang lernen.“ Dem Institutsdirektor für Gerontologie an der Universität Heidelberg, Prof. Andreas Kruse, zufolge verhindere eine abwertende Haltung gegenüber dem Alter Kreativität in dieser Lebensphase. Menschen kurz vor der Ruhestandsgrenze stellten sich teilweise darauf ein, dass sie „nichts mehr wert sind“. Die ersten drei bis sechs Monate im Ruhestand seien eine Art „Honeymoon“. Danach fielen die Menschen häufig in ein Loch. Die GEW versuche dies zu verhindern: durch Kulturveranstaltungen, Weiterbildungsoptionen und politische Aktivitäten.

Wissen nähme eine zunehmend größere Bedeutung ein, sagte **Bernd Steinhoff**, Geschäftsführer des generationenübergreifenden Studiums an der Pädagogischen Hochschule Freiburg. Alle Lebensphasen seien zum Lernen da. Mit dem Strukturplan habe der Deutsche Bildungsrat 1970 die Bildungsbeileiligung aller Altersgruppen und das Lernen bis ins Alter gesamtgesellschaft-



Foto: BAGSO/Bock

Das Lernen über alle Lebensphasen stand im Mittelpunkt der Diskussion.

lich thematisiert. Seit 1979 kam es zur Öffnung der Hochschulen für Ältere. Formale Anforderungen gäbe es für das Studium im Alter nicht: Die älteren Studierenden seien zwischen 40 und 90 Jahre alt, viele hätten Abitur und einen Hochschulabschluss. Persönliche Neuorientierung werde im Seniorenstudium zunehmend wichtig. Die PH Freiburg erfülle die heterogenen Ansprüche der Senioren und Seniorinnen mit einem breiten Studienangebot. Das Selbststudium sei sehr gefragt, doch auch das Lernen mit jüngeren Studierenden lief gut.

Wilfried Rehfeld, Mitglied des Vorstands der GEW-Bundesfachgruppe Erwachsenenbildung und Geschäftsführer des dialog-Bildungswerkes Greven, unterstrich, dass sich die Erwachsenenbildung an alle Altersgruppen richte. Es gäbe abschlussorientierte Bildungsbereiche, berufliche Bildung sowie politische, kreative und Familienbildung. Die Finanzierung sei jedoch unterirdisch: Nur 0,46 % des Bildungsbudgets werde in Deutschland für Weiterbildung aufgewendet. Fachleute forderten mindestens 1%. Prekäre Arbeitsbedingungen könnten bei dieser Unterfinanzierung kaum verbessert werden. Wilfried Rehfeld hob hervor, dass ältere Menschen beim Lernen an ihren Erfahrungsschatz andockten. „Junge Menschen lernen Neues eher wie Vokabeln.“ Am Beispiel von Integrationskursen zeige sich eine wichtige Problematik: Ehrenamtliche dürften Lehrkräften nicht die Arbeit wegnehmen. Zudem müsse der Unterschied zwischen „Arbeiten müssen“ und „Arbeiten wollen“ im Alter gemacht werden. Nicht alle könnten im Alter von ihren Renten leben.

Protokollführung: Gesa Bruno-Latocha, GEW-Hauptvorstand

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

3.2.3 Gemeinsamkeiten entdecken – Seniorenbildung und europäische Zusammenarbeit

Verantwortlich: Bundesarbeitsgemeinschaft Wissenschaftliche Weiterbildung für Ältere (BAG WiWA) in der Deutschen Gesellschaft für Wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium e.V. (DGWF); Virtuelles und reales Lern- und Kompetenznetzwerk älterer Erwachsener (ViLE)

Moderation: Silvia Dabo-Cruz, Universität des 3. Lebensalters (U3L) an der Goethe-Universität Frankfurt

Mitwirkende:

- Prof. Dr. Roland Schöne, TU Chemnitz
- Thomas Walther, Seniorenkolleg an der TU Chemnitz
- Carmen Stadelhofer, DANET e.V., Ulm
- Brigitte Nguyen-Duong, VILE e.V., Ulm
- Elisabeth Brink, U3L an der Goethe Universität Frankfurt am Main

Das Ziel der Veranstaltung war es, anhand aktueller Projekte aufzuzeigen, wie die europäische Zusammenarbeit im Rahmen der wissenschaftlichen Seniorenbildung erfolgreich organisiert werden kann, und welche positiven Wirkungen von den Projekten ausgehen.

Nach einer kurzen Einführung durch **Prof. Dr. Roland Schöne** wurden verschiedene Projektbeispiele des Seniorenkollegs Chemnitz der Universität des 3. Lebensalters (U3L) Frankfurt a.M. und ViLE vorgestellt. **Thomas Walther**, ein Seniorstudierender aus Chemnitz, berichtete, wie ältere Studierende junge Studierende aus Europa und anderen Kontinenten während ihres Studiums in Chemnitz unterstützen. **Elisabeth Brink**, an der U3L in Frankfurt eingeschrieben, stellte ein von der



Prof. Dr. Roland Schöne bei seinem Einführungsvortrag.

Foto: BAGSO/Ohnemüller

Europäischen Kommission finanziertes Freiwilligen-Austausch-Projekt der U3L Frankfurt mit der Universität des 3. Lebensalters in Zagreb vor. Ihr Einsatz als Volontärin bei einem dreiwöchigen Aufenthalt in Zagreb war für sie ein großer persönlicher Gewinn. Sie konnte – wie auch alle anderen beteiligten Volontäre – viele neue Erfahrungen machen, nicht nur mit Land und Leuten, sondern auch mit ganz neuen Aufgaben. Sie hielt Referate, stand in Deutschkursen als Gesprächspartnerin zur Verfügung und absolvierte sogar Auftritte im kroatischen Radio und Fernsehen.

Carmen Stadelhofer führte in die Arbeit von ViLE und seine europäischen Projekte ein. **Brigitte Nguyen-Duong** stellte die von der Europäischen Kommission finanzierte Lernpartnerschaft „Unlearned Lessons – Women on the Rise/Ungelernte Lektionen – Frauen im Aufbruch“ vor, die ViLE im Zeitraum 2012 bis 2014 zusammen mit Lerngruppen aus Alicante/Spanien, Wien/Österreich und Łodz/Polen durchführte. Es ging dabei um die Beschreibung mutiger Frauen, die sich im 19. und 20 Jh. für die Gleichberechtigung der Frauen in Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Kunst eingesetzt haben.

Insgesamt boten die Projektvorstellungen Einblicke in unterschiedliche Aspekte der europäischen Zusammenarbeit. Zusammenfassend betonte Carmen Stadelhofer die gesellschaftliche Bedeutung europäischer Projekte für das Seniorenstudium und die Lerngewinne der Beteiligten. Sie forderte dazu auf, vor allem an die Länder zu denken – und sie durch Partner- und Patenprojekte mit einzubeziehen –, in denen es bisher keine Möglichkeit der Seniorenbildung gibt wie in Südosteuropa. In diesem Kontext stellte sie die Arbeit der Danube-Workers for Europe (DANET) e.V. vor, die von ViLE unterstützt wird.

Für die Zuhörerinnen und Zuhörer waren sowohl die angewandten Methoden als auch die Ergebnisse von großem Interesse. In der abschließenden Diskussion gab es ein klares Votum für die Notwendigkeit weiterer Förderung auf diesem Gebiet und eine Kritik am aktuellen EU-Förderprogramm Erasmus+, das Seniorenorganisationen weniger Möglichkeiten für Partnerschaften bietet als seine Vorläuferprogramme.

Protokollführung: **Silvia Dabo-Cruz**, Universität des 3. Lebensalters an der Goethe-Universität Frankfurt

3.3. PARTIZIPATION

3.3.1 Potenziale des Aktiven Alterns sichtbar machen – Der Active Ageing Index

Verantwortlich: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.
(ISS-Frankfurt a.M.)

Moderation: Wolfgang Kleemann, Geschäftsfeldleiter ISS-Frankfurt a.M.

Mitwirkende:

- **Ralf Jacob**, Referatsleiter „Sozialschutz- und Aktivierungssysteme“ der Generaldirektion „Beschäftigung, Soziales, Integration“ der EU-Kommission und Mitinitiator des AAI
- **Peter Kupferschmid**, Referatsleiter „Grundsatzfragen des Aktiven Alterns“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- **Prof. Dr. Gerhard Naegele**, Direktor des Instituts für Gerontologie der TU Dortmund
- **Ursula Woltering**, Fachbereichsleiterin Jugend und Soziales der Stadt Ahlen und stellvertretende Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros
- **Dr. Ludger Klein**, ISS-Frankfurt a.M.

Der Active Ageing Index (AAI) der EU verdeutlicht Dimensionen gelingenden Alterns und Potenziale des aktiven Alterns, mit deren Erschließung und Förderung den Herausforderungen einer alternden Gesellschaft begegnet werden kann.

Grundlage hierfür ist ein Indikatoren-Set, das die vier Dimensionen „gesellschaftliche Teilhabe“, „unabhängiges, gesundes und sicheres Leben“, „Voraussetzungen für aktives Altern“ sowie „Beschäftigung“ misst. Bislang wird der AAI im EU-Ländervergleich berechnet. Wie er auch auf kommunaler Ebene nutzbar gemacht werden kann, um Potenziale des aktiven Alterns sichtbar und für die lokale Politik operationalisierbar zu machen, war das Thema des Podiumsgesprächs.



Foto: BAGSO/Bock

Peter Kupferschmid, BMFSFJ, erläuterte den Active Ageing Index (AAI).

Die Diskussion verdeutlichte, dass das Konzept des AAI auch den Zielsetzungen kommunaler Sozialpolitik entspricht, da es selbstständiges und selbstbestimmtes Leben im Alter fokussiert. Gleichwohl sind im Zuge einer Anpassung des ursprünglich für den Ländervergleich entwickelten Instrumentes kommunale Erfordernisse und Besonderheiten zu berücksichtigen.

Kritisch diskutiert wurden die Indikatoren mit Blick auf ihre Vollständigkeit und ihre Gewichtung. So komme etwa körperlicher Betätigung für ein aktives Altern mit Blick auf damit einhergehende Zugewinne für Gesundheit und soziale Kontakte eine weitaus höhere Bedeutung und damit Gewichtung zu als im AAI berechnet.

Der AAI gibt mit seinen 22 Indikatoren Hinweise darauf, in welchen Bereichen Verbesserungen möglich sind und welche Akteure (Politik, Sozialpartner, Zivilgesellschaft) infrage kommen, entsprechende Maßnahmen auf den Weg zu bringen und gemeinsame Aktionspläne zu entwickeln. Die nächste Phase des AAI-Projektes – so **Ralf Jacob** – wird sich vorrangig mit seinen flexiblen Nutzungsmöglichkeiten befassen.

Zusammenfassend wird der AAI als geeignetes Instrument gesehen, politische „Stellschrauben“ zu identifizieren. Er kann als Argumentationshilfe in der Maßnahmenentwicklung vor Ort dienen und den benötigten gesamtgesellschaftlichen Diskurs im Handlungsfeld „alternde Gesellschaft“ anregen. Und dieser beginnt laut **Peter Kupferschmid** bereits mit der Diskussion um Gewichtung und Qualität der einzelnen Indikatoren.

Protokollführung: Dr. Ludger Klein, ISS-Frankfurt

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

3.3.2 Die Diskriminierung alter Menschen beenden – Brauchen wir eine Menschenrechtskonvention für Seniorinnen und Senioren?

Verantwortlich: HelpAge Deutschland e.V.

Moderation: Angelika Graf, Bundesvorsitzende Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus

Mitwirkende:

- **Michael Bünte**, Geschäftsführer HelpAge
- **Claudia Mahler**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Deutsches Institut für Menschenrechte
- **Prof. Dr. Gisela Zenz**, Goethe-Universität Frankfurt am Main

Auf internationaler Ebene hat in den vergangenen Jahren bei den Vereinten Nationen eine Diskussion über die Notwendigkeit einer Altenrechtskonvention begonnen. In der Veranstaltung wurde die Situation älterer Menschen in Deutschland und international diskutiert.

Prof. Dr. Gisela Zenz vom Frankfurter Forum für interdisziplinäre Altersforschung konzentrierte sich in ihrem Beitrag auf die Pflegesituation in Deutsch-



Foto: BAGSO/Hemmerich

Das Publikum folgte interessiert der Diskussion zur Notwendigkeit der Schaffung einer Altenrechtskonvention.

land mit dem besonderen Blick auf die häusliche Pflege. Sie stellte fest, dass etwa 70 % der Pflegebedürftigen zu Hause versorgt werden. Pflegende Angehörige seien großem Druck ausgesetzt, oft krankheitsanfällig und nennen bei Befragungen vielfach Stresssituationen, die zu Gewalt oder Vernachlässigung führen können. Für die Situation häuslicher Pflege gäbe es in Deutschland keine ausreichenden gesetzlichen Grundlagen zum Schutz älterer Menschen. Während es im Kinderschutz eindeutige Verfahren mit entsprechenden Verantwortlichkeiten gäbe (Jugendamt, Familienrichter), erfasse das Betreuungsrecht nur Demenzkranke. Es sei deshalb notwendig, neue Rechtsinstanzen zu schaffen und diese gut zu vernetzen. Eine Altenrechtskonvention könne dazu Anstöße liefern, wie dies auch im Falle der Behindertenrechtskonvention der Fall gewesen sei.

Claudia Mahler verglich die aktuelle Diskussion über eine Altenrechtskonvention mit den Prozessen anderer UN-Konventionen und stellte fest, dass sich gerade die europäischen Staaten hierzu sehr abwartend verhielten. Vielfach würde argumentiert, die Älteren seien in andere Konventionen eingeschlossen. In den bestehenden grundlegenden Menschenrechtskonventionen (UN-Sozialpakt und UN-Zivilpakt) komme das Alter jedoch nicht vor. Sie vermutete, dass viele Staaten kein Interesse an neuen UN-Konventionen zeigten, weil sie u. a. die Anforderungen durch die begleitenden Monitoring-Systeme vermeiden wollten. Dennoch seien viele Staaten Lateinamerikas und Afrikas inzwischen für eine spezielle Konvention zum Schutz Älterer. Verschiedene Studien, u. a. des Europarates, hätten nachgewiesen, dass es eindeutige Lücken im Alterschutz gäbe, aber daraus würden bisher keine Konsequenzen gezogen. Eine neue Konvention würde auf jeden Fall den Blick für die Situation Älterer weiter schärfen.

Michael Bünte beschrieb die Bedeutung des weltweiten Alterns. Gerade auch in Entwicklungs- und Schwellenländern würde die Zahl älterer Menschen in den kommenden Jahren sprunghaft ansteigen. Gleichzeitig lösten sich (groß) familiäre Strukturen durch Migration, Fluchtbewegungen und HIV/Aids immer weiter auf und die Älteren seien zunehmend auf sich allein gestellt und müssten zudem für das Überleben ihrer Enkel sorgen. Der Mythos vom gene-

rellen Respekt vor den Älteren stimme in vielen Regionen leider nicht mehr. Ältere seien in Entwicklungsländern überdurchschnittlich von Armut und Gewalt betroffen und würden in vielen Bereichen (soziale Dienstleistungen, Gesundheit) diskriminiert. Ältere Frauen litten oftmals unter doppelter Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechtes und ihres Alters. Eine Konvention könne ein wichtiges Instrument sein, um ältere Menschen bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen.

Den Vorträgen folgte eine interessante Diskussion mit dem Publikum, in deren Verlauf verschiedene praktische Erfahrungen aus dem deutschen Kontext angesprochen wurden.

Protokollführung: **Michael Bünte**, HelpAge Deutschland

3.3.3 Unser Wahlrecht – inklusiv genug für eine älter werdende Gesellschaft?

Verantwortlich: **Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus**

Moderation: **Angelika Graf**, Bundesvorsitzende AG SPD 60 plus

Mitwirkende: **Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin**, Bundesjustizministerin a.D.,

Impulsreferat „Wahlen in einer älter werdenden Gesellschaft: Probleme, Fragen und mögliche Antworten“

Ältere Menschen sind treue Wähler. Teilnahme an Wahlen ist aktive Teilhabe an der Demokratie. Doch an Wahlen aktiv teilzunehmen, wird Älteren nicht immer leicht gemacht. Stimmzettel sind oft riesig, manche Wahllokale nicht behindertengerecht und die Briefwahl birgt in vielen Lebenssituationen die Gefahr des Missbrauchs. Manche Menschen werden wegen Behinderung oder Demenz von der Teilnahme zur Wahl zu Unrecht ausgeschlossen. Die ehemalige Bundesjustizministerin **Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin** (SPD) hat mit ihrem Kurzreferat mit dem Titel „Wahlen in einer älter werdenden Gesellschaft: Probleme, Fragen und mögliche Antworten“ die Zuhörer zu vielen Fragen animiert.



Foto: BAGSO/Ohnemüller

Die ehemalige Justizministerin Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin erläuterte die existierenden Hindernisse für ältere Menschen aktiv an Wahlen teilzunehmen.

Angelika Graf, die die Moderation übernommen hatte, fand sich mit ihrer Skepsis gegenüber der weitverbreiteten Briefwahl in Heimen bestätigt und konnte für die künftige Arbeit in der Seniorenpolitik wichtige Anregungen aus der lebhaften Diskussion mitnehmen:

- Der Gang zum Wahllokal ist für viele der älteren Mitbürger wichtig. Früher zog man sich dafür sogar festlich an. Die Briefwahl ist dafür kein wirklicher Ersatz. Ältere Menschen, die unter Mobilitätseinschränkungen leiden, aber gern durch ihre physische Anwesenheit im Wahllokal die Wichtigkeit einer Wahl für die Demokratie unterstreichen wollen, brauchen deshalb die Hilfe der Gesellschaft, um ins Wahllokal zu kommen. Hier sind ehrenamtliche Helfer, aber auch die Städte und Kommunen gefordert.
- Es sollten vonseiten der Kommunen künftig in Heimen mobile Wahlämter eingerichtet werden oder verpflichtete Mitarbeiter der kommunalen Wahlämter in die Heime gehen, um zu gewährleisten, dass Stimmzettel bei der Briefwahl nicht manipuliert werden.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

- Menschen dürfen wegen einer geistigen Behinderung oder Demenz nicht generell vom Wahlrecht ausgeschlossen werden. Bei Menschen ohne Behinderung fragt ja auch niemand, ob ihnen die Wichtigkeit des Wahlprozesses wirklich bewusst ist. Die derzeitigen Bemühungen der Politik, das Betreuungsrecht dergestalt zu ergänzen, dass es nicht mehr so einfach sein wird, demente Menschen von der Wahl auszuschließen, sollte unterstützt werden.
- Jeder Bürger sollte zum Erhalt des Wahlrechts über eine Vorsorgevollmacht den Ausschluss der allgemeinen Betreuung regeln und auf der Höchstpersönlichkeit der Wahl bestehen. Hierüber müsste auch von politischer Seite viel mehr an Aufklärungsarbeit geleistet werden. Eine Vorsorgevollmacht ist nicht nur für Hochaltrige oder Schwerkranke „interessant“, denn jede bzw. jeder kann durch Unfall oder Krankheit morgen hilfebedürftig sein.

Protokollführung: **Angelika Graf**, Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus

3.3.4 Bewährt und erfolgreich: So stärkt die Netzwerkarbeit die Lebensqualität Älterer in Nordrhein-Westfalen

Verantwortlich: **ZWAR Zentralstelle NRW**

Moderation: **Barbara Eifert**, Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V., Landesseniorenvertretung NRW; **Georg Roth**, Fachberatung Gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der offenen Senior_innenarbeit in NRW

Mitwirkende:

- **Christian Adams**, ZWAR Zentralstelle NRW
- **Prof. Elisabeth Bubolz-Lutz**, Forschungsinstitut Geragogik e.V. (FoGera)
- **Dr. Helmut Freund**, Landesseniorenvertretung NRW
- **Daniel Hoffmann**, Forum Seniorenarbeit NRW des Kuratorium Deutsche Altershilfe
- **Dr. Elke Olbermann**, Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V.
- **Anna Schewerda**, Landesbüro altengerechte Quartiere NRW
- **Annika Schulte**, Landesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros NRW



Foto: BAGSO/Ohnemüller

Die Speed-Dating-Methode zum Austausch untereinander kam bei den Besucherinnen und Besuchern sehr gut an.

Unter den zuweilen von Vergessenheit bedrohten Leitsätzen:

- Gutes langes Leben als Ziel!
- Vielfalt als Maßstab!
- Achtsamkeit als Haltung!

wurden die knapp 100 Teilnehmenden vom Moderationsteam **Barbara Eifert** und **Georg Roth** mit den Inhalten und der Methode des Workshops vertraut gemacht.

Acht etablierte Organisationen, die zum Teil seit vielen Jahren im Feld der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit in Nordrhein-Westfalen aktiv sind, haben in den vergangenen Jahren die gegenseitige Vernetzung ausgebaut und laden neue dazu ein. In diesem Netzwerk geht es vor allem darum, die verschiedenen fachlichen Teilbereiche miteinander in Verbindung zu bringen, um so alle eine Verbesserung der Lebenssituation alter Menschen zu erzielen.

Nach einem Warm-up wurden für ein Speed-Dating mit den Organisationen acht Kleingruppen gebildet. Dann ging es im Fünf-Minuten-Takt von Station zu Station. Kurze und prägnante Informationen über die Angebote der Landesarbeitsge-

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

meinschaft der Seniorenbüros (LaS), der Landesseniorenvertretung NRW (LSV NRW), des Forschungsinstituts für Geragogik (FoGera), der Forschungsgesellschaft für Gerontologie (FfG), der Fachberatung Gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der offenen Senior_innenarbeit in NRW, des Forums Seniorenarbeit, des Landesbüros Altengerechte Quartiere (LaQ) und der ZWAR Zentralstelle NRW wurden durch Beispiele aus der Zusammenarbeit im Netzwerk ergänzt.

Zur Zusammenarbeit auf Landesebene in NRW zählen vor allem:

- Öffnung der Organisationen für die Themen der „anderen“ (crossover, top-down)
- Werbung für die Angebote der Netzwerkpartner_innen
- Berichte in den eigenen Medien über die „anderen“
- Gegenseitige Einbeziehung als Moderator_innen, Inputgeber_innen usw.
- Gegenseitige und gemeinsame Fortbildungen
- Realisierung der Qualitätsmerkmale der offenen Seniorenarbeit
- Entwicklung von gemeinsamen Projekten in der Quartiersentwicklung in den Kommunen
- Initiierung von Handlungskompetenz und Selbstreflexion als Baustein für Emanzipation und Bürgerschaftliches Engagement
- Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnisse unter anderem für Umsetzungsstrategien zur Verbesserungen der Lebenslagen älterer Menschen (z. B. mit Hilfe kommunaler Altenpläne)

Die Workshop-Teilnehmenden interessierten sich neben den formalen Aspekten der Arbeit (Häufigkeit der Treffen, Finanzierung, mögliche Übertragbarkeit auf andere Bundesländer) vor allem für die Auswirkungen, die die Zusammenarbeit im Netzwerk auf die Angebote vor Ort und die Lebenslage/Identität älterer Menschen hat.

In der Abschlussrunde wurde die Speed-Dating-Methode sehr positiv bewertet.

Protokollführung: Barbara Eifert, Landesseniorenvertretung NRW; Georg Roth, Fachberatung Gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der offenen Senior_innenarbeit in NRW

3.3.5 „Heimat, Deine Sterne“ – Leben im ländlichen Raum

Verantwortlich: Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN

Moderation: Theo W. Länge, Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN

Mitwirkende:

- **Dr. Victoria Schnier**, Projektleitung, Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN
- **Thierry Bruehl**, Regisseur

Unter Mitwirkung des Regisseurs **Thierry Bruehl** informierte der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN über ein Projekt, das er über nahezu drei Jahre in fünf ländlichen Regionen Ostdeutschlands durchgeführt hat. Dessen Ziel war es, über das Medium Film die Lebenswirklichkeit junger wie auch älterer Menschen wahrzunehmen. Auf diesem Weg sollten die dort Lebenden motiviert werden, sich für ihre eigene Wirklichkeit zu interessieren, sie zu bürgerschaftlichem Engagement anzuregen und somit auch den Zusammenhalt vor Ort zu stärken.

An den Beginn der Veranstaltung stellte **Theo W. Länge** einige Überlegungen zum demografischen Wandel, der im Blick auf die Entwicklung des ländlichen Raumes erhebliche Auswirkungen hat.

Während in Asien ausgehend von 2000 bis 2050 die Bevölkerung von 3,6 Mrd. Menschen auf 5,5 Mrd. zunehmen, nehmen sie in Europa von 727 Mio. auf 603 Mio. ab. In Deutschland sei zu erwarten, dass trotz Flüchtlingströmen und Zuwanderung die Bevölkerung bis 2060 auf 70 Mio. zurückgehe. Dann seien 40 % der Bevölkerung 60 Jahre und älter, der Anteil der unter 20-Jährigen liege dann nur noch bei 16 %.

Insbesondere in den östlichen Bundesländern sei der Bevölkerungsrückgang besonders auffallend. Abgesehen von Brandenburg, das im Speckgürtel Berlins liegt, werden hochgerechnet auf das Jahr 2025 in Sachsen 10 % weniger Menschen leben, in Mecklenburg-Vorpommern 11,8 %, in Thüringen 14,2 % und in Sachsen-Anhalt 17,1 % weniger. Die Zahlen für die ländlichen Regio-

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

nen dieser Bundesländer dürften erheblich höher liegen, da insbesondere junge Menschen ihr Glück in den Großstädten oder in westlichen Bundesländern suchten. Die Folge solcher Entwicklungen sei, dass im ländlichen Raum die Infrastruktur leide und den Gemeinden vor Ort durch den Rückgang unterschiedlichster Steueranteile bei gleichbleibenden Infrastrukturkosten zunehmend die finanziellen Möglichkeiten fehlten, um zukunftsweisende Akzente zu setzen. Im Zusammenhang dieser Entwicklungen leide das generationenübergreifende Zusammenleben wie auch das bürgerschaftliche Engagement.

Der Regisseur **Thierry Bruehl** erläuterte anschließend seine filmische Arbeit und führte in zwei Filmbeispielen aus der Region um Sassnitz auf Rügen (Mecklenburg-Vorpommern) und der Lausitz (Brandenburg) ein. Beide Filme boten eine sehr gute Grundlage für eine sich anschließende lebhafte und engagierte Diskussion. Deutlich hervorgehoben wurde, dass die für Ostdeutschland beschriebenen Tendenzen auch im Westen signifikant sind und auch dort der Bevölkerungsrückgang spürbar korreliert mit einem Rückgang des



Foto: BAGSO/Ohnemüller

Interessiert folgte das Publikum den Filmbeiträgen des Projektes „Heimat, Deine Sterne“.

bürgerschaftlichen Engagements, das vielfach auch von den Kommunen nicht mitunterstützt werde. Oft werde nur der Mangel verwaltet, statt gestalterische Fantasien zu entwickeln. Positiv wurde registriert, dass es mit den Filmen und der damit verbundenen projektbezogenen politischen Bildungsarbeit gelang, nicht nur Netzwerke, Aktionen und Veranstaltungen zu initiieren, sondern auch bisher weniger Engagierte zu mobilisieren, den ländlichen Raum mitzugestalten und somit nicht rechtsfreie Räume entstehen zu lassen, die von Neonazis oder menschenfeindlichen Akteuren besetzt werden. Viele auch vonseiten der Teilnehmenden genannte positive Beispiele für vor Ort entwickelte Initiativen (Bürgerbus, Dorfladen, Gemeinschaftshaus usw.) waren sowohl Bestätigung als auch Motivation für ein Engagement, das sich lohnen kann.

Protokollführung: **Theo W. Länge**, Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN

3.3.6 „Yes, you can!“ – Kulturelle Teilhabe und kulturelle Bildung fördern

Verantwortlich: Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO)

Mitwirkende:

- **Lidia Koziel-Siudut**, Nationalmuseum in Krakau
- **Andrea Ehlert, Sabine Baumann**, Bundesakademie Kulturelle Bildung
- **Sonia Hetzner**, Institut für Lern-Innovation der Universität Erlangen-Nürnberg
- **Barbara Koblitz, Angelika Trilling**, Diakonisches Werk Kassel

Im Zentrum der Veranstaltung stand die Vorstellung eines Finanzierungsratgebers, der im Rahmen des zweijährigen europäischen Bildungsprojektes „Yes you can! – How to support the cultural activities of disadvantaged groups“ von Partnern in Deutschland, Frankreich, Malta, den Niederlanden, Polen, Slowakei und der Türkei entwickelt wurde.



Foto: BAGSO/Ohnemüller

Angelika Trilling und Barbara Koblitz bei der Vorstellung „Remembering Yesterday – Caring Today Trainings“.

Der Ratgeber reagiert auf neue Herausforderungen für kleinere Organisationen bei der Fördermittelakquise für Projekte im künstlerisch-kulturellen Bereich und versteht sich als Wegweiser durch den Förderdschungel. **Lidia Koziel-Siudut** vom Nationalmuseum in Krakau stellte die in sechs Kapiteln dargestellten Förderlandschaften auf lokaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene vor, die besonders zur Finanzierung von Aktivitäten für benachteiligte Zielgruppen eine Rolle spielen können.

Immer mehr Akteure kämpfen um gleichbleibende oder sogar schrumpfende Mittel – auch in Deutschland. Qualifizierung im Bereich der Projektentwicklung und der Fördermittelakquise, aber auch zur Vorbereitung künstlerischer Arbeit mit Älteren sind hier wichtige Aspekte, betonten **Andrea Ehlert** und **Dr. Sabine Baumann** von der Bundesakademie für Kulturelle Bildung Wolfenbüttel. Das Seminar- und Qualifizierungsangebot der Bundesakademie greift dabei neue Themen, z. B. Crowdfunding, für Kulturschaffende auf und bietet zur Entwicklung der künstlerischen Arbeit mit älteren Menschen eine berufsbegleitende Qualifizierung KUNSTgeragogik an.

Mit neuen (Lern)Methoden auf die kulturellen Interessen und Kompetenzen der Senioren einzugehen und ihnen neue Wege zu kulturellem Engagement zu erschließen, dieses waren Schlüsselaspekte in den vorgestellten Projektbeispielen:

- **HISA Heritage Interpretation for Senior Audiences (Lidia Koziel-Siudut, Nationalmuseum in Krakau):** Mit HISA soll die Natur- und Kulturinterpretation für Senioren im Alter von über 55 Jahren unterstützt werden.
- **Remembering Yesterday – Caring Today Training (Angelika Trilling und Barbara Koblitz, Kassel):** Entwicklung eines biografiebezogenen Trainingsprogramms für die Leitung von Gruppen von Menschen mit Demenz, ihren Angehörigen und Helfern.
- **Empowerment für Kulturprojekte (Sonia Hetzner, Instituts für Lern-Innovation (ILI):** Warum innovatives Lernen und der Erwerb digitaler Kompetenzen im Alter so wichtig sind und wie Europäische Förderung dazu beitragen kann.

Eine inspirierende Wirkung kann dabei der langfristige Aufbau und die aktive Beteiligung an europäischen Netzwerken sowie der Erfahrungsaustausch in transnationalen Projekten haben, so lautete das Fazit der eingeladenen Referentinnen.

Protokollführung: **Elke Tippelmann, BAGSO e.V.**

3.3.7 „einzigARTig stark!“ – Zur Lebenssituation allein lebender Frauen: Anblicke – Einblicke – Ausblicke

Verantwortlich: Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) – Bundesverband e.V.

Moderation: Dr. Rosa Jahnen, Bildungsreferentin, kfd-Bundesverband

Mitwirkende:

- **Ingrid Altmeier**, Teilnehmerin des kfd Modellprojektes „einzigARTig stark!“

„Fast jede fünfte Person lebt allein in einem Haushalt“ – so berichtet seit Jahren das Statistische Bundesamt zur Entwicklung der Wohn- und Lebensformen und prognostiziert eine steigende Tendenz. Stark betroffen sind Menschen

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationsdialog

Soz. Sicherheit/Arbeitswelt

Wohnen/Wohnumfeld

Gesundheit/Prävention

Pflege/Demenz

Verbraucherthemen

im mittleren Lebensalter und hier wiederum Frauen, sei es durch Trennung, Scheidung oder durch den Tod des Partners.

Per Definition sind Alleinlebende unverheiratete, verheiratet getrennt lebende, geschiedene und verwitwete Personen, die ohne Lebenspartner/in und ohne Kind in einem Einpersonenhaushalt leben. Das zeigt: Alleinlebende Frauen sind keine homogene Gruppe. Die bloße Tatsache, „allein“ in einem Haushalt zu leben, sagt noch nichts aus über die wirtschaftliche, soziale und biografische Situation der alleinlebenden Frauen.

Für die kfd war es Herausforderung und Chance zugleich in einem zweijährigen Modellprojekt: „einzigARTig stark!“ mit vielen initiierten Teilprojekten die immer größer werdende Gruppe der alleinlebenden Frauen und deren Lebenssituation gezielt in den Blick zu nehmen. Denn Frauen leben häufiger allein als Männer, vor allem dann, wenn sie älter als 55 Jahre sind.



Foto: BAGSO/Ohnemüller

Die Teilnehmenden beleuchteten das Projekt unter biografischen, sozialen und politischen Gesichtspunkten.

Im Workshop wurde das Modellprojekt in seinen verschiedenen Stadien vorgestellt und von den Teilnehmerinnen in seiner biografischen, sozialen und politischen Ausrichtung diskutiert. Hierbei stand die eigene – nicht zuletzt sehr existenzielle – Betroffenheit im Vordergrund. In der Diskussion wurden die facettenreichen Herausforderungen des Alleinlebens – besonders im Alter – benannt und dabei die wirtschaftliche, soziale und biografische Situation der alleinlebenden Frauen im Hinblick auf Perspektiven der Lebensgestaltung beleuchtet. Gefragt und gefordert wurden Unterstützungssysteme – sowohl vonseiten der Kirchen als auch gesellschaftlich durch entsprechende politische Rahmenbedingungen.

In der Plenumsdiskussion wurden folgende Wünsche an Gesellschaft und Politik formuliert:

- Finanzielle Absicherung – Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
- Wohnformen – Alternative Wohnprojekte
- Akzeptanz und Toleranz in der Gesellschaft

Als Fazit ist zu benennen: Generell sollten die Situation und Bedürfnislage von Alleinlebenden stärker in den Blick genommen werden. Dringend geboten ist mehr gesellschaftliche Akzeptanz und Toleranz gegenüber dieser Lebensform. Das betrifft u. a. einige Bereiche in unserer „Paargesellschaft“, z. B. in der Lebensmittelindustrie (Verpackungsformen), in der Reiseindustrie (Einzelzimmerzuschlag) und auf dem Wohnungsmarkt (teure Mieten insbesondere für Kleinwohnungen).

Protokollführung: **Dr. Rosa Jahn**en, kfd-Bundesverband

3.3.8 Soziale Inklusion durch religionsadäquate Verpflegung

Verantwortlich: Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft (dgh)

Moderation: Dr. Inge Maier-Ruppert, Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft

Mitwirkende:

- **Prof. Dr. oec. troph. Elisabeth Leicht-Eckardt**, Hochschule Osnabrück, Haushaltswissenschaften/ Studiengangsprecherin Berufliche Bildung Ökotrophologie

Projektleitung „Inklusion durch Schulverpflegung“ an der Hochschule Osnabrück

- **Dipl. oec. troph. (FH) Johanna-Elisabeth Giesenkamp**, Hochschule Osnabrück, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Inklusion durch Schulverpflegung“

Prof. Dr. Elisabeth Leicht-Eckardt erläuterte zu Beginn kurz Aufgaben und Ziele der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft (dgh), in deren hauswirtschaftlichem und hauswirtschaftlichem Spektrum auch das Thema Gemeinschaftsverpflegung verankert ist. Die dgh versteht sich als Bindeglied zwischen Berufspraxis der Hauswirtschaft und Wissenschaft (siehe: www.dghev.de).

Ein aktuelles Thema in Deutschland, das weiter an Bedeutung gewinnen wird, ist die kultursensible Versorgung, Betreuung und Pflege der zunehmenden Zahl älterer Menschen mit Migrationshintergrund. Die für Verpflegung Zuständigen dieser Zielgruppe wie Caterer, Pflegedienste und Anbieter von „Essen auf Rädern“ haben sich bisher nur in geringem Maß auf die neue Zielgruppe eingestellt. Die kulturellen und religiösen Voraussetzungen der Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund sind auch in stationären Verpflegungseinrichtungen oft nicht bekannt.

Im Projekt „Inklusion durch Schulverpflegung“ wurde erarbeitet, wie religiöse Speisevorschriften in der Gemeinschaftsverpflegung in Schulen berücksichtigt

werden können. Informationen zum Projekt sind unter www.inklusiondurchschulverpflegung.de verfügbar. Die Ergebnisse des Projektes lassen sich problemlos auf die Verpflegung für Seniorinnen und Senioren übertragen. Grundlegend ist hierfür zunächst ein Basiswissen über die einzelnen auf Verpflegung bezogenen Regeln der unterschiedlichen Religionen und deren Hintergründe.

Johanna-Elisabeth Giesenkamp erläuterte, welche Speisevorschriften es in Christentum, Islam, Judentum, Hinduismus und Buddhismus gibt und wie sie sich auf die Gemeinschaftsverpflegung auswirken. Grundsätzlich ist es möglich, alle Vorschriften zugleich zu berücksichtigen, im Detail sind sie aber schwierig umzusetzen. Der damit verbundene Aufwand wurde kritisch reflektiert. Vorschläge wurden erläutert, wie ein Angebot sinnvoll gestaltet werden kann, damit es in der Praxis umsetzbar ist. Die idealtypischen Anforderungen der Religionen sind nicht immer gleichzusetzen mit der gelebten Praxis, was



Die Projektergebnisse zur inklusiven Schulverpflegung lassen sich auch problemlos auf die Verpflegung für Seniorinnen und Senioren übertragen.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

Foto: BAGSO/Santien

nur einer der Gründe ist, warum beim Thema Religion und Essen das Gespräch mit der Zielgruppe bzw. den Angehörigen sehr wichtig ist. Nur dann ist ein sinnvolles, zielgerichtetes und effizient zu organisierendes Angebot möglich.

Der Bedarf ist unterschiedlich, ein interreligiöses Angebot wird in der Großstadt eher benötigt als auf dem Land, der Bedarf ist regional unterschiedlich. Insbesondere Angebote für Muslime können für Verpflegungsanbieter einen neuen Markt erschließen, der auch wirtschaftlich interessant werden kann.

Unabhängig von den wirtschaftlichen Aspekten ist es sehr begrüßenswert, wenn sich Anbieter mit den religiösen Anforderungen auseinandersetzen. So kann gewährleistet werden, dass Menschen unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit am Essen teilnehmen können und somit nicht von vornherein von den Mahlzeiten ausgeschlossen werden, die eine wichtige Rolle beim sozialen Austausch, speziell in stationären Einrichtungen, spielen.

**Protokollführung: Prof. Dr. Elisabeth Leicht-Eckardt,
Johanna-Elisabeth Giesenkamp, Hochschule Osnabrück**

3.4 GENERATIONENDIALOG

3.4.1 GenerationenInsel – Information, Austausch und Vernetzung

Die GenerationenInsel auf der SenNova verkörperte auf ganz besondere Weise das Motto des 11. Deutschen Seniorentages. Sie präsentierte in Rund-Tisch-Gesprächen über 50 Aktivitäten und Projekte zum interkulturellen Miteinander, zu Wohnen, Lernen und Sport, zur Überwindung von Sprachbarrieren, zur Talentförderung sowie zum Miteinander-Leben und Füreinander-Einstehen von Jung und Alt. Den Startschuss gab die Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros, die anlässlich ihres 20-jährigen Bestehens generationenübergreifende Projekte aus dem ganzen Bundesgebiet vorstellte. Ein besonderes Highlight und gelebtes Miteinander von Alt und Jung zeigte eine Mehrgenerationen-Singgruppe aus Wiesbaden.



Gemeinsames Musizieren verbindet Generationen.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

Foto: BAGSO/Pobleite

Im Studententakt wurden an den drei Veranstaltungstagen interessante Themen zum Generationenmiteinander aufgegriffen und vorgestellt. Die Besucherinnen und Besucher hatten die Möglichkeit, sich an den sehr lebendigen Diskussionen zu beteiligen. Sowohl für Menschen, die in der Seniorenarbeit tätig sind, als auch für die vielen ehrenamtlich Engagierten hielt die GenerationenInsel zahlreiche Impulse für die eigene Arbeit und zukünftige Projekte bereit. Das Knüpfen neuer Kontakte und die Möglichkeit zur Vernetzung wurden von vielen als besonders wichtig erachtet.

Eine Zusammenstellung aller vorgestellten Initiativen und Projekte ist unter www.bagso.de/publikationen.html zu finden.

PROGRAMMÜBERSICHT:

Donnerstag, 2. Juli 2015

13.00 Uhr Wir gratulieren: 20 Jahre Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros mit Generationenprojekten

13.45 Uhr Gemeinschaftliches Wohnen: Verband Wohneigentum e.V. • „Dosenma dehemm“ e.V. Saarland – Wohnen mit Nachbarn Bildstock • FORUM Gemeinschaftliches Wohnen • Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen • 4-Generationenhaus Andernach

15.00 Uhr Brückenbau Kommunikation: Luxemburger Zentrum für Altersfragen • Monash University Melbourne Australien • Integration in der Stadt Leipzig • BAGSO-Projekt NASCH DOM • Seniorenkolleg der TU Chemnitz • BAG ImmigrantInnenverbände

16.00 Uhr Engagement im schulischen Bereich: Deutscher Akademikerinnenbund • Werkstatt der Generationen (Montessori Schule München) • Seniorpartner in School • Senior Experten Service • Diakonie Alt werden im ländlichen Raum • MentorWerk e.V. Frankfurt

17.00 Uhr Wohnen für Hilfe: Bürgerinstitut Frankfurt e.V. • AG Dialog der Generationen Magdeburg

Freitag, 3. Juli 2015

10.00 Uhr Mehrgenerationenhäuser (MGH): MGH Hessen mit Heilhaus-Hospiz Kassel

11.00 Uhr Zeitzeugen: Freie Altenarbeit Göttingen e.V. • Erinnerungen im Netz EriN Stadtteilzentrum Agathof Kassel • Seniorenbüro und Jugendwerkstatt Hanau

12.00 Uhr Generationenpolitik – Dialog der Generationen: Studie des Sozialministeriums Baden-Württemberg: ZAWiW Universität Ulm • Hessisches Sozialministerium: Generationenhandbuch

13.00 Uhr Kreativität für den Generationendialog: Video der Generationen, Jugendfotopreis, Europäisches Filmfestival der Generationen: Deutsches Kinder- und Jugendfilmzentrum KJF • Universität Heidelberg • Stadt Frankfurt



Schon die Ausgestaltung der GenerationenInsel zeigt das Zusammenwirken von Jung und Alt.

Foto: BAGSO/Poblete

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialog

Soz. Sicherheit/
Arbeitswelt

Wohnen/
Wohnumfeld

Gesundheit/
Prävention

Pflege/
Demenz

Verbraucher-
themen

14.00 Uhr Mehrgenerationen-Singgruppe vom Nachbarschaftshaus Wiesbaden e.V. /MGH (10 Kinder 4 bis 9 Jahre und 10 Erwachsene)

15.00 Uhr Der Nachwuchs forscht für das Alter: Innovationszentrum Niedersachsen: LINGA mit Familienstrandkorb • Robert Bosch Stiftung: Blickwechsel International, Generationenarbeit im Lehmbruck-Museum • Wege aus der Einsamkeit e.V. Hamburg: Erfahrung entdeckt Entdecker

16.00 Uhr Besondere Begegnungen: Generationsbrücke Deutschland Aachen • Ambulante Versorgungsbrücken e.V. Bremen • BEGEGNUNGEN Evang. Hochschule Freiburg • Diakonisches Werk Kassel: Kunststücke

17.00 Uhr Sport bewegt: DOSB: SG Bornheim Grün-Weiß1945 e.V. • Landessportbund Hessen: Stark für Familien – Stark bewegt!



Foto: BAGSO/Deck

Der erste barrierefreie Strandkorb wurde häufig als Ruhezone von den Messebesucherinnen und -besuchern genutzt.

Samstag, 4. Juli 2015

10.00 Uhr Miteinander leben: MGH AWO Treff Bad Rodach • Diakonisches Werk Frankfurt: Aktive Nachbarschaft, Rödelheimer Kochtöpfe • Frankfurter Verband: Die Kreativwerkstatt – Internationaler Treff für Alt bis Jung

11.00 Uhr Kinder – unsere Zukunft: Deutscher Kinderschutzbund: Starke Großeltern – Starke Kinder • Bund Deutscher Kriminalbeamter: Kriminalprävention Enkelkinder.net • BIGE Bundesinitiative Großeltern

12.00 Uhr Lernen vom Dorf: MSE – Kleine Dörfer in Mecklenburg-Vorpommern • Zukunftsdorf Legden • Generationennetz Gelsenkirchen / ZWAR • MGH Wohnprojekt Allgäu e.V.

13.00 Uhr Anpacken und die Welt entdecken: Madame Grand-Mère e.V. • Internationaler Bauorden

14.00 Uhr „Ohne Moos nichts los“ – Finanzierung von Aktivitäten: Generali Zukunftsfonds • Servicebrücke Jugend NRW: Taschengeldbörse Solingen • SK Stiftung Kultur der Sparkasse KölnBonn • Volkssolidarität mit „Crowdfunding“

15.00 Uhr Großeltern – Enkel: Großeltern-AG Düsseldorf • Mehr Zeit für Kinder e.V. Frankfurt: Fit mit Oma und Opa

An allen drei Tagen

- Einspielung der Projekte und Kurzfilme aus dem Bundeswettbewerb „Video der Generationen“
- Einblick in die Datenbank des Projektbüros Dialog der Generationen (Stand bis 2014)
- GEPA Fair Trade Company: Kostenloser Kaffee/Teeauschank, der Erlös der Spenden ging zugunsten der GEPA-Partner in Nepal, die von dem Erdbeben stark getroffen wurden.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialog

Soz. Sicherheit/
Arbeitswelt

Wohnen/
Wohnumfeld

Gesundheit/
Prävention

Pflege/
Demenz

Verbraucher-
themen

Das umfassende und engagierte Programm konnte mit Unterstützung der Robert Bosch Stiftung und des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren des Landes Baden-Württemberg realisiert werden. Wir danken darüber hinaus dem Deutschen Kinder- und Jugendfilmzentrum Remscheid, der SK Stiftung Kultur der Sparkasse KölnBonn sowie Madame Grand-Mère und GEPA-The Fair Trade Company.



Foto: BAGSO/Pöblete

3.4.2 Sicherheit für die Alten, Perspektiven für die Jungen – Generationendialog ist notwendig und möglich

Verantwortlich: IG Metall

Moderation: Dr. Wolfgang Storz, Publizist und Kommunikationsberater

Mitwirkende:

- **Dr. Hans-Jürgen Urban**, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall
- **Yorgun Aggöl**, Jugend- und Auszubildendenvertreter Adam Opel AG, Rüsselsheim
- **Christian Walter**, Betriebsrat Hörmann Automotive Gustavsburg GmbH

Das Podiumsgespräch zeigte: Bei der IG Metall gibt es keinen „Krieg der Generationen“.

Gibt es unterschiedliche Interessen zwischen älteren und jüngeren Beschäftigten, dann kann es schon einmal „krachen“, auf einer Delegiertenkonferenz oder auf einer Sitzung von Vertrauensleuten. Aber: „Wir haben bisher immer eine gute gemeinsame Lösung gefunden, denn wir wissen, die Jungen wie die Alten kommen nur gemeinsam weiter“, so Betriebsrat **Christian Walter**.

Er erläuterte den meist älteren Zuhörern eine konkrete Erfahrung: Der Arbeitgeber drohte, beinahe ein Drittel der Arbeitsplätze zu streichen. Anfangs fühlten sich die älteren Beschäftigten aufgrund ihres Alters und des Kündigungsschutzes relativ sicher. Doch Vertrauensleute und Betriebsräte der IG Metall stemmten sich gegen die Pläne des Arbeitgebers und überzeugten auch die Älteren, sich zu engagieren. Alle Beschäftigten machten schließlich gemeinsam Druck und erreichten eine Lösung, die ihr entscheidendes Ziel erreichte: Nicht ein Beschäftigter wurde entlassen!

Yorgun Aggöl, Vorsitzender der Jugendvertretung bei Opel Rüsselsheim – mit 21 Jahren der „Youngster“ im Raum – zeigte, wie zwischen Jungen und Älteren unterschiedliche Sichtweisen existieren und es doch noch zu einem guten Ergebnis kommen kann. Die jungen Beschäftigten bei Opel hatten im Vorfeld

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationendialog

Soz. Sicherheit/Arbeitswelt

Wohnen/Wohnumfeld

Gesundheit/Prävention

Pflege/Demenz

Verbraucherthemen

der Tarifrunde in diesem Frühjahr den Eindruck, ihren älteren Kollegen gehe es vor allem um die Altersteilzeit, die Bildungsteilzeit aber solle „unter ferner liefen“ abgehandelt werden. Die Jungen mobilisierten und zogen mit Transparenten zur Delegiertenversammlung der IG Metall Darmstadt: Nach einer erst hitzigen Debatte folgte die Arbeit an einer Position, die am Schluss alle teilen konnten. Der gemeinsamen Mobilisierung für die Tarifrunde stand nichts mehr im Wege.

Hans-Jürgen Urban, seit 2007 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, schätzt diese Kultur: „Ich finde es gut, wenn bei uns jeder und jede für seine Interessen eintritt, diese offen auf den Tisch legt und hartnäckig, aber fair dafür argumentiert und wirbt.“ Denn nur so gäbe es eine gute Chance, zu Vereinbarungen und Forderungen zu kommen, hinter denen Junge und Ältere stehen. „Wir haben es ja oft auch mit unterschiedlichen Interessen zwischen Männern und Frauen zu tun, zwischen Kollegen aus Deutschland und aus an-



Foto: BAGSO/ Bock

Die Teilnehmenden hatten die Möglichkeit sich aktiv an der Diskussion zu beteiligen.



Foto: BAGSO/Bock

Vom „Krieg der Generationen“ weit entfernt: Christian Walter, Betriebsrat; Yorgun Aggöl (Jugend- und Auszubildendenvertreter), Dr. Wolfgang Storz (Moderator) und Dr. Hans-Jürgen Urban (geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall)

deren Ländern.“ Es zeichne die IG Metall aus, dass sie den Raum zur Verfügung stelle und die Fähigkeiten habe, diese Interessen ständig auszutarieren. Das sei beste tägliche Demokratie.

Das zweite wichtige Thema der Veranstaltung war die Entwicklung der Renten. In Analyse wie Forderung stimmten Podium und Publikum überein: „Wir müssen alles tun, um die gesetzliche Rente wieder zu stärken“, so Hans-Jürgen Urban. Spätestens mit der Finanzmarkt-Krise ab 2008 habe sich gezeigt, dass die Privatisierung der Altersversorgung ein Irrweg sei, den bereits die jetzigen Rentner, aber vor allem die kommenden Generationen teuer bezahlen müssten, wenn „nicht das Ruder herumgerissen wird“, so Urban. „Das Rentenniveau muss dringend stabilisiert und anschließend wieder angehoben werden.“ Eine zusätzliche Stütze sieht er in der Betriebsrente, aber nur unter einer für ihn entscheidenden Bedingung: „Jeder Arbeitgeber muss sie den Beschäftigten verbindlich anbieten und sich angemessen daran beteiligen.“

Bei den Abschlussstatements betonte der Jüngste in der Runde, Yorgun Aggöl: „Ich fand’s gut hier. Ich habe wieder einiges gelernt. Danke.“

Protokollführung: Thomas Krischer, IG Metall

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

3.4.3 Eine gemeinsame Zukunft für Großeltern und Enkelkinder

Verantwortlich: Bundesverband Liberale Senioren

Moderation: Detlef Parr, Bundesvorsitzender Liberale Senioren

Mitwirkende:

- **Gabriele Molitor**, FDP-Landtagsabgeordnete, Journalistin
- **Gesine Meissner**, FDP, MdEP, Berufsschullehrerin
- **Annemie Wittgen**, Vorsitzende der Bundesinitiative Großeltern (BIGE), Krankenschwester

Detlef Parr wies darauf hin, dass die neuen Lebensformen die Familien nicht verdrängen, sondern sie erweitern die Möglichkeiten. Für Kinder sei es nicht wichtig, mit wem sie die Wohnung teilen, sondern dass sie sich verstanden und wohl fühlten. Die drei wichtigen „Z“ könnten speziell durch Großeltern ausgefüllt werden: Zuwendung, Zeit, Zärtlichkeit.

Gabriele Molitor, die selbst zwei Kinder hat, unterstrich, wie wichtig es im Zusammenleben der Generationen sei, gegenseitige Rücksichtnahme zu lernen. Kinder nähmen Eltern und Großeltern jeweils anders wahr. Auf das unterschiedliche Familienbild in Europa wies **Gesine Meissner**, ebenfalls zwei Kinder, hin. Wir könnten viel von anderen Ländern lernen, denn in der deutschen Gesetzgebung käme das Zusammenwirken von Großeltern und Enkeln nicht vor. **Annemie Wittgen**, zwei Söhne, fünf Enkel, kritisierte, dass die Familien- und Sozialrichter bei Streitigkeiten und Trennungen Kinder eher in einem Heim unterbrächten, anstatt die Großeltern einzubeziehen.

Kernpunkte der Diskussion:

- Unterschiedlichen Wohnmodelle im Trennungsfall: In Frankreich z. B. gibt es u. a. eine Wohnung für das Kind bzw. die Kinder in der Nähe des gewohnten Kindergartens oder der Schule. Die Eltern wechseln sich ab und auch die Großeltern können zeitweise in dieser Wohnung leben.
- Wenn Kinder in ihrer Familie Probleme haben, wird das von Erziehern und Lehrern oft nicht erkannt. Gut wäre, wenn diese Vertrauenspersonen

auf die Sorgen eingehen und ein Gespräch mit den Eltern suchen würden. Oftmals sind Mutter oder Vater an Elternabenden verhindert; man könnte Großeltern einbeziehen oder einen speziellen Großeltern-Abend anbieten.

- Im Trennungsstress werden die Nöte der Kinder oft nicht gesehen, sie werden selten gefragt, bei wem sie leben wollen. Das gemeinsame Sorgerecht ist eher selten. Im Notfall könnten Großeltern die Verantwortung für die Enkel übernehmen.
- Ein Problem für Trennungsfamilien ist, wenn ein Elternteil in sein Heimatland zurückgeht. Meist bricht der Kontakt mit den Großeltern ab, sodass sie die Enkel nicht mehr treffen.
- Manche Großeltern stehen nicht zur Verfügung oder haben eigene Interessen. Generationenübergreifend darf kein Druck auf den Einzelnen ausgeübt werden, aber jede Art des Zusammenlebens muss möglich sein.

Gabriele Molitor zeigte sich zuversichtlich, dass Großeltern eine gute Zukunft mit den Enkeln haben würden. Alle müssten zum Wohl der Kinder zusammenarbeiten. Annemie Wittgen hoffte für alle Großeltern auf guten Kontakt mit den Enkeln. Sie forderte insbesondere die Jugendämter zum Umdenken auf. Zuversichtlich war auch Gesine Meissner im Hinblick auf das zukünftige Zusammenleben der Generationen.

Detlef Parr schloss die Runde mit der Aussage, dass der liebevolle Umgang das Miteinander fördere. Nur mit Verantwortung und Solidarität könnten wir in Freiheit leben.

Protokollführung: **Nora Jordan-Weinberg**, Bundesverband Liberale Senioren

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

3.4.4 Starke Großeltern – Starke Kinder® – Starkes Miteinander

Verantwortlich: Deutscher Kinderschutzbund LV Hessen e.V.

Moderation: Joshua Villwock, 14 Jahre, Schüler und Enkel der Referentin

Mitwirkende:

- Ingrid Zeller, Seminarleiterin „Starke Großeltern – Starke Kinder“

Die Bedeutung der Großeltern für die Familie ist gewachsen. Oft springen sie ein, wenn das Kind krank ist, die Kita geschlossen hat oder die Eltern ungeplante Überstunden leisten müssen. Manche gleichen finanzielle Engpässe aus und manche geben gern von ihrer Lebenserfahrung ab. Dennoch wissen wir, dass gerade in der Drei-Generationen-Familie gute und hilfreiche Beziehungen nicht selbstverständlich vorausgesetzt werden können. Deshalb hat der Kinderschutzbund ein Kursangebot für Großeltern entwickelt: Starke Großeltern – Starke Kinder®. Der Kurs hilft Großeltern sich sicher und klar zwischen den Generationen zu bewegen und gute Zeiten mit ihren Enkelkindern, Kindern und Schwiegerkindern zu verbringen.

Ob die räumliche Entfernung zum Enkel riesig ist und die Großeltern das Skypen lernen oder es durch die Patchwork-Familien Gedrängel unter dem Weihnachtsbaum gibt. Kurz: Viele Großeltern heute können sich nicht einfach am Vorbild ihrer eigenen Großeltern orientieren, sondern müssen oder wollen ihre Rolle neu schreiben.

Großeltern heute sind berufstätig, ehrenamtlich engagiert, verreisen, pflegen Freundschaften, gehen ins Kino oder Theater. Natürlich haben die Enkelkinder Vorrang – aber bitte nach Absprache! Für Enkel ist es auf jeden Fall ein sehr großer Gewinn, unterschiedliche Werte und Lebensweisen zu erleben, zu genießen oder manchmal auch zu erdulden. Es erweitert ihren sozialen Horizont, fördert ihre Fähigkeit, sich auf unterschiedliche Menschen und Situationen einstellen zu können und gibt ihnen die Möglichkeit zu erfahren, dass es mehr als einen Weg gibt, wie das Leben zu meistern ist.



Foto: BAGSO/xxx

Beispielhafte Zusammenarbeit: die Referentin Ingrid Zeller mit ihrem Enkel Joshua, der die Veranstaltung moderierte.

Starke Großeltern – Starke Kinder® ist ein Angebot für Großeltern, die einen zuverlässigen Ort des Nachdenkens, des Austauschs und der Unterstützung suchen, damit sie mit Freude und Gelassenheit zu einer guten Atmosphäre in ihrer eigenen Groß-Familie aktiv beitragen können. Jeder Kurs umfasst sechs Treffen von je zwei Stunden. Zu jedem Treffen gehören ein Thema, ein Motto, ausgewählte theoretische Informationen, praktische Übungen und viel Austausch untereinander. Der Kurs ist auch nützlich für Menschen, die sich als Wahlgroßeltern oder Familienpaten ehrenamtlich in Familien engagieren, mit denen sie nicht verwandt sind.

Informationen zum nächsten Großelternkurs erhalten Sie bei Ihrem Kinderschutzbund-Ortsverband oder schreiben Sie eine E-Mail an: info@dksb.de

Protokollführung: Ingrid Zeller, Deutscher Kinderschutzbund LV Hessen e.V.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

3.5 SOZIALE SICHERHEIT UND ARBEITSWELT

3.5.1 Veranstaltungsreihe: „Reformbaustelle Rente“

Themenblock I: Was bringt das Drei-Säulen-Modell aus Rente, Betriebsrente und Privatvorsorge?

Moderation: **Dr. Alfred Spieler**, Volkssolidarität Bundesverband e.V.

Mitwirkende:

- **Dr. Wolfram Friedersdorff**, Präsident der Volkssolidarität
- **Hannelore Buls**, Vorsitzende des Deutschen Frauenrats
- **Dr. Johannes Steffen**, Rentenexperte

Themenblock II: Wie kann das Rentenniveau verbessert werden?

Moderation: **Klaus Michaelis**, Sozialverband Deutschland (SoVD)

Mitwirkende:

- **Adolf Bauer**, Präsident des Sozialverband Deutschland (SoVD)
- **Prof. Dr. Gerhard Bäcker**, Institut für Soziologie, Universität Duisburg-Essen
- **Dr. Judith Kerschbaumer**, Leiterin des Bereichs Sozialpolitik, ver.di
- **Tanja Kummer**, Referentin für Alterssicherung, Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

Themenblock III: Ist die Altersgrenze noch zeitgemäß?

Chancen und Risiken einer Flexibilisierung des gesetzlichen Rentenalters

Moderation: **Gesa Bruno-Latocha**, GEW Hauptvorstand

Mitwirkende:

- **Markus Hofmann**, Abteilungsleiter Sozialpolitik beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB)
- **Frauke Gützkow**, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Verantwortlich: **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW); Sozialverband Deutschland (SoVD); Volkssolidarität Bundesverband e. V.**

Themenblock I: Was bringt das Drei-Säulen-Modell aus Rente, Betriebsrente und Privatvorsorge?

Heute sei zu prüfen, welche Ergebnisse der ab dem Jahr 2000 vollzogene Paradigmenwechsel in der Alterssicherung durch die Etablierung eines Drei-Säulen-Systems gebracht habe, so **Dr. Wolfram Friedersdorff** in seinen einleitenden Worten. Er ging dazu auf die Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) seit 1957 ein. „Von den Antworten auf die Frage nach der Bilanz dieses Paradigmenwechsels hängt ab, ob wir eine Neubestimmung unserer Alterssicherung brauchen. Und wenn ja, wie eine solche ‚Rentenwende‘ ausgestaltet werden sollte.“ Antworten gaben Hannelore Buls und Dr. Johannes Steffen.

Die gesetzliche Rente müsse wieder gestärkt werden, forderte **Hannelore Buls**. Zuvor hatte sie die Folgen der Rentenreformen für Frauen dargestellt. So sei die Zugangsrente 2013 niedriger als die Bestandsrente im selben Jahr. Die gesetzliche Rente spiegele das Erwerbsleben wider und gleiche soziale Risiken aus. Letzteres geschehe bei Betriebsrente und privater Altersvorsorge nicht. Das Drei-Säulen-Modell stelle Frauen schlechter, die bereits durch Kindererziehung und Pflege, aber auch prekäre Beschäftigung und geringes Einkommen Einbußen hätten. Die Diskriminierung von Frauen im Erwerbsleben durch eine geringere Bezahlung setze sich im Alter fort. Frauen seien deshalb oft auf eine „vierte und fünfte Säule“ durch Grundsicherung im Alter und/oder Zuverdienst angewiesen. Für eine bessere Alterssicherung seien eine Verbesserung der Einkünfte von Frauen in der Erwerbsphase, die Zurückdrängung prekärer Beschäftigung sowie die Abschaffung versicherungsfreier Minijobs notwendig.

Durch die neue Alterssicherungspolitik werde die vorherige Lebensstandardsicherung im Alter durch die gesetzliche Rente nicht mehr gewährleistet, stellte **Johannes Steffen** klar. Er zeigte die Entwicklung seit den Rentenreformen von 2001 auf. Das Drei-Säulen-Modell könne die Absenkung des Niveaus der gesetzlichen Rente nicht kompensieren. Die Annahmen zum Gesamtversorgungsniveau wären realitätsfremd und fragwürdig. Zudem sicherten sowohl



Foto: BAGSO/Hemmerich

Hannelore Buls, Vorsitzende des Deutschen Frauenrats, stellte die Folgen der Rentenreformen für Frauen heraus.

betriebliche als auch private Altersvorsorge bestimmte Risiken wie Erwerbsminderung und Tod nicht adäquat ab – im Unterschied zur GRV.

Die Einkommensunterschiede im Alter würden insgesamt größer. Gleichzeitig mache das Drei-Säulen-System die Alterssicherung für Arbeitnehmer teurer. Der Sozialwissenschaftler unterlegte seine Thesen mit Berechnungen und statistischen Daten, erläuterte Begriffe wie den des Rentenniveaus und stellte die Belastungen durch die zusätzliche private Altersvorsorge dar.

In der Diskussion wurde u. a. nachgefragt, ob die Erwerbstätigenversicherung eine anstrebenswerte Alternative sei. Zudem wurde geäußert, dass der Vertrauensverlust die Legitimation der gesetzlichen Rente gefährde, vor allem bei der jüngeren Generation. Wer Vollzeit arbeite, müsse im Alter auch von der Rente leben können.

Die *Präsentationen der Mitwirkenden* sind auf den Internet-Seiten der Volkssolidarität abrufbar unter: <http://www.volkssolidaritaet.de/bundesverband/bundesverband-ev/aktuelles/sozialpolitik/seniorentag-sennova-2015>

Protokollführung: Tilo Gräser, Dr. Alfred Spieler, Volkssolidarität Bundesverband

Themenblock II: Wie kann das Rentenniveau verbessert werden?

Der zweite Block der Veranstaltungsreihe thematisierte die Rahmenbedingungen für die Verbesserung des Rentenniveaus. Den sogenannten Paradigmenwechsel in der Alterssicherungspolitik inklusive der Reformen von 2001 und 2004 haben die Rentnerinnen und Rentner bereits durch erhebliche Kaufkraftverluste und Minimalanpassungen der Renten zu spüren bekommen. Im Themenblock sollten deshalb Vorschläge zur Verbesserung des Rentenniveaus erörtert und außerdem geklärt werden, welche Folgen eine Wiederanhebung für die Versicherten sowie für die Rentnerinnen und Rentner hätte.

Adolf Bauer präsentierte in seinem Vortrag die Vorschläge des SoVD zur Verbesserung des Rentenniveaus. Sowohl die Leistungsverbesserungen im Jahr 2014 als auch die diesjährige positive Rentenanpassung dürften nicht über die Negativentwicklung hinwegtäuschen, die in der Vergangenheit stattgefunden



Adolf Bauer, Präsident des Sozialverband Deutschland, präsentierte die Vorschläge des SoVD zur Verbesserung des Rentenniveaus.

Foto: BAGSO/Hemmerich

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialog

Soz. Sicherheit/
Arbeitswelt

Wohnen/
Wohnumfeld

Gesundheit/
Prävention

Pflege/
Demenz

Verbraucher-
themen

habe und auch zukünftig drohe. Deswegen fordere der SoVD die Rückkehr zu einer lebensstandardsichernden gesetzlichen Rente. Neben einer Stabilisierung des heutigen Rentenniveaus müsse dieses in einem weiteren Schritt wiederaufgebaut werden. Für eine Rückkehr zum Rentenniveau in Höhe von 53 % wären nach heutigem Stand ca. 32 Mrd. € pro Jahr zusätzliche Mehrausgaben fällig. Nur auf diese Weise ließe sich das Vertrauen der Versicherten, Rentnerinnen und Rentner in die gesetzliche Rentenversicherung dauerhaft stärken.

Prof. Dr. Gerhard Bäcker stellte fest, dass das Thema Rentenniveau in der Politik momentan tabuisiert sei. Neben der Finanzierung seien hinsichtlich des Rentenniveaus die Themen Lebensstandardsicherung und Altersarmut zentrale Aspekte, die thematisiert werden müssen. Die Sicherung des Lebensstandards sei das Kernziel einer Alterssicherung. Private und betriebliche Altersvorsorge könnten dabei nur ergänzend, jedoch nicht ersetzend fungieren. Es sei insgesamt wichtig, eine offene Diskussion zu führen und somit die Politik der Alternativlosigkeit aufzubrechen. Auch eine Beitragssatzsteigerung über 22 % solle kein Tabu mehr darstellen.

Dr. Judith Kerschbaumer betonte in ihrem Vortrag die hervorgehobene Bedeutung der gesetzlichen Rentenversicherung, von der insbesondere Frauen profitieren würden. Sowohl über den Beitragssatz als auch über das Rentenniveau müsse offen gesprochen werden, da sich bisher in beiden Fällen die Forderungen der Arbeitgeber durchgesetzt hätten. Neben der Erhöhung des Rentenniveaus sei auch eine Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge als ergänzendes Element notwendig. Dabei dürfe der Arbeitgeber an der Vorsorgebereitschaft der Versicherten nicht verdienen.

Tanja Kummer machte deutlich, dass es keine einheitliche Sicht der Politik auf das Rentenniveau gebe. Die Landesregierung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen unterscheide sich in dieser Hinsicht von der Bundespolitik und könnte sich in einem ersten Schritt die Stabilisierung des heutigen Rentenniveaus vorstellen. Es sei insbesondere eine höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen notwendig. Zudem brächten auch Produktivitätssteigerungen mehr finanzielle Mittel ein, sodass die Finanzierung machbar sei.

In Anschluss an die Kurzvorträge fand eine engagierte Diskussion statt. Neben den rentenpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre wurden auch die Sorgen jüngerer Generationen artikuliert, die befristete Verträge und prekäre Beschäftigungsformen als hauptverantwortlich für zukünftig niedrige Rentenanwartschaften bezeichneten. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass die Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderdriftet, worunter der Zusammenhalt und die Solidarität in der Gesellschaft zunehmend leiden würden.

Protokollführung: **Vedran Kundacina**, Sozialverband Deutschland (SoVD)

Themenblock III: Ist die Altersgrenze noch zeitgemäß? Chancen und Risiken einer Flexibilisierung des gesetzlichen Rentenalters

Immer mehr Menschen arbeiten nach dem Einstieg in die Rente weiter. Neben finanziellen Zwängen gibt es persönliche Gründe, wie den Wunsch, aktiv zu bleiben und an gesellschaftlichen Prozessen teilzunehmen. Hierzu verwies die Moderatorin **Gesa Bruno-Latocha** auch auf das Seniorentags-Forum der IG BAU zu „Arbeit und Rente: Lust oder Last?“ vom Vortag.

Einleitend hob **Markus Hofmann** als einen zentralen Erfolg der Gewerkschaften die Rente mit 63 Jahren hervor. Jegliche Abschläge bei Hinterbliebenen- und Erwerbsminderungsrenten betrachtet er als falsch, da diese nicht auf freiwilligen Entscheidungen beruhen.

Er befürwortete eine sensible Öffnung der Teilrentenoption, flankiert durch die Tarifvertragsparteien. Gleitende Übergänge, weniger arbeiten, weniger Entgelt – dies bedürfe einer durchdachten Gegenfinanzierung. Eine Teilrente ab dem 60. Lebensjahr gehe stets mit Abschlägen einher, die zu großen Teilen von den Tarifpartnern ausgeglichen werden müssten.

Aktuell arbeite eine Koalitionsarbeitsgruppe an einem Papier zu flexiblen Übergängen. Verzögert worden sei es u. a. durch die unterschiedliche Schwer-

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

punktsetzung bei den Koalitionsparteien: Die SPD wolle gleitende Übergänge ab 60 Jahren. Die Union setze hingegen auf das Weiterarbeiten über das 67. Lebensjahr hinaus. Er bezweifle, dass bis 2017 ein tragfähiges Ergebnis vorliegt.

Das gesetzliche Rentensystem entwickle sich hin zu einer Armutsrente, bei der der Lebensstandard nicht gehalten werden könne. Die gesetzliche Rente sei weiterhin Dreh- und Angelpunkt des deutschen Alterssicherungssystems, so Markus Hofmann. Daneben müssten sich Gewerkschaften, Sozialpartner und Politik vor allem dem Problem der Erwerbsminderung widmen. Erwerbsunfähigkeit führe bereits bei mittleren Einkommen zum sozialen Absturz.

Frauke Gützkow leitete mit einem Blick auf die Zusammenhänge zwischen den herrschenden Geschlechterunterschieden, Gesellschaft und Rente ein. Die Rente sei als Bilanz des Erwerbslebens ein Spiegel des Familien-, Arbeits- und Steuerrechts. In Deutschland lag der „Gender Pension Gap“ nach Angaben des BMFSFJ im Jahr 2011 bei knapp 59,6% – so viel geringer sind eigene Alterssicherungseinkommen von Frauen.



Foto: BAGSO/Hemmerich

Das Podium v.l.: Frauke Gützkow, Gesa Bruno-Latocha und Markus Hofmann.

Die Rente werde von vielen Faktoren bestimmt: „Habe ich eine lange Schullaufbahn oder früh eine Ausbildung begonnen? Habe ich eine duale oder schulische Ausbildung, wie wurde das Familienleben organisiert?“ Über die Auswirkungen dieser Faktoren müssten auch die Kinder und Enkel immer wieder aufgeklärt werden, so Frauke Gützkow. Sie kritisierte, dass widersprüchliche rechtliche Regelungen die Gleichstellung ausbremsten. Entscheidende Faktoren für geringe Renten seien die hohe Teilzeitquote, geringfügige Beschäftigung und das Ehegattensplittung. Alles Fragen, die der Vereinbarkeitsproblematik entspringen. Aus diesem Grunde müsse die Prüfung rechtlicher und politischer Instrumente stets ihre Perspektive auf weibliche Lebensverläufe richten.

Gesa Bruno-Latocha stellte als Diskussionsthese die streitbare Frage: Laufen wir Gefahr, mit dem Arbeiten über die Rente hinaus Rentenlöcher zu stopfen? Markus Hofmann betonte, das langfristige Ziel des DGB sei es, alle Menschen, von der Beamtin, dem Abgeordneten bis hin zur Selbstständigen, in ein System – die Erwerbstätigenversicherung – zahlen zu lassen. Alle Erwerbstätigenansprüche sollten gebündelt werden. Für Frauke Gützkow hat der Trend zur Individualisierung Vorteile und zugleich Nachteile. Die eigenständige Erwerbstätigkeit müsse dazu führen, dass die Rente schlussendlich für ein Leben über dem Existenzminimum reiche.

Protokollführung: Sarah Kleemann, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

3.5.2 Erwerbstätigkeit und Rente!?

Arbeiten im Alter – eine Chance oder eine Last?

Verantwortlich: Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU)

Moderation: Martin Mathes, Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik beim IG BAU-Bundesvorstand

Mitwirkende:

- **Ulrike Laux**, Mitglied des IG BAU-Bundesvorstandes
- **Elke Garbe**, Vorsitzende des IG BAU-Bundesseniorenvorstandes
- **Jutta Schmitz**, M. A. Sozialpolitik, Universität Duisburg-Essen
- **Andreas Steppuhn**, MdL Sachsen-Anhalt (SPD), Sprecher für Arbeitsmarktpolitik

Unter dem Motto „Arbeiten im Alter – eine Chance oder eine Last?“ trafen sich Vertreterinnen und Vertreter aus Gewerkschaft, Wissenschaft und Politik im Rahmen dieser gut besuchten Podiumsdiskussion. Es ging um die Frage, warum Ältere, statt den Ruhestand zu genießen, noch Geld zur Rente hinzuverdienen?

Martin Mathes sagte zu Beginn, dass Politik und Medien arbeitende Menschen im Rentenalter als Senioren sähen, die heute länger aktiv sein wollten und deren Kenntnisse gefragt seien. Eine Umfrage unter IG BAU-Mitgliedern zeichnet jedoch ein anderes Bild. Die Armut wächst, und durch private Vorsorge ist diese Entwicklung nicht zu stoppen. Dies untermauert eine Untersuchung der Universität Duisburg-Essen, die **Jutta Schmitz** vorstellte. Der Anteil der Erwerbstätigen über 65 Jahre wachse demzufolge seit 1991 stetig, seit 2001 verdoppelte sich die Zahl. Im Jahr 2011 gab es in Deutschland etwa 763.000. Bezeichnend für die Rentnerarbeit sei ihr überdurchschnittlich hohes Qualifikationsniveau. Im Gegensatz dazu übten Rentner zumeist Aufgabengebiete mit einfachen Tätigkeiten und geringer Bezahlung aus.

Rente reicht oft nicht aus

Die Feststellung, dass immer mehr Menschen trotz Rente arbeiteten, bewiese

nicht, dass es den Betroffenen damit gut gehe, sagte **Ulrike Laux**. Von Rentnern, die aus lauter Spaß arbeiten, wie manche Medien veröffentlichen, sei nicht viel zu spüren. In den Branchen der IG BAU müsse jeder Dritte arbeiten, weil er von Altersarmut bedroht ist. Wegen des großen Niedriglohnbereichs, zunehmend prekärer Beschäftigung und unsteter Erwerbsbiografien werde der Anteil der Senioren, die aus materieller Not arbeiten, weiter steigen. Es dürfe keine Schönfärberei der Situation erwerbstätiger Rentnern geben.

Wert der Arbeit stärken

Wenn man seinen wohlverdienten Ruhestand erreicht hat, dann erwartet jeder zu Recht, dass die Rente ausreicht, um ordentlich leben zu können. Das sei heute in vielen Bereichen nicht mehr so, schätzte **Andreas Steppuhn** ein. Man müsse aufpassen, dass die Rentner nicht die Billiglohnreserve der Nation seien.



Die Podiumsdiskussion der IG BAU war sehr gut besucht.

Foto: BAGSO/Hemmerich

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialog

Soz. Sicherheit/
Arbeitswelt

Wohnen/
Wohnumfeld

Gesundheit/
Prävention

Pflege/
Demenz

Verbraucher-
themen

In der Rentenpolitik umsteuern

Elke Garbe warnte davor, die Arbeit neben der Rente als Beweis einer allgemein gestiegenen Fitness der heutigen Senioren zu sehen. Denn von den Erwerbstätigen mit einer Altersrente arbeite nur jeder zweite (52 %) in seinem bisherigen Bereich. Zudem sei die Arbeit überwiegend (88 %) in Teilzeit, die wiederum in der Regel in Form von Minijobs ausgeübt wird. Die Umfrage der IG BAU zeigte, dass von den arbeitenden Rentnern insgesamt 40 % noch berufstätig seien, weil sie sonst ihren Lebensstandard nicht halten können.

Gesetzliche Rentenversicherung stärken statt schwächen

In der anschließenden Diskussion wurde hervorgehoben, dass immer mehr Senioren auf Grundsicherung angewiesen sind. Zum Jahresende 2014 bezogen laut Statistischem Bundesamt knapp 500.000 Personen eine staatliche Unterstützung. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, in der Rentenpolitik umzusteuern und die gesetzliche Rentenversicherung deutlich zu stärken. Die IG BAU wird an diesem wichtigen Thema „dranbleiben“ und den Finger solange in die Wunde legen, bis die Politik positive Veränderungen herbeigeführt hat.

Protokollführung: Eva Maria Pfeil, IG BAU



Foto: BAGSO/Ohnemüller

Bei der Veranstaltung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes diskutierten zum „Gender Pension Gap“ Nora Fasse, Dr. Maria Wersig, Andrea Dernbach und Brigitte L. Loose (v.l.n.r.).

3.5.3 Armutrisiko von Frauen im Alter. Der „Gender Pension Gap“ als Folge mehrdimensionaler Diskriminierung

Verantwortlich: Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS)

Moderation: Andrea Dernbach, Der Tagesspiegel

Mitwirkende:

- **Brigitte L. Loose**, Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin
- **Nora Fasse**, Abteilung Arbeitsmarkt, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Berlin
- **Dr. Maria Wersig**, Deutscher Juristinnenbund (djB), Vorsitzende der Kommission Recht der sozialen Versicherung im djB

Der Gender Pension Gap ist kein Indikator für Altersarmut oder direkte Diskriminierung, sondern ein guter Indikator zur Darstellung der Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen im Erwerbsverhalten. Die „Rentenlücke“ (Gender Pension Gap) zwischen Männern und Frauen beträgt 57 %, d.h. Frauen erhalten im Durchschnitt weniger als die Hälfte an Alterssicherungsleistungen als Männer. Dies ist vor allem auf die unterschiedlichen Erwerbsbiografien zurückzuführen. So arbeiten Frauen häufiger Teilzeit, haben mehr Erwerbsunterbrechungen und sind häufiger in prekären Beschäftigungen zu finden. Aber auch strukturelle Benachteiligungen wie die niedrige Bezahlung typischer Frauenberufe sowie schlechtere Aufstiegschancen von Frauen führen zur „Rentenlücke“. Der Gender Pension Gap ist darüber hinaus ein Indikator dafür, was uns die unbezahlte Arbeit für Kinder, Pflege, Haushalt etc., die in unserer Gesellschaft immer noch überwiegend von Frauen geleistet wird, wert ist.

Das Rentensystem ist aus der Geschlechterperspektive zu kritisieren, weil es eine starke Erwerbszentrierung aufweist. Es orientiert sich am männlichen Normalarbeitnehmer, der langjährig in Vollzeit gearbeitet hat und zumindest durchschnittlich verdient hat (der sog. „Eckrentner“). Viele Frauen weisen solche Erwerbsbiografien nicht auf und haben deshalb geringere individuelle Rentenanwartschaften vorzuweisen.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

Bisher werden die Lücken in der Rentenbiografie von Frauen in der gesetzlichen Rentenversicherung vor allem durch zwei Elemente kompensiert: Einerseits durch die Witwenrenten und andererseits durch die Anrechnung der Kindererziehungszeiten. Es stellt sich allerdings die Frage, ob diese Ansätze heute noch zeitgemäß bzw. ausreichend sind. Die Witwenrenten setzen eine Ehe voraus und haben den Wandel der Familienformen (noch?) nicht nachvollzogen. Die Kindererziehungszeiten kommen nur Frauen mit Kindern zugute, nicht aber Frauen, die z. B. nahe Angehörige pflegen oder gemeinnützige Tätigkeiten ausüben.

Es nicht ausreichend, dem Gender Pension Gap mit Aufrufen an Frauen zu begegnen, länger, häufiger und in größerem Umfang erwerbstätig zu sein. Trotzdem müssen die Ursachen für das unterschiedliche Erwerbsverhalten in den Blick genommen und Frauen, die erwerbstätig sein wollen, entsprechend unterstützt werden. Dies beinhaltet nicht nur, dass der Staat adäquate Strukturen der Kinderbetreuung wie Ganztagskitas und -schulen zur Verfügung stellt, sondern auch, dass Arbeitgeber flexible Arbeitsformen ermöglichen und die Aufwertung bzw. diskriminierungsfreie Entlohnung sogenannter typischen Frauenberufe thematisiert wird. Darüber hinaus müssen Fehlanreize im Steuer- und Sozialversicherungsrecht wie das Ehegattensplitting abgebaut werden.

Insgesamt muss im Rentensystem dringend darüber nachgedacht werden, wie die Alterssicherung von Menschen mit den vom „Eckrentner“ abweichenden Erwerbsbiografien besser organisiert werden kann. Das Rentensystem sollte stärker als bisher den spezifischen Lebensläufen von Frauen und Männern angepasst werden.

Protokollführung: **Nathalie Schlenzka**, Antidiskriminierungsstelle des Bundes

3.6. WOHNEN UND WOHNUMFELD

3.6.1 Veranstaltungsreihe: „Wohnen mit Zukunft: selbstbestimmt und sozial integriert in allen Lebenslagen“

Themenblock I: Wohnen mit Zukunft: gut nachbarschaftlich in neuen Wohnformen

Moderation: **Birgit Kasper**, FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e.V., Bundesvereinigung

Grußworte:

- **Ministerialdirektor Dr. Matthias von Schwanenflügel**, Leiter der Abt. Demografischer Wandel, Ältere Menschen, Wohlfahrtspflege im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- **Olaf Cunitz**, Bürgermeister der Stadt Frankfurt am Main

Mitwirkende:

- **Dr. Josef Bura**, Erster Vorsitzender FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e.V., Bundesvereinigung

Eröffnung der Bundesweiten Aktionstage Gemeinschaftliches Wohnen 2015

- **Fritz Stünkel**, Celler Bau- und Sparverein eG, Vorstand
Vortrag: Eine Wohnungsgenossenschaft baut für ein Wohnprojekt und fördert neue Nachbarschaften im Quartier
- **Silke Gross**, Villa Emma eG, Vorstand, Bonn
Vortrag: Menschen mit und ohne Behinderung leben gemeinsam in Wohnprojekten

Themenblock II: Selbstbestimmt leben können - von der Zukunft der Pflege

Moderation: **Andrea Beerli**, Referentin FORUM

Mitwirkende:

- **Dr. Andrea Töllner**, Projektleiterin FORUM
Vortrag: Teilhabe und Selbstbestimmung – neue Wohn-Pflege-Formen
- **Gerhard Kiechle**, Bürgermeister a.D. Eichstetten
Vortrag: Wohnen und Pflege in Eichstetten – ein ganzes Dorf kümmert sich
- **Dr. Josef Bura**, Erster Vorsitzender FORUM
Vortrag: Pflege und Migration: eine Wohn-Pflege-Gemeinschaft in Hamburg

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

Themenblock III: Gut leben in neuen Netzwerken – von der Zukunft des Zusammenlebens im Quartier

Moderation: **Stefanie Adler**, Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V. (BaS)

Mitwirkende:

- **Ursula Kremer-Preiß**, Leiterin des Bereichs Wohnen und Quartier beim Kuratorium Deutsche Altershilfe
Vortrag: Quartierskonzepte – Chancen für die Zukunft und Herausforderungen bei der Umsetzung
- **Ursula Woltering**, Fachbereichsleiterin Jugend und Soziales der Stadt Ahlen
Vortrag: Wohnen in Gemeinschaft und Sicherheit – Quartiersarbeit in Ahlen
- **Dagmar Schackmann**, Diakonisches Werk an der Saar gGmbH
Vortrag: Gemeinsam Verantwortung tragen für ein Generationen und Kulturen übergreifendes Zukunftskonzept in Saarbrücken-Brebach

Verantwortlich: **Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V., FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e.V., Bundesvereinigung (FORUM)**

Themenblock I: Wohnen mit Zukunft: gut nachbarschaftlich in neuen Wohnformen

Eines der Schwerpunktthemen auf dem Deutschen Seniorentag hat das FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e.V. zusammen mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BaS) gestaltet. Der Thementag mit dem Titel „Wohnen mit Zukunft: selbstbestimmt und sozial integriert in allen Lebenslagen“ zeigte Chancen und Möglichkeiten gemeinschaftlicher Wohn- und Pflegeformen in Theorie und Praxis. Zugleich eröffnete **Dr. Matthias von Schwanenflügel**, Leiter der Abteilung Demografischer Wandel, Ältere Menschen, Wohlfahrtspflege im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zusammen mit **Olaf Cunitz**, Bürgermeister der Stadt Frankfurt am Main, offiziell die bundesweiten Aktionstage Gemeinschaftliches Wohnen

2015. Um neue Wohnformen bekannter zu machen, führte das FORUM Gemeinschaftliches Wohnen 2015 diese Aktionstage durch (www.fgw-ev.de).

Olaf Cunitz betonte das große Potenzial alternativer Pflegeformen: So lebten bis zu 25 % der Älteren in den Niederlanden und Schweden in Pflegegemeinschaften – in Hessen nur 0,3 %. Umso wichtiger sei es, entsprechende Modellprojekte für neue Wohnformen zu fördern: „Der demografische Wandel mit all seinen Facetten für eine Stadtgesellschaft benötigt Innovationskraft und neue Ideen“. Auch **Dr. Matthias von Schwanenflügel** betonte die Schlüsselrolle neuer Wohnformen und Nachbarschaften, um die Probleme des demografischen Wandels zu lösen. Er verwies dabei auch auf die Erfahrungen aus dem Modellprogramm „Gemeinschaftlich wohnen, selbstbestimmt leben“, das ebenfalls vom FORUM betreut wird.

Dr. Josef Bura, Vorsitzender des FORUMs, empfahl den Thementag als Inspiration, „wie wir anders als gewohnt im Alter wohnen können“. Für welche Ansätze das FORUM wirbt, fasste Bura in einem Satz zusammen: „Wohnen in neuen Wohnformen als Alternativen zu Vereinsamung, Wohnen in neuen Wohn-Pflege-Formen als Alternativen zum klassischen Pflegeheim und Wohnen in sozial gut aufgestellten Nachbarschaften als Alternative zu Siedlungen ohne sozialen Zusammenhalt.“

Anschließend skizzierten ein Wohnungsunternehmen und eine Projektentwicklerin das Potenzial neuer Wohnformen und Nachbarschaften: **Fritz Stünkel**, Vorstand der Celler Bau- und Sparverein-Genossenschaft, erläuterte, wie das klassische Wohnungsunternehmen seit 2006 ein ganzes Viertel saniert und mit neuen Wohnformen bereichert hat – und damit außergewöhnliche Erfolge initiierte. Das Wohnquartier Hattendorfstraße in Celle war zuvor ein schwieriger Standort, die Bewohnerinnen und Bewohner in der Regel sozial schwach, der Wohnungsbestand der Genossenschaft marode. Um das Quartier aufzuwerten, setzte sich das Unternehmen das Ziel, verschiedene Wohnformen anzubieten und darüber hinaus kulturelle und soziale Angebote durch Vereine zu schaffen. Schnell fand sich eine Gruppe älterer Menschen, die zusammen ein gemeinschaftliches Wohnprojekt realisieren wollten und bereit waren,

dafür in das Quartier Hattendorfstraße zu ziehen. Das Wohnprojekt besteht seit nunmehr über zehn Jahren und ist aufgrund des hohen Engagements der Bewohnerinnen eine große Bereicherung für das Stadtteilleben. Neben dem Wohnprojekt entstanden eine Tagespflege, ein Nachbarschaftstreffpunkt sowie Künstlerwerkstätten.

Silke Gross, Vorstand der Amaryllis eG, berichtete über eine Initiative bei Bonn, die zeigt, wie Inklusion im Wohnen aussehen kann. Die Initiative hat sich als Genossenschaft Amaryllis eG organisiert und sowohl Mehrgenerationenwohnen als auch eine Pflege-WG in einem neu gebauten Quartier geschaffen. Es sind 44 Wohneinheiten in mehreren Gebäuden entstanden, sowohl als öffentlich geförderter als auch als frei finanziertes Wohnungsbau. In Planung befindet sich ein weiteres Gebäude, in dem es auch eine Pflege-WG im Erdgeschoss geben wird.

Protokollführung: **Dr. Andrea Töllner**, FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e.V.



Foto: BAGSO/Ohnenmüller

Das Interesse am Thema „Wohnen“ ist bei den Besucherinnen und Besuchern des Deutschen Seniorentages immer groß.

Themenblock II: Selbstbestimmt leben können von der Zukunft der Pflege

Der Themenblock II beschäftigte sich mit den Anforderungen, die an moderne neue Wohn-Pflege-Formen geknüpft werden: Wie können sie auch im hohen Alter und bei Hilfs- und Pflegebedürftigkeit Selbstbestimmung, Selbstständigkeit und soziale Integration sicherstellen? In den Beiträgen des Themenblocks wurde deutlich, dass Alternativen zur der nach wie vor dominanten klassischen Heimunterbringung vonnöten sind.

„Leben und sterben, wo ich hingehöre“, mit diesen Worten eröffnete **Dr. Andrea Töllner** ihren Vortrag. Dieser Satz, ein Zitat von Prof. Dr. Klaus Dörner, illustriert eindrücklich den Wunsch der meisten Menschen, dort alt zu werden und sterben zu können, wo sie sich zuhause fühlen. Wie kann dieses Ziel aber tatsächlich erreicht werden?

Dr. Andrea Töllner stellte dazu zwei Wege vor. Zum einen, indem in Quartieren Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die den Verbleib in der eigenen Wohnung möglich machen: z. B. durch Hilfe-Mix-Modelle im Quartier oder auf dem Dorf, mit denen die notwendigen Versorgungs- und Unterstützungsstrukturen unter Beteiligung bürgerschaftlichen Engagements geschaffen werden. Wie das funktionieren kann, zeigen Konzepte wie das Bielefelder Modell und Angebote zur Stärkung des lokalen sozialen Zusammenhalts durch Quartiers- und Nachbarschaftsinitiativen.

Die zweite Möglichkeit ist der Umzug von Menschen mit Pflegebedarf in neue Wohn-Pflege-Formen – wenn es zu Hause nicht mehr geht. In sogenannten ambulant betreuten Wohngemeinschaften wohnen Menschen mit Pflegebedarf in eigenen Appartements. Wohnküche und Wohnzimmer teilen sie miteinander. Sie sind Mieterinnen und Mieter des Wohnraums, die Pflege übernimmt ein ambulanter (und kündbarer) Dienstleister. Solche Angebote passen gut zu den in Block I vorgestellten gemeinschaftlichen Wohnprojekten, denn das sind Wohnorte, in denen gute Nachbarschaft zu Hause ist. Als solche sind sie prädestiniert, Menschen mit (geringerem) Hilfebedarf in ihre Gruppe zu integrieren und neuen Wohn-Pflege-Formen Raum zu bieten.

In Eichstetten, einem Dorf in Baden-Württemberg, werden beide Wege bereits seit Anfang der 90er Jahre beschritten. Die Motivation „Alle sollen im Dorf bis zuletzt wohnen bleiben können“, so **Gerhard Kiechle**, ehemaliger Ortsbürgermeister, in seinem Vortrag, war der Startschuss für einen Entwicklungsprozess mit allen relevanten Akteuren im Ort.

Weil die klassische Pflegewirtschaft mit eigenen Angeboten nicht einspringen wollte (unwirtschaftlich, weil der Ort zu klein), besann sich die Gemeinde auf ihre eigenen Potenziale. Mit beispielhaftem Engagement haben ihre Bürgerinnen und Bürger, aktiv begleitet durch die lokalen politischen Instanzen als „Ermöglicher und Moderatoren“, selbstorganisierte Angebote geschaffen: u. a. betreutes Wohnen (auch zu Hause), ein Bürgerbüro, eine Tagesbetreuung, eine Pflegewohngruppe, Schülerbetreuung und ein integratives Tagescafé. Dieses Beispiel zeigt eindrucksvoll, wie bürgerschaftliches Engagement aus Beteiligung entstehen kann und daraus Identifikation und Mitverantwortungsbereitschaft erwachsen.

Ein neu errichtetes Wohnhaus in Hamburg, in dem ältere deutsche Menschen mit Pflegebedarf und solche aus verschiedenen Herkunftsländern leben, stellte **Dr. Josef Bura** abschließend vor. Im Obergeschoss wohnen demenzerkrankte Menschen mit türkischen Wurzeln in einer ambulant betreuten Wohn-Pflege-Gemeinschaft, die von einem türkischsprachigen Pflorgeteam begleitet werden. Ein Café für den Stadtteil, ein türkisches Hamam, ein liebevoll gestalteter Gartenhof als Treffpunkt für alle und eine multikulturell angelegte Tagespflege gehören zur weiteren Ausstattung des Hauses. Vor allem für Menschen mit Migrationshintergrund sind derartige Angebote lebenswichtig, weil es bundesweit kaum solche gibt, die die sozialen und kulturellen Bedürfnisse von Migranten im Alter und bei Pflegebedarf ernst nehmen. Daher brauche es mehr davon, resümierte Dr. Josef Bura.

Protokollführung: **Dr. Andrea Töllner**, FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e.V.

Themenblock III: Gut leben in neuen Netzwerken – von der Zukunft des Zusammenlebens im Quartier

Wie müssen Quartiere beschaffen sein, in denen alle Generationen und Kulturen gut leben können? Wie entstehen verlässliche soziale Netzwerke, damit selbstbestimmtes Wohnen und Leben im Alter möglich sind? Dies waren die Leitfragen der Veranstaltung, die neben einem Einführungsvortrag anhand von zwei Praxisbeispielen aus dem Modellprogramm „Nachbarschaftshilfe und soziale Dienstleistungen“ zeigten, wie Quartiersentwicklung in der Praxis gelingen kann.

Ursula Kremer-Preiß erinnerte einleitend daran, dass künftig die Zahl der über 80-Jährigen stark ansteigen wird. Um die individuellen Möglichkeiten der gewonnenen Jahre nutzen zu können, müssten – über reine Wohnkonzepte hinaus – Eigeninitiative und gegenseitige Verantwortung im Quartier gestärkt werden.



Ursula Woltering berichtete von den Erfahrungen, die die Stadt Ahlen gemacht hat.

Foto: BAGSO/Ohnemüller

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialog

Soz. Sicherheit/
Arbeitswelt

Wohnen/
Wohnumfeld

Gesundheit/
Prävention

Pflege/
Demenz

Verbraucher-
themen

Für Quartiersprojekte der Zukunft forderte Ursula Kremer-Preiß drei Strukturprinzipien: Erstens kleinräumig denken, d.h. kleinräumige dezentrale Strukturen in den sozialen Nahräumen schaffen. Zweitens ganzheitlich wirken, indem nicht nur Hilfe und Pflege, sondern das gesamte Lebensumfeld verbessert wird. Drittens partizipativ arbeiten, um örtliche Akteure zu vernetzen und lokale Ressourcen zu aktivieren.

Ursula Woltering berichtete von Erfahrungen aus Ahlen (500.000 Einwohnerinnen und Einwohner). Eine Bürgerbefragung hatte ergeben, dass für ältere Menschen eine gute Versorgung und soziale Sicherheit, aber auch Gemeinschaft, Glück und Gebraucht-werden wichtig sind. Dies sei nicht kompatibel mit dem Wunsch vieler Investoren, große stationäre Einrichtungen zu bauen.

Die Kommunen müssten selbst entscheiden, welche Möglichkeiten sie für das Wohnen und Leben im Alter schaffen wollen, forderte Ursula Woltering. Ahlen habe ein Handlungskonzept erstellt, das eine Vielfalt an Wohnformen vorsieht sowie Quartierszentren, die Pflege- und Wohnberatung anbieten und lebendige Nachbarschaften fördern.

Sie wies darauf hin, dass ein stadtweites Handlungskonzept Ressortgrenzen überwinden müsse. Sozial- und Stadtentwicklungsplanung sowie Bauverwaltung müssten eng zusammenarbeiten und mit bestehenden Netzwerken wie dem Ahlener SINN e.V. kooperieren. In Ahlen sind bereits ein Wohnprojekt und zwei Quartierszentren entstanden, weitere befinden sich im Aufbau.

Dagmar Schackmann berichtete vom BürgerInnenzentrum (BZB) im Saarbrücker Stadtteil Brebach, der vom industriellen Strukturwandel und von vielen Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern geprägt ist. Das Selbstverständnis des BZB lautet: „Hier wohnen nicht Türken, Italiener, Rumänen, Deutsche, sondern Brebacher.“

Im Projekt „Brebach versorgt sich selbst!“ wurden viele Ansätze speziell mit Brebacher und für sie entwickelt: eine niedrigschwellige Clearingstelle mit muttersprachlicher Beratung; ein Pool von – u. a. migrantischen und älteren

– Ehrenamtlichen, die bei Stadtteilstesten helfen; eine Schulung von Migrantinnen, Menschen im Transferleistungsbezug und Seniorinnen als Stadtteilhelferinnen und Stadtteilhelfer, sowie ein Kooperationsnetzwerk, das einen Seniorenwegweiser herausgibt.

„Ein neues Maß an Bürgerengagement und Verantwortungsbewusstsein ist gewachsen“, so das Fazit von Dagmar Schackmann. Sie betonte jedoch, dass ehrenamtliche Strukturen immer kontinuierliche professionelle Begleitung und einen verlässlichen Finanzrahmen brauchen.

Wie fängt man nun an? Wie gelingt es, lebendige Nachbarschaften zu initiieren? So lautete eine Frage aus dem Publikum. Für den Start sind kleine, aber feine Aktionen sinnvoll – daraus könne sich vieles ergeben, empfahlen die Referentinnen. Ein Begegnungsraum sei die Keimzelle vieler Quartiersprojekte. Und auch wenn zunächst die Versorgung älterer Menschen in ihrer vertrauten Umgebung im Fokus stehe, beteiligen sich Familien und andere Zielgruppen, so die Erfahrung aus der Praxis.

Stefanie Adler von der BaS wies auf die aktuell erschienene Dokumentation des Programms „Nachbarschaftshilfe und soziale Dienstleistungen“ mit 50 bundesweit geförderten Projekten hin, die u. a. aufzeigt, welche Faktoren zum Gelingen beitragen und welche Instrumente und Aktionen erfolgreich waren. Sie steht unter www.nachbarschaften.seniorenbueros.org als Download zur Verfügung.

Protokollführung: Agnes Boeßner, Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BaS)

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

3.6.2 Sorge und Mitverantwortung in der Kommune. Der Siebte Altenbericht der Bundesregierung

Verantwortlich: Siebte Altenberichtscommission, Geschäftsstelle für die Altenberichte der Bundesregierung am DZA

Moderation: Prof. Dr. Andreas Kruse

Mitwirkende:

- **Prof. Dr. Peter Dehne**, Professor für Planungs- und Baurecht, Hochschule Neubrandenburg
Vortrag: Zukunftsaufgabe Daseinsvorsorge
- **Prof. Dr. Rolf G. Heinze**, Professor für Allgemeine Soziologie, Arbeit und Wirtschaft, Ruhr-Universität Bochum
Vortrag: Von der Wohnungs- zur Wohnpolitik.
Thesen der Altenberichtscommission zum Wohnen im Alter
- **Prof. Dr. Thomas Klie**, Professor für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft, Evangelische Hochschule Freiburg
Vortrag: Pflege und Sorge
- **Prof. Dr. Andreas Kruse**, Professor für Psychologie und Gerontologie, Direktor des Instituts für Gerontologie, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Vortrag: Einführung in die Struktur und Thesen des Siebten Altenberichts
- **Prof. Dr. Susanne Kümpers**, Professorin für qualitative Gesundheitsforschung, soziale Ungleichheit und Public Health Strategien, Hochschule Fulda
Vortrag: Ungleichheiten im Alter
- **Prof. Dr. Clemens Tesch-Römer**, Psychologie, Leiter des Deutschen Zentrums für Altersfragen (DZA), Berlin
Vortrag: Regionale Disparitäten und die Lebenssituationen älterer Menschen

Im Zentrum des Siebten Altenberichts zum Thema „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“ stehen die Herausforderungen und Aufgaben einer lokalen Politik von und für ältere Menschen. Mitglieder der Siebten Altenberichtscommission stellten

zentrale Argumente und Thesen zu den verschiedenen im Bericht bearbeiteten Themenfeldern vor.

Leistungen der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger werden in erster Linie auf der kommunalen Ebene erbracht. Die Kommunen müssten deshalb in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben erfüllen zu können, so **Prof. Dr. Andreas Kruse**.

Prof. Dr. Peter Dehne betonte, dass Daseinsvorsorge zu einem guten Leben in Eigenständigkeit und Selbstbestimmtheit befähigen solle. Um dies zu erreichen, müsse eine Politik für ältere Menschen und mit ihnen sektoren- und ressortübergreifend organisiert und ausgerichtet sein. Ihr Ziel müsse es sein, sicherzustellen, dass die relevanten Akteure zur Weiterentwicklung und zum Erhalt der Ressourcen älterer Menschen in den Bereichen Alltagsunterstützung, Gesundheit und Pflege beitragen. Die soziale Teilhabe älterer Menschen müsse ermöglicht bzw. gesichert werden. Sorgestrukturen seien dann beson-



Prof. Dr. Andreas Kruse, Vorsitzender der Siebten Altenberichtskommission.

Foto: BAGSO/Ohnemüller

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialog

Soz. Sicherheit/
Arbeitswelt

Wohnen/
Wohnumfeld

Gesundheit/
Prävention

Pflege/
Demenz

Verbraucher-
themen

ders tragfähig, wenn im Sinne einer geteilten Verantwortung familiale, ehrenamtliche und professionelle Unterstützungsleistungen kombiniert würden.

Eine kommunale Politik für ältere Menschen und mit ihnen muss auf ihre vielfältigen Lebenslagen, auf soziale Ungleichheiten und regionale Disparitäten reagieren. **Prof. Dr. Susanne Kümpers** wies darauf hin, dass der Zugang zu Angeboten der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung je nach sozio-ökonomischem Status ungleich verteilt sei. Eine bedeutende Zahl älterer Menschen habe deshalb nicht die Möglichkeit, diese Angebote in vollem Umfang in Anspruch zu nehmen. Laut **Prof. Dr. Clemens Tesch-Römer** würden diese Ungleichheiten besonders kritisch aufgrund der zunehmenden Spaltung zwischen wirtschaftlich prosperierenden und benachteiligten Regionen: Schlechte lokale Rahmenbedingungen erschwerten den Zugang zu Versorgungsstrukturen und zu Möglichkeiten der sozialen Teilhabe zusätzlich.

Prof. Dr. Rolf Heinze wies darauf hin, dass Wohnungen mit vielen Barrieren das Potenzial Älterer einschränkten, auch im Falle verminderter körperlicher und gesundheitlicher Fähigkeiten selbstbestimmt leben zu können. Überdies würde die Bewältigung der Wohnkosten zu einem wachsenden wohnbezogenen Risiko: Ein niedriges Erwerbseinkommen, Phasen der Arbeitslosigkeit sowie Teilzeitarbeit führten in vielen Haushalten zu geringen Haushaltseinkommen, gleichzeitig stiegen jedoch in manchen Städten und Regionen die Mietpreise stark an.

Prof. Dr. Thomas Klie hob hervor, dass für den Bereich der Pflege zukünftig das Leitbild der geteilten Verantwortung eine größere Rolle bekommen müsse. Die sich in diesem Bereich stellenden Herausforderungen könnten durch Leistungen der Pflegeversicherung allein nicht bewältigt werden.

Die Rückmeldungen aus dem Publikum zeigten, dass im Siebten Altenbericht wichtige Fragen des selbstbestimmten Alterns in Deutschland thematisiert werden.

Protokollführung: **Dr. Jenny Block**, Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA)

3.6.3 Miteinander leben im Quartier – Erfahrungen aus der inklusiven und integrativen Seniorenarbeit

Verantwortlich: Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V. (BaS)

Moderation: Michael Lindner, Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BaS)

Mitwirkende:

- **Lena Leberl**, Leitstelle Älter werden in Ahlen, Stadt Ahlen
Vortrag: Miteinander lernen, wie 's geht – Erfahrungen aus inklusiven Seniorenprojekten in Ahlen
- **Barbara Heddendorp**, Magistrat der Stadt Hanau, Seniorenbüro
Vortrag: Die HanauBeweger – Soziale Stadterkundung mit Migrantinnen und Migranten
- **Carolina Brauckmann**, Fachberatung Gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der offenen Senior_innenarbeit in NRW, Rubicon e.V., Köln
Vortrag: Jenseits der Klischees: (Ältere) Lesben und Schwule bereichern das Zusammenleben im Quartier

Seniorenbüros engagieren sich ganz unterschiedlich für gelebte Vielfalt im Quartier. Sie beziehen mit ihrer Arbeit Menschen ein, die oft schwer zu erreichen sind. Die Veranstaltung stellte verschiedene innovative Ansätze zur Diskussion, die Inklusion und Integration älterer Menschen im Quartier mit Gewinn für alle Bewohnerinnen und Bewohner umsetzen.

In Ahlen wird in Projekten, aber auch in der kommunalen Verwaltung selbst, zunehmend inklusiv gearbeitet. **Lena Leberl** stellte ein Projekt vor, in dem sich Menschen mit und ohne Behinderung über das Thema Kunst begegnet sind und so Gemeinschaftlichkeit und Teilhabe erfahren haben. In mehreren Treffen hatten die Teilnehmenden Gelegenheit, sich kennenzulernen und kreativ zu arbeiten. Am Ende stand die gemeinsame Umsetzung einer Ausstellung, die die Werke präsentierte. Die Kontakte, die sich über das Projekt entwickelt haben, bestehen bis heute. In der Stadtverwaltung wird Inklusion durch eine gezielte Personalpolitik gefördert. Mit dem Projekt „LernNet“ aus dem ESF-

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

Programm wurde ein Bürgerarbeitsplatz geschaffen. Birgit Burian, die im Rollstuhl sitzt, brachte älteren Menschen den Umgang mit dem PC bei. Sie hat heute eine Festanstellung in der Stadtverwaltung.

In einem Projekt in Hanau haben jüngere und ältere Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern soziale Einrichtungen der Stadt kennengelernt. Per Stadtrundfahrt mit dem Bus wurden unterschiedliche Themen erkundet wie: Nachbarschaft gestalten, Bewegungsangebote an der frischen Luft, Beratungsangebote für ältere Menschen sowie Angebote für Menschen mit Behinderung. Verschiedensprachige Plakate warben für das kostenfreie Angebot in der türkischen Begegnungsstätte ebenso wie im spanischen Restaurant. Ehrenamtliche übernahmen bei der Rundfahrt Dolmetscherfunktionen. Alle Teilnehmenden können ihr Wissen nun in der Familie und in der Nachbarschaft weitergeben und über die vorhandenen sozialen Angebote informieren. Fazit: In der Zusammenarbeit mit Menschen aus verschiedenen Kulturen können alle Beteiligten voneinander lernen. „Man muss Abenteuer aushalten können“, so **Barbara Heddendorp**. Sie findet es sinnvoll, das Projekt aktuell in der Flüchtlingshilfe wieder aufzunehmen.

Der dritte Vortrag beschäftigte sich mit den sich wandelnden Perspektiven in der Arbeit mit älteren Menschen und stellte die Fachberatung für gleichgeschlechtliche Lebensformen in der Seniorenarbeit in NRW vor. Diese zielt darauf, lesbisch-schwule Lebensweisen in die kommunale Seniorenarbeit und in die Quartiersentwicklung einzubeziehen und für Homosexualität zu sensibilisieren. „Es geht nicht darum, Inseln zu schaffen, aber Inseln sind auch nötig“, betonte Carolina Brauckmann. Wichtig sei es, auch in Einrichtungen der Altenhilfe eine Willkommenskultur und eine Kultur der Vielfalt zu schaffen und eine Beschäftigung mit dem Thema jenseits von Fachtagungen in Kultur, Theater und Gesprächen zu bewirken. „Auch mit einfachen Mitteln lässt sich viel erreichen“, bilanzierte **Carolina Brauckmann** die auf kommunaler Ebene schon erreichten Erfolge in NRW.

Protokollführung: **Stefanie Adler**, Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BaS)

3.6.4 Vielfalt willkommen – gute Sozialräume mit älteren Migrant/innen gestalten

Verantwortlich: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin

Moderation: Barbara Kahler, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Mitwirkende:

- **Sandra Lazeta-Markanovic**, Interkulturelle Beratungs- und Begegnungsstätte Hannover
- **Benjamin Eberle**, Begegnungszentrum Berlin-Kreuzberg

Die Altersbevölkerung wird „bunter“, die Gruppe der älteren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wächst. Interkulturelle Begegnungen sind ein Türöffner für mehr Offenheit und Toleranz, für ein besseres Verstehen von Unterschieden und Gemeinsamkeiten.



Barbara Kahler und Sandra Lazeta-Markanovic im Gespräch über die interkulturelle Beratungs- und Begegnungsstätte in Hannover.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

Foto: BAGSO/Ohnenmüller

Die Kreuzberger Begegnungsstätte ist die älteste Migrationsberatungsstelle (mehr als 40 Jahre am Standort) in Berlin. Heute besuchen mehrere hundert Menschen in der Woche aus ganz Berlin die Angebote rund um Beratung, Begegnung und Bildung. Schon Anfang der 90er Jahre wurden die älteren Migrantinnen und Migranten als Zielgruppe „entdeckt“. Die intensive Unterstützung der Kommune und der damaligen Ausländerbeauftragten ermöglichten den kontinuierlichen Aufbau der Arbeit und ihre fachlich-konzeptionelle Unterlegung. Die Bündelung relevanter Akteure, die Abstimmung beim Runden Tisch „kommunale Arbeit mit älteren Migrant/innen“, die regelmäßigen Treffen mit allen bezirklichen Seniorentagesstätten haben ein Netzwerk für die Kulturarbeit von und mit älteren Migrant/innen geknüpft. Im Lauf der Jahre wurde der Fokus auf die Qualifizierung und Unterstützung deren Selbsthilfe- und Selbstorganisationspotenziale gelegt. Heute finden viele Angebote selbstorganisiert statt – einschließlich der Verantwortung für Räume, Materialien usw. Aushandlungsprozesse sind nötig, ebenso Geduld und Vertrauen, auch der Einrichtungsträger geht durch einen Lern- und Entwicklungsprozess. Letztlich geht es um die Bereitstellung von „Ermöglichungsräumen“ und eine Zusammenarbeit auf „Augenhöhe“. Dabei sind klare Regeln (z. B. respektvolles Miteinander der einzelnen Gruppen) und Absprachen notwendig. Je vielfältiger die Teilnehmenden hinsichtlich Kultur, Tradition, Sprache usw. sind, desto klarer sollte die „Hausordnung“ sein bzw. desto offener sollte kommuniziert werden, was geht und was nicht geht. Strategische Ziele sind nötig für die inhaltliche Weiterentwicklung, menschliche Komponenten sind ebenso wichtig für die interkulturelle Arbeit: Offenheit, Empathie, Kooperationsfähigkeit sowie die Fähigkeit, kulturell bedingte Widersprüchlichkeiten zu akzeptieren.

Die interkulturelle Begegnungsstätte Hannover bietet seit über 20 Jahren Beratung, Begegnung und Bildungsangebote für ältere Migranten an. Dabei ist der erste Anknüpfungspunkt meist die Sozialberatung. Weiter gibt es Sprachtrainings, Informationsangebote und Neigungsgruppen, sowohl kulturspezifisch als auch als gemeinsame Veranstaltungen für ältere Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Ein wichtiges Ziel der Arbeit ist es, durch Begegnung und Formate wie Ländertage, internationale Mittagstische, Malgruppen usw. Interesse und Verständnis zu wecken. Die Erfahrung von Migration kann ge-

teilt werden (auch mit deutschen Seniorinnen und Senioren) durch Projekte wie die Wanderausstellung „Wenn aus der Fremde Heimat wird“. Daneben hat auch die Pflege der jeweils eigenen Traditionen ihren Platz. Die angestrebte Öffnung zu mehr „gemischten“ Angeboten ist kein „Selbstläufer“, sie braucht Zeit, Begleitung und Moderation. Ein wichtiges Ziel ist der dezentrale Ausbau der Angebote über das gesamte Stadtgebiet, damit auch weniger mobile Ältere davon profitieren können.

Protokollführung: **Barbara Kahler**, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.

3.6.5 Innovation für altersfreundliche Umgebungen

Verantwortlich: AGE Platform Europe

Moderation: **Anne-Sophie Parent**, AGE Platform Europe und **Leante van Harten**, TNO

Mitwirkende:

- **Anne-Sophie Parent**, Generalsekretärin, AGE Platform Europe
- **Horst Krämer**, Europäische Kommission, DG Connect
- **Dr. Angelika Poth-Mögele**, Rat der Städte und Gemeinden Europas
- **Dr. Menno Hinkema** und **Willeke van Staalduin**, TNO
- **Ursula Krickl**, Deutscher Städte- und Gemeindebund

AGE Platform Europe, der europäische Verband der Seniorenorganisationen, in dem die BAGSO ebenfalls Mitglied ist, organisierte am 2. Juli eine Debatte rund um das Thema „altersfreundliche Umgebungen“ mit Sprechern der Europäischen Kommission, des Rates der Städte und Gemeinden Europas sowie dem Deutschen Städte- und Gemeindebund. AGE stellte das Projekt AFE-INNOVNET vor, das Städte und Gemeinden dazu anregen will, in allen lokalen Politikbereichen die Alterung der Gesellschaft einzubeziehen.

Anne-Sophie Parent von AGE Platform Europe stellte das Projekt AFE-INNOVNET vor, als eine der wichtigsten Folgen des EU-Jahres des aktiven Alterns 2012. Alternsfreundliche Umgebungen seien wichtig, da sie die Unabhängigkeit und Gesundheit aller Bürger soweit wie möglich unterstützen und fördern – im Städtebau, am Arbeitsplatz etc. Das Projekt bringe Vertreter aus kommunalen Behörden, der Industrie und aus Forschungszentren zusammen, um sich über Erfahrungen zu altersgerechten Umgebungen auszutauschen und über Innovationen zu berichten. Das Projekt stelle hierfür die Online-Plattform www.afeinnovnet.eu bereit und organisiere einen Konvent zum demografischen Wandel, der in den folgenden Jahren fortgeführt werden soll.

Horst Krämer erläuterte, wie alternsfreundliche Umgebungen Teil der Strategie der EU-Kommission zur „Silver Economy“ sind. Die Alterung der Gesellschaft sei wohl eine Herausforderung, aber auch eine Chance für die europäische Wirtschaft. Innovationen in altersgerechten Umgebungen könnten



Foto: BAGSO/Kaiser

Ein internationales Podium diskutierte die Schaffung von altersgerechten Umgebungen in Städten und Gemeinden.

dabei helfen, die Chancen einer höheren Lebenserwartung auszuschöpfen. **Dr. Angelika Poth-Mögele** vom Rat der Städte und Gemeinden Europas pflichtete Horst Krämer bei und ging näher auf das Netzwerk zum demografischen Wandel ein: Es könnten viele gute Initiativen auf der Website geteilt werden und der Konvent ermögliche es, Entscheidungsträger untereinander zu vernetzen. Leider sei bislang nur eine deutsche Stadt Mitglied im Netzwerk.

Dr. Menno Hinkema und **Willeke van Staalduinen** vom niederländischen Forschungszentrum TNO erläuterten den Beitrag, den die Forschung für lokale Behörden leisten kann: Sie kann vom Erstellen eines Konzeptrahmens bis zur Analyse guter Praxisbeispiele regionale Behörden dabei unterstützen, Lösungen für die Probleme einer Region zu finden.

Ursula Krickl vom Deutschen Städte- und Gemeindebund stellte Initiativen vor, die das Thema in Deutschland behandeln, dabei hob sie die Herausforderungen des demografischen Wandels in ländlichen Regionen hervor.

In der folgenden Diskussion wurden Möglichkeiten erörtert, mit denen Kommunen Innovationen finanzieren können, ohne dabei gegen die EU-Regeln zu Beihilfe und öffentlichen Ausschreibungen zu verstoßen.

Nähere Informationen: www.afeinnovnet.eu

*Protokollführung: **Philippe Seidel**, AGE Platform Europe*

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

3.6.6 Kommunen nachhaltig demenzfreundlich gestalten

Verantwortlich: Sozialwerk Berlin e.V.

Moderation: Peter Stawenow, Leiter „Kompetenzzentrum Offene Altenarbeit“, Sozialwerk Berlin e.V.

Mitwirkende:

- **Eveline Harder**, Sozialwerk Berlin e.V.

Durch den demografischen Wandel verändert sich unsere Welt. Gegenwärtig leben in Deutschland über vier Mio. über 80-Jährige, davon sind 35 % an einer Demenz erkrankt.

Was ist zu tun?

Die Bundesregierung hat das Thema erkannt und das Aktionsprogramm „Allianzen für Demenz“ aufgelegt. Damit sollen Aktivitäten gefördert werden, mit denen Kommunen nachhaltig demenzfreundlich gestaltet werden können.

Eveline Harder vom Sozialwerk Berlin e.V., berichtete was sich in den zwölf Berliner Bezirken entwickelt hat. Seit 2007 sind in Berlin demenzfreundliche Initiativen und Netzwerke entstanden, die über unterschiedliche Erfahrungen verfügen. Die Referentin stellte neben Zahlen und Fakten die Initiative des Krankenhauses „Königin-Elisabeth-Herzberge“ aus dem Bezirk Lichtenberg vor, das sich auf den Weg zu einem „demenzsensiblen Krankenhaus“ gemacht hat. Das Krankenhaus ist Mitglied des von den Akteuren gebildeten Vereins „Demenzfreundliche Kommune Lichtenberg“. Ausgehend vom gerontopsychiatrischen Verbund Charlottenburg/Wilmersdorf entstehen zurzeit in Zusammenarbeit mit der Polizei und den Bezirksämtern in ganz Berlin geschützte Räume für demenziell erkrankte Menschen, die in der Stadt „verloren“ gegangen sind. Bei diesem Modell werden die Betroffenen, wenn sie in der Stadt aufgegriffen werden und ihre Identität durch die Polizei nicht unmittelbar festgestellt werden kann, in einen sogenannten „Schutzraum“ gebracht. Er befindet sich in einer Pflegeeinrichtung und gewährleistet professionelle Betreuung.



Foto: BAGSO/Kaiser

Eveline Harder referierte zur nachhaltigen demenzfreundlichen Gestaltung der Kommunen.

In der Diskussion, die **Peter Stawenow** vom „Kompetenzzentrum Offene Altenarbeit“ moderierte, wurde gemeinsam mit dem Publikum ein „Experiment“ gestartet, um Ziele, Inhalte, Methoden und Bedingungen demenzfreundlicher Kommunen zu erarbeiten. Dabei wurden Empfehlungen für die Akteure und die Politik zusammengetragen, Unterschiede zwischen Großstadt, Kleinstadt und ländlichem Raum dargestellt, des Weiteren verschaffte man sich Klarheit über die Akteure. Neben den Zielstellungen, die mit den demenzfreundlichen Kommunen erreicht werden sollen, tauschten die Teilnehmenden ihre Erfahrungen aus, die sich in den vielfältigsten Beratungs-, Betreuungs-, Begegnungs- und Bildungsangeboten widerspiegeln. Insgesamt wurde rege diskutiert und das „Experiment“, auf das sich die Teilnehmenden eingelassen hatten, wurde als gelungen betrachtet.

Weitere Auskünfte zu diesem Workshop erhalten Sie unter sozialwerk@gmx.de.

Protokollführung: Margit Hankewitz, Sozialwerk Berlin e.V.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

3.6.7 Altersgerechtes Wohnen

**Verantwortlich: Bund Deutscher Zollbeamter (BDZ) –
Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft**

Mitwirkende:

- **Dieter Gentzsch**, Berater des Ständigen Ausschusses Senioren beim Bundesvorstand des BDZ

Altersbedingte Einschränkungen erfordern nicht zwingend den Umzug in ein Altersheim, denn zu Hause lässt sich vieles anpassen und umbauen. Der Vortrag informierte über Lösungsangebote zum Altwerden im eigenen Haushalt, zu Verbesserung und Anpassung des Wohnungsumfelds an die Anforderungen im Alter sowie zu Finanzierungsmöglichkeiten.

Wegen der unübersichtlichen Förderungsmöglichkeiten empfahl **Dieter Gentzsch** dringend, eine individuelle Beratung in Anspruch zu nehmen bzw. vor der Aufnahme von Umbaumaßnahmen unbedingt Auskünfte zu den Förderungsbedingungen und zu den Voraussetzungen für die Anerkennung einzuholen. Weiter erläuterte er, welche Merkmale altersgerechtes Wohnen kennzeichnen und wie altersbedingten Einschränkungen durch intelligente Technik entgegengewirkt werden kann. Ausführlich wurden die Fördermöglichkeiten zum altengerechten Umbau der eigenen Wohnung mit den infrage kommenden Institutionen und Finanzhilfen bei Wohnungsanpassungen, insbesondere durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sowie durch steuerliche Entlastungsmöglichkeiten, dargestellt. Ergänzend dazu lag für die Teilnehmenden eine Adressenliste von Anlaufstellen aus.

Protokollführung: Uta Kramer-Schröder, Bund Deutscher Zollbeamter (BDZ)

3.6.8 Alltagsunterstützende Technologien (AAL) für ein selbstbestimmtes Leben im Alter

Verantwortlich: Sozialverband VdK Deutschland e.V.

Moderation: Olaf Christen, Referent für Pflege, Wohnen im Alter und AAL, Sozialverband VdK

Mitwirkende:

- **Birgid Eberhardt**, Gerontologin (FH), Gesundheitsökonomin (ebs) und Medizininformatikerin, Tellur GmbH, Stuttgart
- **Melanie Ludwig**, VdK Fachstelle für Barrierefreiheit Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main

Was ist „Ambient Assisted Living“, kurz AAL, und welchen konkreten Nutzen bieten solche Technologien? Diesen Fragestellungen sollte im Rahmen der Veranstaltung auf den Grund gegangen werden. Einleitend stellte **Birgid Eberhardt** die unterschiedlichen Produkte vor, die es in diesem Bereich gibt. Schnell wurde deutlich, wie vielfältig AAL-Produkte sind und welchen unterschiedlichen Nutzen sie haben. Bei AAL-Produkten kann es sich um Produkte der Sicherheitstechnologie, der Gebäudeautomation zur Überwachung, Steuerung und Regelung elektrischer Anlagen, um Beleuchtungskonzepte

sowie Badinstallationen handeln. Die Referentin erläuterte konkret viele „kleinere“ Produkte, die sich nicht nur jede und jeder leisten kann, sondern die auch in zahlreichen Haushalten sinnvoll sind, z. B. sich selbst abstellende Bügeleisen, Beleuchtungssensoren und die Herdsicherung. Gleichzeitig machte sie deutlich, wel-



Foto: BAGSO/Santien

Auch das Publikum nutzte moderne Technologien, um die Veranstaltung zu dokumentieren.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

ches Potenzial in sogenannten Smart-Home-Technologien liegt, bei denen die gesamte Wohnung bzw. das Haus über eine Gebäudeautomation geregelt werden kann. So lassen sich Rollläden, Heizung, Licht und sogar einzelne Steckdosen bequem über ein einziges Gerät steuern. Dass bei AAL-Produkten auch der Sicherheitsaspekt nicht zu kurz kommt, wurde abschließend bei der Vorstellung von Ortungs- und Monitoring-Systemen und Sensormatten deutlich.

In der nachfolgenden Fragerunde spielte die Sicherheit eine große Rolle, insbesondere die der Technik. Anders ausgedrückt: Was macht man, wenn die Technik versagt? Sie müsse sich den Nutzerinnen und Nutzern anpassen, gerade hinsichtlich der Bedien- und Verstehbarkeit, so die Forderung des Publikums. Gleichzeitig müssten viele AAL-Produkte erst noch marktfähig und damit kostengünstig werden, damit sie auch für Normalverbraucher erschwinglich seien.

Das machte auch **Melanie Ludwig** von der VdK-Fachstelle für Barrierefreiheit in Frankfurt im Interview mit dem Moderator **Olaf Christen** deutlich. Aus Ihrer Praxis konnte sie berichten, dass momentan die Anfragen zu herkömmlichen Umbaumaßnahmen und Hilfsmitteln wie dem Hausnotruf überwiegen. Sie sieht allerdings für die Zukunft einen großen Bedarf, insbesondere in den Bereichen Sicherheit und Gesundheit. Diesbezüglich wies Melanie Ludwig auf den notwendigen Datenschutz und die Gefahr des Missbrauchs hin. Abschließend nach ihren AAL-Lieblingsprodukten gefragt, nannte sie das Dusch-WC, eine Kombination aus Toilette und Bidet, sowie das sogenannte Aufstehbett. Im Bereich der unterstützten Kommunikation beschrieb sie einen Computer mit Sprachausgabe, der mittels Augensteuerung bedient werden kann. Das zeigt, wie wichtig AAL-Produkte für die soziale Teilhabe ihrer Nutzerinnen und Nutzer sein können.

Protokollführung: **Olaf Christen**, Sozialverband VdK Deutschland e.V.

3.6.9 Wohnungseinbrüche auf Rekordniveau – Wie sicher fühlen sich ältere Menschen in ihrer häuslichen Umgebung?

Verantwortlich: dbb bundesseniorenvertretung

Moderation: **Wolfgang Speck**, Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung

Mitwirkende:

- **Stefanie Corporan Romero**, Opferschutzbeauftragte beim Polizeipräsidium Frankfurt a. M.
- **Irina Ewert**
- **Heini Schmitt**, Datenschutzbeauftragter beim Polizeipräsidium Südhessen, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) Hessen

Der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, **Wolfgang Speck**, eröffnete die Veranstaltung mit der Forderung, dass die Zunahme der Wohnungseinbrüche nicht nur beklagt werden dürfe, sondern etwas dagegen getan werden müsse. Schließlich sei der materielle Schaden oft geringer als das damit verbundene seelische Leid.

Heini Schmitt vom Polizeipräsidium Südhessen und Landesvorsitzender der DPolG Hessen präsentierte die Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik zu Wohnungseinbrüchen. Bei bundesweit ca. 152.000 Fällen im Jahr 2014 und rund 11.000 Fällen in Hessen liege die Aufklärungsquote bei 15,9 % (Bund) bzw. 20,7 % (Hessen). Die höhere Aufklärungsquote in Hessen sei sicher auch eine Folge verstärkter Prävention, die seit 2012 mit der Wohnungseinbruchschutzkampagne „K-Einbruch“ auch über das Internet (www.K-Einbruch.de) betrieben werde. Schmitt machte zudem deutlich, dass es den Prototyp „Einbrecher“ nicht gebe. Da auch nicht mehr besonders beliebte Einbruchzeiten festzustellen seien, könne er nur empfehlen, sich rund um die Uhr durch technische Maßnahmen wie Alarmanlagen oder Videoüberwachung, aber auch und vor allem durch das eigene Verhalten zu sichern. Werde man trotz aller Sicherheitsvorkehrungen Opfer eines Einbruchs, solle man keinesfalls den Helden spielen, wenn der oder die Täter noch im Haus seien. Wichtig sei, Ruhe zu bewahren und die Polizei zu verständigen.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

Irina Ewert schilderte eindrucksvoll, welche Spuren der Einbruch in ihre Wohnung vor drei Jahren bei ihr hinterlassen hat. Das Gefühl, sich in einem sicheren Raum zu befinden, sei bisher nicht zurückgekehrt. Die ersten sechs Monate nach dem Einbruch habe sie die Wohnung kaum verlassen und nur im Sessel geschlafen. Jedes kleinste Geräusch habe sie aufgeschreckt. Obwohl sie psychiatrische Hilfe gesucht und in Anspruch genommen habe, traue sie sich nicht mehr, sich bis in den Abend außer Haus aufzuhalten.

Stefanie Corporan Romero berichtete aus ihrer Tätigkeit als Opferschutzbeauftragte. Sie betonte, jeder könne Opfer werden, auch Polizisten. Die Schilderung von Irina Ewert habe die Emotionen eines Einbruchsofners sehr plastisch gemacht. Bei vielen Betroffenen kämen wie bei Irina Ewert die Ängste immer wieder. Daher ziehe jedes vierte Opfer um. Das Gefühl des Kontrollverlustes sei das Schlimmste. Deshalb habe die Polizei lernen müssen, wie wichtig ein einfühlsamer Umgang mit Einbruchsofnern sei. Beim Polizeipräsidium Frankfurt am Main arbeite eine Einsatzgruppe, die auf Wohnungseinbrüche spezialisiert sei. Auch nach der Anzeigenaufnahme würden die Opfer nochmals durch eine „mobile Wache“ kontaktiert. Den Opfern würde ein Gesprächstermin angeboten, bei Bedarf auch weiterführende Hilfe beispielsweise durch den Weißen Ring oder das Trauma- und Opferzentrum vermittelt.

In der abschließenden Diskussion konnten weitere Kontakte zwischen Opfern von Eigentumsdelikten, die diese Taten aus eigenem Erleben schilderten, und den Expertinnen und Experten auf dem Podium geknüpft werden.

Protokollführung: **Alexandra Hagen-Freusberg**, dbb bundesseniorenvertretung

3.6.10 Heute schon an morgen denken – die eigenen vier Wände zukunftsfähig gestalten

Verantwortlich: Verband Wohneigentum e.V.

Moderation: Petra Uertz, Bundesgeschäftsführerin Verband Wohneigentum e.V.

Mitwirkende:

- **Dipl.-Ing. (FH) Martin Breidbach**, Wohnberater Verband Wohneigentum e.V.
- **Eckard von Schwerin**, Prokurist/Vertrieb, KfW Bankengruppe

Möglichst lange im eigenen Haus bzw. in der eigenen Wohnung zu leben, das ist der Wunsch von 93 % der über 65-Jährigen, so moderierte Bundesgeschäftsführerin Petra Uertz das Thema an. Allerdings denken nur wenige daran, ihre eigenen vier Wände frühzeitig den Bedürfnissen des Alters anzupassen.

Martin Breidbach, Wohnberater Verband Wohneigentum, informierte anhand plastischer Bilder und eines Türmodells systematisch über konkrete Möglichkeiten, sicher und bequem möglichst lange im eigenen Haus leben zu können. Bei der *Wohnraumanpassung* kann bereits mit einfachen Hilfsmitteln wie Rampen, Handläufen und Wandgriffen das eigene Haus sowie die unmittelbare Wohnumgebung den veränderten Bedürfnissen und Fähigkeiten der Bewohner angepasst werden.

Bei der *Wohnraumumgestaltung* ist dies aufwändiger, da die Barrieren durch bauliche Veränderungen reduziert werden müssen. Das kann das Bad, den Zugang zum Haus, Treppenlifte oder Türverbreiterungen betreffen. Dafür ist ein gründlicher Umbau erforderlich. Bereits bei der Planung sollte ein Architekt hinzugezogen werden. Der größte Handlungsbedarf besteht in der Regel im Bad: Die Tür sollte nach außen aufgehen, eine ebenerdige Dusche mit rutschhemmendem Boden reduziert Stolperfallen. Ist der Waschtisch unterfahrbar, ist das Waschen im Sitzen möglich. Dies sind drei Beispiele aus der Fülle weiterer Möglichkeiten.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

Immer wichtig ist eine frühzeitige Planung, um übereilte Entschlüsse und unnötig hohe Kosten zu vermeiden. Finanziell kann eine Förderung durch die KfW Bankengruppe sowie durch Pflege- und Krankenkassen helfen. Ebenso ist empfehlenswert, sich bei Städten und Kreisen nach Sonderprogrammen zu erkundigen. Wichtig ist auch, sich über die jeweilig verschiedenen Voraussetzungen zu informieren.



Foto: BAGSO/Ohnemüller

Der Verband Wohneigentum informierte zum Thema Wohnraumanpassung und Wohnraumgestaltung.

Umfassende Auskunft über die Programme der KfW-Förderbank gab der zweite Referent, **Eckard von Schwerin**,

Mitarbeiter der KfW-Bankengruppe. Er präsentierte förderbare Maßnahmen und beispielhafte Berechnungen, ging auf Fragen zu Krediten ein und informierte über die für Wohneigentümer besonders attraktiven Zuschüsse. Auch die Kombination mit Sicherheitstechnik oder mit energetischer Sanierung wurde aufgezeigt. Die KfW fördert unabhängig von Alter und Einkommen des Antragstellers, um Menschen anzuregen, rechtzeitig Vorsorge zu treffen. Wichtig: Der Förderantrag muss unbedingt vor Beginn der Wohnungsanpassungsmaßnahme gestellt werden.

Mieter sollten die schriftliche Zustimmung des Vermieters zum Umbau vor dem Beginn der Baumaßnahmen einholen und ebenfalls schriftlich vereinbaren, diese nach dem Auszug nicht zurückbauen zu müssen.

Informationen gibt es im Internet, z. B. auf den Seiten der KfW (www.kfw.de) und beim Verband Wohneigentum (www.verband-wohneigentum.de) sowie in gedruckter Form über den Verband Wohneigentum. Umbauwillige sollten sich zudem im Vorfeld ausführlich beraten lassen.

Protokollführung: Edeltraud Reitzer, Verband Wohneigentum e.V.

3.6.11 Wohnen wie gewohnt – Neues und Bewährtes zum altersgerechten Wohnen

Verantwortlich: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungsanpassung e.V.

Moderation: **Monika Schneider**, Agentur für Wohnkonzepte, Vorstand BAG Wohnungsanpassung e.V., Köln

Mitwirkende:

- **Bärbel Hälbig**, Beratungsstelle Wohnen und Soziales Stadt Leipzig, Vorstand BAG Wohnungsanpassung e.V., Leipzig
- **Elisabeth Mertens**, Verbraucherzentrale NRW e.V., Düsseldorf
- **Nicole Bruchhäuser**, Beratungsstelle für barrierefreies Wohnen der Landeshauptstadt Wiesbaden, Vorstand BAG Wohnungsanpassung e.V., Wiesbaden
- **Oliver Klingelberg**, Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft, Vorstand BAG Wohnungsanpassung e.V., Bielefeld

Die Moderatorin **Monika Schneider** stellte zunächst die Organisation und die Aufgaben der BAG Wohnungsanpassung vor. Der bundesweite Zusammenschluss von Wohnberatungsstellen sowie Einzelpersonen entwickelte u. a. Qualitätsstandards für die Beratung und führt Fachtagungen, Schulungen und Zertifizierungen durch. Die verschiedenen Bausteine des altersgerechten Wohnens präsentierten anschließend die Expertinnen und Experten aus der BAG:

Bärbel Hälbig zeigte die vielfältigen Möglichkeiten der Anpassungsmaßnahmen in den eigenen vier Wänden auf – von kleinen Veränderungen bis hin zu umfangreichen Umbauten. Das Umstellen von Möbeln, der Einsatz von Hilfsmitteln und die barrierefreie Gestaltung der Küche und des Bades erleichterten es, länger in der eigenen Wohnung zu leben. Hierbei stünden immer die individuelle Beratung und die Bedürfnisse der Ratsuchenden im Mittelpunkt.

Den Abbau von Barrieren bei energetischen Sanierungen belegte **Elisabeth Mertens** anhand praxisnaher Beispiele. So könnten beim Austausch der Hausingangstür nicht nur mehr Energie eingespart, sondern gleichzeitig Schwellen abgebaut, die Beleuchtungssituation verbessert und Sicherheitsaspekte berücksichtigt werden.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

Der Einsatz hilfreicher Technik war das Thema von **Nicole Bruchhäuser**. Obwohl es komplexe Systeme auf dem Markt gäbe, trügen schon Funkklingeln, elektrische Deckelöffner und Dusch-WCs zu einem selbstbestimmten und selbstständigen Wohnen bei. Voraussetzungen für deren Einsatz seien jedoch ausreichende Informationen, neutrale Beratungsangebote und die Verfügbarkeit der Produkte.

Den Bogen zur strukturellen Wohnungsanpassung – der barrierefreien Gestaltung mehrerer Gebäude – und zum Quartier spannte **Oliver Klingelberg**. Neben barrierefreien Wohnungen wird die Versorgungssicherheit im vertrauten Stadtviertel oder in der Gemeinde für ältere Menschen immer wichtiger. In Deutschland etablieren sich Wohnprojekte und ambulante Wohnpflegegemeinschaften, die es ermöglichen, zu Hause selbstbestimmt alt zu werden, jedoch nur langsam. Wichtig sei daher auch das Engagement der Wohnungswirtschaft wie im sogenannten Bielefelder Modell. Hier errichtete eine Wohnbaugesellschaft in bestehenden Wohnquartieren barrierefreien Wohnraum, an den soziale Dienstleistungen bei Bedarf angeschlossen sind. Gemeinschaftsräume fördern zudem das Miteinander in der Nachbarschaft.

Im Anschluss an die Vorträge entwickelte sich eine lebhaft Diskussion. Dabei wurde deutlich, dass nicht nur bestehende Barrieren abgebaut werden müssen. Vielmehr sollten Bauherren, Planer und Ausführende für die barrierefreie Gestaltung insgesamt sensibilisiert werden. Des Weiteren ist eine niedrigschwellige finanzielle Förderung, sowohl von Beratungsleistungen als auch für die Umsetzung von Maßnahmen vonnöten, um das Schaffen barrierefreien Wohnraums voranzubringen. Aus dem Publikum kam der Vorschlag, neue Technologien vermehrt zu nutzen: Vielleicht ließen sich durch 3-D-Drucker eines Tages günstige, individuelle Hilfsmittel herstellen.

Protokollführung: **Nicole Bruchhäuser**, BAG Wohnungsanpassung e.V.

3.7 GESUNDHEIT UND PRÄVENTION

3.7.1 Veranstaltungsreihe: „Fit und bewegt in die Zukunft!“

Themenblock I: Kopffit durch Bewegung

Moderation: Clemens Lücke, Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB)

Mitwirkende:

- Agnes Boos, Gedächtnisfit-Expertin

Themenblock II: Aktiv bis 100 – Aktiv und fit Leben

Moderation: Clemens Lücke, Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB)

Mitwirkende:

- Petra Regelin, Rhein Hessischer Turnerbund
- Miriam Schreck, Deutscher Turner-Bund
- Matthias Roos, Gesundheitsamt Frankfurt am Main
- Dany Kupczik, TSV Bonames
- Dieter Schönwies, Turngau Frankfurt

Themenblock III: Mehr Bewegung für Ältere in der Kommune

Moderation: Clemens Lücke, Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB)

Mitwirkende:

- Ute Blessing-Kapelke, DOSB, stellv. Ressortleiterin Chancengleichheit & Diversity
- Dr. Christoph Rott, Universität Heidelberg, Institut für Gerontologie
- Prof. Bernhard Meyer, Evangelische Hochschule Darmstadt
- Anke Lechner, Übungsleiterin TG Unterliederbach
- Seniorinnen und Senioren der TG Unterliederbach
- Michael Lindner, Kreissportverband Neumünster
- Georg Kemper, Leiter Sportamt Frankfurt

Verantwortlich: Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB),
Deutscher Turner-Bund (DTB)

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

Themenblock I: Kopffit durch Bewegung

Im Veranstaltungsblock „Kopffit durch Bewegung“ erläuterte **Agnes Boos** nicht nur theoretische Grundlagen, sondern untermalte diese durch zahlreiche praktische Übungen, die zum Mitmachen einluden. Die Gedächtnisfit-Expertin zeigte auf, dass ein Training des Körpers immer ein Training des Kopfes bewirkt und auch ein umgekehrter Zusammenhang besteht. Durch Bewegung werden die Nervenzellen angeregt, dadurch werden die so wichtigen Synapsen, die Verknüpfungen der einzelnen Nervenzellen, neu gebildet. Diese bilden sich jedoch nicht durch einmaliges Üben, sondern bedürfen einer Vielzahl an Wiederholungen. Weitere positive Auswirkungen von Sport und Bewegung sind: eine erhöhte Sauerstoffzufuhr im Gehirn, die Anregung des Stoffwechsels und der Hormonproduktion. Auch die Reaktionsfähigkeit und das Konzentrationsvermögen können gesteigert werden.

Das Gehirn lernt ein Leben lang dazu und muss ein Leben lang gefordert werden. Werden die Gehirnstrukturen nicht genutzt, so kommt es zu einer Abnahme der Synapsen und damit der Hirnleistung. Sich täglich eine halbe Stunde aktiv zu bewegen, das kann dieser Abnahme entgegen wirken. Im Alltag können Denkspiele beim Gehen und Laufen eingebaut werden, ebenso wie, z. B. beim Bahnfahren. Vor allem Überkreuzbewegungen sollten integriert werden, da hier beide Gehirnhälften aktiviert werden. Gewöhnlich wird eine Körperse-



Foto: BAGSO/Hemmerich



Foto: BAGSO/Hemmerich

Agnes Boos motivierte die Besucherinnen und Besucher zu einem Training von Körper und Kopf.

ite mehr und somit auch eine Gehirnhälfte weniger benutzt, die Überkreuzbewegungen wirken der einseitigen Benutzung der Gehirnhälften entgegen. Bei schwierigen Denkaufgaben lässt die Konzentrationsfähigkeit nach einer gewissen Zeit nach. Daher sollte nach einer komplexen Denkaufgabe eine Pause gemacht werden, je nach Schwierigkeit der Aufgaben nach ca. 20 bis 30 Minuten, um die Aufmerksamkeit wieder neu zu fokussieren.

Die theoretischen Ausführungen wechselten immer wieder mit aktiven Übungen, sodass die Teilnehmenden Erlerntes direkt umsetzen und am eigenen Körper erfahren konnten, z. B. mit Fingerübungen: Hierbei tippte jeder Finger in der Reihenfolge Zeigefinger, Mittelfinger, Ringfinger, kleiner Finger – und wieder gegenläufig – gegen den Daumen. Dies wurde zunächst gleichzeitig und in gleicher Reihenfolge mit der rechten sowie linken Hand durchgeführt. Anschließend starteten eine Hand am kleinen Finger und die andere wie gewohnt am Zeigefinger. Hier traten bei den Teilnehmenden bereits erste Schwierigkeiten auf, die dem Spaß und der Motivation aber nicht schaden. Ein weiteres Beispiel ist folgende Übung zur Merkfähigkeit, der ganze Körper wurde dabei einbezogen: Je nach Tuchfarbe, die gezeigt wurde, sollten entweder ein Bein gehoben, eine liegende Acht mit dem Bein oder dem Arm oder Armkreisen ausgeführt werden. Zum Ende der Übung wurde die Schwierigkeit erhöht und es wurden zwei Tücher gezeigt, sodass zwei Übungen gleichzeitig ausgeführt werden mussten. Gegen Ende wurde nach einer kleinen Fragerunde die Veranstaltung mit einer weiteren praktischen Übung abgeschlossen. „Ein Huhn fraß ab – man glaubt es kaum – die Blätter von ‘nem Gummibaum, dann ging es in den Hühnerstall und legte einen Gummiball“, diesen Text sprachen alle im Chor. Dazu wurden im Takt mit jeder Silbe die Hände auf die Oberschenkel gelegt, geklatscht, die Arme vor der Brust verschränkt und gestreckt in die Luft gehoben. Anschließend dann in gleicher Reihenfolge wieder rückwärts die Bewegungen ausgeführt. Durch die Überkreuzbewegung wurden beide Gehirnhälften aktiviert und so mancher Arm verknotet. Mit vielen neuen Ideen für Kopffit-Übungen verließen die Teilnehmenden den Vortrag.

Protokollführung: Daniela Volkmuth, Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB)

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

Themenblock II: Aktiv bis 100 – Aktiv und fit Leben

Mit einer Praxiseinheit startete **Dany Kupczik** und aktivierte alle Teilnehmenden mit einer Übung zur Stärkung der Arme und des Rückens. Bei kleinen und schnellen Auf- und Ab-Bewegungen der über dem Kopf gestreckten Arme sollte dabei der Oberkörper ruhig und stabil gehalten werden.

In einem Vortrag gab **Petra Regelin** einen Überblick über die Entstehung und Durchführung des Projektes „Aktiv bis 100“. Dieses verfolgt die Idee, Bewegungsangebote für zuvor inaktive, hochaltrige Personen ab 80 Jahren zu initiieren. Das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Projekt sieht dabei eine Zusammenarbeit der Vereine mit lokalen Partnern, z.B. der Kommune, Einrichtungen der Altenhilfe, Seniorenbüros und Ärzten vor. In diesem kommunalen Netzwerk sollen Hochaltrige durch persönliche Ansprache für die Teilnahme an Bewegungsangeboten gewonnen werden.

Den Bewegungsangeboten liegen die vier Kernkompetenzen der Alltagsbewegung zugrunde. Damit werden die Bereiche Muskelkräftigung, Standfestigkeit und Balance, Beweglichkeit sowie Gehfähigkeit und Mobilität berücksichtigt. Durch regelmäßige Bewegung kann so das Sturzrisiko, das in der Zielgruppe besonders erhöht ist, nachweislich um 50 % gemindert werden.

Innerhalb Frankfurts konnten seit Projektbeginn im Jahr 2011 an 21 Standorten 25 „Aktiv bis 100“-Gruppen gegründet und etabliert werden. Rund 500 hochaltrige Teilnehmende trainieren regelmäßig und gemeinsam ihre Fitness. Dabei stellen körperliche Beeinträchtigungen oder Hilfsmittel wie Rollatoren keinen Hinderungsgrund für die Teilnahme dar, sie können sogar als Trainingsgerät mit integriert werden.

Durch eine kostenlose, halbjährige Teilnahme an „Aktiv bis 100“-Angeboten können die Hochaltrigen am eigenen Körper erfahren, welche Vorteile Bewegung mit sich bringt. Nach der sechsmonatigen Teilnahme ist eine Mitgliedschaft im Verein Voraussetzung, um weiter an dem Bewegungsangebot

teilzunehmen. Aufgrund des Erfolges in Frankfurt wurde das Projekt auch in Rheinhessen umgesetzt. Hier hat sich gezeigt, dass die Zielgruppe auch im ländlichen Gebiet an einem Bewegungs- und Sportprogramm großes Interesse hat.

Nach einer weiteren praktischen Übung von Dany Kupczik schloss sich eine Diskussionsrunde an, in der Moderator **Clemens Lücke** mit Projektbeteiligten und den Veranstaltungsteilnehmern über die praktische Umsetzung diskutierte.

Matthias Roos vom Gesundheitsamt Frankfurt am Main sah einen der wichtigsten Effekte des „Aktiv bis 100“-Projektes in der Gewinnung von Netzwerkpartnern. Neben dieser Vernetzung sei auch die Teilnahme am Vereinsleben bis ins hohe Alter ein wichtiger Effekt. Dies bestätigte auch Dany Kupczik, die als Kursleiterin einer „Aktiv bis 100“-Gruppe tätig ist. Sie sieht das soziale Miteinander und die Möglichkeit, auch mit einer Beeinträchtigung teilnehmen zu können, als einen Gewinn des Projektes. Als Vorstandsmitglied des Turnaus Frankfurt fügte Dieter Schönwies hinzu, dass die Vereine durch die Gestaltung der Mitgliedsbeiträge sehr auf die Bedürfnisse der Hochaltrigen eingehen. Durch flexible Beitragszahlung, teilweise halb- oder auch vierteljährig, können die Teilnehmenden dauerhaft als Vereinsmitglieder gewonnen werden.

Als Expertin für das Projekt „AUF (Aktiv und Fit) Leben“ erläuterte **Miriam Schreck** vom Deutschen Turner-Bund, dass die Erkenntnisse aus „Aktiv bis 100“ genutzt und im Anschlussprojekt bundesweit erprobt würden. Ansatzpunkt und Voraussetzung im „AUF Leben“-Projekt ist das Bilden von Tandems aus mindestens einem Sportverein und einer Kommune. Durch eine solche Zusammenarbeit wird von Beginn an die Langlebigkeit der Bewegungsangebote gesichert. Aus dem



Petra Regelin präsentierte das Projekt „Aktiv bis 100“.

Foto: BAGSO/Hemmerich

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialog

Soz. Sicherheit/
Arbeitswelt

Wohnen/
Wohnumfeld

Gesundheit/
Prävention

Pflege/
Demenz

Verbraucher-
themen

Projekt heraus ist der Handlungsleitfaden „Bewegungsförderung für Hochaltrige und Menschen mit Demenz“ für Kommunen und Vereine entstanden.

Alle Expertinnen und Experten waren sich darin einig, dass die gute Zusammenarbeit der verschiedenen Partner in Form eines gleichberechtigten Netzwerkes besonders wichtig ist. Vor allem die kontinuierliche Pflege des Netzwerkes stellt einen Erfolgsfaktor für die nachhaltige Etablierung von Bewegungsangeboten für Hochaltrige dar.

Der Handlungsleitfaden zum Thema „Bewegungsförderung für Hochaltrige und Menschen mit Demenz“ ist auf Anfrage bzw. unter www.dtb-online.de > Ältere > AUF Leben erhältlich.

Informationen zum Projekt „Aktiv bis 100“ erhalten Sie unter www.htv-online.de > Aktionen und Angebote > Aktiv bis 100.

Protokollführung: Daniela Volkmuth, Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB)

Themenblock III: Mehr Bewegung für Ältere in der Kommune

In Zusammenarbeit mit **Michael Lindner** präsentierten die Seniorinnen und Senioren der TG Unterliederbach einen Rollatorentanz. Die Rollatoren dienten hierbei nicht nur als Hilfsmittel, sondern wurden als Trainingsgerät in den Tanz eingebaut. So wurde z. B. ein Thera-Band befestigt und zusätzlich zur Bein- auch die Armmuskulatur gestärkt. Die Bewegungen und die Musik waren dabei sorgfältig aufeinander abgestimmt und motivierten zum Mitmachen. Anschließend berichtete die Übungsleiterin **Anke Lechner** über ihre Erfahrungen mit der Seniorengruppe bei einem Stadtspaziergang in Unterliederbach. Bei dieser Begehung achtete die Gruppe auf baulich bedingte Schwierigkeiten für ältere Personen sowie auf seniorenfreundliche Baumaßnahmen. Mit Bildern zeigte die Gruppe auf, dass zwar noch einige Stolperfallen vorhanden sind, gute Lösungen, z. B. für Sitzgruppen aber bereits umgesetzt wurden.



Foto: BAGSO/Hemmerich

Mitglieder des TV Nierrad zeigten Übungen zu Musik mit Ball.

Dr. Christoph Rott zeigte den Teilnehmenden, warum Mobilität für Ältere so bedeutsam ist und wie eine Kommune diese unterstützen kann. Dabei präsentierte er das Projekt „Aktiv in Ketsch“, innerhalb dessen nach einer Bevölkerungsbefragung ein Senioren-Aktiv-Programm entwickelt wurde. Deutlich wurde, dass das Wissen um die positiven Eigenschaften von Bewegung nicht ausreichend für eine Aktivierung ist, sondern zunächst das Fitness-Level erfasst werden und anschließend eine Beratung hinsichtlich des bestehenden Bewegungsangebotes stattfinden sollten. So kann die Teilnahme an einem Bewegungsprogramm der Kommune erreicht werden.

In seinem Vortrag zur besitzbaren Stadt stellte **Prof. Bernhard Meyer** dar, dass die Verhältnisse das Verhalten der Seniorinnen und Senioren beeinflussen, nicht das Alter. Dies bedeutet, dass Ältere zu Hause bleiben, da sie z. B. Angst haben, auf längeren Gehstrecken keine Sitzmöglichkeit zu finden. Innerhalb eines Projektes wurden die wichtigen Gehstrecken der Stadt Griesheim analysiert und auf diesen geeignete Gruppensitzplätze, aber auch Sitzobjekte lediglich zum kurzen Verschnaufen, eingerichtet. Diese neuen Sitzmöglichkeiten

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

sollen den Älteren eine eigenständige und sorgenlose Fortbewegung zu Fuß innerhalb der Stadt ermöglichen.

Zu Beginn der Diskussion wies **Georg Kemper** auf das Problem hin, dass sich älteren Menschen in Frankfurt oftmals zu alt fühlen, um im Verein an Bewegungsangeboten teilzunehmen. Auch gesundheitliche Probleme hindern sie, im Verein Sport zu treiben. Dies konnte durch eine telefonische Befragung aufgezeigt werden. Abhilfe schafft hier das „Aktiv bis 100“-Netzwerk, das genau die Zielgruppe der Hochaltrigen sowie zuvor inaktiven Älteren zum Sporttreiben – auch mit Hilfsmitteln – aktiviert. Auch **Ute Blessing-Kapelke** stimmte zu, dass ein Bewegungsangebot geschaffen werden sollte, das auf den Bedürfnissen der Älteren basiert, um diese so zum Sport zu motivieren. Ältere Frauen können z. B. gut für Gesundheitskurse und darüber hinaus auch für den Verein gewonnen werden.

Mit einem bewegten Abschluss des TV Niederrad endete die Veranstaltungsreihe. Sieben Seniorinnen und ein Senior zeigten mit Musik und Ball, wie beweglich und fit man im Alter durch regelmäßige Bewegung noch sein kann.

Protokollführung: **Daniela Volkmuth**, Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB)

3.7.2 Veranstaltungsreihe: „Sehen im Alter – Lebensqualität für ältere Menschen auch mit Seheinschränkung“

Themenblock I: Augenerkrankungen im Alter: Die neue Volkskrankheit

Mitwirkung: Aktionsbündnis „Sehen im Alter“

Moderation: **Werner Lechtenfeld**, Aktionsbündnis „Sehen im Alter“

Mitwirkende:

- **Univ.-Prof. Dr. med. Nicole Eter**, Direktorin der Universitäts-Augenklinik Münster
- **Univ.-Prof. Dr. med. Focke Ziemssen**, Direktor der Universitäts-Augenklinik Tübingen
- **Jana Bouws**, Geschäftsführerin des AMD-Netz, Münster

Themenblock II: Sehverlust im Alter – Erste Hilfen, Beratung und Rehabilitation

Mitwirkung: Aktionsbündnis „Sehen im Alter“,
Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit (EAfA)

Moderation: **Werner Lechtenfeld**, Aktionsbündnis „Sehen im Alter“

Mitwirkende:

- **Angelika Ostrowski**, Koordinatorin „Blickpunkt Auge – Rat und Hilfe bei Sehverlust“ des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbands, Berlin
Vortrag: Überblick über Hilfen, Beratung und Selbsthilfe
- **Christiane Möller**, Rechtsreferentin des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbands, Berlin
Vortrag: Anspruch auf Rehabilitation
- **Ulrike Schade**, Reha-Lehrerin, Bundesverband der Rehabilitationslehrer/-lehrerinnen für Blinde und Sehbehinderte e.V., Leipzig
Vortrag: Wiedererlangung von „Alltagskompetenzen“
- **Barbara Hedtmann**, Dipl.-Religionspädagogin, Dipl.-Sozialarbeiterin, Fachberaterin, Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit, Frankfurt
Vortrag: Was leistet Quartiersarbeit?
- **Klaus Hahn**, Mitglied des Präsidiums und Seniorenbeauftragter des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbands e.V., Münster
Resümee: Was ist politisch zu tun? Welche Handlungsoptionen stellen sich?

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

Themenblock III: Beratung und Begleitung von älteren Menschen mit Sehbeeinträchtigung im Alter

Moderation: Dr. Johannes-Jürgen Meister, Leiter der Gruppe Ruhestand im DVBS

Mitwirkende:

- **Franz Josef Esch**, Frankfurter Stiftung für Blinde und Sehbehinderte (SBS), Frankfurt a.M.
- **Jürgen Nagel**, Leiter der Abteilung Rehabilitationseinrichtung für Blinde und Sehbehinderte (RES) der Deutschen Blindenstudienanstalt (BliSta), Marburg

Verantwortlich: Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband e.V. (DBSV),
Deutscher Verein der Blinden und Sehbehinderten in Studium und Beruf e.V. (DVBS)

Themenblock I: Augenerkrankungen im Alter: Die neue Volkskrankheit

Sehverschlechterung im Alter betrifft viele Menschen, die Tendenz ist stark ansteigend. Sie ist nicht nur ein medizinisches, sondern auch ein gesellschaftliches Problem. Die BAGSO und der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband haben deshalb im Juni 2014 gemeinsam eine Fachtagung zum „Sehen im Alter“ veranstaltet und das gleichnamige Aktionsbündnis gegründet. In dieser Veranstaltungsreihe konnten die Ergebnisse dieser Tagung an betroffene Menschen und an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren weitergegeben werden.

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten auf ihren Plätzen die pünktlich zum DST erschienene Broschüre „Sehen im Alter“ liegen, die vom DBSV, der BAGSO und der BZgA (Bundeszentrale für die gesundheitliche Aufklärung) gemeinsam herausgegeben wird. Der Moderator stellte einleitend die Broschüre vor.

Prof. Dr. Nicole Eter und **Prof. Dr. Focke Ziemssen** informierten in allgemeinverständlicher, anschaulicher Form aus fachmedizinischer Sicht über

altersspezifische Augenerkrankungen, die altersabhängige Makula-Degeneration (AMD), den grauen Star (Katarakt), das Glaukom und die Diabetische Retinopathie. Auch andere altersbedingte Sehbeeinträchtigungen wurden angesprochen. Auf den Plätzen lagen Simulationsbrillen aus, mit deren Hilfe sich die Teilnehmenden in die Situation von Menschen mit Sehbeeinträchtigungen versetzen konnten.

Die Referentin und der Referent veranschaulichten anhand ihrer Präsentationen, welche Veränderungen die verschiedenen Erkrankungen im Auge hervorrufen und wie sie sich auf das Sehen auswirken. Das Interesse des Publikums war groß; entsprechend breiten Raum nahmen die Aspekte Prävention, Früherkennung, Diagnose und Therapien ein.

Da mit Ausnahme des grauen Stars keine vollständigen Heilungsaussichten bei diesen Augenerkrankungen bestehen, war auch die Lebensbewältigung bei dauerhaften Seheinschränkungen Thema. **Jana Bouws** stellte Beratungsnetzwerke jenseits der medizinischen Möglichkeiten am Beispiel des AMD-Netztes vor. Dieses von einem AMD-Patienten zusammen mit seinem Augenarzt initiierte Netzwerk will – ausgehend von Nordrhein-Westfalen – bundesweit den Brückenschlag von den Augenmedizinerinnen über die Beratungsstellen der Selbsthilfeorganisationen, die Augenoptiker und die Rehabilitationslehrer bis hin zu den Patienten ermöglichen. Im Kern steht das Anliegen, dass die Patientinnen und Patienten mit ihrer Diagnose eines dauerhaften Sehverlusts nicht allein gelassen sind, wenn sie die Arztpraxis verlassen. Es gilt, der hier zu beobachtenden Hilflosigkeit der meisten Augenärzte entgegenzuwirken und ihnen Hilfen an die Hand zu geben, die es ihnen trotz der Zeitknappheit ermöglichen, die Patienten zu unterstützen. Solche vom AMD-Netz erarbeiteten Handreichungen werden immer noch sehr zögernd angenommen.

Die Referenten standen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auch über die Veranstaltung hinaus für Fragen zu Diagnosen und Therapiemöglichkeiten zur Verfügung.

Protokollführung: Klaus Hahn, Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV)

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

Themenblock II: Sehverlust im Alter – Erste Hilfen, Beratung und Rehabilitation

In Fortsetzung des ersten medizinischen Blocks wurden für die nicht mehr im Berufsleben stehenden betroffenen Menschen Wege zur Beratung jenseits der medizinischen Versorgung, ihre Inhalte, aber auch Mängel im System, vorgestellt. In unserem unübersichtlichen Sozialsystem ist es nicht immer leicht, die bestehenden Hilfsangebote zu finden, die Lücken zu erkennen und zu vermeiden. Diese Veranstaltung führte in die Hilfen und die Pfade der Versorgung ein, sprach offene Fragen an und zeigte politische Handlungsoptionen auf.

In den Impulsreferaten wurde die – auch durch die Selbsthilfe geprägte– Versorgungsstruktur beleuchtet. Dabei ging es um Rechtsfragen rund um den Anspruch auf Rehabilitation, um das fast flächendeckende Beratungsnetzwerk „Blickpunkt Auge“ des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes und um Methoden und Tipps, wie verloren geglaubte Kompetenzen zur Bewältigung des Alltags zurückerlangt und spezifiziert werden können. Die konkreten Beispiele aus den Impulsreferaten machten die Probleme für das Auditorium deutlich und regten zu interessierten Rückfragen an.

Im Mittelpunkt fast aller Beiträge und der Diskussion stand die Problematik, dass es für Patienten mit gravierendem Sehverlust keine Grundrehabilitation oder Anschlussheilbehandlung gibt. Bei praktisch allen anderen gesundheitlichen Einbrüchen und gravierenden medizinischen Diagnosen bzw. Eingriffen wie Herzinfarkt, Schlaganfall, Krebsoperation oder dem Einsatz eines Gelenkimplantates ist es selbstverständlich, dass die Patienten in einer anschließenden Rehabilitationsmaßnahme darin geschult und trainiert werden, wie sie angesichts der gesundheitlichen Veränderungen ihr Leben so organisieren können, dass die Beeinträchtigungen reduziert, im besten Fall sogar kompensiert werden.

Ein gravierender nicht therapierbarer Sehverlust – und erst recht die Erblindung – sind besonders schwerwiegende Eingriffe in die Lebenssituation der Patienten, denn unsere Welt ist zu allererst visuell ausgerichtet. Wir nehmen

80 % aller Informationen visuell auf. Das betrifft die Mobilität, die Kommunikation mit anderen Menschen, die Bewältigung des häuslichen Alltags, kurz: die Teilhabe im umfassenden Sinn. Dabei verändern sich zwar die Fragestellungen mit dem zeitlichen Abstand zum Beginn der Erkrankung, typische Verunsicherungen aber bleiben. So die Fragen, welche Aussagen valide sind, wem man trauen kann oder welches die richtigen Hilfsmittel sind.

Während es für betroffene Menschen im berufsfähigen Alter nach dem Grundsatz „Rehabilitation vor Rente“ durch die sogenannte Eingliederungshilfe einen Kostenträger für eine berufliche Anpassung oder auch Umschulung gibt, fehlt die gesetzliche Verpflichtung für Menschen jenseits der Berufstätigkeit. Unter dem Dach ihres Spitzenverbandes, des DBSV, hat die Selbsthilfe in Kooperation mit einschlägigen Fachleuten über Jahrzehnte eine Ersatzstruktur aufgebaut. Sie bietet den Patienten eine Anlaufstelle, berät und leitet sie zu Experten wie spezialisierten Augenoptikern, Rechtsanwälten und Rehabilitationslehrern weiter. Der noch nicht gelungene Lückenschluss zu den Augenärzten war bereits Thema im ersten Block. Das Interesse des Publikums war groß, es wurden viele Fragen im Plenum gestellt, aber auch noch anschließend im direkten Gespräch mit den Impulsgeberinnen.

Die Chancen, die das Wohnumfeld durch die Quartiersentwicklung noch bieten könnte, kamen in der Darstellung zu kurz oder sind noch nicht hinreichend beschrieben. Hier wird sich eine Vertiefung lohnen, denn im Quartier stehen die Bewohner grundsätzlich vor den gleichen Problemen, unabhängig davon, ob sie eine Beeinträchtigung haben oder welche.

Einige Wortmeldungen Angehöriger zeigten auf, dass auch hier noch viel Informations- und Klärungsbedarf besteht. Den Veranstaltern ist das bewusst, doch ist das Thema so speziell und zugleich umfassend, dass es in einer eigenen Veranstaltung behandelt werden muss, den Rahmen dieser Reihe hätte es gesprengt.

Protokollführung: Klaus Hahn, Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV)

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

Themenblock III: Beratung und Begleitung von älteren Menschen mit Sehbeeinträchtigung im Alter

Immer mehr Menschen sind erst im fortgeschrittenen Alter von einer Sehbeeinträchtigung oder -behinderung betroffen. In den Jahren 2010 bis 2013 wurden in dem Projekt „Entwicklung und Evaluation eines psycho-sozialen Beratungsprogramms für ältere Menschen mit Sehverlust“ unter Mitwirkung des Lehrstuhls für interdisziplinäre Altersforschung der Goethe-Universität Frankfurt die Möglichkeiten und Chancen einer Beratung in einem städtischen (Frankfurt a.M.) und in einem ländlichen Raum (Landkreis Marburg-Biedenkopf) entwickelt und erprobt. Die Projektleiter, Franz Josef Esch und Jürgen Nagel, stellten ihre Erfahrungen und Erkenntnisse aus diesem Projekt vor, unter lebhafter Anteilnahme des Publikums wurden sie diskutiert.

Franz Josef Esch ging in seinen Ausführungen davon aus, dass von ca. 1,2 Mio. Blinden und Sehbehinderten in Deutschland zwei Drittel älter als 60 Jahre sind. Bezogen auf das Projekt wären das in der Stadt Frankfurt nahezu 6.500 blinde und sehbehinderte Seniorinnen und Senioren. Aufgrund der zentralen Bedeutung des Sehens kann das Eintreten einer Sehbehinderung zu einer Ein-



Foto: BAGSO/Ohrenmüller

Dr. Johannes-Jürgen Meister (Mitte) moderierte die Podiumsrunde zum Thema „Beratung und Begleitung von älteren Menschen mit Sehbeeinträchtigung im Alter“.

schränkung in fast allen Lebensbereichen führen, so etwa in der psychischen Verfassung, der visuellen Kommunikationsfähigkeit (Lesen, Schreiben), der Erledigung alltäglicher Aufgaben, der Orientierung und Mobilität, der sozialen Kommunikation und damit in der autonomen Lebensführung.

Das Eintreten der Sehbehinderung im Alter unterscheidet sich deutlich von anderen Altersstufen. Wesentlich ist die lange Biografie, die mit dem Sehen und einer enorm visuell geprägten Umgebung verbunden ist. Die Sehbeeinträchtigung im Alter trifft in der Regel mit anderen, altersbedingten Einschränkungen, Gegebenheiten und Ängsten zusammen ein, z. B. zunehmender Hilflosigkeit, Sinnkrisen, sozialer Isolation, anderen Krankheiten und Tod. Aufgrund der mangelhaften sozial-rehabilitativen Versorgung älterer Menschen mit Sehverlust wurde das Projekt entwickelt und durchgeführt. Im Mittelpunkt stehen die „Lotsin“ bzw. der „Lotse“, die bzw. der je nach aktuellem Bedarf zu Hause, telefonisch sowie in der Beratungsstelle beraten und begleiten. Eine enge Vernetzung mit anderen Fachdiensten und lokal-regionalen Senioreneinrichtungen ist ein wesentliches Element in diesem Projekt, wie Cintia Spellmeier aus ihren Erfahrungen berichtete. Kernziele der Beratung sind die Bewältigung der neuen, veränderten Lebenssituation, die Erarbeitung von Problemlösungsstrategien, Informationen über und Einweisung in Hilfsmittel sowie die Unterstützung und Herstellung von Kontakten zu anderen Hilfsdiensten und Angeboten für Senioren.

Ergänzt wurden diese Ausführungen von **Jürgen Nagel** durch Daten und Fakten über die im Rahmen des Projektes erfassten und unterstützten vornehmlich stark sehbehinderten älteren Menschen. Die Verteilung auf die Altersgruppen 76 bis 85 Jahre sowie 86 Jahre und älter entsprach der Gesamtbevölkerung.

Fast drei Viertel aller Kontaktsuchenden waren Frauen. Ursachen für eine Kontaktaufnahme waren – wie in der Gesamtbevölkerung – mit Abstand am häufigsten AMD, gefolgt von Glaukom, Katarakt und diabetischer Retinopathie. Die Mehrheit der Ratsuchenden ist zwar auch noch von anderen Beeinträchtigungen betroffen, aber dennoch sind nahezu zwei Drittel von ihnen noch nicht in einer Pflegestufe.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

Bei einer nachfolgenden telefonischen Evaluation der Beratung wurden besonders der Hausbesuch und die Hilfsmittelberatung, aber auch die persönliche und individuelle Beratung und Freundlichkeit der Berater hervorgehoben.

Die Evaluation macht deutlich, dass die zentralen Inhalte im Beratungskonzept von den Teilnehmenden erinnert und als positiv eingeschätzt werden. Der Erfolg der Beratung hängt letztlich in einem hohen Maß auch von der Qualifikation und der Empathie der beratenden Personen ab.

Die größte Herausforderung bleibt jedoch die Verstetigung des Programms und die Information der Betroffenen über das Beratungsangebot.

Protokollführung: **Dr. Johannes Jürgen Meister**, Deutscher Verein der Blinden- und Sehbehinderten in Studium und Beruf (DBSV)

3.7.3 Älter werden in Balance

Verantwortlich: **Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)**

Moderation: **Dr. Monika Koster**, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Mitwirkende:

- **Prof. Dr. Ingo Froböse**, Zentrum für Gesundheit an der Deutschen Sporthochschule Köln; Botschafter des BZgA- Programms „Alter werden in Balance“
Vortrag: „Gute Fitness als Voraussetzung für Älter werden in Balance“
- **Andreas Lukosch**, Ressortleiter Sport und Personal Wald-Merscheider Turnverein Solingen (WMTV)

Als Botschafter des BZgA-Programms „Älter werden in Balance“ motivierte **Prof. Dr. Ingo Froböse** während seines Vortrags auf dem Seniorentag mit lebhaften Beispielen und Tipps zu einem aktiveren Lebensstil, den er als „fittes Altern“ bezeichnete. „Machen Sie sich die Bewegungsaktivitäten der Kinder

zu Eigen und hüpfen sie einfach mal im Alltag, auf diese Weise trainieren sie spielerisch ihr Gleichgewicht.“ Er zitierte aktuellste Forschungsergebnisse und unterstrich anschaulich, dass Bewegung auch in fortgeschrittenem Alter gesundheitsfördernd wirkt und dazu beiträgt, viele der im Alter gehäuft auftretenden Erkrankungen zu verhindern oder zumindest hinauszuzögern. Zudem hätten gemäßigte körperliche Aktivität und der Ausbau motorischer Fähigkeiten positive Effekte auf die Funktion des menschlichen Gehirns. Und: Körperliche Fitness unterstützt die Mobilität der Menschen und somit auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Seine zentrale Botschaft ans Publikum lautete: „Es ist nie zu spät, neue Bewegungsherausforderungen anzunehmen“.

Das Programm „Älter werden in Balance“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) besteht aus einer Reihe ineinandergreifender Einzel-elemente, die kontinuierlich weiterentwickelt werden. Eine zentrale Rolle spielt das Internet-Portal www.aelter-werden-in-balance.de. Hier gibt es praktische Tipps und Empfehlungen rund um die Themen Gesundheit, Wohlbefinden und Bewegung. Ziel des Portals ist es, Freude an Bewegung zu vermitteln und Menschen darin zu bestärken, ihre Bewegungsaktivitäten beizubehalten oder neue in ihr Leben zu integrieren. Die Inhalte sind fachlich geprüft und dokumentieren den aktuellen Stand der Wissenschaft.



Foto: BAGSO/Hemmerich

Prof. Dr. Ingo Froböse begeisterte die Besucherinnen und Besucher.

Um möglichst viele ältere Menschen in Bewegung zu bringen, werden derzeit gemeinsam mit Sportwissenschaftlern, Medizinern und dem organisierten Sport zwei Bewegungsprogramme entwickelt. Eines ist das „Alltagstrainingsprogramm“ (ATP), das zusammen mit Prof. Dr. Froböse und dem organisierten Sport als Bewegungsangebot für Frauen und Männer ab 60 Jahren bundesweit umgesetzt wird. Ziel ist es, den Alltag drinnen und draußen als Trainingsmöglichkeit zu verstehen und

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

dadurch ein Mehr an Bewegung in das tägliche Leben einzubauen. Die Pilotphase beginnt im April 2016 zusammen mit dem Landessportbund NRW und soll ab 2017 in allen interessierten Vereinen in Deutschland angeboten werden.

Die Praxiseinheit, die **Andreas Lukosch** vom WMTV Sportverein Solingen leitete, wurde von sportlichen Seniorinnen und Senioren seines Vereins unterstützt. Gemeinsam animierten sie das Publikum, den Vortrag mit Bewegung ausklingen zu lassen.

Protokollführung: **Susanne Möthe-Gundlack**, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

3.7.4 Länger gesund im Alter – aber wie? Potenziale in Kommunen aktivieren

Verantwortlich: **Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) e.V.**, Projekt: „Im Alter IN FORM – Gesunde Lebensstile fördern“

Moderation: **Anne von Laufenberg-Beermann**, BAGSO-Projektteam

Mitwirkende:

- **Rudolf Herweck**, stellv. BAGSO-Vorsitzender
- **Anne von Laufenberg-Beermann** und **Gabriele Mertens-Zündorf**, BAGSO-Projektteam

„Wer ist verantwortlich für die Gesundheit älterer Menschen?“ Zu dieser Frage nahmen zu Beginn der Veranstaltung die circa 40 Teilnehmenden aus Kommunalverwaltungen der Bereiche Soziales, Senioren und Gesundheit, Senioren(bei)räten, Freiwilligenagenturen, Wohlfahrtsverbänden, Mehrgenerationenhäusern, Senioren- und Sportvereinen auf einer Pinnwand mit Klebepunkten Stellung.

Einleitend stellte **Rudolf Herweck** den „Nationalen Gesundheitsziele Prozess“ vor und erläuterte das Gesundheitsziel „Gesund älter werden“. *Mehr unter: <http://gesundheitsziele.de>.*

Gabriele Mertens-Zündorf erläuterte die Ergebnisse einer Online-Befragung zur Verbesserung der Gesundheitsförderung älterer Menschen durch Akteure in den Kommunen. **Anne von Laufenberg-Beermann** präsentierte das BAGSO-Konzept zur Verbesserung gesundheitsfördernder Angebote. Siehe auch: <http://projekte.bagso.de/fit-im-alter/startseite.html>.

Die Teilnehmenden erarbeiteten in vier Gruppen folgende Ergebnisse:

1. Als Unterstützung für die Verbesserung der Gesundheitsförderung für ältere Menschen wünschen sich Akteure Informationen über vorhandene Angebote, eine bessere Öffentlichkeitsarbeit, Unterstützung seitens der Kommune und Netzwerke der Akteure in der Seniorenarbeit.
2. Durch die Zusammenarbeit der Akteure z.B. im Rahmen eines Runden Tisches „Gesundheit“ und auf Gesundheitstagen mit der Präsentation von Angeboten könnten mehr gesundheitsfördernde Angebote und Synergieeffekte geschaffen werden. Es wurde eine Internetplattform zum Austausch von Anregungen als „Wissens- und Ideenbörse“ vorgeschlagen. Die Veröf-



Rudolf Herweck gab einen Überblick zum Gesundheitsziel „Gesund älter werden“.

Foto: BAGSO/Hemmerich

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialog

Soz. Sicherheit/
Arbeitswelt

Wohnen/
Wohnumfeld

Gesundheit/
Prävention

Pflege/
Demenz

Verbraucher-
themen

fentlichung von Adressen, E-Mail-Listen beteiligter Akteure und feste Ansprechpartner waren gewünscht.

3. Um mehr ältere Menschen zu motivieren, schlugen die Teilnehmenden vor, Treffs zu schaffen, Nachbarschafts-Zentren einzurichten sowie Schulen für generationenübergreifende Angebote, Seniorenbeiräte und die Volkssolidarität einzubinden. Neugierde wecken kann man durch Artikel in Anzeigenblättern und direkte Ansprache in der Nachbarschaft. Kommunen könnten ältere Menschen anschreiben und sie konkret in verschiedenen „Communities“ ansprechen.
4. Vordringliche Ziele für die Gesundheitsförderung älterer Menschen in der Kommune sind die Etablierung eines Kümmerers, die Mitwirkung der Kommune und Akzeptanz des Themas als „Chefsache“ sowie das Stellen personeller Ressourcen.

Protokollführung: Gabriele Mertens-Zündorf, BAGSO e.V.

3.7.5 Schlaganfall: Vorsorge – Aufklärung – Versorgung gemeinsam verbessern

Verantwortlich: Initiative Schlaganfallvorsorge

Moderation: Clemens Lücke, Journalist

Mitwirkende:

- **Dr. Michael Brinkmeier**, Vorstand Stiftung Deutsche Schlaganfall-Hilfe
- **Dr. med. Thomas Götz**, Gesundheitsamt, Stadt Frankfurt am Main
- **Prof. Dr. Ursula Lehr**, Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO)
- **PD Dr. med. Peter-Andreas Löschmann**, Medizinischer Direktor Global Innovative Pharma bei Pfizer Deutschland
- **Anke Siebdrat**, Schlaganfall-Lotsin

In Deutschland erleiden jährlich rund 270.000 Menschen einen Schlaganfall. Dabei könnten zwei von drei Schlaganfällen vermieden werden. Mit diesen Ausgangsinformationen leitete Clemens Lücke die Podiumsdiskussion ein und fragte: „Was kann getan werden, um Schlaganfälle zu verhindern?“

Prof. Dr. Ursula Lehr betonte: „Bewegen Sie sich, bewegen Sie auch Ihre grauen Zellen und ernähren Sie sich gesund, denn durch die richtige Vorsorge können Schlaganfälle verhindert werden.“ Wichtig sei es zudem, die Kennzeichen eines Schlaganfalls zu kennen, denn bei sofortiger Hilfe und schneller Rehabilitation könnten viele Symptome gut aufgefangen und auch wieder rückgängig gemacht werden. „Daher bitten wir die Ärzte, eine Rehabilitation so früh wie möglich durchzusetzen“, so die BAGSO-Vorsitzende.

Das Thema Schlaganfall ist ein wichtiges Thema für die Stadt Frankfurt. Hier gibt es vielfältige Angebote zur Vorsorge und auf Schlaganfälle spezialisierte Krankenhäuser („Stroke Units“ [stroke = Schlaganfall]). „Die ersten zwei Stunden bei einem Schlaganfall sind ausschlaggebend. Jeder Schlaganfall ist ein Notfall, bei dem jede Minute zählt. Daher lieber einmal zu viel als zu wenig die 112 rufen.“ ermutigte **Dr. Thomas Götz**. „Nach Eintritt eines Schlaganfalls sind eine optimale Versorgung und die entsprechende Vernetzung der einzelnen Teilbereiche am wichtigsten!“

„Die beste Krankheit ist die, die man nicht bekommt“, sagte **PD Dr. Peter-Andreas Löschmann**. Prävention und Aufklärung seien daher sehr wichtig, um einen Schlaganfall zu verhindern, denn man könne nur das beeinflussen, was man kenne. „Ich wünschte mir, dass der Präventionsgedanke in vielen Bereichen des Lebens präsenter wird. Nach einem Schlaganfall ist eine gute Nachsorge entscheidend, um dem Patienten zu helfen und weiteren Schlaganfällen und anderen Erkrankungen vorzubeugen.“ Auf die Frage aus dem Publikum nach Anzeichen eines Schlaganfalls, erklärt er, dass diese äußerst vielfältig sein können und von relativ eindeutigen Beschwerden wie halbseitigen Lähmungen und Sprachstörungen bis hin zu eher diffusen Symptomen, z.B: Schluckbeschwerden, Sehstörungen, Kopfschmerzen und Übelkeit, reichen.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

Dr. Michael Brinkmeier nannte ergänzend die sogenannte FAST-Selbstdiagnose, die den Laien in die Lage versetzt, schnell einen Schlaganfall zu erkennen.

Schlaganfall erkennen mit der FAST-Methode

(Quelle: www.schlaganfall-hilfe.de)

- **Face (Gesicht):** Bitten Sie die Person zu lächeln.
→ Ist das Gesicht einseitig verzogen?
Das deutet auf eine Halbseitenlähmung hin.
- **Arms (Arme):** Bitten Sie die Person, die Arme nach vorne zu strecken und dabei die Handflächen nach oben zu drehen.
→ Bei einer Lähmung können nicht beide Arme gehoben werden, sinken oder drehen sich.
- **Speech (Sprache):** Lassen Sie die Person einen einfachen Satz nachsprechen.
→ Ist sie dazu nicht in der Lage oder klingt die Stimme verwaschen, liegt vermutlich eine Sprachstörung vor.
- **Time (Zeit):** Wählen Sie unverzüglich die 112 und schildern Sie die Symptome!

Er hob hervor, wie wichtig es ist, sich die Risikofaktoren bewusst zu machen und nicht träge zu sein, sondern vorzusorgen. Gemeinsam mit Partnern habe man daher die „Initiative Schlaganfallvorsorge – Bei Vorhofflimmern handeln“ ins Leben gerufen. Denn vielen Patientinnen und Patienten mit Vorhofflimmern sei nicht bekannt, dass 20 % der Schlaganfälle darauf zurückzuführen sind. „Ich freue mich, wenn Sie alles das, was Sie heute gehört haben, in die Welt tragen“, ermunterte **Dr. Michael Brinkmeier**.

Bessere Information und Vernetzung ist auch das Ziel des Lotsen-Modells. Viele Schlaganfall-Patienten haben Schwierigkeiten, sich in der neuen Situation zu Recht zu finden. Die Schlaganfall-Lotsen bieten eine gute Möglichkeit

der Unterstützung, da viele Hilfen und Anlaufstellen nicht bekannt sind. „Wir betreuen die Schlaganfallpatienten ein Jahr und stehen ihnen in den verschiedenen Situationen zur Seite. Ich freue mich, wenn es noch mehr Schlaganfall-Lotsen in Deutschland gibt“, erläuterte **Anke Siebdrat**.

Als zentrale Hürden und Aufgaben für die Zukunft sieht **Dr. Michael Brinkmeier**, dass durch verschiedene Geldtöpfe und Verträge die Versorgungskette noch nicht optimal ist. So ist es möglich, dass ein Schlaganfall-Patient weit entfernt von zu Hause zur Rehabilitation geschickt wird.

Auch **Prof. Dr. Ursula Lehr** unterstrich, dass die hinderlichen Geburtsfehler des Pflegegesetzes beseitigt werden müssen, damit auch für pflegebedürftige Menschen gilt: Rehabilitation vor (weiterer) Pflege. Dazu zählen das Problem des Streits der Kranken- und Pflegekassen zur Übernahme von Kosten und die Rückstufung von einer höheren Pflegestufe in die niedrigere, wenn rehabilitative Maßnahmen Erfolg haben. An die Politiker appellierte sie, bei einem Schlaganfall eine direkte Rehabilitation zu ermöglichen, ohne dass erst die Krankenkasse diese genehmigen muss und dadurch wertvolle Zeit verlo-



Foto: BAGSO/Deck

Die hochkarätig besetzte Diskussionsrunde stellte praxisnah die Initiative Schlaganfallvorsorge vor.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

ren geht. Denn eine frühzeitige Rehabilitation sei erfolgreicher, dauere weniger lang und sei somit auch letzten Endes kostengünstiger.

Clemens Lücke fasste zusammen, dass mehr Information und Transparenz sowie förderliche Gesetzesregelungen und flächendeckende Unterstützungen – z. B. durch Lotsen – zentrale zukünftige Aufgaben darstellen.

Weitere Informationen:

www.schlaganfall-hilfe.de; www.schlaganfall-verhindern.de

Protokollführung: **Dr. Barbara Keck**, BAGSO Service Gesellschaft

3.7.6 Psychomotorische Aktivierung von Hochaltrigen

Verantwortlich: **Deutscher Turner-Bund (DTB)**

Mitwirkende:

- **Prof. Dr. Susanne Tittlbach**, Institut für Sportwissenschaft der Universität Bayreuth, Lehrstuhl Sozial und Gesundheitswissenschaften des Sports

Prof. Dr. Susanne Tittlbach stellte in dieser Veranstaltung ihr standardisiertes Bewegungsprogramm „Bewegt im hohen Alter“ sowohl theoretisch als auch praktisch vor.

„Die Gruppe der Hochaltrigen ist eine stetig wachsende, sehr heterogene Gruppe, die an verschiedenen Orten anzutreffen ist. Das standardisierte Programm zielt in diesem Fall auf die Hochaltrigen in Pflegeeinrichtungen ab.“ So leitete Prof. Dr. Susanne Tittlbach ihren Vortrag ein, in dem sie grundlegende wissenschaftliche Fakten darstellte und so Hintergrund und Begründung für ein solches Programm lieferte.

Nach der allgemeinen Einführung – Effekte von Bewegung im Alter auf die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit und somit auf die Selbstständigkeit – erläuterte die Referentin die psychomotorische Aktivierung. Darunter versteht man einen konzeptionellen, ganzheitlichen Ansatz mit motorischen und psychosozialen Inhalten. Nicht nur Problembereiche, sondern die gesamte Person mit motorischen, geistigen, emotionalen und sozialen Komponenten wird angesprochen. Mit diesem Bewegungsprogramm sollen somit die Ressourcen aller genannten Bereiche gestärkt werden und die individuelle Handlungskompetenz so lang wie möglich erhalten bleiben. In wissenschaftlichen Studien zeigten sich positive Effekte auf motorische Fähigkeiten und Selbstständigkeit bei Hochaltrigen.

Der Aufbau des Gruppentrainings und die wichtigsten zu beachtenden „goldenen“ Regeln für Übungsleiter und Teilnehmer wurden erklärt und im anschließenden Praxisteil erprobt.

Mit Unterstützung aller Teilnehmer wurde die Reihenbestuhlung in einen Stuhlkreis umgebaut. Solch einer sei auch für Gruppenangebote im Pflegeheim von Vorteil, da so der Übungsleiter bzw. die Übungsleiterin alle Teilnehmenden und diese auch ihn bzw. sie gut sehen und hören könnten. Nach einer ritualisierten Begrüßung sollten in jeder Einheit die „goldenen“ Regeln erneut erklärt werden, so die Referentin. Verschiedene Übungen mit und ohne Kleingeräte wurden durchgeführt. So kann das Aufwärmen sitzend (Übung: Marschieren auf der Sitzkante) oder stehend (Übung: Durcheinander gehen und per Namen jeden Entgegenkommenden begrüßen) ablaufen. Motorische Übungen können in Urlaubsgeschichten verpackt und Wahrnehmungsübungen anhand des Tagesablaufs absolviert werden, um nur wenige Beispiele zu nennen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops waren mit Interesse und Freude dabei und stellten viele Fragen, die sich meist auf die organisatorische und inhaltliche Umsetzung eines solchen Bewegungsangebots bezogen.

Nähere Informationen zum Programm „Bewegt im hohen Alter“ erhalten Sie im gleichnamigen Kursmanual:

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

Tittlbach, S., Binder, M. & Bös, K. (2012). Bewegt im hohen Alter. Ein Programm zur psychomotorischen Aktivierung in Altenpflegeeinrichtungen. Kursmanual. Aachen: Meyer & Meyer.

oder direkt bei der Referentin Prof. Dr. Susanne Tittlbach:
susanne.tittlbach@uni-bayreuth.de

Protokollführung: Miriam Schreck, Deutscher Turner-Bund (DTB)

3.7.7 Schwerhörigkeit ist nicht nur eine Frage des Alters

Verantwortlich: Deutscher Schwerhörigenbund e.V.

Moderation: Jutta Kraus-Siewering, Referatsleiterin Senioren,
Deutscher Schwerhörigenbund e.V.

Mitwirkende:

- **Jochen Müller**, Dipl. Sozialarbeiter, Lebensberater und Kommunikationstrainer für hörbehinderte Menschen

Schwerhörigkeit ist ein ungeliebtes Thema. Doch gerade für ältere Menschen spielt die zwischenmenschliche Kommunikation eine wichtige Rolle. Liegt darin eine Beeinträchtigung, so kann das zu einer wesentlichen Reduktion der Lebensqualität bis hin zu Isolation und Depressionen führen.

Von allen Sinnesorganen ist das Ohr aber auch das „Intellektuellste“. In der Antike galt es als Sitz des Gedächtnisses, für Paracelsus waren große Ohren ein Zeichen für gutes Hören, ein gutes Gedächtnis und einen scharfen Verstand. Heute gilt das Auge im Allgemeinen als „edelster“ Sinn, es ist im Vergleich zum Ohr der „aktivere“ Sinn. Das Auge kann „fixieren“, es kann „umher-schweifen“, „verstohlen blicken“, es kann schließlich auch geschlossen werden. Das Ohr dagegen ist ständig offen und bereit, Informationen von allen Seiten zu empfangen, sowie gegebenenfalls den Organismus vor Gefahren zu warnen,

selbst dann, wenn er schläft. Es der Wächter. Mit seinem Auge beherrscht der Mensch die Welt, fixiert er die Ziele seiner Handlungen. Durch das Ohr kommt die Welt zum Menschen. Bereits im Mutterleib ist das Ohr von Ungeborenen in der Lage, Kontakt zur Welt aufzunehmen. Im fünften Schwangerschaftsmonat ist das Innenohr in voller Größe ausgebildet. Es ist das einzige Organ, das nach der Geburt nicht mehr wächst. Und wenn ein sterbender Mensch nicht mehr die Kraft hat, die Augen zu öffnen, hält immer noch das Ohr den Kontakt zur Welt aufrecht.

Jochen Müller, selbst hörgeschädigt, hat die Auswirkungen einer Schwerhörigkeit erläutert: Was können wir tun, damit wir besser hören, verstehen und uns helfen können? Warum ist die frühzeitige Versorgung mit Hörsystemen so wichtig und warum können Hörsysteme viel, aber nicht alles?

Die allgemeine Meinung, dass Dank der Hörsysteme der Mensch wieder „normal“ hören kann, ist weit verbreitet und die Industrie der Hörgerätehersteller lässt die Menschen glauben, dass mithilfe eines „kleinen Manns im Ohr“, das Hören wieder normal ist. Leider ist dem jedoch nicht so. Es wurde den Teilnehmenden deutlich gemacht, wie man mit den Hörsystemen hört und wie man damit umgehen kann. Für einige Zuhörer, besonders auch für die Angehörigen von Betroffenen, waren das wichtige Informationen für den Umgang mit ihrem schwerhörigen Partner.

Die sogenannte „Verstecktaktik“ führte den Anwesenden vor Augen, was Menschen tun, wenn sie nicht verstehen und glauben nichts daran ändern zu können. Viele der Teilnehmenden haben sich in den beschriebenen Situationen wiedergefunden: „Obwohl wir nur wenig oder nichts verstehen tun wir so, als ob – lachen wie bei einem Witz mit oder hören interessiert zu.“ Viele der Betroffenen haben ein Gefühl dafür, in bestimmten Situationen, ja oder nein sagen zu müssen. Viele schwerhörige Menschen sagen nicht, dass sie schwerhörig sind.“

Die Auswirkungen dieses Versteckspiels können gerade bei älteren Menschen, die z. B. in Pflegeeinrichtungen sind oder einen akuten Krankenhausaufenthalt

haben, gravierend sein. „Was passiert, wenn ich die Anweisungen des Arztes oder das Aufklärungsgespräch vor einer Operation nicht richtig verstanden habe?“ Viele Mitmenschen sind im Umgang mit den Betroffenen nicht informiert, geschweige denn oder geschult.

Hier hilft die sogenannte Kommunikationstaktik, mit deren Hilfe man besser hören und verstehen kann. Es gibt viele Möglichkeiten, aber die wichtigste und entscheidende ist: „Auf die eigene Schwerhörigkeit hinweisen!“ So nehmen Betroffene den Druck von sich, alles verstehen zu müssen und müssen sich daher nicht mehr „verstecken“.

Der Vortrag gab vielen der Teilnehmenden neue Impulse. Die darauffolgende Diskussion war sehr anregend. Es gab viele Fragen zum Umgang mit schwerhörigen Menschen und mit Hörsystemen.



Foto: BAGSO/Ohrenmüller

Der Vortrag wurde von zwei Schriftdolmetscherinnen begleitet.

Ein Teilnehmer stellte die Frage nach der Möglichkeit des Mundablesens. Mundabsehen ist wichtig, aber auch schwierig. Viele Betroffene erkennt man daran, dass sie angestrengt das Mundbild des Gegenübers beobachten, erschwert wird dies z. B. durch ein verdecktes, schlechtes oder verzerrtes Mundbild. Viele Selbsthilfegruppen des Deutschen Schwerhörigenbundes bieten Trainings zum Mundbildablesen an.

Auch Fragen zum richtigen Hörgerät und der Umgang mit diesem wurden gestellt und diskutiert. So individuell der Mensch ist, so individuell ist auch die jeweilige Schwerhörigkeit. Der Umgang mit den verschiedenen Hörsystemen erfordert viel Geduld und Ausdauer des Betroffenen und seiner Angehörigen. Es ist zu bedenken, dass gerade im höheren Alter die Fähigkeit des Gehirns, sich umzustellen, immer geringer wird.

Der Hörbehinderte muss seine eigene Identität finden. Es ist notwendig, den Verlust bestimmter Werte zu erkennen und gleichzeitig neue aufzubauen. Letzteres ist nicht leicht, wenn man älter ist. Das Fazit lautete: Es ist wichtig, zur eigenen Schwerhörigkeit zu stehen und somit als „Brückenbauer“ für die Mitmenschen aktiv zu werden. Damit werden Barrieren abgebaut und Betroffene können wieder aktiv am Leben in der Gemeinschaft teilnehmen.

Der Vortrag wurde begleitet von zwei Schriftdolmetscherinnen, die neben der technischen Anlage die Kommunikation in Form einer Mitschrift unterstützten. Der Dank gilt den Schriftdolmetscherinnen, der Firma audiovision GmbH und dem Deutschen Schwerhörigenbund, Landesverband Hessen, für die großartige Unterstützung.

Protokollführung: Jutta Kraus-Siewering, Deutscher Schwerhörigenbund e.V.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

3.7.8 Reisen bildet nicht nur, sondern dient auch der Gesundheitsvorsorge

Verantwortlich: **Deutscher Senioren Ring e.V. (DSR)**

Moderation: **Harald Beez**, Geschäftsführer des Deutschen Senioren Rings (DSR) e.V.

Mitwirkende:

- **Klaus J. Kober**, Rheinmünster
- **Dieter Werner**, Mediplus Reisen, Bonn

Im Prozess des Älterwerdens verändern sich auch die Anforderungen, die Menschen an etwaige Reisen haben. Doch auch innerhalb der Gruppe der Senioren sind die Erwartungen an Reisen unterschiedlich. Jede Reise soll der Erholung dienen und somit dem Erhalt der Gesundheit. Aber viele möchten sich darüber hinaus auf Reisen bilden bzw. aktiv etwas für ihre Gesundheit tun. Der DSR griff auf dem Seniorentag dieses Thema auf und erklärte, wie Reiseveranstalter auf diese Bedürfnisse eingehen sollten.

Dieter Werner von Mediplus Reisen in Bonn zeigte neue Wege der Reisbranche auf, wie die Weiterentwicklung von z. B. Rundreisen unter Einbeziehung der 50plus-Generation aussehen kann. Während die Branche solche Reisen in der Regel mit täglichen Ortswechseln anbietet, wird Mediplus ab 2016 gezielt Rundreisen offerieren, bei denen die Teilnehmenden jeweils zwei Tage an einem Ort verbleiben. Dieser Vorschlag von bisherigen Teilnehmern wurde aufgegriffen und es wird sich zeigen, ob so dem Wunsch nach Bildung und Reisen entsprochen werden kann.

Die meisten Reisen von Senioren (Generation 60plus) sind jedoch ambulante Kuren – oft unter dem Begriff „freie Badekur“ bekannt. Hier geht der Trend klar zu Kurangeboten im Ausland, idealerweise mit einem Abholservice direkt von zu Hause, den viele Reiseveranstalter aber noch nicht im Programm haben.

Eine weiterer Trend sind „Präventions- und Gesundheitskurse“, die bisher überwiegend am Wohnort durchgeführt wurden. Bei diesen Kursen handelt es sich z. B. um Nordic Walking, Aquafitness oder Progressive Muskelentspannung nach Jacobsen.

Einen Zuschuss zu ambulanten Kuren und Präventionskursen können die gesetzlichen Krankenkassen als freiwillige Satzungsleistung erstatten. Der DSR veröffentlicht zu beiden Themen eine Liste, was welche Krankenkasse erstattet, unter www.seniorenring.de

Der DSR hat beobachtet, dass einige gesetzliche Krankenkassen eine Erstattung oder einen Zuschuss zunächst ablehnen. So sind immer wieder Fälle bekannt geworden, in denen Sachbearbeiter bei Mitgliedern über 60 Jahre eine Kostenerstattung ablehnen. Hier lohnt es sich, hartnäckig zu bleiben, denn ein Satzungsanspruch bestehe natürlich auch für über 60-Jährige.

Zu Fragen von Kuren, Präventionsreisen und geeigneten weiteren Gesundheitsreisen wurde 2011 eine Initiative gegründet, die Reisebüros zu „Gesundheitsreisebüros“ ausbildet. Diese beraten individuell, welche Angebote für Senioren geeignet sind. Die Initiative wird vom DSR unterstützt. Eine Liste mit ausgebildeten Reisebüros befindet sich ebenfalls auf der Internetseite des DSR.

Protokollführung: **Harald Beez**, Deutscher Senioren Ring e.V.

3.7.9 Darf ich bitten? Effekte des Tanzens auf die geistige Fitness

Verantwortlich: Bundesverband Seniorentanz e.V.

Mitwirkende:

- **Prof. Dr. Claudia Voelcker-Rehage**, TU Chemnitz, Professur Sportpsychologie (mit Schwerpunkt in Prävention und Rehabilitation)
- **Dipl.-Päd. Susanne Tams**, Bundesverband Seniorentanz e.V., Ausbildungsreferentin und päd. Mitarbeiterin

Prof. Dr. Claudia Voelcker-Rehage stellte aktuelle Forschungsergebnisse zum Tanzen und speziell zum Seniorentanz dar. **Susanne Tams** bot Gelegenheit, Choreografien auszuprobieren, um einen direkten Transfer zur Praxis herzu-

stellen. Betont wurde das geistige Training durch das Lernen neuer, komplexer Bewegungsabläufe. Doch auch die psychosoziale Ebene wurde angesprochen, denn das Tanzen in der Gruppe fördert neue soziale Kontakte, schafft zusätzlich Spaß am gemeinsamen Hobby, Erfolgserlebnisse und bewirkt auf diese Weise eine ganzheitliche Aktivierung sowie eine Verbesserung der Lebensqualität.

Die Forschung der letzten Jahre hat gezeigt, dass ein aktiver Lebensstil und insbesondere regelmäßige körperliche Aktivität den altersbedingten Veränderungen im Gehirn entgegenwirken. Verschiedene Arten körperlicher Aktivität wirken dabei unterschiedlich auf das Gehirn und die geistige Fitness von Senioren. Die Effekte eines regelmäßigen Ausdauertrainings wie Radfahren, Nordic Walking und Joggen sind bereits in mehreren Studien nachgewiesen.

Auch Studien von **Prof. Dr. Claudia Voelcker-Rehage** und ihren Kollegen haben positive Effekte regelmäßiger körperlicher Aktivität gezeigt. Dabei wiesen sportlich aktive Senioren nicht nur eine verbesserte geistige Fitness auf, auch ihr Gehirn arbeitete effizienter, vor allem in frontalen Bereichen des Gehirns, die für die Verarbeitung höherer kognitiver Funktionen zuständig sind, außerdem war ihr Gehirnvolumen größer, insbesondere das Volumen des Hippocampus. Dieser ist wichtig für die Gedächtnisleistung und für geistige Funktionen wie die Aufmerksamkeit. Darüber hinaus zeigten die Studien, dass ein Koordinationstraining die Effekte eines reinen Ausdauertrainings übersteigt. Es wurden zusätzliche Effekte auf Ebene der Gehirnaktivität in Gehirnbereichen, die mit der räumlichen Wahrnehmung assoziiert sind, sowie ein größeres Volumen in Bereichen gemessen, die für die Bewegungskoordination und räumlichen Wahrnehmung zuständig sind. Gründe für die positive Wirkung körperlicher Aktivität auf das Gehirn sind vor allem aus Tierstudien bekannt. Diese zeigen, dass regelmäßiges Ausdauertraining u. a. die Durchblutung des Gehirns verbessert und die Ausschüttung von Botenstoffen und Wachstumsfaktoren fördert. Ein Koordinationstraining hingegen erhöht vor allem die Verknüpfungen von Nervenzellen und sorgt für eine höhere Anzahl an Nervenhilfszellen.

Das Tanzen stellt sowohl Anforderungen an die Ausdauer- als auch an die Koordinationsleistung von Senioren. Darüber hinaus werden die räumliche Ori-

entierung und das Gedächtnis geschult. Positive Effekte eines Tanztrainings wurden bereits auf motorischer und geistiger Ebene bestätigt. Eine aktuelle Studie in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Seniorentanz e.V. untersucht die positiven Wirkungen des Tanzens bei langjährigen Mitgliedern in Seniorentanzgruppen. Es konnte gezeigt werden, dass ältere Seniorentänzerinnen deutlich weniger stürzen als gleichaltrige Seniorinnen ohne Tanzerfahrung. Die Seniorentänzerinnen zeigen außerdem eine höhere Lebenszufriedenheit und schätzen ihre körperliche Leistung, insbesondere ihre Koordination, höher ein als gleichaltrige Nichttänzerinnen. Auch auf Ebene des Gehirns wurden Effekte gefunden. Die Tänzerinnen haben ein größeres Volumen in frontalen Hirnbereichen. Ein größeres Volumen in diesen Bereichen steht in Zusammenhang mit einer besseren Aufmerksamkeitsleistung; ein größeres Volumen im Hippocampus mit einer besseren Gedächtnisleistung.

Tanzgruppen, die sowohl die Ausdauer- als auch Koordinationsleistung von Senioren fördern, scheinen daher eine gute Möglichkeit zu sein, die körperliche und geistige Fitness im Alter zu stärken und das Wohlbefinden zu verbessern.

Protokollführung: **Susanne Tams**, Bundesverband Seniorentanz e.V.



Das Publikum machte begeistert bei den Bewegungsangeboten mit.

Foto: BAGSO/Hemmerich

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialog

Soz. Sicherheit/
Arbeitswelt

Wohnen/
Wohnumfeld

Gesundheit/
Prävention

Pflege/
Demenz

Verbraucher-
themen

3.7.10 Wenn die Seele krank ist – Psychotherapie im höheren Lebensalter und die besonderen Belastungen pflegender Angehöriger

Verantwortlich: Deutsche Psychotherapeutenvereinigung (DPtV)

Moderation: Ursula-Anne Ochel, Fachjournalistin Gesundheitswesen

Mitwirkende:

- **Dieter Best**, Dipl.-Psych., stellv. Bundesvorsitzender der Deutschen Psychotherapeutenvereinigung
- **Susanne Baier**, Dipl.-Psych., niedergelassene Psychotherapeutin in Hamburg
- **Dr. Bernhard Gibis**, MPH, Leiter des Dezernats 4 der Kassenärztlichen Bundesvereinigung

Ältere Menschen scheuen häufig davor zurück, psychische Probleme wie Depressionen und Ängste gegenüber Angehörigen und Ärzten anzusprechen. Das führt dazu, dass mögliche Anzeichen für eine psychische Störung nicht als solche erkannt werden, und viel zu oft und zu schnell werden Psychopharmaka verschrieben. Ab einem Alter von 75 Jahren werden kaum noch Psychotherapien in Anspruch genommen, obwohl sie auch im höheren Alter wirksam sind. Stattdessen steigt die Verschreibung von Antidepressiva mit zunehmendem Alter stark an. Psychische Krankheiten sollten bei älteren Menschen genauso ernstgenommen werden wie körperliche Krankheiten und sie sollten genauso fachgerecht mit einer Psychotherapie behandelt werden.

Oft sind aber auch die pflegenden Angehörigen in Not, die ihre Kräfte überschätzen, oder sich von den Erwartungen an sie unter Druck gesetzt fühlen. Sie sind erschöpft, ausgebrannt, und werden häufig selbst zu Patienten. Um diese Menschen erreichen zu können, hat die Kassenärztliche Bundesvereinigung zusammen mit Kooperationspartnern ein Versorgungskonzept entwickelt. Der Vertragsentwurf sieht vor, dass sich Hausärzte und andere Fachgruppen mehr Zeit für die strukturierte Beratung und Behandlung pflegender Angehöriger nehmen können.

Bei der Diskussion kritisierten die Teilnehmer, dass oft lange Wartezeiten auf einen Psychotherapieplatz bestünden. **Dieter Best** betonte, dass man hoffe, dass es mit den Reformen durch das GKV-Versorgungsstärkungsgesetz (VSG) – z. B. Einführung einer Sprechstunde als niederschwelliges Beratungsangebot – und durch die Reform der Bedarfsplanung zu Verbesserungen kommen wird.

Bemängelt wurde von den Diskutanten, dass aufsuchende psychotherapeutische Hilfen in Form von Hausbesuchen oder Besuchen im Altenheim noch zu selten seien. Erschwerend sei, dass nach den Vorschriften begründet werden muss, wenn die Psychotherapie nicht in den Praxisräumen des Psychotherapeuten stattfindet. Zudem werde der zusätzliche Aufwand, der durch das Verlassen der Praxis entsteht, so gut wie nicht vergütet. Dies treffe auch auf den bei älteren Menschen oft notwendigen zusätzlichen Aufwand für Absprachen mit Angehörigen und begleitenden Diensten zu. Das KBV-Vertragskonzept böte die Möglichkeit, wenigstens die vielfältigen Koordinationsleistungen des Hausarztes zu vergüten. Bisher habe sich leider noch keine Krankenkasse bereit erklärt, einen solchen Vertrag einzugehen.

Weitere Informationen zu den Vorträgen erhalten Sie auf www.dptv.de

*Protokollführung: **Monika Bendisch**, Deutsche Psychotherapeutenvereinigung (DPtV)*

3.7.11 Älter werden mit Biss – Tipps und Tricks zur Zahn- und Mundhygiene sowie zum Umgang mit Zahnprothesen und Co.

Verantwortlich: Deutsche Gesellschaft für AlterszahnMedizin e.V. (DGAZ)

Moderation: Dr. Hans Peter Huber, DGAZ

Mitwirkende:

- **Dr. Antje Köster-Schmidt**, Mitglied des Vorstandes der Landes Zahnärztekammer Hessen, Referat: Prophylaxe, Senioren Zahnmedizin, Special Care

Der Vortrag gab Informationen zu den Fragen:

- Welche Auswirkung haben Erkrankungen im Mund auf die allgemeine Gesundheit?
- Welche Auswirkung haben allgemeine Erkrankungen auf die Mundgesundheit?
- Wie kann man den Mund, die Zähne und das Zahnfleisch pflegen und gesund erhalten?
- Wie wichtig ist die Pflege des Zahnersatzes?
- Wie wichtig sind Zahnarztbesuche?
- Wie betreut man pflegebedürftige Angehörige richtig und erhält ihnen die Zahn- und Mundgesundheit?

Wissenschaftliche Untersuchungen machen immer deutlicher, dass es einen Zusammenhang zwischen allgemeinen Erkrankungen (Diabetes mellitus, Herz-, Kreislauferkrankungen, Herzinfarkt, Schlaganfall, chronische Atemwegserkrankungen, Entzündungen an künstlichen Körperteilen wie Gelenken, Herzklappen, Blutgefäßen etc.) und Munderkrankungen (Parodontitis bzw. Parodontose, eine chronischen Erkrankung des Zahnhalteapparates) gibt. Auch Medikamente mit ihren Nebenwirkungen spielen eine nicht unwesentliche Rolle. Nirgends kann Prophylaxe so erfolgreich sein wie im Mund. Bewegung, ausreichendes Trinken, ausgewogene und kaupflichtige Kost, tägliche Zahn- und Prothesenpflege und regelmäßige zahnärztliche Kontrollen sind Garant für einen gesunden und schmerzfreien Mund.

Protokollführung: Dr. Hans Peter Huber, Deutsche Gesellschaft für Alterszahn-Medizin e.V. (DGAZ)

3.7.12 Mitmach-Angebote des organisierten Sports

Verantwortlich: Deutscher Turner-Bund, Hessischer Turnverband, Turngau Frankfurt, Landessportbund Frankfurt

Mitwirkende:

- **Dr. Gudrun Paul**, Sportwissenschaftlerin, DTB-Referentin
- **Heike Schnoor**, exam. Physiotherapeutin, Referentin für den HTV
- **Agnes Boos**, Zertifizierte Gedächtnistrainerin, Ausbildungsreferentin Bundesverband Gedächtnistraining e.V.
- **Markus Peter**, staatl. geprüfter Sport und Gymnastiklehrer, geprüfter Rückenschullehrer
- **Dany Kupczik**, TSV Bonames

Die Besucherinnen und Besucher sollten nicht nur aufmerksam zuhören, sondern auch mit Freude mitmachen. Der organisierte Sport ermöglichte es, in fünf Mitmachangeboten die positive Wirkung von Bewegung am eigenen Körper zu erleben.

Am Donnerstagnachmittag brachte **Dr. Gudrun Paul** zu Latino-Klängen und ABBA-Sound die über 40 Besucher des „Dancefeeling BestAge“-Angebotes ins Schwitzen. Getragen von der Musik, machten alle begeistert und begeisternd mit, nur eine kleine Trinkpause diente dem Ausschnaufen. Die Referentin verband einfache Schritte zu Kombinationen, bei denen alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer mithalten konnten. Die mitreißende Musik und die positive Energie der Referentin brachten jede Menge gute Laune und Spaß mit sich.

Direkt im Anschluss begeisterte **Heike Schnoor** mit ihrem Programm „In jedem Raum steckt Bewegung“, weg von tänzerischen Kombinationen, hin zu der optimalen Nutzung alltäglicher Räume zur Verbesserung der grundlegenden Fähigkeiten Kraft und Koordination. Bei begleitender Musik und mit alltäglichen Gegenständen wie Zeitungen, Wäscheklammern und Flaschen, wurden alle Muskeln von Kopf bis Fuß aktiviert und in Schwung gebracht. Mit neuen Ideen, wie Bewegung in den Alltag integriert werden kann, kamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus diesem Mitmachangebot.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

Am Freitag ermöglichte **Agnes Boos** den Besucherinnen und Besuchern des Deutschen Seniorentags bei sehr hohen Temperaturen gleich zweimal einen Denkspaziergang, um dabei Körper und Geist zu aktivieren. Der Weg führte über das Messegelände und während des Gehens mussten Aufgaben gelöst sowie Dinge behalten werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer freuten sich über die anregenden Aufgaben, die sie in ihren Alltag übertragen konnten.

Die Männer waren am Samstag in aller Frühe gefragt. „Man-Power“ stand auf dem Programm. **Markus Peter** begeisterte die Männer mit verschiedenen Spiel- und Übungsformen, die für jeden ein spannendes Erlebnis sind.

„Drums Alive“ und weitere Trends griff **Dany Kupczik** in ihrem Mitmachangebot „Aktuelle Fitnesstrends“ am Samstagmittag auf. Mit großen Bällen und Holzsticks wurde das Rhythmusgefühl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer geschult, diese ins Schwitzen gebracht und gegen Ende mit Latino-Musik und geforderten Hüftschwüngen die Beweglichkeit gefördert. Mit einem Strahlen im Gesicht kamen alle Beteiligten aus diesem Mitmachangebot.

Protokollführung: **Miriam Schreck**, Deutscher Turner-Bund (DTB)



Foto: BAGSO/Hemmerich

Bei Dancefeeling BestAge ließen sich die Teilnehmenden von der fetzigen Musik zum Mitmachen anregen.

3.7.13 Frische Farben für die grauen Zellen

Verantwortlich: Bundesverband Gedächtnistraining (BVG) e.V.

Moderation: Claus Schlatter, BVGT-Regionalleiter für Hessen

Mitwirkende:

- **Henrike Graef**, Ausbildungsreferentin beim Bundesverband Gedächtnistraining e.V.

Die Besucherinnen und Besucher konnten mit ein wenig Theorie und vielen praktischen Übungen ins Ganzheitliche Gedächtnistraining eintauchen. In den 90 Minuten erhielten sie einen Überblick darüber, was das Ganzheitliche Gedächtnistraining ausmacht und lernten eine „Farbpalette“ kennen, die die Leistungsfähigkeit des Gehirns „unterstreicht“.

Mit einer Zwillingswortgeschichte begrüßte **Henrike Graef** die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, diese ließen sich sofort mit viel Vergnügen und Heiterkeit darauf ein und ergänzten die Wortpaare. Auch im weiteren Verlauf lag der Fo-



Das Trainin der „grauen Zellen“ macht Spaß.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

Foto: BAGSO/Santen

kus besonders auf der Verknüpfung beider Gehirnhälften gemäß dem Motto: „Links wird gedacht, rechts wird gelacht“.

Ganzheitliches Gedächtnistraining ist ein Angebot, das mit Spaß und ohne Leistungsdruck, Körper, Geist und Seele einbezieht. Es dient insbesondere Seniorinnen und Senioren zu Prävention, Erhaltung und Steigerung ihrer Gehirnfunktionen. Dass Gedächtnistraining mittlerweile ein gefragtes Instrument der Gesunderhaltung ist, zeigten auch die Fragen, die im Anschluss an die Referentin gestellt wurden.

Protokollführung: **Claus Schlatter**, Bundesverband Gedächtnistraining e.V. (BVGT), Hessen

3.7.14 Gesundheitswandern

Verantwortlich: **Deutscher Wanderverband**

Moderation/Mitwirkende:

- **Christine Merkel**, Referentin Gesundheit und Marketing
- **Christiane Louis**, M.A. Prävention und Gesundheitsförderung, Physiotherapeutin BscPt, Ausbilderin Gesundheitswandern

Gesundheitswandern, zertifiziert nach dem Deutschen Wanderverband, kombiniert kurze Wanderungen mit Übungen zur Kräftigung, Beweglichkeit, Koordination sowie Entspannungs- und Dehnfähigkeit. Gesundheitswandern richtet sich besonders an Bewegungs(wieder)einsteiger und ist für ältere Menschen gut geeignet. Das Programm gehört zur Bewegungsinitiative des Deutschen Wanderverbandes „Let’s go – jeder Schritt hält fit“, die als ehemaliges Förderprojekt des BMG Modellprojekt im Bereich Bewegung von IN FORM ist.

Ursprünglich war geplant, zwei Gesundheitswanderungen für die Senior tagsbesucherinnen und -besucher im Rebstockgelände durchzuführen. Aufgrund der extremen Temperaturen beschlossen die beiden Gesundheits-

wanderführerinnen **Christiane Louis** und **Christine Merkel**, diese Wanderungen im Innenbereich durchzuführen – eine Premiere. Ausgestattet mit einer Wanderkarte und dem Ausstellerplan, führte Christine Merkel die Wandergruppe durch die Landschaft: Etwas Fantasie war gefragt, galt es doch, sich die Treppe als Berg vorzustellen. Der enge Flur im Kongresszentrum wurde zum Nadelwald erklärt, der Catering-Bereich zur Streuobstwiese und der „Raum der Stille“ zur kühlen Waldlichtung. An diesen Orten leitete Christiane Louis die Übungen an: Das Seiltänzerspiel etwa fördert Koordination und Gleichgewicht, bei der modernen Version der Kniebeuge zur Kräftigung der Oberschenkel bleiben die Knie hinter den Zehenspitzen und das Wippen von Fußspitzen bis Ferse erfordert Körperspannung.

Zu jeder Gesundheitswanderung gehört auch ein kurzer Informationsteil, der sich aus gegebenem Anlass mit dem Thema „Hitze“ befasste. Zur Belohnung für das Mitwandern erhielten die Teilnehmenden ein kühles Getränk.

Informationen zum Gesundheitswandern: www.gesundheitswanderfuehrer.de

Protokollführung: **Christine Merkel**, Deutscher Wanderverband

3.7.15 Fitness fürs Gehirn – wer rastet, der rostet Mentales AktivierungsTraining (MAT)[®]

Verantwortlich: Gesellschaft für Gehirntraining e.V.

Mitwirkende:

- **Roswitha Masuch**, Gesellschaft für Gehirntraining e.V., MAT-Trainerin, Regionalvorsitzende des Landes Nordrheinwestfalen

Geistig fit zu bleiben bis in hohe Alter – das wünschen sich die alle Menschen. Im Rahmen dieses Workshops lernten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, wie man in wenigen Minuten die grauen Zellen in Schwung bringt. Dazu stellte die Trainerin Übungen aus dem breiten Spektrum des Mentalen Ak-

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

tivierungsTrainings (MAT) der Gesellschaft für Gehirntraining e.V. vor. Den Teilnehmenden wurden Übungen und Aufgaben präsentiert, die sie mit viel Ehrgeiz, aber in lockerer Atmosphäre bearbeiteten.

Ohne großen Aufwand das Gehirn zu trainieren – und das auf einer wissenschaftlich fundierten Basis – ließ die Besucherinnen und Besucher aufhorchen und regte sie zu vielen Fragen an. Die geistige Fitness könne jeder trainieren, dabei spiele das Alter eines Menschen keine bedeutende Rolle, so **Roswitha Masuch**.

MAT-Aufgaben zur Steigerung der geistigen Leistungsfähigkeit gehören ebenso zu einem Training wie leichte, moderate Bewegungsübungen. Ein gesundes Ess- und Trinkverhalten wirkt unterstützend auf die geistige Fitness.

Mehrere körperliche und geistige Aktivierungsübungen, auch in Kombination, ließen die Anwesenden schnell ihre Grenzen erkennen. Bei MAT wird kein Wissen abgefragt: Mit Übungen ohne Rückgriff auf bereits gemachte Erfahrung werden die Potenziale unserer geistigen Möglichkeiten erweitert und lassen uns so den Alltag in allen Lebensphasen besser bewältigen. Eine ganz normale Tageszeitung genügt, um auf vielfältige Weise Hirnzellen aufzubauen, Verknüpfungen herzustellen und die geistige Leistungsfähigkeit des Gehirns zu trainieren, was die Teilnehmerinnen und Teilnehmer selbst ausprobieren konnten.

Das Mitmachprogramm bot nicht nur einen Einblick in die Vielfältigkeit der MAT-Übungen, sondern es zeigte auch, dass geistige Fitnessübungen Spaß bringen. Dass der Zeitaufwand nicht besonders hoch ist, erstaunte die Zuhörerinnen und Zuhörer umso mehr, als sie hörten, dass fünf bis zehn Minuten täglich für ein effektives Training ausreichen.

***Aus der Wissenschaft:** Schon beim Lesen erhöht sich der Spiegel des sogenannten „Glückshormons“ Dopamin im Gehirn. Während der Durchführung geistiger Leistungen, selbst des simplen Lautlesens, erhöht er gegenüber dem Ausgangsniveau bei Ruhe. Bei einer einfachen Leseaufgabe beträgt der Anstieg etwa 30%,*

bei einer etwas anstrengenderen Merkaufgabe sind es 120 %. In den jeweils folgenden Ruhephasen bleibt der Dopamin-Spiegel noch wenigstens 15 Minuten lang erhöht, bevor er auf das Ausgangsniveau zurück sinkt.

Eine Übung für zu Hause: Lesen Sie Ihre Tageszeitung über Kopf gedreht oder halten Sie sie einmal schräg, während Sie lesen. Versuchen Sie dabei, den Inhalt zu verstehen und zu behalten.

www.gfg-online.de

Protokollführung: Roswitha Masuch, Gesellschaft für Gehirntaining e.V.

3.7.16 Der Treffpunkt Gesundheit

Erstmals auf einer Messe SenNova bündelten Patienten-Organisationen und Experten ihre Angebote im „Treffpunkt Gesundheit“. Auf 110 m² informierten sie zu Themen wie Schlaganfallvorsorge, Diabetes, chronische Schmerzen, Krebserkrankungen und rheumatische Erkrankungen wie Morbus Bechterew. In kleinen Diskussionsrunden konnten sich interessierte Besucherinnen und Besucher mit Spezialisten austauschen und ihre persönlichen Gesundheitsfragen stellen.

Krankheiten erfahrbar zu machen, war ein weiteres Ziel des Treffpunktes. Wie fühlt sich z. B. ein zu niedriger Blutzuckerspiegel an? Am Treffpunkt Gesundheit konnten Interessierte mit Hilfe kleiner Hilfsmittel, z. B. spezieller Handschuhe, erleben, welche Auswirkungen ein niedriger Blutzuckerspiegel hat. Darüber hinaus gab es die Möglichkeit, Mitmach- und Bewegungsangebote zu nutzen. Das moderne Bewegungsangebot nicht nur für Rheumapatienten brachte Spaß für alle: egal ob gesund, fit oder bewegungseingeschränkt. In der „Glückssprechstunde“ beantworteten Expertinnen und Experten allen Neugierigen ihre Fragen zu Glück und Wohlbefinden. Der große Zuspruch zeigt, dass das Gespräch auf Augenhöhe eine Bereicherung für die Messe war: „Mir hat

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

3.8 PFLEGE UND DEMENZ

3.8.1 Veranstaltungsreihe: „Demenz hat viele Gesichter“

Themenblock I: Demenz – was nun?

Zum Umgang mit der Erkrankung und ihren rechtlichen Aspekten

Moderation: **Dr. Claudia Kaiser**, BAGSO e.V.

Mitwirkende:

- **Helga Schneider-Schelte** und **Sabine Jansen**,
Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. – Selbsthilfe Demenz

Themenblock II: Sport und Bewegung für Menschen mit Demenz

Moderation: **Sabine Jansen**, Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. –
Selbsthilfe Demenz

Mitwirkende:

- **Anke Borhof**, Landessportbund NRW
- **Dieter Keuther**, Behinderten- und Rehabilitationssportbund NRW
- **Veronique Wolter**, TU Dortmund
- **Gabriele Hilscher**, Bundesverband Seniorentanz e.V.

Themenblock III: Demenz und Migration

Moderation: **Sabine Jansen**, Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. –
Selbsthilfe Demenz

Mitwirkende:

- **Dr. Claudia Kaiser**, BAGSO e.V.
- **Yulia Grisakow**, PHÖNIX Köln e.V.
- **Tatjana Jurk**, Integrationsnetzwerk Sachsen e.V.
- **Petra Weritz-Hanf**, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- **Anja Selle-Uersfeld**, Alzheimer Gesellschaft Wiesbaden e.V.
- **Dr. Josef Bura**, FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e.V.

Verantwortlich: **Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. – Selbsthilfe Demenz (DALzG)**

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

Themenblock I: Demenz – was nun?

Zum Umgang mit der Erkrankung und ihren rechtlichen Aspekten

Etwa 1,5 Millionen Menschen sind von einer Demenz betroffen. Wegen der steigenden Lebenserwartung wird diese Zahl in den nächsten Jahren noch ansteigen. Die meisten Demenzkranken werden von ihren Familien begleitet und gepflegt, die ihrerseits vor großen Herausforderungen stehen. Es gilt, einen angemessenen Umgang mit der Erkrankung zu finden und Wissen über die Symptome, den Verlauf und eine gelingende Kommunikation zu erwerben. Neben medizinischen und pflegerischen Fragen sind rechtliche Aspekte sowie Fragen der Finanzierung relevant, vor allem dann, wenn professionelle Unterstützung notwendig ist.

In ihrem Vortrag „Umgang und Kommunikation bei Demenz“ griff **Helga Schneider-Schelte** praktische Beispiele auf. Sie machte zunächst deutlich, dass durch eine Demenz Fähigkeiten verloren gehen und sich die Wahrnehmung verändert. Doch: Menschen mit Demenz entwickeln Strategien und finden einen Umgang mit ihren Defiziten. Sie wollen ihr Gesicht wahren, auch wenn dann manchmal unterschiedliche Realitäten aufeinanderprallen. Auch haben



Foto: BAGSO/Hemmerich

Die Veranstaltungen zum Thema Demenz wurden vom Publikum stark nachgefragt.

Menschen mit Demenz oft ein feines Gespür für Stimmungen. Und sie haben Wünsche: Sie wollen so lange wie möglich selbstbestimmt leben und sich noch aktiv einbringen. Für Angehörige ist es im Alltag eine Herausforderung, dies alles im Blick zu haben und sich darauf einzustellen. Die gewohnte Kommunikation und das vertraute Miteinander verändern sich. Demenz heißt, dass alles viel mehr Zeit benötigt, „nichts geht eben mal schnell“. Der Partner, die Mutter sind darauf angewiesen, dass ihnen Sicherheit und Orientierung vermittelt und mit Respekt begegnet wird. Komplexe Aufgaben wie den Tisch zu decken, funktionieren nicht mehr. Doch wenn diese Tätigkeiten vereinfacht und in kleine Schritte aufgeteilt werden – die Teller auf den Tisch stellen, danach das Besteck und die Gläser –, dann kann vieles noch gemeinsam erledigt werden. Wie dies konkret aussehen kann, wurde in einem kleinen Film „Situation beim Abendessen“ verdeutlicht.

Schwieriger wird es, wenn Erkrankte sich überfordert fühlen, wenn sie nicht wissen, was von ihnen verlangt wird, sie sich unwohl fühlen und aggressiv reagieren. In dem Filmbeispiel „Das Portemonnaie ist verschwunden“ beschuldigt die Mutter ihre Tochter, ihr das Portemonnaie gestohlen zu haben. Die Situation eskaliert. Hier helfen „Durchatmen“, das Erkennen, dass die Mutter verzweifelt ist, weil sie ihren Geldbeutel nicht mehr findet, und das gemeinsame Suchen. Als Faustregel gilt: Die Anschuldigungen nicht persönlich nehmen und versuchen, Abstand zu gewinnen. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn Angehörige nicht selbst am Limit sind, sich selbst wichtig nehmen, sich Unterstützung suchen und auf Ausgleich achten.

Im Vortrag „Rechtliche Aspekte bei Demenz“ gab **Sabine Jansen** einen Überblick über die vorhandenen rechtlichen Instrumente wie Vollmacht, Betreuungsverfügung, Patientenverfügung und rechtliche Betreuung. Auch die Themen Versicherungen und Schwerbehindertenrecht wurden angesprochen.

Wie wichtig das Thema ist, wie viele Menschen es berührt, das zeigte der gute Zuspruch zu dieser Veranstaltung und die lebhafte Diskussion im Anschluss an die Vorträge.

Protokollführung: Sabine Jansen, Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

Themenblock II: Sport und Bewegung für Menschen mit Demenz

Mit einer Demenz treten viele Probleme auf. Die Diagnose ist oft ein Schock für den betroffenen Patienten, aber auch für die Familien. Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen müssen lernen, mit dieser zu leben. Viele Akteure können dazu beitragen, dass auch ein Leben mit Demenz lebenswert sein kann. Sport und Bewegung können wichtige Bausteine sein, die zu mehr Lebensfreude und Selbstbewusstsein beitragen können. Außerdem gibt es Hinweise, dass körperliche Aktivitäten einen präventiven Einfluss auf das Krankheitsgeschehen haben können. Der Themenblock II stellte deshalb Angebote für Sport und Tanz vor und lud zum Nachahmen ein.

Zunächst zeigte **Anke Borhof** die Struktur des Deutschen Olympischen Sportbundes mit seinen 99 Mitgliedsorganisationen und über 27 Millionen Einzelmitgliedern vor und präsentierte die Aktivitäten des Landessportbundes NRW anhand eines Films „Mobil und aktiv im hohen Alter“ (zu finden unter <http://www.lsb-nrw.de/lsb-nrw/>).

Dieter Keuther vom Behinderten- und Rehabilitationssportbund NRW stellte das vom Land NRW geförderte Modellprojekt „Sport für Menschen mit Demenz“ vor. In der Nähe vom Wohnort, in „Pantoffelnähe“, sollten Sportangebote für Menschen mit Demenz entwickelt werden. Nach einer Ausschreibung wurden 73 lokale Angebote in die Förderung aufgenommen und konnten mit einer Starthilfe von je 2.000 € ein für sie passendes Angebot unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten entwickeln. Die Angebote waren über ganz NRW verteilt und in unterschiedlicher Trägerschaft. Die Palette reichte vom Breiten- bis hin zum Reha-Sport. Es gab inklusive und spezifische Angebote mit homogener Zusammensetzung. Wichtiger Bestandteil des Projekts war die Qualifizierung, die für verschiedene Gruppen, d.h. Lehrkräfte, Übungsleiter, aber auch für Pflegekräfte und Angehörige, angeboten wurde.

Von der TU Dortmund wurde das Projekt wissenschaftlich unter der Leitung von **Prof. Monika Reichert** evaluiert. **Veronique Wolter**, wissenschaftliche Mitarbeiterin der TU, berichtete den aktuellen Forschungsstand und zeigte

erste Ergebnisse aus der Auswertung der Anbieterperspektive. Die Evaluation der Nutzerperspektive ist für 2016 geplant, die der Anbieterperspektive, die in Rahmen von Fokusgruppen erfolgte, zeigte Folgendes auf: Die Durchführung war dann besonders erfolgreich, wenn sowohl Sportverein als auch Partner aus dem Bereich Pflege/Betreuung/Beratung gemeinsam aktiv wurden. In jedem Fall brauchte es einen „Kümmerer“. Die Projekte wurden von den Beteiligten als zukunftsweisend angesehen und haben den Blick für den jeweils anderen Bereich geschärft. In der Praxis hat sich die Durchführung in Tandems als besonders effektiv erwiesen. Es war nicht immer einfach, die Zielgruppe zu erreichen. Und es gab die Sorge, nach Auslaufen der Förderung das Angebot nicht dauerhaft finanzieren zu können. Es gibt zwar einige „Töpfe“ (Reha-Sport, niedrigschwellige Angebote nach § 45b SGB XI), die aber nicht allen bekannt sind und auch nicht auf alle Angebote passen.

Im zweiten Teil des Themenblocks II zeigte **Gabriele Hilscher** vom Bundesverband Seniorentanz die Möglichkeiten des Seniorentanzes auch für Menschen mit Demenz auf. Mit der Nutzung unterschiedlicher Musikbeispiele und der langsamen und einfachen Darstellung von Bewegungsabläufen zeigte sie ganz praktisch auf, wie Spaß und Freude durch Seniorentanz vermittelt werden kann. Unter Nutzung bunter Bänder geriet der ganze Saal in Bewegung und ins Schwingen, sodass sich die Teilnehmenden die anschließende Mittagspause verdient hatten.

Protokollführung: **Sabine Jansen**, Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V.

Themenblock III: Demenz und Migration

Demenz ist für jeden eine Herausforderung. Eine besondere Schwierigkeit ist es, wenn eine Demenz bei der zunehmenden Zahl von Migranten und Migrantinnen festgestellt wird. Für sie und ihre Angehörigen ist es schwieriger, notwendige Informationen zu erhalten und zu verstehen, besonders dann, wenn deutsche Sprachkenntnisse fehlen. Auch ist das Versorgungssystem oft nicht

auf diese Gruppe eingestellt und es fehlt der Zugang zu ihnen. Da immer mehr ältere Migrantinnen und Migranten aus der ersten Zuwanderungsgeneration bei uns leben, gewinnt diese Thematik zunehmend an Bedeutung.

Verschiedene Projekte behandeln das Thema Demenz und Migration. **Dr. Claudia Kaiser** von der BAGSO stellte gemeinsam mit **Yulia Grisakov** von PHÖNIX Köln e.V. und **Tatjana Jurk** vom Integrationsnetzwerk Sachsen das „Projekt NASCH DOM – gemeinsam mit Migrantenorganisationen für die Verbesserung der Versorgung russischsprachiger Demenzerkrankter“ vor. Besondere Problembereiche sind dabei das vermutlich frühere Auftreten der Erkrankung, der Verlust der Deutschkenntnisse, ein kulturspezifisches Krankheitsverständnis, verbunden mit Scham und Tabuisierung, der fehlende Zugang zum Versorgungssystem, eine späte Diagnose und die Überforderung der Angehörigen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit von mehr kulturspezifischer und muttersprachlicher Diagnostik, Versorgung und Beratung. Migrantenorganisationen sind bei der Verbesserung der Versorgung insofern wichtig, als sie u. a. die Mittlerfunktion zwischen den Familien und anderen Akteuren wahrnehmen können. Mit dem vom Bundesfamilienministerium geförderten Projekt NASCH DOM soll die Kooperation von Migrantenorganisationen mit den bestehenden Akteuren in Seniorenarbeit und Pflege gefördert werden, um damit eine passgenauere Versorgung und mehr Teilhabe an den allgemeinen Versorgungsstandards auch für Demenzerkrankte mit Migrationshintergrund zu erreichen.

Petra Weritz-Hanf vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend stellte das Programm der Lokalen Allianzen für Menschen mit Demenz vor, dass in einem Schwerpunkt auch Projekte mit dem Schwerpunkt Demenz und Migration fördert. Beispielhaft wurde dies an einem der Alzheimer Gesellschaft Wiesbaden aufgezeigt, das sich an türkischstämmige Menschen mit Demenz und deren Familien wendet. Zunächst quartiersbezogen in einem Stadtteil, sollen mit Unterstützung durch türkischstämmige Ehrenamtliche, die durch die Alzheimer Gesellschaft qualifiziert und begleitet werden, spezifische aufsuchende Beratungs- und Betreuungsangebote etabliert werden.

Ein neu errichtetes Wohnhaus in Hamburg, in dem ältere deutsche Menschen mit Pflegebedarf und solche aus verschiedenen Herkunftsländern leben, stellte **Dr. Josef Bura** vom FORUM Gemeinschaftliches Wohnen vor. Im Obergeschoss wohnen an Demenz Erkrankte mit türkischen Wurzeln in einer Wohn-Pflege-Gemeinschaft und werden von einem türkischsprachigen Pflegeteam betreut. Orientalische Kachelmuster an der Fassade und ein türkisches Badehaus im Inneren erinnern an die Heimat. Ein Café für den Stadtteil, ein liebevoll gestalteter Gartenhof als Treffpunkt für alle, und eine multikulturell angelegte Tagespflege komplettieren das Angebot.

Protokollführung: **Sabine Jansen**, Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

3.8.2 Veranstaltungsreihe: „Gestürzt – OP – Pflegeheim? Eine unausweichliche Gesetzmäßigkeit?“

Themenblock I: Altersmedizin – für wen, wann und warum?

Moderation: RA Dirk van den Heuvel, Bundesverband Geriatrie e.V.

Mitwirkende:

- **Dr. Martin Willkomm**, Krankenhaus Rotes Kreuz Lübeck, Geriatriezentrum
Vortrag: Der betagte Patient im Krankenhaus und in der Reha –
Warum sollte ich in die Geriatrie?
- **Dr. Antje Kloth**, Tessinum Therapiezentrum für Geriatrie und Schlaganfall
GmbH
Vortrag: Welche spezifisch-geriatriischen Versorgungsangebote gibt es?
Was ist gute Geriatrie?

Themenblock II: Altersmedizin und demenziell Erkrankte im Krankenhaus

Moderation: Dipl. med. Inf. Anke Wittrich, Bundesverband Geriatrie

Mitwirkende:

- **Dr. Eric Hilf**, Sana Klinikum Lichtenberg, Berlin
Vortrag: Demenz im Krankenhaus – wo liegt das Problem?
- **PD Dr. Rupert Püllen**, Diakonissen Krankenhaus/Markuskrankenhaus,
Frankfurt am Main
Vortrag: Spezialstationen als ein Lösungsansatz
- **Dr. Wolfgang Knauf**, Asklepios Paulinen Klinik Wiesbaden
Vortrag: Was macht eigentlich die Memory-Klinik?

Themenblock III: Rechtliche und soziale Aspekte für Betroffene und Angehörige

Moderation: RA Dirk van den Heuvel, Bundesverband Geriatrie e.V.

Mitwirkende:

- **RA Dirk van den Heuvel**, Bundesverband Geriatrie e.V.
Vortrag: Was sagt das Recht: Einwilligungsfähigkeit, Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung für den betagten und/oder demenziell Erkrankten?
- **Edda Schliepack**, Mitglied des SoVD-Präsidiums, Vorsitzende des Arbeitskreises Pflege im SoVD
Vortrag: Wieder zu Hause – wer hilft?
- **Brigitte Krebelder**, Landesfrauensprecherin des SoVD-Hamburg
Vortrag: Reha vor Pflege – wie kann ich meinen Anspruch durchsetzen?

Verantwortlich: Bundesverband Geriatrie e.V.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-dialog

Soz. Sicherheit/Arbeitswelt

Wohnen/Wohnumfeld

Gesundheit/Prävention

Pflege/Demenz

Verbraucher-themen

Themenblock I: Altersmedizin – für wen, wann und warum?

Als Einstieg in die Veranstaltungsreihe ging **Dr. Martin Willkomm** auf die Frage ein: „Warum sollte ich in die Geriatrie?“ Dazu stellte er anhand der Definition des geriatrischen Patienten die Patientengruppe vor, für die eine Behandlung in einer Geriatrie die medizinisch indizierte Behandlungsform darstellt. Typisch sind ein Lebensalter über 70 Jahre sowie eine bestehende Multimorbidität, d.h. die Patienten sind mehrfach erkrankt. Zur Erläuterung wurden typische Behandlungsfelder in der Geriatrie näher dargestellt, dabei ging Dr. Willkomm besonders auf Gangstörungen, Sturzneigung, Demenz, Inkontinenz, Seh- und Hörstörungen sowie auf die alterstypische Gebrechlichkeit näher ein.

Zu einem weiteren Schwerpunkt des Vortrages wurden anschließend die besonderen Rahmenbedingungen der Behandlung in einer Geriatrie vorgestellt. Das Besondere ist, dass die Behandlung immer durch ein spezielles Behandlungsteam stattfindet, d.h. neben speziell ausgebildeten Ärzten und dem Pflegepersonal kümmern sich zusätzlich regelhaft Therapeuten aus verschiedenen Fachgebieten, z. B. Physiotherapie, Ergotherapie oder Logopädie, um den geri-

atrischen Patienten. Ergänzt wird das Team durch Ernährungsberater und Sozialarbeiter.

Zur Feststellung des konkreten Behandlungsbedarfs sowie zur Ausgestaltung und regelmäßigen Anpassung der Behandlung werden spezifische Assessmentinstrumente eingesetzt. So wird zu Beginn einer Behandlung ein geriatrisches Basis-Assessment erhoben, das durch spezifische Assessmentverfahren ergänzt wird. Darüber hinaus findet regelhaft ein soziales Assessment statt. So können der individuelle Behandlungsbedarf bestimmt und die Vielschichtigkeit der Erkrankung erkannt werden.

Im weiteren Verlauf des Vortrages wurde näher auf den wichtigen Bereich der Ernährung im Alter eingegangen, es wurden strukturelle Veränderungen im Körper der geriatrischen Patienten sowie der Bereich der Mangelernährung bzw./Unterversorgung angesprochen.

Anhand des eigenen geriatrischen Versorgungsverbundes stellte Dr. Willkomm die verschiedenen Versorgungsbausteine in Schleswig-Holstein bzw. in Lübeck vor. Dabei ging er auf die strukturierte Zusammenarbeit der stationären Geriatrie bzw. der Tagesklinik mit entsprechenden ambulanten Strukturen ein. Dies sei eine Besonderheit der Geriatrie, die den besonderen Behandlungsbedarf in diesem Fach widerspiegelt.

Zum Abschluss seiner Ausführungen ging der Mediziner noch einmal auf spezielle Versorgungsmodelle bzw. Forschungsprojekte in Schleswig-Holstein bzw. Lübeck ein. Dabei stellte er u. a. das Alterstraumatologische Zentrum vor, in dem die Geriatrie und die Unfallchirurgie koordiniert die Versorgung geriatrischer Patienten – insbesondere mit Frakturen – übernehmen.

Dr. Antje Kloth erläuterte die bereits im ersten Vortrag kurz angesprochenen geriatriespezifischen Versorgungsstrukturen näher. Sie ging sie noch einmal auf den besonderen Versorgungsanspruch der Geriatrie ein. Ziel ist es, bei betagten und hochbetagten Patienten die Selbstständigkeit möglichst umfassend zu erhalten bzw. – v.a. nach einem akuten Krankenhausaufenthalt – soweit wie

möglich wiederherzustellen. Im Mittelpunkt steht dabei das individuelle Ziel der Patienten, möglichst selbstständig in der eigenen Häuslichkeit zu leben. Sie umschrieb dies mit dem Grundsatz: „Nicht nur dem Leben Jahre geben, sondern den Jahren Leben.“

Dr. Antje Kloth stellte zudem nochmals die vielfältigen Krankheitssymptome eines alten bzw. hochaltrigen Patienten dar. Die Geriatrie als sogenanntes Querschnittsfach ist darauf spezialisiert, Patienten mit vielschichtigen medizinischen Beeinträchtigungen zu behandeln. Es wird somit nicht nur eine konkrete Krankheit in den Fokus der Behandlung gerückt, sondern es werden vielmehr das Zusammenspiel und die Wechselwirkungen verschiedener Erkrankungen berücksichtigt. Neben der Wiedergewinnung, Verbesserung und dem Erhalt der Selbstständigkeit der Patienten ist somit auch die Minderung bzw. Verhütung von Pflegebedürftigkeit ein wichtiges Ziel in der Geriatrie.

Anschließend wurden die verschiedenen geriatricspezifischen Versorgungsmöglichkeiten sowohl im stationären als auch teilstationären Bereich, z. B. in Form der Tagesklinik, sowie im ambulanten Bereich vorgestellt. Dabei wurde auch das fachlich-inhaltliche Zusammenspiel zwischen Akutbehandlung und Rehabilitation näher erläutert.

Um der Multimorbidität gerecht zu werden und eine fachgerechte Versorgung zu jedem Zeitpunkt der Erkrankung optimal sicherstellen zu können, ist eine enge Vernetzung der verschiedenen Versorgungsangebote notwendig. Vonseiten des Bundesverbandes Geriatrie wurde dazu der sogenannte geriatrische Versorgungsverbund als Versorgungskonzept entwickelt. Die Medizinerin stellte anhand von Beispielen die Zusammenarbeit der verschiedenen Verbundpartner in der Praxis anschaulich dar.

Abgerundet wurde der Vortrag durch die Beantwortung der Frage, wie eine gute Qualität in der geriatrischen Versorgung erkannt und dargestellt werden kann. Dazu wurden verschiedene Qualitätssicherungsinstrumente vorgestellt und erläutert.

Protokollführung: Dirk van den Heuvel, Bundesverband Geriatrie e.V.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

Themenblock II: Altersmedizin und demenziell Erkrankte im Krankenhaus

Im zweiten Themenblock stand das Thema betagter und hochbetagter Demenzpatienten im Mittelpunkt. Der Vortrag von **Dr. Eric Hilf** diente als Einführung in die Thematik. Er ging auf die Fragen, wie man eine Demenz erkennt, wo die Gefahren und Besonderheiten bei Patienten mit Demenz liegen und wie man diese vermeiden kann, näher ein.

Anhand praktischer Beispiele und umfangreichen Bildmaterials stellte er verschiedene Lösungsansätze vor, wie ein modernes Krankenhaus „demenzsensibel“ gestaltet werden kann und wie Probleme im Krankenhausbetrieb vermieden werden können.

Darauf aufbauend stellte **Dr. Rupert Püllen** in seinem anschließenden Vortrag die Spezialstation als Lösungsansatz für die Behandlung von Menschen mit Demenz im Krankenhaus vor.

Zunächst erläuterte er noch einmal das Krankheitsbild Demenz und grenzte dieses insbesondere vom Delir, einem Verwirrheitszustand, der z. B. nach einer OP auftreten kann, ab. Darüber hinaus wurden verschiedene Behandlungsansätze dargestellt und die Frage beantwortet, ob Medikamente wirksam helfen können. Des Weiteren wurde das Thema „Fixierung von Patienten“ und die damit verbundenen Problemfelder sehr anschaulich erläutert. Dabei wurde deutlich, dass Fixierungen im Kontext mit Demenz im Krankenhaus keine Lösungen darstellen.

Mit der durchaus provokanten Frage, ob Demenzerkrankte überhaupt von einer Krankenhausbehandlung profitieren können, wurde der zweite Teil des Vortrages eingeleitet. Anhand wissenschaftlicher Untersuchungen und Analysen wurde deutlich, dass auch demenziell erkrankte Patienten erfolgreich im Krankenhaus behandelt werden können. Vor diesem Hintergrund wurden verschiedene konzeptionelle Ansätze für die Gestaltung von Spezialstationen vorgestellt. Anhand von Bildmaterial und Beispielen aus der Praxis wurden diese leicht verständlich und sehr anschaulich beschrieben.

Mit positiven Erfahrungen aus der Praxis schloss Dr. Rupert Püllen seinen Vortrag ab. Dabei machte er deutlich, dass die Spezialstationen eine Art „Motor“ für die weitere Entwicklung einer sachgerechten und angemessenen Versorgung demenziell erkrankter Patienten im Krankenhaus darstellen, die Krankenhäuser sich jedoch insgesamt für dieses nicht ganz leichte Thema weiter öffnen müssen.

Mit der Memory-Klinik stellte **Dr. Wolfgang Knauf** zum Abschluss des zweiten Themenblocks ein konkretes Beispiel für die Diagnose bzw. medizinische Begleitung demenziell erkrankter geriatrischer Patienten vor. Eine Memory-Klinik ist auf die Diagnose und Therapie organisch bedingter psychischer Erkrankungen älterer Menschen spezialisiert. Dieses medizinische Angebot ist noch relativ jung, denn die erste entsprechende Einrichtung wurde 1983 in London eröffnet. Auch Dr. Wolfgang Knauf ging noch einmal kurz auf die Grundlagen demenzieller Erkrankungen ein, insbesondere auf das Problem, dass viele dieser Erkrankungen nicht oder zumindest nicht frühzeitig erkannt werden. Dies sei besonders dann der Fall, wenn die Demenz eine Nebendiagnose ist.

Die Arbeitsweisen und die verschiedenen diagnostischen bzw. therapeutischen Maßnahmen einer Memory-Klinik bildeten den zweiten Vortragsteil. Dabei wurden v.a. die verschiedenen Testverfahren, die in einer Memory-Klinik zum Einsatz kommen, anschaulich dargestellt.

In seinem Fazit betonte der Mediziner, dass die Demenzdiagnostik mit einer multiprofessionellen Betreuung einhergehen muss. Eine Memory-Klinik biete dafür den idealen organisatorischen Rahmen.

Protokollführung: **Dirk van den Heuvel**, Bundesverband Geriatrie e.V.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

Themenblock III: Rechtliche und soziale Aspekte für Betroffene und Angehörige
Einleitend zum dritten Themenblock referierte **Edda Schliepack**, Bundesfrauensprecherin und Mitglied des SoVD-Präsidiums, unter dem Titel „Wieder zu Hause – wer hilft?“ über die Übergänge von der Akutbehandlung im Krankenhaus in die häusliche Versorgung. Sie stellte unterschiedliche Unterstützungsmöglichkeiten vor und arbeitete heraus, dass erstens dem Entlassungsmanagement der Krankenhäuser eine Schlüsselrolle zukommt und zweitens die gute Vorbereitung der Patientinnen und Patienten auf die Zeit nach dem Krankenhausaufenthalt essenziell ist. Bei Letzterem seien Checklisten hilfreich, wie sie u. a. in vielen Pflegestützpunkten zu erhalten seien.

Anschließend referierte die zweite Vorsitzende des SoVD-Landesverbandes Hamburg, **Brigitte Krebelder**, unter dem Titel „Reha vor Pflege – wie kann ich meinen Anspruch durchsetzen?“ zu Potenzialen und Zugangswegen insbesondere der geriatrischer Reha. Sie machte deutlich, dass eine Verminderung oder Vermeidung von Pflegebedürftigkeit durch den Einsatz von Reha-Maßnahmen auch im Sinne der Kostenträger sei. Wichtig sei, dass der im Rahmen der Pflegebegutachtung ausgesprochenen Reha-Empfehlung durch die Betroffenen nicht widersprochen werde, was leider des Öfteren passiere.

Schließlich referierte der Geschäftsführer des Bundesverbandes Geriatrie, **Dirk van den Heuvel**, über Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und rechtliche Betreuung als Mittel der selbstbestimmten Vorsorge potenzieller Patientinnen und Patienten. Er machte deutlich, dass eine Patientenverfügung immer zusammen mit einer Vorsorgevollmacht erstellt werden sollte, da die Patientenverfügung regelt, welche medizinischen Maßnahmen vorgenommen werden sollen und eine Vorsorgevollmacht regelt, wer im Zweifel für einen nicht mehr auskunftsfähigen Patienten entscheiden soll.

Protokollführung: **Dirk van den Heuvel**, Bundesverband Geriatrie e.V.

3.8.3 Veranstaltungsreihe: „Wohnen plus: Die Ambulantisierung als Chance für die Weiterentwicklung von Altenpflegeheimen“

Themenblock I: Formen der Ambulantisierung und ihre Finanzierung

Moderation: **Sylvia Kern**, Geschäftsführerin Alzheimergesellschaft Baden-Württemberg e.V.

Mitwirkende:

- **Stephan Dzulko**, Leiter der Context Akademie für Weiterbildung im Gesundheitswesen

Vortrag: Ambulantisierung stationärer Pflegeeinrichtungen

Themenblock II: Wie sich Ambulantisierung auf die Lebensqualität auswirkt

Moderation: **Sylvia Kern**, Geschäftsführerin Alzheimergesellschaft Baden-Württemberg e.V.

Mitwirkende:

- **Dr. phil. Horst Wiesent**, Geschäftsführender Gesellschafter der SeniVita gemeinnützige GmbH

Vortrag: Altenpflege 5.0: Ein zeitgemäßes und bedürfnisgerechtes Nachfolgemodell der stationären Pflege

- **Dr. Karlheinz Börner**, Justiziar im Hessischen Amt für Versorgung und Soziales, Wiesbaden; Philipp Graf von und zu Egloffstein, Anwalt mit dem Schwerpunkt Heim- und Pflegerecht

Vortrag: Ambulantisierung aus Sicht des Heimrechts

Verantwortlich: Stadt Frankfurt am Main

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

Themenblock I: Formen der Ambulantisierung und ihre Finanzierung

Als Ambulantisierung bezeichnet man eine u. a. selbstständigere und biografiebezogene, weitestgehend nicht institutionalisierte Versorgung, die den Schwerpunkt auf das „Wohnen“ legt, mit möglichst großer Annäherung an eine Bezugsversorgung. Ambulante Wohnformen dienen dabei der Vermeidung oder Verzögerungen von Heimunterbringungen.

Gemäß § 45 PNG werden zur wissenschaftlich gestützten Weiterentwicklung und Förderung neuer Wohnformen zusätzlich zehn Mio. € zur Verfügung gestellt. Dabei sind insbesondere solche Konzepte einzubeziehen, die es, alternativ zu stationären Einrichtungen, ermöglichen, außerhalb der vollstationären Betreuung bewohnerorientierte individuelle Versorgung anzubieten.

Begründung:

Die Befürchtung Pflegebedürftiger und ihrer Angehörigen, dass eine stationäre Unterbringung eine zu starke Unterordnung in institutionalisierte Strukturen erzwingt und ein selbstbestimmtes Leben nicht ermöglicht, führt oft zu einer Ablehnung von stationären Unterbringungsformen.

In ihrer veränderten Lebenslage wünschen viele pflegebedürftige Menschen lediglich Hilfestellungen, um im Bereich der stationären Pflege einen durch Selbstständigkeit geprägten Lebens- und Wohnstil soweit wie möglich behalten zu können. Für die erforderlichen Hilfestellungen im Alltag wünschen sie eine mehr auf das individuelle Wohnen bezogene Unterbringung mit Wahlmöglichkeiten der Hilfe- und Pflegebausteine, die sie in ihrer speziellen Situation für erforderlich halten. Gebraucht werden aber auch Angebote, die darüber hinausgehen, ohne das Ausmaß einer Vollversorgung im Pflegeheim zu erreichen.

Die Träger stationärer Einrichtungen sollen ermutigt werden, Konzepte in diesem Sinne zu entwickeln und umzusetzen. Hier liegen Chancen, die stationäre Pflege zu ergänzen, ohne ihre Existenz zu gefährden.

Derzeitiger Trend:

Der derzeitige Trend geht in Richtung Pflege- und Betreuungszentren mit verschiedenen Versorgungszweigen, z. B. stationäre Einrichtungen, teilstationäre Einrichtungen, ambulantiserte Wohnformen und Ambulante Pflege. Innerhalb der verschiedenen Versorgungszweige gibt es differenzierte, individuell gestaltete Versorgungsangebote.

Warum sollte man ambulantisieren?

Die Versorgung Pflegebedürftiger ist mehr auf das „Wohnen“ bezogen. Die Leistungsgestaltung ist wesentlich individueller und flexibler. Durch deutlich höhere Leistungen der Kassen (vgl. zu stationärer Versorgung) ist ein höherer „Personalschlüssel“ möglich. Trotz pflegerischer Infrastruktur wird eine größtmögliche Selbstständigkeit und Eigenverantwortung gewährleistet. Kleinere Einrichtungen nahe dem Wohnort sind denkbar.

Ambulante Wohnformen sind außerdem gut mit anderen Wohn- und Betreuungseinrichtungen kombinierbar, z. B. Wohnen mit jungen Familien und Kindergarten/Kita etc. Dies gilt in besonderem Maße für Einrichtungen für demenziell erkrankte Menschen. Bei geistig rüstigen Menschen gibt es häufiger Akzeptanzprobleme mit der Kombination.

Leistungsrechtliche Übersicht, stationär:

1. Pauschale der Pflegekasse
2. Leistungen des § 87b (zusätzliche Betreuung)

Leistungsrechtliche Übersicht

1. Grundpflege/Hauswirtschaft/Betreuung
2. Behandlungspflege
3. Tagespflege/Nachtpflege
4. Leistungen des § 45b SGB XI
5. Verhinderungspflege
6. Kurzzeitpflege
7. Pflegehilfsmittel (SGB XI)
8. Wohngruppenzuschlag

Verträge:

- Mietvertrag (& NK)
(evtl. allgemeiner Betreuungsvertrag – Notruf, Beratung etc. – gekoppelt an Mietvertrag)
- Pflegevertrag
- Betreuungs- und Dienstleistungsvertrag
- Ggf. Mieterbeschluss zu Haushaltsgeld

Überlegungen zum Konzept:

Bei ambulantisierten Wohnformen ist es schwierig, standardisierte Konzepte zu erstellen. Diese müssen einrichtungsindividuell erarbeitet werden, abhängig von den vorhandenen oder geplanten Räumlichkeiten, vom erwarteten Klientel und vom Pflege-/Betreuungskonzept.

Protokollführung: **Daniela Vater**, Frankfurter Verband für Alten- und Behindertenhilfe e.V.

Themenblock II: Wie sich Ambulantisierung auf die Lebensqualität auswirkt

Gründe für ein zeitgemäßes Wohn- und Pflegekonzept

Die eigene Wohnung ist gemäß EU-Charta der Grundrechte ein Menschenrecht. Jeder Mensch hat das Recht auf ein würdiges und unabhängiges Leben sowie Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. Es gibt eine neue Generation pflegebedürftiger Menschen mit veränderten Bedürfnissen.

Das innovative Wohn- und Pflegekonzept AltenPflege 5.0

AltenPflege 5.0 kombiniert die Vorteile stationärer und ambulanter Pflege. Sie besteht aus drei Bausteinen unter einem Dach: einer eigenen seniorengerechten Wohnung, einem geeigneten Pflegedienst sowie einer Tagespflegeeinrichtung im Erdgeschoss.

Pflegebedürftige sind in diesem Konzept Mieter. Sie wählen frei einen Pflegedienst und können an jedem Tag im Jahr die Tagespflege besuchen, die von 8 bis 19 Uhr geöffnet ist. Die Umwandlung bestehender Altenpflegeheime in Altenpflege 5.0 stellt eine Herausforderung dar, da u. a. die Umsetzung von Baumaßnahmen während des Betriebes mit Bettenabbau und Bewohnerreduzierung ohne Personalabbau gewährleistet werden muss.



Foto: BAGSO/Santen

Wichtig war den Besuchern sich aktiv an den Veranstaltungen beteiligen zu können.

Vorteile

Die Pflegebedürftigen wohnen in ihrer eigenen Wohnung und bleiben mündige Kunden, die für sich selbst entscheiden. Die Versorgung sämtlicher Pflegestufen ist möglich. Insbesondere Patienten mit hohem Pflegebedarf können optimal versorgt werden, da der Personalschlüssel höher ist als bei der vollstationärer Pflege.

Ambulantisierung aus Sicht des Heimrechts

- Oberste Aufsichtsbehörde:
Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
- Obere Aufsichtsbehörde: Regierungspräsidium Gießen

Diesen Aufsichtsbehörden sind die hessischen Ämter für Versorgung und Soziales, Abteilung Betreuungs- und Pflegeaufsicht unterstellt.

Abgrenzungskriterien stationär versus selbstbestimmter ambulant betreuter Wohngemeinschaft

Die ambulant betreuten Wohngemeinschaften sind freiwillige und selbstverantwortliche Zusammenschlüsse der Bewohnerinnen und Bewohner. Die Initiative geht von ihnen bzw. ihren Angehörigen aus. Die Bewohner entscheiden selbstständig

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationsdialog

Soz. Sicherheit/Arbeitswelt

Wohnen/Wohnumfeld

Gesundheit/Prävention

Pflege/Demenz

Verbraucherthemen

dig über alle das Zusammenleben betreffenden Fragen. Die „Einstufung“ unter Beachtung der rechtlichen Vorgaben erfolgt im Rahmen einer Gesamtbetrachtung.

Die entsprechende Wohn- und Versorgungsform ist gemäß dem Hessischen Gesetz für Betreuungs- und Pflegeleistungen als stationäre Einrichtung einzustufen. Bei den Verbrauchern als Zielgruppe handelt es sich größtenteils um pflegebedürftige Menschen.

„Ordnungsrecht ist nicht gleich Leistungsrecht!“

Liegen die entsprechenden Voraussetzungen vor, so kann die Leistungserbringung „ambulant“ erfolgen, auch wenn die entsprechende Wohn- und Versorgungsform gemäß HGBP als stationär einzustufen ist!

Rechtliche Anknüpfungspunkte der ambulanten Versorgung einer gemäß dem HGBP als stationär einzustufenden Einrichtung sind u. a. § 12 HGBP (landesrechtliches Ordnungsrecht) und § 38 a SGB XI (bundesrechtliches Leistungsrecht).

Rechtliche Basis: Landesrechtliches Ordnungsrecht (wie das HGBP) kann nicht gestatten, was nach leistungsrechtlichem Bundesrecht (wie das SGB XI) nicht zulässig ist!

Bei einer entsprechenden Versorgungs- und Wohnform sollte der potenzielle Leistungserbringer unbedingt die zuständigen Ordnungsbehörden, aber auch die vorgenannten zuständigen Kostenträger, für die jeweilige Konzeption „mit ins Boot holen“.

Fazit

Das landesrechtliche „Heimrecht“ ist bei entsprechenden Wohn- und Versorgungsformen als landesrechtliches Ordnungsrecht zu beachten, leistungsrechtlich ist das entsprechend einschlägige Bundesrecht (z. B. SGB XI) zu beachten. Bei einer Einrichtung, welche nach dem HGBP als stationäre Einrichtung einzustufen ist, wird nahezu immer das Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WBVG) Anwendung finden.

Protokollführung: **Daniela Vater**, Frankfurter Verband für Alten- und Behindertenhilfe e.V.

3.8.4 Gefährliche Pflege

Verantwortlich: Frankfurter Forum für Interdisziplinäre Alternswissenschaft (FFIA), Justus-Liebig-Universität Gießen

Moderation: Prof. Dr. Gisela Zenz, FFIA Goethe-Universität Frankfurt

Mitwirkende:

- Prof. Dr. Arthur Kreuzer, Justus-Liebig-Universität Gießen
- Dr. Anna Schwedler, FFIA Goethe-Universität Frankfurt
- Dipl. Päd. Nadine Konopik, FFIA Goethe-Universität Frankfurt

Prof. Dr. Gisela Zenz erläuterte das Thema und stellte die Referenten vor.

„Gefährlich“ kann eine Pflege-Situation werden, wenn die Pflegenden oder auch die Gepflegten überfordert sind, sodass es zu Gewalt oder Vernachlässigung kommt. Hinzukommen kann ein besonderes Aggressionspotenzial – ähnlich wie bei der Kindesmisshandlung.

Dr. Arthur Kreuzer ist emeritierter Professor für Kriminologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Schwerpunkte seiner wissenschaftlichen und publizistischen Tätigkeit liegen u. a. im Opferschutz. Er ist Mitglied im „Weißen Ring“ sowie im Hessischen Landespräventionsrat (AG Prävention für ältere Menschen). Nadine Konopik ist Diplompädagogin mit dem Schwerpunkt Gerontologie, Dr. Anna Schwedler ist Juristin. Beide sind wissenschaftliche Mitarbeiterinnen an der Goethe-Universität und bearbeiten im Rahmen des „Frankfurter Forum für Interdisziplinäre Alternswissenschaften“ das Forschungsprojekt „Versorgungsmängel und Rechtsschutz in der häuslichen Pflege alter Menschen“ (VERA), das vom Bundespflegebeauftragten, Staatssekretär Karl-Josef Laumann, gefördert wird.

Am Beispiel des vor kurzem vom Landgericht Oldenburg wegen mehrfachen Mordes verurteilten Krankenpflegers Niels H. erläuterte **Prof. Dr. Arthur Kreuzer** die Notwendigkeit der Errichtung eines Landespflegebeauftragten als neutrale Ombudsstelle. Niels H. konnte in Oldenburg als Krankenpfleger

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen



Foto: BAGSO/Hemmerich

Die rechtlichen Möglichkeiten präventiv vor häuslichen Gewaltsituationen zu schützen, reichen zurzeit nicht aus.

jahrelang kranke und/oder pflegebedürftige Menschen töten, obwohl die Kolleginnen und Kollegen gegenüber Niels H. ein „ungutes Gefühl“ hatten. Die Kolleginnen und Kollegen scheuten sich davor, dem Arbeitgeber von ihrem „unguten Gefühl“ zu berichten. Durch einen unabhängigen Landespflegebeauftragten können solche Vorfälle in Zukunft wahrscheinlich vermieden werden bzw. schneller entdeckt werden.

Daran anschließend analysierten **Dr. Anna Schwedler** und **Nadine Konopik** die Rechtsschutzmöglichkeiten versorgungsabhängiger Menschen. Im Vordergrund standen dabei die rechtlichen Möglichkeiten, sich vor Gewalt und Vernachlässigung in der häuslichen Pflege zu schützen. Nadine Konopik erläuterte, dass vorhandene Studien zu dem Ergebnis kommen, dass Gewalt und Vernachlässigung in der häuslichen Pflege keine Seltenheit seien. **Dr. Anna Schwedler** zeigte, dass die rechtlichen Möglichkeiten zurzeit nicht ausreichen, um präventiv vor häuslichen Gewaltsituationen zu schützen. Ebenso seien die rechtlichen Möglichkeiten, durch staatliche Intervention in das häusliche Pflegeverhältnis einzugreifen, gering und nicht effizient. Gemeinsam versuchen die beiden Wissenschaftlerinnen zukünftig Gesetzesentwürfe zu entwickeln, um diese Rechtsschutzlücken zu schließen.

Protokollführung: **Dr. Anna Schwedler**, FFIA Goethe-Universität Frankfurt

3.8.5 Rehabilitation vor Pflege – ein Grundsatz im Pflegegesetz

Verantwortlich: Senioren-Union der CDU Deutschlands

Moderation: Prof. Dr. Ursula Lehr, Bundesministerin a.D. und BAGSO-Vorsitzende

Mitwirkende:

- **Karl-Josef Laumann**, Staatssekretär und Pflegebevollmächtigter der Bundesregierung
- **Prof. Dr. Andreas Kruse**, Leiter des Instituts für Gerontologie an der Universität Heidelberg
- **Prof. Dr. Wolfgang von Renteln-Kruse**, Universitätsklinik Eppendorf und Albertinen-Haus in Hamburg
- **Dr. Stefan Gronemeyer**, Leitender Arzt und stellvertretender Geschäftsführer des Medizinischen Dienstes des GKV-Spitzenverbandes (MDS)

Die Senioren-Union der CDU widmete sich im Rahmen einer Podiumsdiskussion des Themas „Rehabilitation vor Pflege – ein Grundsatz im Pflegegesetz“.

Prof. Dr. Ursula Lehr führte durch die Veranstaltung und wies darauf hin, dass der Grundsatz „Reha vor Pflege“ schon bei Einrichtung der Pflegeversicherung galt. Durch gerontologische Intervention könne man Pflegebedürftigkeit vermeiden oder verzögern. Allerdings seien die Kosten für die Pflege ausschließlich der Pflegeversicherung zugeordnet worden und die Kosten der Rehabilitation den Krankenkassen. Hier seien Änderungen notwendig.

Staatssekretär Karl-Josef Laumann führte aus, dass die Pflegeversicherung in den letzten 20 Jahren eine einzigartige Erfolgsgeschichte gewesen sei und eines der besten Beispiele für gelebte Solidarität in unserem Land. „Aktuell haben wir 2,6 Millionen Pflegebedürftige, bis 2030 wird ein Anstieg um ein Drittel erwartet“, sagte Laumann. „Dies macht deutlich, dass die Bedeutung der Reha-Leistungen steigt.“ Wichtig sei dabei, Reha-Bedarf zu erkennen, damit frühzeitig Leistungen der Prävention und der medizinischen Reha eingelei-

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen



Staatssekretär Karl-Josef Laumann (Mitte) zeigte die Entwicklungen der Pflegeversicherung auf.

tet werden könnten. Es seien deshalb neben dem neuen Pflegestärkungsgesetz auch Änderungen von Paragrafen des Sozialgesetzbuches vorgesehen, um die Pflegeleistungen zu steigern und deren Finanzierung sicherzustellen.

Prof. Dr. Andreas Kruse wies darauf hin, dass die Ansicht, über 80-Jährige nicht mehr in Reha-Maßnahmen einzubeziehen, gegen gängiges Fachwissen und gegen die Menschlichkeit verstoße. Abschließend forderte er Reha auch für Demenzkranke, die Möglichkeit der Psychotherapie für alte Menschen sowie eine Bewertung der Pflegeheime nach ihrer Qualität.

Prof. Dr. Wolfgang von Renteln-Kruse betonte die Wichtigkeit der ambulanten Reha – hierfür gäbe es in Deutschland zehn Einrichtungen für die mobile (zugehende) geriatrische Rehabilitation. Reha-Maßnahmen im Alter erfolgten nur in einem Prozent der Fälle aufgrund von Empfehlungen durch den MDK. „Die geriatrische Forschung muss fortgesetzt und intensiviert werden, aber

auch die Kommunikation zwischen allen Beteiligten ist wichtig und muss intensiviert werden, um die Erfahrungen weiterzugeben“, forderte er.

Dr. Stefan Gronemeyer bestätigte die vorherigen Aussagen. Allerdings werde oftmals auch von den Betroffenen das Angebot nicht wahrgenommen. Alte Menschen seien nicht mehr so mobil. Die Gutachter würden zurzeit intensiver geschult und es fände ein besserer Informationsaustausch zwischen den Pflegefachkräften und den Ärzten des MDK zur Reha-Indikationsstellung statt.

Nachdem die Gäste die Gelegenheit genutzt hatten, Fragen an die Podiumsteilnehmer zu richten, schloss Prof. Dr. Ursula Lehr die Veranstaltung mit dem Dank an alle Beteiligten und den Veranstalter. Sie wies darauf hin, dass die diskutierten Punkte nun auch politisch umzusetzen seien.

Protokollführung: **Jenny Engelhardt**, Senioren-Union der CDU Deutschlands



Prof. Dr. Wolfgang von Renteln-Kruse war bereits beim Deutschen Seniorentag in Hamburg mit dabei.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialog

Soz. Sicherheit/
Arbeitswelt

Wohnen/
Wohnumfeld

Gesundheit/
Prävention

Pflege/
Demenz

Verbraucher-
themen

Foto: BAGSO/Hemmerich

3.8.6 Gemeinsam die Bedingungen für pflegende Angehörige verbessern – es geht um unser aller Zukunft

Verantwortlich: wir pflegen – Interessenvertretung begleitender Angehöriger und Freunde in Deutschland e.V.

Moderation: Dr. Judith Borgwart, Geschäftsführerin Stiftung PflegeZukunft Gestalten gGmbH

Mitwirkende:

- **Dr. Hanneli Döhner**, Vizepräsidentin EUROCARERS und Mitglied bei wir pflegen e.V.
- **Gudrun Born**, ehemalige pflegende Angehörige und Mitglied bei wir pflegen
- **Erwin Rüdell**, MdB und Gesundheitspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion
- **Armin Nentwig**, Landrat a.D. und Bundesvorsitzender Schädel-Hirnpatienten in Not
- **Bernd Gard**, Ortsbürgermeister a.D. und Mitbegründer Mannebacher Mobilitätsmodell
- **Dr. Stefan Knoll**, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Familienversicherung AG
- **Heinz Heck** (†), Geschäftsführendes Vorstandsmitglied von wir pflegen e.V.

Dr. Judith Borgwart stellte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Podiums mit kurzen Statements vor, die einen spannenden Einstieg in die Diskussion boten.

Zu den Fragen nach „der Situation in der häuslichen Pflege“ und „ob der Gesetzgeber alles getan hat, um für die Zukunft gerüstet zu sein“, verwies **Erwin Rüdell** auf die bereits stattgefundenen Pflegereformen und hob die Maßnahmen im aktuellen Pflegestärkungsgesetz hervor, insbesondere die Neufestlegung der Pflegebedarfsgrade. Auch die Unterstützung der pflegenden Angehörigen solle gestärkt werden.

Dr. Stefan Knoll vertrat die Meinung, dass der Gesetzgeber es bisher nicht geschafft habe, eine zukunftsweisende Ausrichtung der Pflegeversicherung zu

bewerkstelligen. Dies sei auch der Tatsache geschuldet, dass die gesetzliche Pflegeversicherung nur einen Teil des Pflegerisikos abdecken könne. Es müsse mehr private Vorsorge getroffen werden.

Gudrun Born, die 18 Jahre lang ihren schwerstbehinderten Mann gepflegt hat, berichtete, dass nach Einführung der Pflegeversicherung die Situation für die Angehörigen etwas verbessert wurde, aber bei weitem nicht zufriedenstellend sei. Für sie würden zwar Beiträge in die Rentenversicherung gezahlt, die sich aber später in der Höhe der Rentenbezüge kaum bemerkbar machten. Sie forderte mehr Wertschätzung und finanzielle Absicherung für pflegende Angehörigen.



Foto: BAGSO/Hemmerich

Das Thema ‚pflegende Angehörige‘ wurde bei der Podiumsdiskussion von allen Seiten beleuchtet.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialog

Soz. Sicherheit/
Arbeitswelt

Wohnen/
Wohnumfeld

Gesundheit/
Prävention

Pflege/
Demenz

Verbraucher-
themen

Dr. Hanneli Döhner verlangte bessere Rahmenbedingungen für einen individuell angepassten „Pfleagemix“ mit wirksameren Möglichkeiten der Entlastung, damit die pflegenden Angehörigen nicht Gefahr laufen, durch die Dauerbelastung selbst zum Pflegefall zu werden.

Auf die Frage, wie sich die Situation für pflegende Angehörige und die Pflegebedürftige in Zukunft gestalten könne, verwies **Heinz Heck** auf die demografische Entwicklung und die damit verbundenen Veränderungen der sozialen Strukturen in unserer Gesellschaft. Die Pflegeversicherung in ihrer jetzigen Form als Ausdruck des Generationenvertrages hätte damit keine Zukunft. Man müsse über mehr Eigenvorsorge nachdenken und die Möglichkeiten durch eine staatliche Unterstützung verbessern.

Armin Nentwig zeigte negative Entwicklungen im Bereich der ambulanten Dienste auf. So würde z. B. oft insbesondere bei Wachkomapatienten die Versorgung mit einem Tracheostoma solange wie möglich aufrechterhalten, um höhere Beträge bei den Kostenträgern abrechnen zu können. Die arbeitsintensivere Versorgung mit oraler Ernährung und Flüssigkeitszufuhr gerate dabei – zum Nachteil der Patienten – ins Hintertreffen.

Bernd Gard berichtet aus seiner Gemeinde, in der sich ein aktives Zusammenleben der Generationen entwickelt habe. Dies zu fördern, sei auch ohne großen finanziellen Aufwand möglich.

Die vielen Fragen aus dem Publikum richteten sich überwiegend an Erwin Rüdell und forderten dazu auf, dass der Gesetzgeber mehr tun müsse, um den kommenden Anforderungen gerecht zu werden. Leider war die Zeit zu kurz, um alle Wortmeldungen zu berücksichtigen und noch eine intensive Diskussion zu führen. Die Frage: „In welcher Welt wollen wir leben?“, blieb daher offen, regte jedoch manchen zum Nachdenken und anschließenden Austausch an.

Protokollführung: **Heinz Heck** (†), **Dr. Hanneli Döhner**, wir pflegen e.V.

3.8.7 Wege zur Pflege – Strukturen der Pflegeberatung im Vergleich

Verantwortlich: Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetroffene Menschen (BIVA) e.V.

Moderation: Ulrike Kempchen, Leiterin Recht, BIVA

Mitwirkende:

- **Regina Junge**, Geschäftsbereich Pflege, BKK Landesverband Süd – Regionaldirektion Hessen
- **Frank Albohn**, Leiter der Agentur für Lebensgestaltung im Alter, Frankfurt am Main
- **Sascha Hinkel**, Kommunalen Vertreter Pflegestützpunkt Frankfurt am Main
- **Sandra Gratzkowski**, Vertreterin Krankenkasse (Bahn-BKK) Pflegestützpunkt Frankfurt am Main

Der Weg zu einer umfassenden Pflegeberatung, wie ihn § 7a SGB XI vorsieht, ist einer Vielzahl von Pflegebedürftigen sowie deren Angehörigen noch immer nicht bekannt. Darüber hinaus führen die unterschiedlichen Beratungsstrukturen und Bezeichnungen der Anlaufstellen in den einzelnen Bundesländern zu uneinheitlichen Vorgehensweisen und Beratungsergebnissen. Die Unabhängigkeit der jeweiligen Beratung wird wegen der Steuerung durch die Kassen häufig bezweifelt. Das sind die Hauptergebnisse der Podiumsdiskussion „Wege zur Pflege“ der BIVA.

Als Grund für das fehlende Wissen um die Pflegeberatung wurde seitens des Publikums eine fehlende Aufklärung durch die Kassen ausgemacht. Diesem Vorwurf widersprachen die Kassenvertreter mit dem Argument, man versende regelmäßig Aufklärungsflyer an die Versicherten. Das Versenden von Flyern sahen jedoch zahlreiche Teilnehmende als nicht ausreichend an. Viele hätten noch nie solche Informationen erhalten und wenn, seien diese unverständlich, insbesondere für Mitglieder mit Migrationshintergrund, für die das Informationsmaterial meistens nicht in ihrer Sprache zur Verfügung stehe.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen



Foto: BAGSO/Hemmerich

Ein zentraler Punkt der Podiumsdiskussion war die Frage nach der ‚Unabhängigkeit der Pflegeberatung‘.

Als weiteres Hauptproblem konnte die Intransparenz durch die bundesweit uneinheitliche Beratungsstruktur identifiziert werden. Zur wohnortnahen Beratung, Versorgung und Betreuung der Versicherten nach § 7a SGB XI sollen die Pflege- und Krankenkassen Pflegestützpunkte einrichten, sofern die zuständige Landesbehörde dies bestimmt. Leistung und Aufbau eines Pflegestützpunktes sind nicht einheitlich festgeschrieben und werden regional unterschiedlich umgesetzt. Der Föderalismus hemme hier, so die breit unterstützte Meinung eines Diskussionsteilnehmers, die für den Verbraucher nützliche Einheitlichkeit.

Es kam wiederholt die Frage nach der Unabhängigkeit der Pflegeberatung auf. Teilnehmer aus dem Publikum bezweifelten trotz der gegenteiligen Beteuerungen der Kassenvertreter, dass eine von den Kassen finanzierte Pflegeberatung überhaupt unabhängig sein kann und letztlich nicht doch die Interessen der Kostenträger verfolgt. Diesem wurde mit dem Argument entgegengetreten, dass die Mitarbeiter von Pflegestützpunkten nicht über die Leistungen entscheiden, sondern allenfalls Möglichkeiten aufzeigen. Die Kassenvertreter

betonten, dass die Mitarbeiter von Pflegestützpunkten alle Ratsuchenden gleichermaßen, unabhängig von deren Versicherung, beraten würden.

Die Beratungssituation offenbart also noch einige Defizite und zeigt große regionale Ungleichgewichte. Auf den Idealfall angesprochen, wünschten sich die Diskussionsteilnehmer den Aufbau einer umfassenden, schnellen, unabhängigen und begleitenden Hilfe und Beratung, sowohl bei vorliegender als auch sich anbahnender Pflegebedürftigkeit, die deutschlandweit einheitlich ist. Nach einer „Erstversorgung“ wünschten sich die Teilnehmer ein echtes unabhängiges Case-Management unter Einbeziehung aller Beteiligten, mit regelmäßigen Beratungs- und Steuerungsgesprächen bis zum Ableben.

Protokollführung: David Kröll, Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetroffene Menschen (BIVA) e.V.

3.8.8 Essen und Trinken – was und wie ich es will, Eigenständigkeit im Alltag erhalten

Verantwortlich: Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V.

Moderation: Dr. Inge Maier-Ruppert, Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V.

Mitwirkende:

- **Dipl. oec. troph. Martina Feulner**, H wie Hauswirtschaft. Bildung und Beratung, Freiburg, mit einem Schwerpunkt in der fördernden und aktivierenden Alltagsbegleitung

Ein Arbeitsschwerpunkt der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft liegt in der Weiterentwicklung hauswirtschaftlicher Handlungskonzepte. Ergänzend zum klassischen Versorgungsansatz, in dem für Menschen gekocht, gereinigt und damit die tagtägliche Versorgung sichergestellt wird, wurde das Konzept der hauswirtschaftlichen Betreuung entwickelt, das die fördernde Unterstüt-

zung und Begleitung von Menschen bei ihren Alltagshandlungen in den Mittelpunkt stellt. (siehe dazu: Den Alltag leben! Hauswirtschaftliche Betreuung, Osnabrück 2012, www.dghev.de).

Das Handlungskonzept stellt die Selbstbestimmung und Eigenständigkeit des Menschen in den Mittelpunkt. In sozialen Einrichtungen und Diensten wird jedoch zu wenig danach gefragt, was der Menschen eigentlich will und was ihm wichtig ist. Bei Aspekten der Ernährung und der Verpflegung älter werdender Menschen sind diese Fragen jedoch wichtig, insbesondere, wenn körperliche oder geistige Einschränkungen ins Spiel kommen bzw. auch gerontopsychiatrische Veränderungen. In Folge dieser Einschränkungen ist Unterstützung beim Essen und Trinken angezeigt. Und es ist die Frage zu stellen, wie eine gute Unterstützung aussehen kann.

In vielen Einrichtungen und Diensten besteht immer noch die Vorstellung, dass es ausreicht, diätetische Empfehlungen umzusetzen. Die individuellen Vorlieben und Abneigungen bei Speisen und Getränken, bei der Gestaltung des Essplatzes und auch der Umgebung, in der gegessen wird, werden selten berücksichtigt. Im Rahmen des Workshops wurden die Grundprinzipien einer fördernden und aktivierenden Mahlzeitengestaltung vorgestellt. Das Konzept wird von **Martina Feulner** in der Schulung von Alltagsbegleiterinnen und -begleitern, Servicekräften und Nachbarschaftshelferinnen und -helfern umgesetzt. Es gibt auch für das Zusammenleben im privaten Haushalt oder für die private häusliche Pflege wichtige Impulse.

- Wichtig ist das Grundverständnis, dass hinter den Kulturtechniken des Essens und Trinkens komplexe Handlungen stehen, z. B. das Greifen eines Weinglases, der Einsatz von Besteck, die – so wie sie zu Beginn des Lebens erlernt werden – auch wieder verlernt werden können.
- Beim Essen und Trinken ist das Grundprinzip wichtig, dass älter werdenden Menschen möglichst viel Eigenständigkeit und Selbstbestimmung ermöglicht werden. Dazu gehören z. B. das (Mit-)Entscheiden-Können, was es zu essen gibt oder dann zu trinken, wenn er oder sie es möchte. Damit wird es wichtig, beim Kochen oder beim Anrichten eines Tellers umzuden-

ken. Wichtige Stichworte dazu sind: Fingerfood oder adaptiertes Geschirr und Besteck.

- Im hohen Alter sollten Vorlieben und Gewohnheiten im Vordergrund stehen. Denn sie sind der Garant dafür, dass genug gegessen und so Unterernährung vermieden wird.
- Genauso ist es in Konstellationen der Überernährung. Auch hier lassen sich Verhaltensweisen nicht allein über eine ernährungsphysiologisch sinnvolle Lebensmittelauswahl regeln. Der Blick auf mögliche Krankheiten, Medikamente oder auch existenzielle Lebensthemen, die mit einer Überernährung in Verbindung stehen, ist wichtig.

In der beruflichen Praxis und im privaten Alltag ist ein ganzheitlicher Blick auf den Menschen und seine Ernährung von großer Bedeutung.

Protokollführung: **Martina Feulner**, Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialog

Soz. Sicherheit/
Arbeitswelt

Wohnen/
Wohnumfeld

Gesundheit/
Prävention

Pflege/
Demenz

Verbraucher-
themen

3.9 VERBRAUCHERTHEMEN

3.9.1 Veranstaltungsreihe: „Digitale Welt und Technik als Chance“

Themenblock I: Besser leben im Alter durch Technik

Moderation: **Angelika Frederking**, VDI/VDE Innovation + Technik GmbH

Mitwirkende:

- **Gabriele Albrecht-Lohmar**, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Referat 524 „Demografischer Wandel; Mensch-Technik-Interaktion“, Bonn
Vortrag: Besser leben im Alter durch Technik
- **Robert Bath**, Senioren-Technik-Botschafter, Projekt SilverSurfer, Greifswald
Vortrag: Seniorinnen und Senioren initiativ: Digitale Welt und Technik als Chance
- **Anja Heiden**, Geschäftsstelle Demografie der Stadt Siegen
Vortrag: Senioren forschen mit – Nahtlose Mobilitätsketten in der Universitätsstadt Siegen
- **Christian Marguliés**, Stadt seniorenrat Nürnberg
Vortrag: Senioren und Seniorinnen bringen sich ein: Demografie-Werkstattgespräch
- **Uwe Witzak**, Projekt Kommunale Beratungsstelle Halberstadt
Vortrag: Seniorinnen und Senioren sind informiert: Beratungszentrum Stadt Halberstadt

Themenblock II: Ältere in der digitalen Welt: mehr Sicherheit – mehr Durchblick – mehr Information

Moderation: **Dr. Barbara Keck**, BAGSO Service Gesellschaft

Mitwirkende:

- **Katharina Herrmann**, Vorstandsmitglied ING-DiBa
- **Sabine Jörk**, Vorsitzende der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft Medien (EAM)
- **Ulrich Kelber**, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz
- **Prof. Dr. Ursula Lehr**, Bundesministerin a.D., BAGSO-Vorsitzende
- **Albert Pott**, Geschäftsführer Telekom Shop Vertriebsgesellschaft mbH

Verantwortlich: **BAGSO Service Gesellschaft, VDI/VDE-Innovation + Technik**

Themenblock I: Besser leben im Alter durch Technik

Alle Plätze der Veranstaltung „Besser leben im Alter durch Technik“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung waren besetzt als die Projektpräsentationen starteten. Nach einer Einführung in die Förderpolitik des Referates „Demografischer Wandel; Mensch-Technik-Interaktion“ durch **Gabriele Albrecht-Lohmar** wurden vier konkrete Formate bzw. Projektergebnisse vorgestellt. Diese reichten von Lernkonzepten von Älteren für Senioren in Greifswald über nahtlose Mobilitätsketten durch ehrenamtliches Engagement in der Stadt Siegen bis hin zur gemeinsamen Erarbeitung von Forschungsfragen durch den Dialog zwischen Forschern und Senioren in Nürnberg sowie die Beratung zu technischen Assistenzsystemen in den Kommunen am Beispiel von Halberstadt. Die Diskussionen im Anschluss eines jeden Vortrags zeigten, dass ein großes Interesse an der Übertragbarkeit der Ergebnisse besteht. Begrüßt wurde, dass die vielfältigen vorgestellten Maßnahmen direkt auf die Bedarfspläne älterer Menschen zugeschnitten sind und jeweils von vornherein einen starken Praxis- und Anwendungsbezug aufweisen.



Foto: BAGSO/Deck

Große Publikumsresonanz hatte die Veranstaltung ‚Besser leben im Alter durch Technik‘.

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

Robert Bath stellte das Projekt „SilverSurfer“ vor, in dem interessierte ältere Bürger zu Senioren-Technik-Botschaftern ausgebildet wurden und jetzt an vielen Orten in Mecklenburg-Vorpommern Seniorinnen und Senioren den Umgang mit neuen Technologien beibringen. Die Nachfrage nach Kursen zur Nutzung mobiler Geräten allgemein sowie nach Skype, Online-Banking und Internetkäufen im Besonderen war und ist groß. Herausforderungen stellten die Öffentlichkeitsarbeit sowie die Beschaffung kostenloser oder günstiger Räume für die Schulungen dar.

Das Projekt „S-Mobil 100“ startete im Februar 2012 innerhalb der Bekanntmachung „Mobil bis ins hohe Alter“ und wurde von **Antje Heiden**, Demografie-Referentin der Stadt Siegen, präsentiert. Von Beginn an wurden hier zukünftige Nutzerinnen und Nutzer, insbesondere ältere, in die Entwicklung einer Plattform eingebunden. Ziel war es u.a., ergänzende Angebote zum öffentlichen Personennahverkehr auch in Randzeiten, also außerhalb der Hauptverkehrszeit, zu schaffen. Dazu wurden insbesondere Seniorinnen und Senioren zu ihren Bedürfnissen befragt und ältere Testpersonen geschult.

Mit dem Wissenschaftsjahr 2013 „Die demografische Chance“ hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) einen öffentlichen Dialog über die Herausforderungen des demografischen Wandels angestoßen. Unter dem Motto „Forschung für mich – Forschung mit mir“ diskutierten und identifizierten Seniorinnen und Senioren gemeinsam mit renommierten Forschungseinrichtungen u.a. in Nürnberg zentrale Forschungsfragen, die geeignet sind, passgenaue Innovationen für unsere Gesellschaft der gewonnenen Jahre zu ermöglichen. Interessante Diskussionsansätze lagen nach **Christian Marguliés** dabei insbesondere dort, wo entweder sowohl Senioren als auch Forscher Bedarf sahen oder weit auseinanderlagen.

Mit dem Förderschwerpunkt „Kommunale Beratungsstellen – Besser leben im Alter durch Technik“ wird der Wissenstransfer zu technischen Assistenzsystemen und Hilfsmitteln für ein selbstständiges Leben im Alter gefördert. Ziel ist es dabei, ältere und eingeschränkte Menschen zu unterstützen, möglichst lange und selbstständig in den eigenen vier Wänden leben zu können. Dazu

werden Mitarbeiter in den beteiligten Kommunen eingestellt und geschult. „Als besonders wirksam haben sich in Halberstadt dabei Beratungen zu Hause und eine Medienkooperation mit dem Regionalfernsehen erwiesen“, so **Uwe Witczak**.

Die niedrigschwelligen Informationsfilme können über das Internet unter dem Titel „Gesund im Harz“ aufgerufen werden.

Protokollführung: Angelika Frederking, VDI/VDE Innovation + Technik GmbH

Themenblock II: Ältere in der digitalen Welt: mehr Sicherheit – mehr Durchblick – mehr Information

Prof. Dr. Ursula Lehr stellte zunächst heraus: „Man kann alte eingeschlafene Kontakte wiederbeleben und neue Kontakte entstehen lassen. Die digitale Welt fordert uns zum Mitmachen heraus, macht neugierig und lässt teilnehmen am Schicksal anderer Menschen.“ Sie helfe vor allem, länger selbstständig zu Hause leben zu können, sollten im Alter die körperlichen Kräfte einmal nachlassen, so Ursula Lehr. Sie betonte, dass diejenigen, für die die digitale Welt noch Neuland ist, in ihrer Nähe sicher einen Menschen finden könnten, der sie behutsam ins und im Netz begleitet. So könnten z.B. ältere Menschen, die ehrenamtlich als „Internet-Paten“ oder als „Technik-Botschafter“ tätig sind oder in einem „Computer-Club“ Anfängern zur Seite stehen, von großen Erfolgen berichten: „Wer einmal den Zugang zur digitalen Welt gefunden hat, genießt die Erweiterung seines Lebenskreises!“ Handlungsbedarf sah die BAGSO-Vorsitzende besonders darin, dass sich die digitale Welt auf die Älteren einstellt: „Eine einfache Handhabung, große Tasten, große Displays, gute Kontraste, eine verständliche Sprache und ein guter Service sind für Nutzerinnen und Nutzer jeden Alters angenehm.“

Das Web 2.0 bietet eine Fülle von Partizipationsmöglichkeiten: Verbreitung von Informationen, Wissen, Engagement in Interessensgruppen, Austausch

und vor allem soziale Teilhabe. „Die ältere Generation kann hier einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie z.B. ihre Erfahrungen und ihr Wissen an die nächsten Generationen weitergibt“, betonte Sabine Jörk. Medienkompetenz sei eine Schlüsselkompetenz in der digitalisierten Welt. Gemeint sei dabei nicht nur die technische Kompetenz, sondern der selbstbestimmte, aktive, reflektierte und kritische Umgang mit den Medien insgesamt. „In einer sich ständig verändernden Medienwelt, müssen sich alle – auch Seniorinnen und Senioren – ständig weiterbilden“, sagte **Sabine Jörk** und forderte, die Bildungsangebote für Ältere weiter auszubauen, „um den sogenannten digitale Graben, der sich zwischen den Jüngeren und den Älteren auftut, zu überwinden“.

Auch für **Albert Pott** ist der Ausbau ortsnaher Informationsangebote ein wichtiges Ziel. Er bot an, in Telekom-Shops und in Seniorengruppen vor Ort über Themen der digitalen Welt zu informieren. Er lud Seniorenverbände ein, sich an ihn zu wenden, um gemeinsam Informationsveranstaltungen zu planen. Außerdem ermunterte er dazu, bestehende Service-Leistungen zur Erstinstallation und zur Computerhilfe rund um PC, Tablet, Smartphone und Co. bekannt zu machen, da sie den Einstieg ins Netz erleichtern und bei Problemen der Computer- und Internetnutzung helfen können.

Angesprochen auf die lange Tradition der ING-DiBa als Bank ohne Filialen, erläuterte **Katharina Herrmann**, Vorstandsmitglied der ING-DiBa, dass bei der Bank leicht verständliches Banking im Mittelpunkt stehe, begleitet von einem guten und schnellen Service. So sei die Erreichbarkeit der Hotline ein wichtiges Qualitätsmerkmal. befragt zum Thema Sicherheit erklärte sie, dass nutzerfreundliche Handhabung und höchste Sicherheit sich nicht ausschließen, sondern gut miteinander vereinbar sind. Ein Blick auf die Altersstruktur der Bankkunden zeige, dass alle Altersgruppen vertreten seien, der älteste ING-DiBa-Kunde sei 108 Jahre alt.

Der parlamentarische Staatssekretär **Ulrich Kelber** nannte einige vom BMJV geförderte Projekte zu Verbraucherrechten www.verbraucher-haben-rechte.de und www.machts-gut.de (Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv)). Dort stünden z.B. Tipps zum Thema „Digitaler Nachlass“. Des Weiteren empfahl er Broschüren wie „Bargeldlos zahlen“ und die BAGSO-Broschüre „Weg-



Foto: BAGSO/Deck

Ulrich Kelber, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz, berichtete über die Aktivitäten des Ministeriums zum Thema digitale Medien.

bereichen zum Einsatz. Doch nicht jeder hält mit der Digitalisierung Schritt. Deutschland hat erheblichen Nachholbedarf bei der Förderung und Ausgestaltung digitaler Bildungsangebote für Jung und Alt.“

Dr. Barbara Keck fasste zusammen, dass in Deutschland noch Bedarf besteht, Seniorinnen und Senioren ins und im Netz zu begleiten und die Angebote stärker auf die Bedürfnisse der Älteren abzustimmen. Ein europäischer Vergleich bestätigt dies: Deutschland steht an neunter Stelle bei der Internetnutzung der 65- bis 74-Jährigen. Während in Deutschland die Hälfte in dieser Altersgruppe das Internet nutzt, sind es in Island, Dänemark und den Niederlande rund 80 %. „Gemäß dem Motto des Deutschen Seniorentages ‚Gemeinsam in die Zukunft!‘ sind daher weitere Maßnahmen aller Akteure wichtig“, so Dr. Barbara Keck.

Weitere Informationen und die erwähnten Broschüren sind zu finden unter: www.bmjv.de

Protokollführung: Dr. Barbara Keck, BAGSO Service Gesellschaft

weiser durch die digitale Welt“. In Planung seien zudem ein Projekt zur Vernetzung durch digitale Stammtische und eine Übersicht über gute Bildungsmaterialien für Ältere auf einer Internetplattform (BAGSO und Deutschland sicher im Netz) sowie ein Portal für die Kommunikationssicherheit bei mobilen Geräten. Ulrich Kelber betonte: „Digitale Medien kommen inzwischen in nahezu allen Lebens-

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationsdialog

Soz. Sicherheit/Arbeitswelt

Wohnen/Wohnumfeld

Gesundheit/Prävention

Pflege/Demenz

Verbrauchertemen

3.9.2 Keine Angst vor der rechtlichen Betreuung

Verantwortlich: Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Moderation: Michael Poetsch, Lehrer für Pflegeberufe, rechtlicher Betreuer und Verfahrenspfleger

Mitwirkende:

- **Axel Bauer**, Leiter des Betreuungsgerichts Frankfurt am Main
Vortrag: Keine Angst vor der rechtlichen Betreuung
- **Torsten Becker**, Vorsitzender des Bundesverbandes der Berufsbetreuer/innen e.V.
- **Andrea Franke**, Landesarbeitsgemeinschaft Betreuungsvereine Hessen
- **Jonathan-Aaron Pflügel**, Betreuungsbehörde der Stadt Frankfurt am Main
- **Helga Steen-Helms**, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

In den öffentlichen Medien erfolgt häufig eine negative Berichterstattung über betreuungsrechtliche Einzelfälle, in denen es zu schwerwiegenden Fehlern in der Betreuungsführung gekommen ist. Hierdurch haben sich Vorbehalte und Unsicherheiten bezüglich der rechtlichen Betreuung zunehmend verstärkt.



Foto: BAGSO/Bock

Die Referenten v.l.n.r.: Jonathan-Aaron Pflügel, Torsten Becker, Andrea Franke und Axel Bauer.

Ziel der Veranstaltung war, diesem negativen Image durch fachgerechte Aufklärung und Information entgegenzuwirken und aufzuzeigen, welche Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten die rechtliche Betreuung bietet, wenn Menschen nicht mehr in der Lage sind, ihre rechtlichen Angelegenheiten zu regeln. Der erfahrene Betreuungsrichter **Axel Bauer** erklärte anhand vieler Fallbeispiele, welche Voraussetzungen für eine rechtliche Betreuung vorliegen müssen und wie das Verfahren zur Einrichtung einer Betreuung durchgeführt wird.

Dabei hob er hervor, dass das Betreuungsgericht in jedem Einzelfall zu prüfen hat, ob die Notlage eines Menschen durch andere Hilfen, z.B. durch ambulante Dienste, behoben werden kann. Grundsätzlich sei von einer rechtlichen Betreuung abzusehen, wenn die betroffene Person durch eine Vorsorgevollmacht bestimmt habe, wer als bevollmächtigte Person bei eigener Hilfsbedürftigkeit ihre Angelegenheiten regeln soll.

Kommt das Betreuungsgericht zu dem Ergebnis, dass eine rechtliche Betreuung erforderlich ist, legt es Aufgabenkreise und Dauer der Betreuung fest. Darüber hinaus bestimmt es eine Person, die für die Betreuung geeignet ist. Dabei sind vorrangig nahe Angehörige zu berücksichtigen. Hat die betroffene Person allerdings in einer Betreuungsverfügung bereits einen Wunsch geäußert, wird das Gericht diese Person als rechtliche Betreuerin oder Betreuer einsetzen.

Betreuerinnen und Betreuer haben als gesetzliche Vertreterin bzw. gesetzlicher Vertreter gesetzlich geregelte Rechte und Pflichten. Leitlinie der rechtlichen Betreuung ist das Selbstbestimmungsrecht sowie die Achtung der Lebensphilosophie der betreuten Person. Ihre Wünsche sind umzusetzen und zu ihrem Wohl ist zu handeln. Axel Bauer führte aus, dass die Angst, durch eine rechtliche Betreuung entmündigt zu werden, unbegründet sei. Die Entmündigung sei abgeschafft und seit 1992 blieben betreute Personen, bis auf wenige Ausnahmen, nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) voll geschäfts- und handlungsfähig.

Darüber hinaus sind Betreuerinnen und Betreuer verpflichtet, dem Betreuungsgericht jährlich über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der betreuten Person sowie über die weitere Erforderlichkeit der Betreuung zu berichten.

Die Besucherinnen und Besucher nutzten die Fachveranstaltung für intensive Diskussionen über den Sinn und Zweck der rechtlichen Betreuung und erhielten von den anwesenden Experten ausführliche Antworten. Die ausgelegten Informationsmaterialien und Ratgeber wurden intensiv genutzt.

Weitere Informationen unter: www.betreuungsrecht.hessen.de

Protokollführung: Carolin Krohmann, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

3.9.3 Rechtzeitig vorsorgen: Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung, Betreuungsverfügung

Verantwortlich: Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Moderation: Michael Poetsch, Lehrer für Pflegeberufe, rechtlicher Betreuer und Verfahrenspfleger

Mitwirkende:

- **Axel Bauer**, Leiter des Betreuungsgerichts Frankfurt am Main
- **Dr. Peter Wagner**, Leitender Oberarzt, Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik, AGAPLESION MARKUS KRANKENHAUS, Frankfurt am Main
- **Andrea Franke**, Landesarbeitsgemeinschaft Betreuungsvereine Hessen
- **Jonathan-Aaron Pflügel**, Betreuungsbehörde Stadt Frankfurt am Main
- **Helga Steen-Helms**, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Die Fachveranstaltung verfolgte das Ziel, über die verschiedenen Möglichkeiten der rechtlichen Vorsorge zu informieren. In seinem Impulsreferat hob der Betreuungsrichter **Axel Bauer** vor allem die Vorsorgevollmacht hervor. Diese ist keine Direktvollmacht mit sofortiger Wirksamkeit, sondern der „Sorgefall“ tritt erst dann ein, wenn die Vollmachtgeberin bzw. der Vollmachtgeber nicht mehr in der Lage ist, die persönlichen und finanziellen Angelegenheiten selbst

zu erledigen. Gründe hierfür können altersbedingte Einschränkungen sowie schwerwiegende Erkrankungen sein.

Außer Angehörigen, nahestehenden Personen und Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten darf nach dem Rechtsdienstleistungsgesetz keine Vollmacht erteilt werden. Voraussetzung für die Erstellung einer Vorsorgevollmacht ist die Geschäftsfähigkeit der Vollmachtgeberin bzw. des Vollmachtgebers und die schriftliche Abfassung. Die Vorsorgevollmacht stellt eine privatrechtliche Willenserklärung ohne gerichtliche Kontrolle dar.



Foto: BAGSO/Bock

Helga Steen-Helms stellte die Informationsangebote des Hessischen Sozialministeriums vor.

Eine Vorsorgevollmacht kann im Zentralen Vorsorgeregister der Bundesnotarkammer registriert werden, auf das die Betreuungsgerichte bundesweit online zugreifen können. Zudem ist eine kostenlose Hinterlegung bei den Hessischen Betreuungsgerichten möglich, wenn die Vollmacht im Verbund mit einer Betreuungsverfügung abgefasst wird. Beratung zu Vorsorgevollmachten bieten in Hessen alle staatlich anerkannten Betreuungsvereine an. Auch die kommunalen Betreuungsbehörden stehen für allgemeine Informationen zur Verfügung.

Im Falle einer fehlerhaft abgefassten Vollmacht kann vom Gericht eine Betreuerin oder ein Betreuer bestellt werden. Dies gilt auch bei Zweifeln an der Wirksamkeit einer Vollmacht. Um sicherzustellen, dass in solchen Fällen eine Person der eigenen Wahl als Betreuerin oder Betreuer eingesetzt wird, ist in einer Betreuungsverfügung diese Person namentlich aufzuführen. Das Gericht wird diesem Vorschlag in der Regel folgen. Eine Betreuungsverfügung kann kostenlos bei den Betreuungsgerichten hinterlegt werden.

Ein weiteres vorsorgendes Instrument ist die Patientenverfügung. Diese ist eine individuelle, schriftliche Willensäußerung eines entscheidungs- und einwilligungsfähigen Menschen zu zukünftigen medizinisch-pflegerischen Maßnahmen für den Fall der eigenen Einwilligungsunfähigkeit. Sie richtet sich vorrangig an behandelnde Ärztinnen und Ärzte, sowie Therapeutinnen und Therapeuten oder an das Pflegepersonal. In der Patientenverfügung werden Inhalt und Umfang und somit auch die Grenzen der gewünschten Behandlung festgelegt. Geregelt werden kann auch, welche Behandlungen unterlassen werden sollen. Liegt eine Patientenverfügung vor, ist eine gerichtliche Betreuerbestellung für die Gesundheitsorge überflüssig. In einer Vorsorgevollmacht kann darauf verwiesen werden, dass eine Patientenverfügung erstellt wurde (möglichst mit Datum) und die bevollmächtigte Person ihr Ausdruck und Geltung gegenüber den behandelnden Ärzten verschaffen soll.

Die Besucherinnen und Besucher nutzten die Fachveranstaltung für intensive Diskussionen über die dargestellten Vorsorgemöglichkeiten und erhielten von den anwesenden Experten ausführliche Antworten.

Weitere Informationen unter: www.betreuungsrecht.hessen.de

Protokollführung: Carolin Krohmann, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

3.9.4 Sicher leben im Alter

Verantwortlich: Gewerkschaft der Polizei (GdP) – Seniorengruppe Bund

Moderation: Wolfgang Degen, Redakteur beim Wiesbadener Kurier

Mitwirkende:

- Jörg Radek, stellv. Bundesvorsitzender GdP
- Ute Glasemann, Vorsitzende, Handeln statt Mißhandeln – Frankfurter Initiative gegen Gewalt im Alter e.V.
- Stefanie Corporan Romero, Polizeihauptkommissarin, Frankfurt am Main



Foto: Fischer

Umfangreiche Informationen zum Thema „Sicher leben im Alter“ gab es von Stefanie Corporan Romero, Ute Glasemann und Jörg Radek (v.l.n.r.).

Auf einer Podiumsdiskussion der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zum Thema „Sicher leben im Alter“ diskutierten unter der Moderation von Zeitungsredakteur Wolfgang Degen die Podiumsteilnehmenden über eine breite Palette sicherheitsrelevanter Themen.

Dazu gehörten z.B. die Angst vor und das Trauma nach Wohnungseinbrüchen, die Warnung vor „Kaffee-Fahrten“, Angebote der Polizei zur Vorbeugung von Straftaten, sowie die Betreuung nach Straftaten und Opferschutz. Auch die demografiebedingte Entwicklung der Gesamtkriminalität wurde angesprochen. In diesem Zusammenhang berichtete Wolfgang Degen, dass 2040 rund 10 % weniger Straftaten prognostiziert sind. Weitere Themen waren Trickdiebstähle (z. B. „Enkeltrick“), aber auch Senioren als Straftäter (wie geht die Polizei mit ihnen um), Gewalt in der Pflege durch Pflegenden –sowohl in Heimen als auch zu Hause –, aber auch durch Demenzkranke an Pflegenden.

Verschiedene Schilderungen entsprechender Ereignisse und Fragen dazu zeigten das große Interesse der Besucher an der Veranstaltung.

Protokollführung: H. Werner. Fischer, Gewerkschaft der Polizei (GdP)

Engagement

Bildung

Partizipation

Generations-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

3.9.5 Dürfen Oma und Opa noch Auto fahren? Oder: Mobilität für alle!

Verantwortlich: LIGA für Ältere e.V.

Moderation: Prof. Dr. Wolf D. Oswald, LIGA für Ältere e.V., Universität Erlangen-Nürnberg

Mitwirkende:

- Prof. Dr. Georg Rudinger, Zentrum für Alternskulturen – ZAK
- Barbara Süß, Dipl.-Psychogerontologin, Universität Erlangen-Nürnberg, Forschungsgruppe Prävention & Demenz
- Willi Duplois, Polizeioberkommissar, Polizeipräsidium Frankfurt a. M.
- Monika Wachter, Dipl.-Psychologin, Universität Erlangen-Nürnberg, Forschungsgruppe Prävention & Demenz

Prof. Dr. Wolf D. Oswald stellte die Referentinnen und Referenten vor und gab eine Einführung in die Thematik.

Der Anteil der über 60-Jährigen an der Gesamtbevölkerung wird bereits in 20 Jahren mehr als ein Drittel sein. Angesichts dieser demografischen Veränderungen muss sich die Gesellschaft fragen, wie sie in Zukunft die Mobilität eines immer größer werdenden Bevölkerungsanteils, gerade unter dem Aspekt altersbedingter Einschränkungen, sicherstellen will. Es gilt also Lösungen zu finden, ältere Menschen solange wie möglich ins Verkehrsgeschehen zu integrieren. Hierzu bedarf es kompetenzfördernder Maßnahmen auf allen Ebenen. Allein der öffentliche Nahverkehr kann den Mobilitätsbedarf – vor allem in ländlichen Bereichen – nicht abdecken.

Eine weit verbreitete Meinung ist zudem, dass Senioren am Steuer ein Verkehrs- und Sicherheitsrisiko darstellen. Prof. Dr. Wolf D. Oswald konnte in seinem Beitrag dieses Vorurteil mit zahlreichen Fakten und Statistiken widerlegen und aufzeigen, dass Senioren eben *nicht* die eigentliche Risikogruppe darstellen. So finden sich mit einem Anteil von 35,2% die meisten Unfallhauptverursacher mit Personenschäden in der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen (Fahranfän-

ger). Hingegen verursachen die 60-Jährigen und Älteren nur 8,5 % der Unfälle. Unerlässlich für eine Risikoeinschätzung ist zudem der Blick auf Zahlen aus der Versicherungsbranche, in denen auch die Unfälle erfasst werden, die nicht in die offizielle Polizeistatistik einfließen, sog. Bagatellunfälle. Hiernach sind Senioren lediglich beim Ein- und Ausparken häufiger Unfallverursacher. Jüngere Autofahrer sind dies deutlich öfter beim Auffahren. Auch bei den Unfällen mit Fußgängern, Kindern und Fahrradfahrern sind ältere Autofahrer nicht häufiger vertreten. Die durchschnittlichen Unfallkosten sind zudem bei den jüngeren Altersgruppen wesentlich höher. Es sind also nicht die älteren Autofahrer, die die schweren, folgenreichen Unfälle verursachen. Die Mär von einem unkalkulierbaren Sicherheitsrisiko durch Senioren im Straßenverkehr, wie es die Berichterstattung in den Medien durch einseitige Darstellung gern suggeriere, sei demnach nicht haltbar!

Über einen weiteren interessanten Aspekt in Bezug auf die Fahreignung bzw. Fahrerlaubnis sprach **Barbara Süß**. Die Psychogerontologin stellte an ausgewählten Beispielen dar, bei welchen Erkrankungen es sinnvoll wäre, die



Foto: BAGSO/Ohmerrmüller

„Senioren sind nicht die eigentliche Risikogruppe als Unfallhauptverursacher im Straßenverkehr“ stellte Prof. Dr. Wolf Oswald heraus.

Fahreignung durch kritische Selbsteinschätzung, Angehörige bzw. den behandelnden Arzt zu überprüfen, da sie ein erhöhtes Unfallrisiko hervorrufen.

Es folgte eine lebhafte Diskussion über das Für und Wider regelmäßiger verpflichtender Gesundheitstests für Senioren. Viele dieser Tests sind laut **Prof. Dr. Georg Rudinger** nicht ausreichend trennscharf und damit nur mäßig geeignet, die Fahreignung einzuschätzen.

Deutlich wahrgenommen wurde die Angst vor Willkür der Polizei, Senioren bereits bei leichten Verkehrsdelikten den Führerschein zu entziehen. Polizeioberkommissar **Willi Duplois** konnte dieses Vorurteil jedoch entschärfen. Auch die Frage „Wer prüft die Prüfer?“ stand im Raum. Kompetenzfördernde Maßnahmen, wie die Einführung regelmäßiger Übungsfahrten, fanden durchaus Akzeptanz im Plenum.

Weitere Informationen: www.wdoswald.de

*Protokollführung: **Monika Wachter**, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg*

3.9.6 „Mobil sein – fit bleiben – Klima schonen“ – gute Beispiele, praxisnahe Tipps und ein Erlebnisbericht von Gunda Krauss und ihrer Deutschlandtour mit dem Rad

Verantwortlich: Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD)

Moderation: **Rainer Hauck**, Projektleitung „Klimaverträglich mobil 60+“ beim VCD-Bundesverband

Mitwirkende:

- **Prof. Monika Ganseforth**, früheres Mitglied des Deutschen Bundestages und ehem. Mitglied des VCD-Bundesvorstandes
- **Gunda Krauss**, Dreirad-Botschafterin und Trägerin des Alterspreises 2014 der Robert-Bosch-Stiftung

Ältere Menschen sind heute so mobil wie nie zuvor. Mobilität bedeutet Lebensqualität, ist wesentliche Voraussetzung für eine aktive Lebensgestaltung und soziale Begegnungen. Gleichzeitig sind Ältere immer häufiger mit dem Auto unterwegs. Ziel der moderierten Gesprächsrunde war es, die Vorteile klimaverträglicherer Mobilitätsformen wie Zufußgehen, Radfahren sowie die Nutzung von Bus und Bahn für Gesundheit, soziale Teilhabe und Umwelt anhand von drei Input-Vorträgen zu verdeutlichen.

Im ersten Teil gab **Rainer Hauck**, Leiter des Projekts „Klimaverträglich mobil 60+“ beim Verkehrsclub VCD, dem neben dem Deutschen Mieterbund auch die BAGSO angehörte, praktische Tipps zur sicheren, aktiven und zugleich klimaschonenden Mobilität im Alltag und auf Reisen.

Prof. Monika Ganseforth und Gunda Krauss berichteten anschließend anhand ihrer eigenen Biografien von den sich im Laufe des Lebens verändernden Mobilitätsbedürfnissen.

Bei **Prof. Monika Ganseforth** waren diese zunächst geprägt vom Pendeln mit dem Auto zwischen dem Haus im Grünen und der Arbeit in der Großstadt

Engagement

Bildung

Partizipation

Generationen-
dialogSoz. Sicherheit/
ArbeitsweltWohnen/
WohnumfeldGesundheit/
PräventionPflege/
DemenzVerbraucher-
themen

sowie von Fahrten innerhalb ihres großen kommunalen Wahlkreises. Mit Einzug in den Bundestag galt es, die Strecke nach Bonn bzw. Berlin regelmäßig zu überwinden – dank der Netzkarte der Deutschen Bahn nunmehr mit dem Zug. Dies kam der Politikerin, die sich zunehmend mit Fragen der Energiewende und des Klimaschutzes auseinandersetzte, nicht nur aus Gründen des Umweltschutzes entgegen. Nach dem Übergang in den (Un-)Ruhestand schaffte sie ihr Auto ganz ab, ging auf eine Weltreise an Bord eines Frachtschiffs und engagierte sich bis Ende 2014 ehrenamtlich im Bundesvorstand des VCD vor allem für die Themen Luftreinhaltung, Flugverkehr und Mobilität im Alter. Im Alltag nutzt sie nun vor allem ihr Fahrrad, den ÖPNV und geht viel zu Fuß. 2015 wechselte sie in den Vorstand eines VCD-Kreisverbandes, um auf lokaler Ebene Projekte umzusetzen – wie ein autofreies Quartier, in dem sich alle Bewohnerinnen und Bewohner wohlfühlen können.



Foto: BACSO/Santen

Diese Dreiräder konnten auf dem Mobilitätsparcours von den Besucherinnen und Besucher getestet werden.

Auch **Gunda Krauss** fuhr früher gern Auto. Sie nutzte aber auch schon immer das Fahrrad, bis ein Hüftleiden ihr dies unmöglich machte. Als ihr auch noch ihr Auto gestohlen wurde, fühlte sie sich ihrer Mobilität beraubt. Zufällig entdeckte sie beim Streetlife-Festival in München ein modernes Sesseldreirad und verliebte sich sofort in dieses Gefährt. Dank elektrischer Tretunterstützung gewann sie radelnd wieder Selbstständigkeit, Mobilität und Lebensfreude zurück. Schließlich wagte sie 2009 mit 70 Jahren sogar das fast Unmögliche: eine

Dreirad-Tour von München nach Rügen! Auf der mehrwöchigen Fahrt erfuhr sie überwältigende Bestätigung. Inzwischen engagiert sich Gunda Krauss als Kommunalpolitikerin für die Interessen älterer und mobilitätseingeschränkter Menschen. Zudem ist sie bundesweit als „Dreirad-Botschafterin“ unterwegs und macht anderen Mut, sich auch (oder gerade) im Alter auf neue Mobilitätsformen einzulassen, die mobil machen, fit halten und das Klima schonen – ganz egal, ob Dreirad, Elektro-Rad oder Bus und Bahn.

Protokollführung: **Anna Fehmel**, Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD)

3.9.7 Frankfurter Forschung mit Anwendungsbezug – Was die Altersforschung dem Menschen bringen kann

Verantwortlich: Frankfurter Forum für interdisziplinäre Altersforschung (FFIA)

Moderation: Prof. Dr. Frank Oswald, Projekt BEWOHNT

Mitwirkende:

- Prof. Dr. Monika Knopf, Projekt ERimAlter
- Prof. Dr. Johannes Pantel, Projekt ARTEMIS
- Tanja Müller, Dipl.-Psych. Projekt EmMa
- Nadine Konopik, Dipl.-Päd. Projekt GAIS

In den letzten zehn Jahren konnte die Frankfurter Forschung zum Thema Alter durch eine substanzielle und dauerhafte Förderung der BHF-BANK-Stiftung stetig ausgebaut werden. Nun wird sie im neuen „Frankfurter Forum für interdisziplinäre Altersforschung (FFIA)“ noch stärker gebündelt und weiterentwickelt. Die Forschungsthemen des FFIA drehen sich um ressourcenreiches Altern (Leben im Quartier, Gesundheitskompetenz, Mobilität und Aktivität, Technik) ebenso wie um das Altern mit Unterstützungsbedarf (Demenz und

Kunst, Demenz und Einwilligungsfähigkeit, Rechtsschutz in der häuslichen Pflege, Altern und Klimawandel). In der Veranstaltung wurden einige ausgewählte Projekte und Ergebnisse vorgestellt.

Prof. Dr. Frank Oswald berichtete über Ergebnisse aus dem Projekt „BEWOHNT (Zur Bedeutung des Wohnen in der Nachbarschaft für gesundes Altern)“, das dazu beitragen soll, bestmögliche Bedingungen für ein Wohnen im Stadtteil bis ins sehr hohe Alter zu gewährleisten. Im Austausch mit Praxisverantwortlichen und Bewohnern wurden Probleme und Potenziale des Wohnens im Stadtteil erforscht. Ein Ergebnis zeigt, dass die Verbundenheit mit dem Quartier gerade dann wichtig für das Wohlbefinden ist, wenn die Gesundheit im sehr hohen Alter nachlässt.

Prof. Dr. Monika Knopf stellte das Projekt „Emotionale und soziale Robotik im Alter (ERimAlter)“ vor. Sogenannte soziale und emotionale Roboter sollen bestimmten Bedürfnissen eines Menschen entgegenkommen, beruhigen, zur Kommunikation anregen bzw. helfen, diese aufrecht zu erhalten. Zentrale Frage war, bei welchen chronischen Krankheiten und Einbußen emotionale und soziale Robotik eingesetzt werden können und welche Voraussetzungen dafür gegeben sein müssen. Erste Ergebnisse zeigen eine gute Akzeptanz der emotionalen Robotik bei Betroffenen und an der Betreuung beteiligten Gruppen.

Prof. Dr. Johannes Pantel präsentierte das Projekt „ARTEMIS (Art Encounters – A Museum Intervention Study)“. Es richtet sich an Menschen mit Demenz und ihre begleitenden Angehörigen. Das Kernstück des Projekts besteht aus der interaktiven Auseinandersetzung mit Kunstwerken im Rahmen regelmäßig stattfindender Museumsbesuche im Städel Museum mit anschließender Atelierarbeit. Untersucht werden sollen die psychologischen und sozialen Wirkungen dieser Intervention auf Menschen mit Demenz und ihre Begleitpersonen.

Tanja Müller berichtete vom aktuellen Stand des interdisziplinären Forschungsprojekts „EmMa (Förderung der Einwilligungsfähigkeit in medizinische Maßnahmen bei Menschen mit Demenz durch ressourcenorientierte

Kommunikation)“. Dessen Ziel ist die es, praktikable Maßnahmen zur Unterstützung von Menschen mit Demenz bereitzustellen, die diese befähigen, ihre rechtlichen Handlungsfähigkeit bei medizinischen Entscheidungen auszuüben und somit eine Stärkung der Selbstbestimmung bewirken.

Nadine Konopik stellte schließlich Ergebnisse aus dem Projekt „GAIS (Gesund Altern in der Stadt)“ vor, das u.a. darauf abzielt, die Gesundheitskompetenz im Alter zu untersuchen. Erste Ergebnisse weisen darauf hin, dass zum Verständnis der Gesundheitskompetenz im Alter, neben kognitiven Aspekten auch bedeutsame biografische und umweltbezogene Aspekte berücksichtigt werden sollten.

Protokollführung: **Tanja Müller**, Frankfurter Forum für interdisziplinäre Altersforschung (FFIA)

3.9.8 Der Treffpunkt Internet & Technik

Mit sieben ausstellenden Institutionen und 22 Vorträgen gab es auf dem Treffpunkt Internet & Technik viel zu sehen und zu testen. Die Besucherinnen und Besucher konnten z. B. die App für Mobilität des Rhein-Main-Verkehrsverbundes kennenlernen sowie Tablet-PCs ausprobieren und nach Herzenslust surfen. Aber auch neue Softwareentwicklungen wie CAMELI, eine intelligente Softwareanwendung für das Zuhause, wurden demonstriert.

Das Internet bietet verschiedene Trainingsmöglichkeiten wie iStopp-Falls, ein Bewegungstraining für Ältere, oder Bilder- und Wissensrätsel zum Gedächtnistraining. Diese und weitere Angebote wurden vorgestellt und standen zum Ausprobieren bereit.

Publikumsmagnet waren die Roboter-Stofftiere mit dem Aussehen eines Dinosauriers, einer Robbe oder einer Katze. Diese Tiere sind Roboter, die zu therapeutischen Zwecken eingesetzt werden. Sie sollen einen beruhigenden

Einfluss insbesondere auf demenzerkrankte Menschen haben. Die Idee geht von Erfahrungen der tiergestützten Therapie aus. Die Roboter verfügen unter ihrem flauschigen Fell über taktile Sensoren und können darüber wahrnehmen, wenn ein Mensch sie streichelt. Darauf reagieren die Tiere mit der Bewegung des Schwanzes sowie des Kopfes und der Augen.

Wir danken der ING-DiBa und dem Rhein-Main-Verkehrsverbund für die Förderung des Treffpunktes Internet & Technik.



Foto: BAGSO/Poblete



Foto: BAGSO/Deck

4. BESONDERE ANGEBOTE

4.1. MATINEE

WORT UND MUSIK ZUM THEMA „AUS DER MITTE LEBEN“.

Was können wir aus der Musik Johann Sebastian Bachs und Wolfgang Amadeus Mozarts lernen? Die Verbindung von Leben und Tod, von Freude und Trauer, von Introversion und Extraversion. Die Kompositionen spiegeln ein umfassendes Verständnis der *conditio humana* wider, sie klammern nichts aus, sie beschönigen nicht, aber sie drücken zugleich Lebensfreude und Lebensbejahung aus.

In der Matinee spielte Prof. Dr. Andreas Kruse Klavierkompositionen dieser beiden großen Musiker vor und thematisierte anhand der Werkinterpretation grundlegende existenzielle Fragen.



Foto: BAGSO/Hemmerich

Prof. Dr. Andreas Kruse, Direktor des Institut für Gerontologie an der Universität Heidelberg.

4.2 FILM AB – IN DER KINO-LOUNGE DES EUROPÄISCHEN FILMFESTIVALS DER GENERATIONEN

Verantwortlich: Gesundheitsamt der Stadt Frankfurt am Main

Moderation: Matthias Roos und Ellen Krier, Gesundheitsamt Frankfurt a. M.

Mitwirkende:

- Dominik Bühler, SK Stiftung Kultur der Sparkasse KölnBonn

Filme über das Älterwerden für Alt und Jung, so lautet das Motto des Europäischen Filmfestivals der Generationen, das 2010 seinen Ursprung in Frankfurt a. M. und Heidelberg fand. Die Idee ist, ein differenziertes Altersbild zu vermitteln, in dem Altern nicht nur als Verlust und Krankheit, sondern auch als Ge-



Foto: Matthias Roos

Der Veranstaltungsraum in der Messe Frankfurt wurde mit roten Sesseln zur Kino-Loungs ausgestattet.

winn und Reifung gesehen wird. Das Filmfestival will damit ein Bewusstsein für den demografischen Wandel, das eigene Altern und den Dialog der Generationen schaffen.

Mitten in der quirlig geschäftigen Messe-Landschaft des Deutschen Seniorentages richtete das Frankfurter Gesundheitsamt dazu eine mit gemütlichen Sesseln, bunten Filmplakaten und großer Leinwand ausgestatte Kino-Lounge ein. Während beim eigentlichen Festival Spielfilme und große Dokumentationen zum Thema gezeigt werden, kamen bei der Kino-Lounge vor allem Kurzfilme des Bundeswettbewerbs „Video der Generationen“, dessen jährliche Preisträger schon seit 2010 fester Bestandteil des Festival-Programms sind, auf die Leinwand. „Der letzte schöne Tag war gestern“ von Enrico Kurz und dem Video Club Lahr aus Kippenheimweiler in Baden-Württemberg oder „Zu Hause ist, wo ich liebe“ von Claudia Telschow, in dem die Jenaerin ein eindrucksvoll berührendes Porträt ihres Onkels zeichnet: „Mit überraschender Offenheit nimmt er die Herausforderungen an, die das Leben für ihn bereithält. Die Geschichte eines alten Mannes, der seinen Platz gefunden zu haben schien, bis er sich mit über 80 noch einmal auf die Liebe und damit ein völlig neues Leben im fernen Äthiopien einließ...“ heißt es in der Filmbeschreibung. Neben dem Kurzfilm „lesbisch.schwul.älter“ der Landesfachberatung gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der offenen Senior/-innenarbeit in NRW, RUBICON e.V. aus Köln präsentierte **Dominik Bühler** Einblicke in das Kurzfilmprogramm „Zeit meines Lebens – Über Begegnungen von Jung und Alt“ der SK Stiftung Kultur der Sparkasse KölnBonn.

In angeregten Film-Gesprächen gab es viele Informationen zu Möglichkeiten, das Festivalkonzept in weitere Städte zu übertragen. Denn dies ist ein ausdrückliches Anliegen der Gründer und Festivalleiter **Dr. Michael Doh** vom Kompetenzzentrum Alter am Institut für Gerontologie der Universität Heidelberg und **Matthias Roos** vom Frankfurter Gesundheitsamt. Dass ihnen das erfolgreich gelingt, zeigen die mittlerweile über 50 beteiligten Festivalorte, die Auszeichnung mit dem Deutschen Alterspreis der Robert Bosch Stiftung 2013 und kompetente und tatkräftige Partner, die das Festival unterstützen, wie der Verband Region Rhein-Neckar mit seinem Netzwerk Regionalstrategie demo-

grafischer Wandel in Mannheim. Vielleicht heißt es dann bald nicht nur in der gut besuchten Kino-Lounge beim Deutschen Seniorentag, sondern auch gleich bei Ihnen zu Hause, im Kino Ihrer Stadt: „Film ab – für das Europäische Filmfestival der Generationen!“

Alle Informationen zum Mitmachen wie auch zu den bisherigen Festival-Ausgaben finden sich im Internet unter: www.festival-generationen.de

Protokollführung: Matthias Roos, Gesundheitsamt der Stadt Frankfurt a.M.

4.3 GROSSES TANZEVENT UND AKTIVE MITTAGSPAUSE

Verantwortlich: Bundesverband Seniorentanz e.V. (BVST)

Mitwirkende:

- Gisela Floß, Landesvorsitzende LV Hessen
- diverse Tanzleiterinnen des BVST

Das große Tanzfest

Mehr als 650 Tänzerinnen und Tänzer des Bundesverbandes Seniorentanz waren aus dem ganzen Bundesgebiet angereist, um gemeinsam in der großen Messehalle ein Tanzfest zu feiern und weitere Besucherinnen und Besucher des Seniorentages mit dem Tanz-Bazillus anzustecken. Zum Glück war die Halle gut klimatisiert. So konnte – trotz großer Hitze draußen – tatsächlich über zweieinhalb Stunden das Tanzbein geschwungen werden. Die Halle war erfüllt von fetziger Musik zu Tanzformen aus aller Welt. Es wurden Kreise gebildet oder in Gassen- bzw. Blockaufstellung getanzt. Zu einem besonderen Erlebnis wurde dieser Nachmittag vor allem, weil das Tanzen Spaß machte, Kontakte schuf und ein wunderbares Gefühl der Verbundenheit erzeugte. Diese soziale Bedeutung des Seniorentanzes wurde von vielen Teilnehmern gelobt.

Die aktive Mittagspause

Eine willkommene Abwechslung zwischen den verschiedenen Veranstaltungen war die tägliche „Aktive Mittagspause“, ein Tanzangebot des Bundesverbandes Seniorentanz (BVST). Zahlreiche tanzfreudige Besucherinnen und Besucher hatten viel Spaß bei den vielfältigen Mitmachtänzen. Nicht jeder Schritt musste perfekt sein, denn das gemeinsame Tanzen stand im Vordergrund. Zusätzlich vorgestellt wurde die neue Tanzform „Rollator-Tanz“. Mit dieser werden Tanzinteressierte angesprochen, die in ihrer Bewegungsmöglichkeit eingeschränkt sind. Zahlreiche Besucherinnen und Besucher nutzten die Chance, sich erstmals mit dem Rollator „anzufreunden“, sodass Hemmschwellen überwunden wurden, und sogar mit ihm zu tanzen – das war für alle Beteiligten neu und sehr beeindruckend. Sich fit zu halten durch Tanzen, das ist also auch mit gewissen Mobilitätseinschränkungen möglich.

Protokollführung: **Susanne Tams**, Bundesverband Seniorentanz e.V.



Foto: BAGSO/Hemmerich

Eine einzigartige Veranstaltung: noch nie waren so viele Tänzerinnen und Tänzer auf einem Deutschen Seniorentag.

5. WETTBEWERBE

5.1 KARIKATURENWETTBEWERB

„SCHLUSS MIT LUSTIG?“ – GELUNGENE KARIKATUREN ZUM THEMA „ALTER“

Aus insgesamt 955 (!) Beiträgen hatte eine siebenköpfige Jury, der auch Schauspieler und Kabarettist Bill Mockridge angehörte, die zwölf besten Arbeiten ausgewählt – jeweils drei in den Kategorien „Gesundheit und Wohlbefinden“, „Freundschaft und Partnerschaft“, „Jung und Alt“ sowie „Engagement und Teilhabe“. Die Preise im Wert von insgesamt 18.000 € wurden am 2. Juli von **Bundesministerin Manuela Schwesig** persönlich überreicht. Die Stimmung war bestens – vor allem die Sieger-Beiträge führten zu teilweise schallendem Lachen im Publikum. Veranstaltet wurde der Wettbewerb vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der BAGSO.

Die Sieger in den jeweiligen Kategorien waren:

Kategorie „Knackig oder klapprig?“ – Gesundheit & Wohlbefinden

1. Preis: Titel: Simulant, Autor: *Axel Bierwolf*

Kategorie „Entfalten statt liften“ – Engagement & Teilhabe

1. Preis: Titel: Ehrenamt, Autor: *Burkhard Fritsche* (BURKH)

Kategorie „Ein Herz und eine Seele“ Freundschaft & Partnerschaft

1. Preis: Titel: Einer geht noch, Autorin: *Ari Plikat*

Kategorie „Was geht, Alter?“ Jung & Alt

1. Preis: Titel: Fünf Follower, Autor: *Detlef Beck* (Beck)

Die weiteren Preisträger finden Sie online auf www.deutscher-seniorentag.de/karikaturenwettbewerb



Titel: Simulant
Autor: Axel Bierwolf
Kategorie: „Knackig oder klapprig?“
Gesundheit & Wohlbefinden



Titel: Ehrenamt
Autor: Burkhard Fritsche (BURKH)
Kategorie: „Entfalten statt liften“
Engagement & Teilhabe



Titel: Einer geht noch
Autorin: Ari Plikat
Kategorie: „Ein Herz und eine Seele“
Freundschaft & Partnerschaft



Titel: Fünf Follower
Autor: Detlef Beck (Beck)
Kategorie: „Was geht, Alter?“
Jung & Alt

5.2 FOTOWETTBEWERB ZUM MOTTO „GEMEINSAM IN DIE ZUKUNFT!“

Bereits zum fünften Mal haben die BAGSO und die Feierabend Online Dienste für Senioren AG (feierabend.de) einen gemeinsamen Fotowettbewerb zum Motto des 11. Deutschen Seniorentages ausgeschrieben.

Der Fotowettbewerb rief dazu auf, eine persönliche Vision oder Vorstellung des diesjährigen Mottos „Gemeinsam in die Zukunft!“ gebündelt in einem Foto festzuhalten. Die eingereichten Fotos konnten auf feierabend.de online bewertet werden. Aus den besten zehn wurden auf der Messe SenNova am „Treffpunkt Internet & Technik“ von den Besucherinnen und Besuchern die Siegerinnen und Sieger gewählt.

Gewonnen hat *Perry Wunderlich* mit „Zeitreise“: „Alt und Jung, analog und digital, Vergangenheit und Zukunft. Zwischen den beiden Fotos meiner Großmutter Lucie liegen 72 Jahre voller Leben, Liebe, Freude und Schmerz. – Gemeinsam in die Zukunft!“

Den 2. Platz belegte *Susanne Erwig* mit ihrem Bild „Halte mich fest“: „Meine Jüngste versteht sich mit ihrem 99 Jahre älteren Uropa ohne Worte. Sie versteht ihn zwar nicht wortwörtlich, er sie nur noch schlecht, aber sie haben ihre eigene Ebene gefunden.“

Auf Platz 3 landete *Josef Hinterleitner* mit seinem Foto „Power-Omi“: „Ob jung oder alt, egal – gemeinsam an einem Strang ziehen.“

Dr. Renate Heinisch, BAGSO-Vorstandsmitglied, und **Alexander Wild**, Gründer und Vorstandsvorsitzender von feierabend.de, verkünden die Ergebnisse der Abstimmung auf der SenNova-Bühne.



Sieger ist Perry Wunderlich mit „Zeitreise“. „Alt und Jung, analog und digital, Vergangenheit und Zukunft. Zwischen den beiden Fotos meiner Großmutter Lucie liegen 72 Jahre voller Leben, Liebe, Freude und Schmerz. – Gemeinsam in die Zukunft.“

Den **2. Platz** belegte Susanne Erwig mit ihrem Bild „Halte mich fest!“. „Meine Jüngste versteht sich mit ihrem 99 Jahre älteren Uropa ohne Worte. Sie versteht ihn zwar nicht wortwörtlich, er sie nur noch schlecht, aber sie haben ihre eigene Ebene gefunden.“



Auf **Platz 3** landete Josef Hinterleitner mit seinem Foto „Power-Omi“. „Ob jung oder alt, egal – gemeinsam an einem Strang ziehen.“

6. MESSE SENNOVA

6.1. INFORMATIONEN UND BERATUNG AUF DER MESSE SENNOVA

Auf 10.000 m² bot die SenNova an rund 260 verschiedenen Ständen ein breites Angebot für Engagierte und Interessierte.

Ältere engagieren sich – Über die zahlreichen Möglichkeiten des freiwilligen Engagements konnten sich die Besucherinnen und Besucher bei den rund 80 ausstellenden BAGSO-Verbänden und weiteren Organisationen direkt informieren.

Ältere in Bewegung – Besonders die vielen Angebote zum Ausprobieren, Mitmachen und Erfahren wurden ausgiebig genutzt. Beim Senior-Fitness-Test



Foto: BAGSO/Poblete

Das Netzwerk Osteoporose stellte auf seinem Parcours zahlreiche Bewegungsangebote vor.

des Deutschen Olympischen Sportbundes z.B. konnten die Seniorinnen und Senioren zeigen, wie fit sie sind, und für Frauen und Männer spezifische Anregungen mitnehmen, wie sie auch in Zukunft fit bleiben können. Der BAGSO-IN-FORM-Parcours bot einen Wissenstest über gesunde Ernährung und Bewegung. Verschiedene Fahrradtypen standen am Mobilitätsparcours zum Ausprobieren bereit. Der Barfuß-Parcours der Aufklärungsinitiative „Diabetes! Hören Sie auf Ihre Füße?“ lud u.a. ein, sein Gespür in den Füßen auf die Probe zu stellen. Im begehbaren Herz konnte man sich rund um die komplexe Funktionsweise dieses zentralen Organs informieren. Auch der Osteoporose-Parcours, durchgeführt vom Netzwerk-Osteoporose e.V. wurde wieder intensiv genutzt. Der Gedächtnis-Mitmach-Parcours angeboten vom Bundesverband Gedächtnistraining fand riesiges Interesse und zeigte die hohe Akzeptanz der präsentierten Übungen zum Fitnessstraining fürs Gehirn.

Wie man bestimmte Erkrankungen erkennt und mit ihnen umgehen kann, dazu gaben Patientenorganisationen sowie Expertinnen und Experten vielfältige Tipps.



Am IN FORM-Stand konnten die Besucherinnen und Besucher live der Zubereitung gesunder Gerichte verfolgen.

Ältere im Leben – Dass viele Besucherinnen und Besucher offen für Neues sind, zeigte das große Interesse an neuen Technologien, wie an der „Future Shape“-Teppichmatte, den PC-Tablets und dem E-Book-Reader. Auch das komfortable Wohnen und Leben durch eine barrierefreie Badgestaltung, Sicherungstechnik für Wohnung und Haus, aber auch einfache technische Hilfen zur Öffnung von Flaschen fanden reges Interesse.

Ältere und andere Generationen – Der Austausch zwischen den Generationen war auf der SenNova deutlich zu erkennen. Immer wieder fanden Jung und Alt zusammen, um sich auszutauschen, zu diskutieren oder einfach im ersten generationenfreundlichen Strandkorb gemeinsam Zeit zu verbringen. Und wie wollen die Besucherinnen und Besucher der SenNova eigentlich in Zukunft alt werden? Alle – egal ob jung oder alt – waren eingeladen, in einer Video-Box ihre ganz persönlichen Vorstellungen und Wünsche für das eigene Älterwerden zu schildern.



Foto: BAGSO/Poblete

Der neue BAGSO-Vorsitzende Franz Müntefering mit dem ‚Trimmy-Maskottchen‘ am Messestand der Sportorganisationen.

Impressionen der Messe SenNova



Foto: BAGSO/Poblete



Foto: BAGSO/Hemmerich



Foto: BAGSO/Hemmerich



Foto: BAGSO/Deck

6.2 AUSSTELLERLISTE

Aussteller der SenNova 2015

- AbbVie Deutschland GmbH & Co. KG
- Aktionsstand des Frankfurter Verbandes: „So möchte ich alt werden!“
- Albena Hotels & Resorts
- Allianz Graue Panther Deutschland
- Alten- und Pflegeheim Schacht GmbH
- anti – infect Medizinprodukte GmbH
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes
- Arteriosklerose Beratung – Naturheilkunde Tagesklinik AG
- ATRO ProVita GmbH
- Aufklärungsinitiative „Diabetes! Hören Sie auf Ihre Füße?“
- Augustinum
- AWO Bundesverband e.V.
- AWO Hessen-Süd e.V.
- Badkomfort für Generationen
- BAG LSV e.V. – Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen
- BAG Senioren der Partei DIE LINKE
- BAG WiWA im DGWF
- BAG Wohnungsanpassung e.V.
- BAGSO Service Gesellschaft
- BAGSO-INFORM-Parcours – Erleben was Körper und Geist aktiviert
- Barrierefrei Leben e.V.
- Bayer-Stiftungen
- BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft
- Behringer Touristik GmbH & Co. KG
- Beltron GmbH
- Berufsverband der Orthoptistinnen Deutschlands e.V.
- Betreuungswerk Post Postbank Telekom
- Bewegungsparcours DOSB und DTB
- Bienentherapie Olshanskyy Anatolij
- BIVA e.V.
- boso, Bosch + Sohn

- BrainLight GmbH
- Bridge – Deutscher Bridge-Verband e.V.
- BROTZEIT – Brot für die Welt
- Bruder + Feucht GmbH
- Bund Deutscher Forstleute – Seniorenvertretung
- Bund Deutscher Kriminalbeamter
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO)
- Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V.
- Bundesarbeitsgemeinschaft *seniorTrainerin* (BAG sT)
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales „Menschen im Mittelpunkt“
- Bundesministerium für Bildung und Forschung
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Bundesverband der Berufsbetreuerinnen und Berufsbetreuer e.V.
- Bundesverband der Betreuungsdienste
- Bundesverband freier Berufsbetreuer e.V.
- Bundesverband Gedächtnistraining e.V.
- Bundesverband Geriatrie e.V.
- Bundesverband Graue Panther e.V.
- Bundesverband Projekt 50 e.V.
- Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V.
- Bundesverband Seniorentanz e.V.
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)
- carehotels GmbH & Co. KG
- Caritasverband Frankfurt e.V.
- ComfortSchuh
- dbb beamtenbund und tarifunion
- dentaltrade GmbH & Co. KG
- Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. Selbsthilfe Demenz
- Deutsche Friedhofsgesellschaft mbH
- Deutsche Gesellschaft für AltersZahnmedizin e.V.
- Deutsche Herzziftung
- Deutsche Schmerzliga e.V.
- Deutsche Seniorenwerbung
- Deutsche Stiftung Denkmalschutz
- Deutsche Vereinigung Morbus Bechterew e.V.

- Deutscher Akademikerinnenbund e.V.
(Projekt „Zauberhafte Physik an Grundschulen“)
- Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV)
- Deutscher Bundeswehr Verband
- Deutscher Gewerkschaftsbund
- Deutscher Schwerhörigenbund e.V.
- Deutscher Senioren Ring e.V.
- Deutscher Verein der Blinden und Sehbehinderten in Studium und Beruf (DVBS)
- Deutsches Grünes Kreuz e.V.
- DIE GRÜNEN ALTEN
- DIREKTE LEBEN Versicherung AG
- DOMICIL-Senioren-Residenzen
- DONNERBERG
- Doppelherz
- DOSB – Deutscher Olympischer Sportbund
- Dreirad-Zentrum Frankfurt
- dsp Deutsche Seniorenpresse Arbeitsgemeinschaft e.V.
- DTB – Deutscher Turner-Bund
- DV Deutsche Vorsorgedatenbank AG
- EF Education First
- Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft
- Erlebnis Polen – Kompetenz für Gesundheit und Erholung
- Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit in der EKD (EAfA)
- Evangelische Kranken- und Alten-Hilfe e.V. (ekH) – Grüne Damen und Herren
- Evangelisches Seniorenwerk e.V.
- Fachbuch Richter
- Feierabend Online Dienste für Senioren AG
- FORUM gemeinschaftliches Wohnen e.V., Bundesvereinigung
- Franken Tourismus
- Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH
- Frankfurter Forum für interdisziplinäre Altersforschung (FFIA)
- Frauenselbsthilfe nach Krebs Landesverband Hessen e.V.
- FriedWald GmbH
- GAZARCH Luxery Lifestyle

- Gedächtnisparcours des Bundesverband Gedächtnistraining e.V.
- Generali Versicherungen
- Generali Zukunftsfonds
- GenerationenInsel
- GEPA The Fair Trade Company
- Gesellschaft für Dienste im Alter mbH (GDA)
- Gessler
- Gesundheitszentrum Helenenquelle
- Gewerkschaft der Polizei - Seniorengruppe
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- GfG - Gesellschaft für Gehirntaining
- Graf Elektroanlagen GmbH
- Greenpeace Team 50 plus
- HAGE-Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung e.V.
- Hammer Store Frankfurt
- Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main
- Haptikon – Spiele & Förderkonzepte für die Sinne
- Haus am Kurpark
- HDH VVaG
- HDO – Seniorenbetreuung
- Heilbad Jachymov, Tschechien
- Heilbad Piešťany
- Heilbäder und Kurorte in Hessen
- Heiligenfeld Kliniken
- Heinrich Kramwinkel GmbH
- HELIOS ENDO-Klinik Hamburg
- Henry u. Emma Budge-Stiftung – Seniorenwohnanlage und Pflegeheim, Frankfurt a.M.
- Hessische Betreuungs- und Pflegeaufsicht
- Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
- hhp GmbH
- Home instead Seniorenbetreuung
- Hörgeräte Bonsel GmbH
- Hörmobil des Deutschen Schwerhörigenbundes e.V.
- IG Metall
- IKOS Helga Flor

- ILI – Institut für Lern-Innovationen
- IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung
- Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU)
- ING-DiBa
- INSA – Institut für neue soziale Antworten
- INVITALIS GmbH
- ionas – Ihr Online Assistent
- ISONO International GmbH & Co. KG
- Jasimed GmbH
- JAWA-Reisen
- Katholische Erwachsenenbildung Deutschland e.V. (KEB)
- kfd – Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands Bundesverband e.V.
- KIEK IN Hotelkooperation GmbH
- KKV – Bundesverband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung e.V.
- Kneipp-Bund e.V.
- Kolpingwerk Deutschland
- KOMBA Gewerkschaft
- Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) e.V.
- König´s Reisen GmbH
- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
- Kooperation Frankfurt – Die Wohnungsbaugenossenschaften
- Kur- und Erholungsreisen
- Kurdirekt – Vital Tours GmbH
- Kursana Seniorenvilla GmbH
- KWA – Kuratorium Wohnen im Alter
- Landesarbeitsgemeinschaft der Betreuungsvereine in Hessen
- Landesehrenamtsagentur Hessen
- Landesnetzwerk Hessische Mehrgenerationenhäuser
- Landesstiftung „Miteinander in Hessen“
- Lang International
- Lebenswerke Rogmans
- leguano GmbH
- Leichtöffner: Innotec Manufaktur GmbH
- LESSING Gymnasium
Altsprachliches Gymnasium mit Schwerpunkt Musik

- Levato - sehen und verstehen
- Liberale Senioren – Bundesverband
- LIGA für Aeltere e.V.
- LINGA Landesinitiative Niedersachsen generationengerechter Alltag
- Malteser Hilfsdienst gGmbH
- MediRenta – Beihilfeberater
- Mehrgenerationenhaus Groß-Zimmern
- Mein Erbe tut gutes. Das Prinzip Apfelbaum
- Mindworld Entspannungsoase
- Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg
- MISEREOR – Aktionskreis „Eine-Welt-Arbeit im Dritten Lebensalter“
- Mobile gerontopsychiatrische Beratung „Für Sie ins Quartier“ des Rhein-Erft-Kreises
- Mobilitätsparcours
- MSD SHARP & DOHME GMBH
- NATUR UND MEDIZIN e.V.
- Nature´s Secret
- NaturFreunde Deutschlands e.V.
- Niedersachsen TourismusMarketing GmbH
- Notmütterdienst Familien- und Seniorenhilfe e.V.
- Novartis Pharma GmbH
- Novartis Pharma GmbH – Herzmodell
- NOWATOURS GmbH
- NRH Wellnessprodukte
- Optelec GmbH
- Osteoporose – Bundesselbsthilfverband für Osteoporose e.V.
- Osteoporose – Netzwerk Osteoporose e.V.
- Parcours Netzwerk Osteoporose
- Pfizer Deutschland GmbH
- Präventionsmobil der Polizei Hessen
- PRO RETINA Deutschland e.V.
- RDA-Internationaler Bustouristik Verband e.V.
- Regenstein Garten- und Landschaftsbau
- Reisebus der Firma König´s Reisen

- RESAMA GmbH
- Residenz Humboldthöhe
- Residenz Schloß Stetten
- RMV Rhein-Main-Verkehrsverbund
- Robert Bosch Stiftung
- Sachsen – Tourismus Marketing Gesellschaft mbH
- Safe4u Alarmanlagen
- Sanofi Pasteur MSD GmbH
- Sano-Vital
- Schuh mobil
- Schuster Holz Team GmbH
- Schuy-Exklusiv-Reisen GmbH & Co. KG
- Science-Center phaeno Wolfsburg
- SEHmobil der Stiftung Deutsche Blindenstudienanstalt
- Seilbahn Koblenz – Skyglide Event Deutschland GmbH
- Senior Experten Service (SES)
- Senioren Ratgeber
- Seniorenbetreuung Fürsorge mit Herz
- Senioren-Union der CDU Deutschlands
- Seniorpartner in School – Bundesverband e.V.
- Service PLUS Reisen GmbH
- Siemens AG
- SoVD – Sozialverband Deutschland e.V. – Bundesverband
- Sozialverband VdK Hessen – Thüringen
- Sozialwerk Berlin e.V.
- Spa Hotel Thermal
- SPD AG 60 plus
- Stadt Frankfurt am Main
- Stadt Frankfurt am Main, Ordnungsamt – Stadtpolizei (Sicherheitsmobil)
- Stadtmarketing Horn – Bad Meinberg
- Steierl-Pharma GmbH
- Stiftung Warentest
- Suchthilfe Wetzlar e.V.
- Teppichzentrum Krefeld
- Terzo-Zentrum

- Theralogy International GmbH
- Thüringer Tourismus GmbH
- Treffpunkt Gesundheit
- Treffpunkt Internet & Technik
- UNIONHILFSWERK Landesverband Berlin e.V.
- Universität Siegen, Institut für Wirtschaftsinformatik und Neue Medien
- Verband der Beamten der Bundeswehr e.V.
- Verbraucherzentrale Hessen e.V.
- Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD)
- Vierfarben Verlag
- Virtuelles und reales Lern- und Kompetenz-Netzwerk älterer Erwachsener (ViLE) e.V.
- Vitakt-Hausnotruf GmbH
- Volkshochschule im Landkreis Cham e.V.
- Volkssolidarität Bundesverband e.V.
- Vorsorgevollmacht-Anwalt e.V.
- VRFF Die Mediengewerkschaft
- Waldfriedhof Schlitz, Hessen
- Wir im Kiez
- wir pflegen – Interessenvertretung begleitender Angehöriger und Freunde in Deutschland e.V.
- Wirtschaftsdienst des hessischen Einzelhandels GmbH
- Zwischen Arbeit und Ruhestand (ZWAR) e.V.

7. BARRIEREFREIHEIT

Der BAGSO ist es stets ein Anliegen, allen Menschen – mit und ohne Beeinträchtigungen – den Besuch des Deutschen Seniorentages zu ermöglichen. Daher begleitete ein Arbeitskreis „Barrierefreiheit“ die Vorbereitung und Organisation der Großveranstaltung. Er setzte sich aus Vertreterinnen und Vertretern Frankfurter Selbsthilfeverbände, des Behindertenbeirats der Stadt Frankfurt, städtischer Institutionen sowie Vertreterinnen und Vertretern der BAGSO-Mitgliedsverbände zusammen.

Erblindete und Sehbehinderte konnten im Vorfeld des Seniorentages das Programmheft sowohl als CD im DAISY-Format als auch im Großdruck bei der BAGSO bestellen. Das Programmheft im Großdruck stand auf der Internetseite des Deutschen Seniorentages zur Verfügung. Die Seite hielt zahlreiche Informationen für Menschen mit Behinderung rund um das Congress Center Messe Frankfurt und die Anreise bereit. Zusätzlich konnten Stadtpläne und Broschüren verschiedener Herausgeber (Stadt Frankfurt, Verkehrsbetriebe, Messe) heruntergeladen werden.

Im Congress Center Messe Frankfurt wurden Treppenstufen und andere Hindernisse für Sehbehinderte durch die BAGSO in Kontrastfarben markiert. Vor ausgewählten Veranstaltungen wurden in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Schwerhörigenbund FM-Empfänger ausgegeben, die es schwerhörigen Menschen ermöglichen, das Gesagte besser zu verstehen. Die SenNova-Bühne erhielt eine Induktionsschleife, die den Ton über Hörgeräte verstärkt. Schrift- und Gebärdensprachdolmetscher begleiteten zusätzlich die Eröffnungsveranstaltung, die Schriftdolmetscher waren in weiteren Veranstaltungen im Einsatz. Für Menschen mit Unterstützungsbedarf standen ehrenamtliche Helferinnen und Helfer bereit, die sie auf Wunsch begleiteten.

Diese Maßnahmen konnten dank der finanziellen Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) realisiert werden. An alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Arbeitskreises „Barrierefreiheit“ geht ein besonderer Dank.

Die ThemenInseln auf der Messe SenNova
wurden unterstützt von:

GenerationenInsel

Robert Bosch **Stiftung**



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG,
FAMILIE, FRAUEN UND SENIOREN

Treffpunkt Gesundheit

abbvie



Treffpunkt Internet & Technik



RHEIN-MAIN-VERKEHRSVERBUND



Veranstaltung gefördert von



Wir danken für die Unterstützung von



Medienpartner



www.bagso.de